

## Lebenslagen in Deutschland - Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung: Möglichkeiten des verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung ; Schlussbericht

Häussermann, Hartmut; Schwarze, Kristin; Jaedicke, Wolfgang; Bär, Gesine; Bugenhagen, Ina

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Abschlussbericht / final report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:  
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Häussermann, H., Schwarze, K., Jaedicke, W., Bär, G., & Bugenhagen, I. (2010). *Lebenslagen in Deutschland - Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung: Möglichkeiten des verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung ; Schlussbericht*. (Forschungsbericht / Bundesministerium für Arbeit und Soziales, A400). Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-307338>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

**gesis**  
Leibniz-Institut  
für Sozialwissenschaften

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der  
  
Leibniz-Gemeinschaft



# LEBENSLAGEN IN DEUTSCHLAND

Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung

## FORSCHUNGSPROJEKT

MÖGLICHKEITEN DER VERBESSERTEN  
SOZIALEN INKLUSION IN DER  
WOHNUMGEBUNG

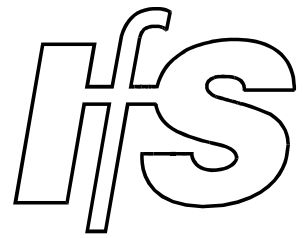
SCHLUSSBERICHT

PROF. DR. HARTMUT HÄUSSERMANN, KRISTIN SCHWARZE,  
WOLFGANG JAEDICKE, GESINE BÄR, INA BUGENHAGEN



Bundesministerium  
für Arbeit und Soziales

ISSN 1614-3639



## **Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung**

### **Schlussbericht**

**im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

**Dezember 2010**



## **Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung**

### **Schlussbericht**

#### **Bearbeitung:**

**Prof. Dr. Hartmut Häussermann**

**Kristin Schwarze**

**Wolfgang Jaedicke**

**Gesine Bär**

**Ina Bugenhagen**

**im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales**

**Dezember 2010**

---

**IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH · Lützowstraße 93 · 10785 Berlin**

Telefon 030 25 00 07-0 · Telefax 030 2 62 90 02 · E-Mail [IfS@ifsberlin.de](mailto:IfS@ifsberlin.de) · Internet [www.ifsberlin.de](http://www.ifsberlin.de)

---

#### **Gesellschafter:**

Dr. Reinhard Aehnelt

Prof. Dr. Christian Diller

Prof. Dr. Hartmut Häußermann

Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler

Dipl.-Pol. Wolfgang Jaedicke

Peter Luther, M.A.

Dr. Oliver Schwab

Dipl.-Hdl. Gisela Seidel

Dipl.-Geogr. Jürgen Vesper (Geschäftsführer)

Dipl.-Ing. Bärbel Winkler-Kühlken

Prof. Dr. Hellmut Wollmann

Dr. Katrin Zapf



Kurztitel:

Soziale Inklusion in der Wohnumgebung - IfS K87/2b





## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
<b>Teil A    DIAGNOSE: SEGREGATION UND SOZIALE INKLUSION IN DER           WOHNUMGEBUNG</b>	
1.        Wohnumgebung und soziale Inklusion - Theorie und Forschungsansätze.....	4
1.1      Inklusion und Wohnumgebung .....	5
1.2      Segregation - ein Problem? .....	5
1.3      Wie die Wohnumgebung wirkt .....	7
1.3.1    Bauliche Struktur und Ausstattung mit Infrastruktur .....	8
1.3.2    Soziale Beziehungen/Kontexteffekte .....	10
1.3.3    Institutionen .....	12
1.3.4    Homogenität und Heterogenität von Netzwerken.....	14
1.4      Kulturell-symbolische Abgrenzungen.....	14
1.5      Teilhabe .....	16
1.6      Theorien zu Kontexteffekten.....	17
1.6.1    Ein wichtiger Unterschied: Kontexteffekte versus Kompositionseffekte .....	18
1.6.2    Grenzen der Wirksamkeit des Kontextes.....	19
1.7      Empirische Forschung zu Kontexteffekten.....	22
1.7.1    Forschung zu Kontexteffekten in Deutschland.....	23
1.7.2    Zur europäischen Forschung über Kontexteffekte .....	24
1.8      Sozialökologische Ansätze in der Kindheits- und Jugendforschung.....	25
1.9      Bildungsforschung.....	27
1.10     Gesundheitsforschung.....	30
1.11     Ein soziales Groß-Experiment: Moving to Opportunity.....	35
1.12     Fazit und erste Schlussfolgerungen zur Inklusionsförderung .....	38
2.        Bewertung der zur sozialen Lage in den Stadtteilen und zur sozialräumlichen Segregation verfügbaren Datenquellen und Berichterstattungssysteme .....	42
2.1      Bundesweite Primärerhebungen .....	44
2.2      Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB) und KOSTAT .....	45
2.3      Monitoringsysteme der Länder zu Programmen der Städtebauförderung .....	48
2.4      Teilräumliche Sozialberichterstattung der einzelnen Kommunen.....	48
2.5      Bildungsberichterstattung und Bildungsforschung .....	51
2.6      Gesundheitsberichterstattung .....	52
2.7      Berichterstattung zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund .....	54
2.8      Fazit .....	55

3.	Empirischer Wissensstand zur Situation in den deutschen Städten .....	59
3.1	Ausmaß der Segregation in den deutschen Städten .....	59
3.2	Entwicklung der Segregation im Zeitverlauf .....	63
3.3	Bildung.....	65
3.4	Gesundheit .....	67
3.5	Fazit.....	69

## **Teil B     ANALYSE DER PROGRAMME UND PROJEKTE ZUR BESSEREN               SOZIALEN INKLUSION IN DER WOHNUMGEBUNG**

4.	Aufgaben des Untersuchungsteils und methodisches Vorgehen.....	71
5.	Förderung der integrierten Stadtentwicklung von benachteiligten Quartieren durch Bund und Länder (Soziale Stadt etc.).....	78
5.1	Ausrichtung des Programms Soziale Stadt .....	78
5.2	Partnerprogramme und weitere Programme der integrierten Stadtteilentwicklung .....	81
5.3	Stand der Umsetzung des Programms Soziale Stadt.....	86
5.4	Bewertung des Programms Soziale Stadt.....	89
5.5	Fazit.....	92
6.	Darstellung und Bewertung von Schnittstellenprogrammen des Bundes.....	94
6.1	Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Familie und frühkindliche Bildung.....	99
6.2	Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Schule und Bildung .....	101
6.3	Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Freizeit, Kultur und Sport .....	104
6.4	Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Gesundheit .....	105
6.5	Fazit.....	107
7.	Kommunale Ansätze zur Verankerung der integrierten Stadtteilentwicklung im gesamtstädtischen Verwaltungshandeln .....	109
7.1	Das Hamburger Rahmenprogramm "Integrierte Stadtteilentwicklung" (RISE).....	109
7.2	Integrierte Stadterneuerung in Gelsenkirchen .....	111
7.3	Rahmenkonzept zur Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln .....	113
7.4	Fazit.....	114

8.	Projektansätze im Handlungsfeld Familie und frühkindliche Bildung.....	116
8.1	Anpassung und Erweiterung der Infrastruktur und der Angebote für Zwecke der frühkindlichen Bildung .....	117
8.2	Sozialräumliche Öffnung von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Weiterentwicklung zu Eltern-Kind- oder Familienzentren .....	119
8.3	Sozialraumbezogene Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur ...	123
8.4	Aufsuchende Familienberatung und -begleitung.....	126
8.5	Anwendung von innovativen Lernkonzepten zur Förderung der Kinder unter Einbeziehung der Eltern .....	130
8.6	Fazit .....	132
9.	Projektansätze im Handlungsfeld Schule und Bildung .....	134
9.1	Bereitstellung zusätzlicher Personal- und Lehrmittel für Schulen in sozial benachteiligten Quartieren .....	135
9.2	Aufwertung und Erweiterung der Infrastruktur für schulische und außerschulische Zwecke .....	138
9.3	Öffnung der Schulen in den Stadtteil und Ausweitung des Bildungs- und Betreuungsangebots .....	139
9.4	Entwicklung von lokalen Bildungsnetzwerken.....	143
9.5	Elternaktivierung und -beteiligung.....	146
9.6	Einbeziehung von ehrenamtlichen Akteuren, die als Mentoren oder Vorbilder fungieren .....	147
9.7	Einrichtung von Sprachkompetenzklassen an Grundschulen .....	150
9.8	Quartiersprojekte zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.....	151
9.9	Fazit .....	154
10.	Projektansätze im Handlungsfeld Freizeit, Kultur und Sport .....	156
10.1	Aufwertung und Erweiterung der sozialen und freizeitbezogenen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche .....	157
10.2	Schaffung von zusätzlichen freizeitbezogenen Angeboten, die den Kindern neue Erfahrungen ermöglichen .....	158
10.3	Sozialräumliche Öffnung von Informations- und Kultureinrichtungen.....	163
10.4	Schaffung von niedrigschwelligen Sportangeboten .....	164
10.5	Mobile Jugendarbeit.....	167
10.6	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtteilbezogenen Aktivitäten.....	169
10.7	Fazit .....	171

11.	Gesundheit .....	174
11.1	Governance-Ansätze und Netzwerke für die wohnumfeldbezogene Gesundheitsförderung.....	176
11.2	Sozialraumbezogene Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur...	178
11.3	Integrierte Ansätze zur Erweiterung der Infrastruktur und Verbesserung der institutionellen Ausstattung .....	180
11.4	Qualifizierung im Handlungsfeld Gesundheit von Stadtteilakteuren, lokalen Einrichtungen und Diensten .....	181
11.5	Unterstützung von gesundheitsförderlichen Lebensstilen über normative Impulse im Quartier.....	183
11.6	Förderung von Empowerment und Partizipation zur Verbesserung der Gesundheitschancen .....	184
11.7	Fazit.....	186
 <b>Teil C    ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN</b>		
12.	Zusammenfassung der Ergebnisse.....	189
13.	Schlussfolgerungen.....	201
Literaturverzeichnis.....		213

## Einleitung

Die Unterschiede, die zwischen Stadtteilen im Hinblick auf die materielle Lage, den sozialen Status und die ethnische Herkunft der Bewohnerinnen und Bewohner bestehen, erhalten von Politik und Öffentlichkeit heute weitaus mehr Aufmerksamkeit als in der Vergangenheit. Die erhöhte Aufmerksamkeit folgt daraus, dass sich im Zuge des ökonomischen Strukturwandels und wachsender Arbeitslosigkeit in den großen Städten Stadtteile herauszubilden begannen, die von der allgemeinen Entwicklung der Stadt abgekoppelt zu sein schienen und in denen sich Bevölkerungsgruppen mit vielfältigen sozialen Problemen immer stärker konzentrierten. Dies ist vor allem deshalb problematisch, weil das Leben in solchen Stadtteilen zusätzliche negative Effekte für die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der entsprechenden Personen haben kann. Zur marginalen Soziallage kann also eine weitere Benachteiligung durch die baulich-physische und durch die soziale Umgebung treten. Kinder und Jugendliche sind von negativen Effekten der Wohnumgebung besonders betroffen.

Stadtteil und Wohnumgebung haben sich seit dem neunziger Jahren zunehmend zur Arena für wohlfahrtsstaatliche Interventionen und die Förderung der sozialen Inklusion entwickelt. Eine besondere Bedeutung kommt dem 1999 im Rahmen der Städtebauförderung von Bund und Ländern ins Leben gerufenen Programm Soziale Stadt zu, das explizit auf die Verbesserung der Lebensbedingungen und -chancen in benachteiligten Stadtteilen zielt. Zugleich vollzog sich in der Jugend- und Familienpolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik und der Gesundheitspolitik eine stärkere Ausrichtung auf den Stadtteil bzw. eine stärkere sozialräumliche Orientierung. Im Ergebnis besteht heute eine große Zahl von Programmen, Initiativen und Projekten, die auf die Förderung von benachteiligten Stadtteilen und die Inklusion der dort lebenden Bevölkerung durch Maßnahmen in der Wohnumgebung ausgerichtet sind.

Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH mit dem Forschungsprojekt "Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung" beauftragt. Das Forschungsprojekt hatte drei Aufgaben.

- Klärung des Zusammenhangs zwischen sozialräumlicher Segregation und sozialer Exklusion, Diagnose der Entwicklung in den deutschen Städten (Teil A),
- Aufbereitung und Bewertung der bislang zur Förderung der sozialen Integration im sozialräumlichen Zusammenhang entwickelten Programme, Initiativen und Projekte, wobei der Schwerpunkt auf Maßnahmen zugunsten von Kindern und Jugendlichen gelegt wurde (Teil B),

- Entwicklung von Schlussfolgerungen zur weiteren Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung (Teil C).

## **Aufbau des Berichts**

### **Teil A: Diagnose: Segregation und soziale Inklusion in der Wohnumgebung**

1. Theorie und Forschungsansätze
2. Bewertung von Datenquellen und Berichterstattungssystemen
3. Empirischer Wissensstand zu Situation in den deutschen Städten

### **Teil B: Analyse und Bewertung der Programme und Projekte zur besseren sozialen Inklusion in der Wohnumgebung**

4. Aufgaben und methodisches Vorgehen für den Untersuchungsteil
5. Förderung der integrierten Stadtentwicklung von benachteiligten Quartieren
6. Weitere Programme auf Bundesebene
7. Verankerung sozialräumlichen Handelns im Verwaltungshandeln
8. Projektansätze im Handlungsfeld Familie und frühkindliche Bildung
9. Projektansätze im Handlungsfeld Schule und Bildung
10. Projektansätze im Handlungsfeld Freizeit, Kultur, Sport
11. Projektansätze im Handlungsfeld Gesundheit

### **Teil C: Zusammenfassung und Schlussfolgerungen**

12. Zusammenfassung der Ergebnisse
13. Schlussfolgerungen

Im Rahmen des Forschungsprojekts fanden in allererster Linie sekundäranalytische Methoden Anwendung. Durchgeführt wurden umfangreiche Auswertungen von Literatur und Materialien. Dies betraf insbesondere:

- den deutschen und den internationalen Forschungsstand zu den Wirkungen der Wohnumgebung,
- die Ergebnisse, die aus übergreifenden Berichtssystemen und Berichtssystemen einzelner Kommunen zur kleinräumigen Entwicklung vorliegen,
- die relevanten Materialien (Programmdarstellungen, Erfahrungsberichte, Evaluierungen und begleitende Untersuchungen) zu den zentralen Förderprogrammen des Bundes und der Länder sowie zu den wichtigen Projektansätzen für die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen in der Wohnumgebung.

Darüber hinaus wurde im Rahmen des Projekts im Mai 2010 ein Projektworkshop mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, aus Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen sowie aus Programm durchführenden Stellen durchgeführt. Der Workshop diente dazu, Zwischenergebnisse zu diskutieren und wichtige Anregungen für die weiteren Projektarbeiten zu gewinnen. Er wurde auch für Vergleiche mit anderen europäischen Staaten genutzt (Großbritannien, Niederlande, Schweden).

Eine Erläuterung zu den von uns verwandten Begriffen ist an dieser Stelle angezeigt. Wir verwenden "Wohnumgebung", "Stadtteil" und "Quartier" in unserer Studie synonym für kleinräumige Einheiten innerhalb von Städten, die durch den geographischen Raum wie durch die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft geprägt werden. Gehen von der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils Wirkungen auf das Denken und Handeln der Bewohner aus, sprechen wir auch von einem Sozialraum.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Ein Teil der von uns in Teil B der Studie analysierten Programme und Projektansätze verfolgt Ziele wie die "Sozialraumorientierung" oder die "sozialräumliche Öffnung". Was ein Sozialraum ist, wird dabei sehr unterschiedlich verstanden, siehe dazu die Erläuterungen in Kapitel 4.

## **Teil A    DIAGNOSE: SEGREGATION UND SOZIALE INKLUSION IN DER WOHN- UMGEBUNG**

Der erste Teil unserer Untersuchung dient der Diagnose. Er befasst sich mit der sozial-räumlichen Entwicklung in den deutschen Städten, mit Segregation und mit der Bedeutung, die der Stadtteil bzw. die Wohnumgebung für die soziale Inklusion hat. Auf dieser Basis werden Ansatzpunkte für die Inklusionsförderung durch Maßnahmen in der Wohnumgebung definiert.

Der Untersuchungsteil gliedert sich in drei Kapitel: In Kapitel 1 fassen wir auf Basis einer Auswertung des deutschen und internationalen Forschungsstands die theoretischen Ansätze zu den Wirkungen der Wohnumgebung auf die soziale Lage und die soziale Inklusion zusammen. In Kapitel 2 werden die für das Thema "Wohnumgebung und soziale Inklusion" zentralen Datenquellen und Berichterstattungssysteme vorgestellt und in ihren Stärken und Schwächen bewertet. Kapitel 3 stellt zentrale Ergebnisse dar, die aus den Datenquellen und Berichtssystemen zur sozialen und ethnischen Segregation sowie zu sozial-räumlichen Unterschieden in Bildung und Gesundheit vorliegen.

### **1.            Wohnumgebung und soziale Inklusion - Theorie und Forschungsansätze**

In diesem Kapitel sollen die derzeit relevanten theoretischen Ansätze dazu, welche Wirkungen von verschiedenen Wohnumgebungen ausgehen, resümiert werden. Wohnumgebungen unterscheiden sich nach Lage sowie physisch-baulichen Merkmalen einerseits, nach sozialstruktureller Zusammensetzung und kulturellen Milieus andererseits. Von beiden Dimensionen gehen Wirkungen auf die soziale Inklusion aus: a) eine ungünstige Lage und eine schlechte Infrastrukturausstattung schränken die Verfügbarkeit und die Qualität von kollektiven Ressourcen ein; b) die soziale Zusammensetzung eines Quartiers konstituiert einen Sozialraum, von dem Wirkungen für die Sozialisation, das Denken und Handeln der Bewohner ausgehen; diese Wirkungen werden als Kontexteffekte bezeichnet.

Je homogener die Zusammensetzung einer Bevölkerung ist, desto wahrscheinlicher sind auch Sozialisationseffekte der Wohnumgebung. Die homogensten Quartiere in den Städten sind immer diejenigen der Reichsten und die der Ärmsten. Die Forschung hat sich bisher vor allem mit Gebieten beschäftigt, die oft als "soziale Brennpunkte" bezeichnet werden. Der folgende Überblick über Theorie und Empirie der Kontexteffekte bezieht sich daher vor allem auf Gebiete mit einer hohen Konzentration von Arbeitslosigkeit und Armut.



Zunächst wird die Frage erörtert, ob und warum die Segregation von Armen ein Problem darstellt; dann werden Quartiere als eine Umgebung beschrieben, die sowohl Ressourcen bietet als auch restriktiv wirkt. Daran anschließend wenden wir uns den bisher entwickelten Theorien zur Wirkung von Kontexten zu und benennen dann zusammenfassend die wichtigsten Mechanismen, die bei gestaltenden Eingriffen beachtet werden müssen. Daran anschließend gehen wir auf den Stand der empirischen Forschung ein, wobei der Kinder- und Jugendforschung, der Bildungsforschung und der Gesundheitsforschung besondere Aufmerksamkeit zukommt. In zwei anschließenden Abschnitten wird ein Ausblick auf die Forschung zu diesem Themenbereich in Europa und auf ein Experiment zur Dekonzentration von Armutsbevölkerung in den USA gegeben. Das Schlusskapitel ist dann den politischen Empfehlungen gewidmet.

## **1.1 Inklusion und Wohnumgebung**

Soziale Inklusion hat eine soziale, ökonomische, kulturelle und institutionelle Dimension. Mitglieder einer Gesellschaft sind in verschiedene Subsysteme unterschiedlich weit inkludiert; daher muss z. B. der Ausschluss aus dem Erwerbssystem nicht zwangsläufig begleitet sein von Defiziten in institutioneller Hinsicht, denn politische und soziale Rechte bleiben unabhängig von der Arbeitsmarktinklusion bestehen. Und für jemanden mit einer akademischen Bildung und hohen sozialen Kompetenzen geht der Ausschluss aus dem Erwerbssystem nicht notwendigerweise mit einer defizitären Inklusion in der kulturellen Sphäre einher; auch die soziale Inklusion wäre dadurch nicht direkt gefährdet.

Die Wohnumgebung ist für Inklusion relevant, a) weil über die dort vorhandenen Infrastrukturen (Institutionen) Zugänge zu kollektiven Ressourcen erleichtert oder erschwert werden, b) weil sie einen Ort kollektiver Sozialisation darstellt, durch die kulturelles Kapital und normative Orientierungen vermittelt werden, und c) weil lokal zentrierte Netze den Zugang zu Informationen und Erfahrungen filtern und ein mehr oder weniger produktives soziales Kapital bilden.

## **1.2 Segregation - ein Problem?**

In den letzten beiden Jahrzehnten entstanden in den Städten zunehmend Quartiere mit einer hohen Konzentration von Haushalten mit niedrigen Einkommen und vielen sozialen Problemen - häufig wiesen diese Quartiere zugleich hohe Anteile von Bewohnern "mit Migrationshintergrund" auf. Solche "Problemgebiete", in denen sich verschiedene Aspekte der Exklusion überlagern, finden sich vor allem in den innerstädtischen Altbaugebieten und in den Großsiedlungen am Rande der großen Städte. Dazu tragen - in bisher noch

geringem Maße - auch die Vorschriften im Rahmen der "Hartz IV"-Gesetzgebung bei, nach der Empfänger von Existenzsicherungsleistungen zum Umzug gezwungen werden können, wenn die Größe ihrer gegenwärtigen Wohnung und die damit verbundenen Mietzahlungen einen Grenzwert übersteigen. Ersatzwohnungen finden sie dann nur in solchen Quartieren, in denen aufgrund von Lage, Image und niedrigerem Wohnungsstandard billige Wohnungen verfügbar sind.

Die marginalisierte Bevölkerung wird zunehmend in den Quartieren konzentriert, die von der einheimischen Mittelschicht gemieden werden, und die damit verbundene hohe Konzentration von Schülern mit ungünstigen Lernvoraussetzungen und niedrigem Leistungsniveau in den Schulen dieser Quartiere wird zu einer weiteren Ursache von Wegzügen. Damit wird ein Teufelskreis in Gang gesetzt, der durch die Stadtpolitik nur schwer zu steuern ist, und dessen Resultat eine soziale Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung ist, von der negative (Kontext-)effekte für die soziale Inklusion insbesondere von Kindern und Jugendlichen ausgehen können (vgl. zur Entwicklung der post-industriellen bzw. postfordistischen Stadt: Häussermann/Läpple/Siebel 2008).

Mit wachsender sozialer und kultureller Ungleichheit nimmt in den großen Städten die sozialräumliche Differenzierung generell zu, denn diese beruht auf der allgemeinen Tendenz, dass soziale Distanzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auch in räumliche Distanzen übersetzt werden. Daraus ergibt sich eine Tendenz zur sozialen Homogenisierung von Quartieren, die es auch dann gäbe, wenn alle Haushalte die Möglichkeit zur vollkommen freien Wahl ihres Wohnstandortes hätten. Je größer die soziale Distanz zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe ist, desto größer und deutlicher ist auch die räumliche Distanz. Dies spiegelt sich in der Tatsache, dass in den Städten die beiden Bevölkerungsgruppen, zwischen denen die größte soziale Distanz herrscht, auch am stärksten räumlich segregiert sind: die Reichsten und die Ärmsten.

Der Wunsch nach sozialer Homogenität ist eine treibende Kraft für Segregationsprozesse, denn es "steht einem nichts ferner und nichts [ist] weniger tolerierbar als Menschen, die sozial fern stehen, aber mit denen man in räumlichen Kontakt kommt" (Bourdieu 1983: 32). Besonders sensibel reagieren Mittelschicht-Haushalte mit Kindern auf eine Nachbarschaft mit einer relativ großen Dichte an sozialen Problemlagen, weil sie einerseits unerwünschte Einflüsse aus anderen Schichten und Kulturen für ihre Kinder befürchten und weil sie andererseits eine Benachteiligung ihrer Kinder durch ein zu niedriges Leistungsniveau in den Schulen annehmen, in denen ein großer Anteil der Schüler aus sogenannten bildungsfernen Haushalten stammt. Sie distanzieren sich dann räumlich von der unerwünschten sozialen Umgebung und tragen so zu einer weiteren Entmischung der Wohnumgebung bei.

### 1.3 Wie die Wohnumgebung wirkt

Städte bilden keinen homogenen Raum. Eine soziale Differenzierung der Quartiere entsteht durch die ungleiche Verteilung verschiedener Gruppen von Stadtbewohnern auf die städtischen Teilgebiete, die sich nach Lage, Dichte, Wohnqualität und städtebaulicher Anlage unterscheiden, und in der Folge auch nach Einkommen, sozialem Status, Lebensstilen oder ethnischen Zugehörigkeiten. Es gibt also sehr verschiedene Wohnumgebungen - umgangssprachlich: es gibt "gute" und "schlechte" Viertel. Aus dem Zusammenspiel von strukturiertem Angebot und unterschiedlicher Ausstattung der Haushalte mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital ergibt sich die Segregation der sozialen Gruppen im Raum der Stadt.

Die Wirkungen von Nachbarschaften für die soziale Inklusion beziehungsweise für die Lebenschancen ihrer Bewohner sind ambivalent: Sie können einerseits einschränkend und benachteiligend wirken, andererseits stellen sie aber auch eine Ressource dar, die unterstützend sein kann. Je nachdem, welcher Aspekt bei der Analyse des sozialen Raums hervorgehoben wird, kann diese Ambivalenz zu sehr unterschiedlichen Einschätzungen von Wohnumgebungen führen. Von innen und von außen werden sie häufig konträr beurteilt: Werden Bewohner von Quartieren mit einer hohen Armutsquote nach ihrer Zufriedenheit mit der Wohnumgebung befragt, so loben sie häufig die engen Beziehungen zwischen den Nachbarn, die soziale Einbettung, die gegenseitigen Hilfeleistungen und ein Gefühl der Zugehörigkeit; wenn sich jedoch Wissenschaftler oder Stadtplaner anhand von sozialen Indikatoren mit einem Quartier der Benachteiligten beschäftigen, dann treten die Diskrepanzen bei der sozialen Lage zu den übrigen Bereichen der Stadt zutage, woraus dann geschlossen wird, dass solche Quartiere der Benachteiligten auch benachteiligende Quartiere sind.

Solche konträren Einschätzungen müssen nicht zueinander in Widerspruch stehen, handelt es sich doch um Wahrnehmungen unterschiedlicher Realitäten: Beide Einschätzungen sind "wahr", je nachdem aus welcher Perspektive ein Quartier beurteilt wird. Aus dieser Diskrepanz ergeben sich in der politischen Wirklichkeit oft heftige Konflikte um die Frage, ob und wie die Stadtpolitik in die Entwicklung solcher Quartiere eingreifen soll. Ein bekanntes Beispiel ist der Umgang mit Sanierungsgebieten. Diese werden in den vom Städtebauförderungsgesetz vorgeschriebenen "vorbereitenden Untersuchungen" in der Regel als Gebiete beschrieben, in denen defizitäre Wohnverhältnisse einhergehen mit einer sozialen Situation der Bevölkerung, die als Randständigkeit bzw. Marginalität bezeichnet werden kann. Wenn Stadtplaner mit baulichen Investitionen ein Quartier aufwerten und die soziale Struktur der Bewohnerschaft verändern wollen, treffen sie aber häufig auf den Widerstand eines großen Teils der Bewohnerschaft, die auf die bestehenden sozialen Netze, auf die funktionierende Nachbarschaft und auf die günstigen Mieten hinwei-

sen, die bewahrt sehen wollen. Was von außen als rückständig erscheint, kann aus der Innensicht eine schützende und stützende Umgebung sein. Der Grund dafür ist die soziale Einbettung. In solchen Quartieren wird niemand wegen seiner Armut verachtet, vielmehr erfahren auch Menschen mit niedrigem sozialem Prestige Respekt und Anerkennung. Unter den Bewohnern herrscht eine gewisse Solidarität, die aus der gemeinsamen Erfahrung der Benachteiligung entsteht.

Allerdings darf man nicht einer romantisierenden Verklärung von Armutsvierteln verfallen, denn auch dort gibt es häufig heftige Konflikte, gerade auch Anerkennungskonflikte (vgl. Sutterlüty 2010). Und außerdem ist zu prüfen, ob ein nach innen stark integriertes Milieu nicht auch eine Art Gefängnis darstellt, das zur Verfestigung der Marginalität führt, und aus der zu entkommen für ein Individuum dann sehr schwer ist. Dies ist die zentrale Behauptung der Theorie von der "Kultur der Armut" (vgl. Lindner 1999), die sich in der Weitergabe von ausgrenzend wirkenden Einstellungen und Verhaltensweisen an die nächste Generation oder an andere Bewohner eines Quartiers manifestiert.

Wohnumgebungen unterscheiden sich hinsichtlich ihrer physisch-materiellen Struktur und hinsichtlich ihrer Sozialstruktur. Beide Dimensionen sind für soziale Inklusion bedeutsam, denn in beiden Dimensionen kann ein Quartier Restriktion und/oder Ressource sein.

### **1.3.1 Bauliche Struktur und Ausstattung mit Infrastruktur**

In Bezug auf die baulichen und institutionellen Ressourcen, die ein Quartier für seine Bewohner bereitstellt, können Wirkungen von folgenden Eigenschaften der Wohnumgebung angenommen werden:

- *Umfang der Infrastruktur:* Ausstattung mit Einrichtungen des Bildungs- und Ausbildungssystems, der Gesundheitsversorgung, der Kultur und der privaten Dienstleistungen.
- In Ergänzung oder auch als Ersatz für das Fehlen von Infrastruktur ist die Verkehrslage eines Quartiers ein Merkmal, das bedeutsam ist für die *Erreichbarkeit* von Ressourcen bzw. von unterstützenden Einrichtungen (Opportunities).
- *Qualität der Infrastruktur:* Neben der Erreichbarkeit ist die *Selektivität* von Institutionen zu beachten, die dadurch entsteht, dass die von einer Institution repräsentierte Kultur sich nicht mit derjenigen deckt oder gar in krassem Gegensatz steht zu derjenigen, die bei den Bewohnern eines Quartiers dominant ist. Dadurch werden symbolische Barrieren errichtet oder Ausschlüsse erzeugt, wodurch den Bewohnern Ressourcen vorent-

halten werden. Infrastruktureinrichtungen können aber auch eine kollektive Ressource sein, die eine individuelle Unterprivilegierung ausgleichen oder gar kompensieren kann.

Insgesamt bestehen also die für Inklusion hinderlichen oder förderlichen Wirkungen einer Wohnumgebung in strukturellen Beschränkungen oder günstigen Gelegenheiten beim Zugang zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen, wobei dem Bereich von Bildung und Ausbildung sowie dem Zugang zum Gesundheitswesen größte Relevanz zugemessen werden kann.

Neben dem Zugang zu Institutionen ist auf die gebaute Struktur hinzuweisen, durch die ebenfalls die sozialen Beziehungen beeinflusst werden, beispielsweise wenn zum Zweck der Kostenersparnis die gemeinschaftlich nutzbaren Flächen klein gehalten sind, oder wenn die Anlage der Siedlung (zu enge) Kontakte zwischen Bewohnern erzwingt. Die Möglichkeiten, sich gegenüber anderen distanziert zu verhalten, werden dadurch eingeschränkt, Zwangskontakte erzeugt und damit Konflikte provoziert. In Quartieren mit sehr hoher Dichte gibt es keine Ausweichmöglichkeiten, kein Entkommen vor der mehr oder weniger intensiven Begegnung mit anderen (fremden) Verhaltensweisen. Fremde werden daher als Aggressoren wahrgenommen - insbesondere dann, wenn die eigene Identität durch soziale Marginalisierung bereits erschüttert ist.

Die Wohnumfeldqualität und die Verkehrssituation im Gebiet sind vor allem wichtig für die Familien, deren Kinder wegen der beengten Wohnungen auf das sichere Spielen in der Wohnumgebung angewiesen sind. Die erhöhten Zahlen von Kinderunfällen bei sozial benachteiligten Familien sind deutlich durch Wohnlagen an verkehrsreichen Straßen (Robert Koch-Institut 2008) und unzureichende Wohnumfeldqualität beeinflusst. Entsprechend konnten verhältnispräventive Ansätze wie im Beispiel des Dortmunder Runden Tisches zur Unfallprävention Wirkung zeigen (Albrecht 2007).

Die als besonders problematisch betrachteten Quartiere sind auch häufig durch städtebauliche Barrieren gegenüber der Nachbarschaft abgegrenzt, etwa durch Verkehrsanlagen oder Brachflächen. Sie werden selten von den übrigen Stadtbewohnern aufgesucht, weder intentional noch zufällig. Diese Isolation zeitigt Folgen für die interne Kultur und das Dienstleistungsangebot: Für persönlichkeitsbildende Kulturangebote (etwa ein Buchladen) findet sich kein ausreichend großes Publikum, und dies wiederum ist für diejenigen, die solche Angebote zu schätzen wissen, eher Grund, solche Quartiere zu meiden. Im kommerziellen Sektor ist es ähnlich: Den Geschäften fehlt die Laufkundschaft von außerhalb, die es ermöglichen würde, ein höherwertiges Sortiment zu erhalten.

### 1.3.2 Soziale Beziehungen/Kontexteffekte

Jenseits der baulich-materiellen Infrastruktur ist das Quartier für Inklusion als Sozialraum bedeutsam, weil in ihm Sozialisations- und informelle Bildungsprozesse und soziale Einbindungen verortet sind, die für die Entwicklung insbesondere von Kindern und Jugendlichen eine hohe Bedeutung haben. Die anderen Menschen, die Nachbarn, mit denen man in der Wohnumgebung regelmäßig in Kontakt kommt, bilden diese soziale Umwelt - und daraus entsteht ein Kontext in dem Sinne, als sich die im lokalen Milieu dominanten Orientierungen und Verhaltensweisen auf diejenigen auswirken, die ihm zugehören. Die beiden entscheidenden Mechanismen, in denen kollektive Orientierungen auf Individuen übertragen werden, sind

- *informelles Lernen* (Sozialisation): In einem Quartier wird durch die Peers, d. h. durch die maßgebenden Personen, durch die in einem Quartier existierenden Rollenvorbilder oder Rollenangebote, denen man durch soziale Nähe Einfluss auf die eigene Persönlichkeit einräumt, soziale Kontrolle ausgeübt. Bestimmte Verhaltensweisen werden akzeptiert oder sogar ermuntert, während andere abgewertet und als ‚uncool‘ diskriminiert werden. Insbesondere von Kindern und Jugendlichen werden die alltäglich gemachten Erfahrungen als eine Konstruktion von "Welt" übernommen und dadurch wirksam für Aspirationen und Motivationen.
- zum zweiten sind die *sozialen Netzwerke* zu nennen, über die Kontakte vermittelt oder verhindert werden, und in denen eine oft starke soziale Kontrolle ausgeübt wird. Zu diesen sind sowohl die primären Netzwerke der Verwandtschaft als auch die sekundären, von den Familienmitgliedern gepflegten regelmäßigen Kontakte zu zählen.

Nach der *Lerntheorie* sind es vor allem Imitation und das Wahrnehmen von sich bietenden Gelegenheiten, die als informelle Lernprozesse das Verhalten jenseits individueller Dispositionen beeinflussen können. Dabei spielen Gleichaltrige eine herausragende Rolle. In einem homogenen subkulturellen Milieu wächst die Wahrscheinlichkeit, mit anderen Jugendlichen zusammenzutreffen, die ähnliche Dispositionen aufweisen, und dadurch werden bereits vorhandene Neigungen legitimiert und verstärkt.

Die *Theorie des sozialen Lernens* benennt die Familie, die Medien, die Schule, die Nachbarschaft und unterschiedliche Peer-groups als die maßgeblichen Sozialisationsinstanzen - Schule, Nachbarschaft und Peer-groups beziehen sich explizit auf das Quartier als Lernraum. In einer Nachbarschaft, in der sich Modernisierungsverlierer und sozial diskriminierte Bewohner konzentrieren und in der abweichende Verhaltensmuster präsenter sind und eher legitimiert werden als in Wohngebieten der Mittelschicht, wird durch Sozialisation ein Rückkoppelungseffekt erzeugt, der die Normabweichung bei Jugendlichen ver-

festigt (vgl. Friedrichs/Oberwittler 2007). Sowohl durch sozialen Druck als auch Imitationslernen werden - so die Theorie der Kontexteffekte - solche Normen immer stärker im Quartier verbreitet; bei geschlossenen Milieus wird Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit genommen, andere Erfahrungen zu machen. Die Erfahrung der Ablehnung so gelernter Verhaltensweisen außerhalb der Nachbarschaft oder außerhalb des Milieus führt häufig nicht zu Verunsicherung, sondern zu reaktiver Verstärkung und weiterer Distanzierung vom gesellschaftlichen Mainstream.

Die soziale *Umwelt der Bezugsgruppen* prägt auch das Selbstbild und die Selbstachtung der Erwachsenen bzw. neu zugezogener Jugendlicher. Wenn zuvor erworbene Aspirationen und Normen ständig als dysfunktional entwertet und lächerlich gemacht werden, ist es - wenn die Möglichkeit, das Umfeld zu verlassen, nicht besteht - sehr wahrscheinlich, dass eine Anpassung an diese Umwelt erfolgt - im Sinne einer "Reduktion kognitiver Dissonanz" - , da gerade Jugendliche ein Bedürfnis nach Anerkennung haben. Sie passen sich dann eher an, als dass eine Wiederbelebung vorheriger Verhaltensmuster wahrscheinlich wäre.

Diese subkulturellen Qualitäten eines Quartiers führen zur Abwanderung von Familien mit Kindern, die sich an den klassischen Mittelschichtnormen ausrichten. Je mehr solche Haushalte das Quartier verlassen, desto geringer werden die Erfahrungsmöglichkeiten von positiven *Rollen Vorbildern* für die zurückbleibenden Kinder und Jugendlichen. Es gibt dann immer weniger unterschiedliche (Verhaltens- bzw. Lebens-)Modelle, an denen man das eigene Verhalten orientieren könnte. Ein Beispiel: Wenn Kinder oder Jugendliche überhaupt niemanden mehr kennen, der einer regelmäßigen Erwerbsarbeit nachgeht, fällt es ihnen schwer, eine Vorstellung davon zu entwickeln, dass pünktliches Aufstehen und die Einhaltung einer gewissen Selbstdisziplin Lebenschancen erschließen kann. Oder: Wenn Jugendliche in ihrem Bekanntenkreis niemanden mehr kennen, der durch Erwerbstätigkeit einen (bescheidenen) Lebensunterhalt verdient, hingegen einige, die sich durch kriminelle Aktivitäten ohne sonderlichen Aufwand eine spektakuläre Lebensführung ermöglichen und sich obendrein über ambitionierten Schulbesuch lustig machen - welche Handlungsalternativen liegen dann nahe?

Die kollektive Sozialisation hat Einfluss auf die Bildungswege von Kindern und Jugendlichen, indem sie Bilder von erstrebenswerten Karrieren konstruiert, und auf abweichendes Verhalten, wenn entweder Ächtung oder Akzeptanz von Gewalt und unzivilisiertem Verhalten vermittelt wird. Aspirationen und Motivationen werden im lokalen Milieu dadurch gelenkt und geformt, dass persönliche Leistungsbereitschaft in den formellen Institutionen unterstützt oder verächtlich gemacht wird.

Auswirkungen sind auch auf die Gesundheit zu erwarten, weil Essgewohnheiten, das Ausmaß von körperlicher Bewegung, die Inanspruchnahme von gesundheitlicher Vorsorge oder die Verbreitung von Stress erheblich von nachbarschaftlichen Einflüssen abhängig sein können. Bei Migranten schließlich spielt die Wohnumgebung als eine soziale Umwelt insofern eine wichtige Rolle, als sie Möglichkeiten oder Grenzen für das informelle Erlernen der Landessprache beinhaltet.

### **1.3.3 Institutionen**

Die Erreichbarkeit von Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur hat in solchen Quartieren, in denen viele Haushalte mit geringen persönlichen Ressourcen leben, eine große Bedeutung. Bildungseinrichtungen und das Gesundheitssystem sind hier von zentraler Bedeutung, aber gerade für Kinder und Jugendliche sind es auch Spiel-, Sport- und andere Freizeitmöglichkeiten, die den schulischen Bildungsprozess unterstützen und den Horizont erweitern können. Die Versorgung mit Einrichtungen der Kinderbetreuung, der vorschulischen Erziehung sowie ein differenziertes Angebot im Schulbereich variiert innerhalb der Städte zwischen Quartieren, und dies kann erheblichen Einfluss auf die Bildung und damit die soziale Inklusion der dort aufwachsenden Kinder haben. Dabei ist nicht nur der Versorgungsgrad zu beachten, sondern auch die Frage, wer und mit welcher Kostenbelastung Zugang zu den vorhandenen Einrichtungen hat. Wenn z. B. Arbeitslosen unterstellt wird, dass sie, weil sie das Haus ja nicht für eine Erwerbstätigkeit verlassen müssen, sich eher um die Kinder kümmern können als die Berufstätigen, sind am Ende die Kinder, die eine vorschulische Förderung am dringendsten benötigten, die Leidtragenden.

In den dicht bebauten Quartieren in der Großstadt sind Räume für Bewegungsspiele in der Regel knapp, während sie in den Quartieren der Wohlhabenden, wo Häuser mit einem Garten typisch sind, als öffentliche Infrastruktur nicht in gleicher Weise notwendig sind (vgl. Gröning 2000). Eine Gleichbehandlung der Quartiere im Sinne gleicher "Versorgungsgrade" wäre hier eine Befestigung von ungleichen Lebensbedingungen, d. h. dass hier - ebenso wie bei der Ausstattung mit Freizeiteinrichtungen für Jugendliche - quartiersspezifische Kriterien entwickelt werden müssen.

Die Schulen sind eine zentrale Sozialisationsinstanz, die dort, wo es noch bindende Einzugsbereiche gibt, lokal orientiert ist, und deren Schülerschaft daher die soziale Zusammensetzung der Wohnerschaft widerspiegeln sollte. Tatsächlich aber sind die Schulen stärker segregiert als die Wohnbevölkerung. Dies verstärkt und befestigt Barrieren für die soziale Inklusion gerade bei denjenigen, für die die Schule eine Kompensationsfunktion für Defizite zu übernehmen hätte, deren Ursachen in der sozialen Lage ihrer Herkunftsfam-



milie liegen. Die Schule entscheidet über Bildungs- und Mobilitätschancen und damit auch über soziale Inklusion. Gerade deshalb sind die Auseinandersetzungen um die Schulstruktur und die Frage, wie lange Kinder mit unterschiedlichen Begabungen und unterschiedlicher Förderung von zu Hause gemeinsam in der Schule lernen sollen, so heftig. Auch für die Gesundheit sind Kontexteffekte der Schulen nachgewiesen worden (vgl. Klocke/Lipsmeier 2008).

Ähnliche Effekte dürften, auch wenn es sich dabei nicht vorwiegend um Bildungseinrichtungen handelt, beim Vereinswesen und in Freizeiteinrichtungen auftreten. Nicht nur ist die Zugänglichkeit von Jugendgruppen und Sportvereinen nach Quantität und Qualität in den verschiedenen Teilräumen einer Stadt sehr unterschiedlich, die Vereine sind sowohl nach der Sportart als auch nach dem Habitus sozial selektiv. Forschungen, die die Effekte dieser Tatsache für die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen untersucht hätten, liegen aber bisher nicht vor.

Für eine sozialräumlich ungleiche Ausstattung an gesundheitlicher Versorgungsinfrastruktur gibt es deutliche Belege (Räßler-Wolf 2007; Bezirksamt Lichtenberg von Berlin 2008; Fassbinder et al. 1975): Arztpraxen, insbesondere von Fachärzten und Therapeuten, sind sehr ungleich über das Stadtgebiet verteilt, und ein Defizit an Kinder- und Jugendärzten und -psychiatern wird gerade in Quartieren, in denen eine untere soziale Schicht prägend ist, häufig beklagt. Durch die Überlagerung von dünner Versorgung und erhöhtem Bedarf kann sich eine ausgesprochene Barriere für soziale Inklusion ergeben.

Zusammenfassend: lokale Instanzen der kollektiven Sozialisation sind

- Bezugsgruppen (Peer-groups), Vorbilder und Rollenmodelle,
- Netzwerke,
- infrastrukturelle Institutionen in der Wohnumgebung (Schulen, Vereine, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Gesundheitsversorgung).

Über diese Institutionen werden Anerkennung, aber auch Enttäuschungen und Ausschluss verbreitet. Die Sehnsucht nach Akzeptanz und Anerkennung insbesondere von Kindern und Jugendlichen, die sich aus dem Elternhaus lösen wollen oder dort keine Bindung finden, bildet eine günstige Voraussetzung für den Einfluss von Kontexteffekten innerhalb eines Quartiers.

### **1.3.4 Homogenität und Heterogenität von Netzwerken**

Wohnumgebungen können bedeutsame inkludierende Wirkungen haben, wenn eine starke Binnenintegration vorhanden ist, d. h. wenn ein starkes Vertrauen und enge soziale Beziehungen zwischen den Bewohnern eines Quartiers bestehen. Solche gemeinschaftlichen Verhältnisse können allerdings auch exkludierend wirken, da sie - wie alle Formen von Gemeinschaften - auf relativ homogenen Normen und Orientierungen basieren, die Abweichungen nicht dulden. Beim sozialen Kapital eines Quartiers wird daher zwischen "bonding capital" und "bridging capital" unterschieden: Eine starke Binnenintegration, d. h. enge homogene soziale Netze, binden die Mitglieder an die Gemeinschaft und schneiden sie von anderen Erfahrungs- und Kooperationsmöglichkeiten ab. Überschreiten hingegen die Netzwerke das eigene Milieu (oder auch die eigene Wohnumgebung), dann tragen sie dazu bei, Brücken in andere Bereiche der Gesellschaft zu bauen. Homogene Netzwerke haben also zugleich inkludierende und exkludierende Wirkungen. In lockeren, heterogenen Netzwerken sind die Anpassungszwänge geringer, die Erfahrungsmöglichkeiten vielfältiger und die damit verbundenen Erträge für das Individuum und das Kollektiv größer.

Für die soziale Inklusion von Jugendlichen ist dies insofern bedeutsam, als sich die Mitgliedschaft in einer Gruppe, die durch starke Binnenintegration geprägt ist, restriktiv auswirken kann, weil sie zwar Sicherheit, Anerkennung und Unterstützung bietet, die dabei gemachten Erfahrungen jedoch auf die Fähigkeiten und Kenntnisse der homogenen Gruppe beschränkt bleiben. Produktiv für die soziale Inklusion wären jedoch soziale Beziehungen, die auf einem heterogenen Netzwerk aufbauen und Brücken über den Erfahrungs- und Informationsraum der engeren Umgebung hinaus bauen. Auf diesem Grundgedanken fußen die verschiedenen Mentoren-, Lotsen- oder Patenprojekte, die im Projektbericht dieser Untersuchung eine wichtige Rolle spielen. Erfolgreiche Projekte wie die "Stadtteilmütter" versuchen, die sozialen Distanzen klein zu halten und dennoch "brückenbildendes" Wissen zu vermitteln.

## **1.4 Kulturell-symbolische Abgrenzungen**

Die bisher geschilderten Wirkungen beruhen auf Effekten, die von sozialen Beziehungen und Prozessen innerhalb des Quartiers und von der institutionellen Ausstattung ausgehen. Für die inkludierende bzw. exkludierende Wirkung gibt es aber auch Barrieren, die den Quartieren gleichsam von außen auferlegt sind. Neben räumlicher Isolation sind dabei vor allem symbolische Mechanismen wie z. B. die Stigmatisierung des Gebietes von Bedeutung, die für die soziale Wertschätzung ihrer Bewohner ("eine schlechte Adresse") Folgen haben.

Kulturelle Bewertungen von Wohngebieten werden durch Zuschreibungen (etwa in den öffentlichen Medien) und aufgrund symbolischer Eigenschaften einer Wohnumgebung (z. B. Zustand des öffentlichen Raums und der Gebäude) vorgenommen. Diese Bewertungen wirken nach innen und außen: nach außen, weil das negative Image einer Wohngegend auf ihre Bewohner übertragen wird und diese dadurch in verschiedenen Zusammenhängen (z. B. Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuche, Behandlung durch Ordnungsbehörden etc.) benachteiligt werden; und nach innen: ein verwahrloster öffentlicher Raum z. B. signalisiert den Bewohnern ihre eigene Wertlosigkeit. Wird das negative Image des Quartiers als negatives Selbstbild von den Bewohnern übernommen, werden dadurch Apathie und Hoffnungslosigkeit verstärkt. Allerdings gibt es auch die "negative Idealisierung" der eigenen Wohnumgebung in der Hip-Hop-Musik, die durch eine aggressive Abgrenzung der Stärkung des Selbstbewusstseins in einer Gesellschaft dienen soll, die Jugendlichen eine Randposition zugewiesen hat.

Es gibt ein nicht leicht zu bestimmendes Gefühl beim Begehen eines Quartiers, das signalisiert: "Hier fühle ich mich wohl" oder - im Gegenteil - "dies ist nicht meine Welt". Man kann, um einen zentralen Begriff von Bourdieu zu benutzen, vom Habitus eines Quartiers sprechen. Feine symbolische Unterschiede, wie sie von der Stilisierung der Bekleidung, die Jugendliche in der Schule tragen, bekannt sind ("Markenbewusstsein"), wirken auch in der Wohnumgebung. Kinder und Jugendliche haben dafür ein besonders ausgeprägtes Gespür und sie registrieren solche Symbole genau, die Zugehörigkeit oder Abwertung signalisieren.

Der persönliche Habitus ist ein sehr starkes und zugleich nur sehr schwer beeinflussbares Element der sozialen Distinktion. Man erwirbt ihn nur in den informellen Beziehungen der Familie und der sozialen Netze und er stellt für Privilegierte ein kulturelles Kapital dar, mit dem Klassenunterschiede auch jenseits der materiellen Ressourcen demonstriert und aufrechterhalten werden können. Dieses Konzept kann auch auf Quartiere übertragen werden. Quartiere mit einem eindeutigen sozialen Profil repräsentieren symbolisch ein bestimmtes Milieu. Das ist gemeint, wenn vom "Prestige" eines Quartiers die Rede ist. Dies zeigt sich in der städtebaulichen Anlage (Bebauungsdichte, Qualität der Freiräume), in der Qualität der baulichen Anlagen (welche Materialien werden verwendet?) und in der Ästhetik der Gestaltung von privaten Häusern und öffentlichem Raum, im quartiersspezifischen Angebot des Einzelhandels oder der Gastronomie, in der typischen Art der Bekleidung, die die Bewohner tragen etc., aber auch in den Umgangsformen zwischen den Bewohnern. Die sozialen und kulturellen Welten von Jugendlichen in verschiedenen Quartieren können so sehr nachdrücklich voneinander getrennt werden, was einen erheblichen Einfluss auf die soziale Inklusion hat.

### **Zusammenfassend:**

- a) Eine stigmatisierende Außenwahrnehmung kann sich nachteilig auf die sozialen Teilhabechancen insbesondere bei der Lehrstellen- und Arbeitsplatzsuche auswirken.
- b) Die Stigmatisierung eines Quartiers beeinflusst das Selbstwertgefühl derjenigen Bewohner, die nicht freiwillig im Gebiet wohnen. Sie fühlen sich als Gefangene.
- c) Vermüllung und Verwahrlosung der öffentlichen Räume sind äußere Anzeichen einer abnehmenden Verantwortung und Bindung an die eigene Lebensumwelt. Die Einschätzung, dass es "abwärts" geht, verbreitet sich ebenso wie das Gefühl, dieser Entwicklung ohnmächtig ausgeliefert zu sein. Die Ignoranz gegenüber der Verwahrlosung der Wohnumwelt ist ein Anzeichen für den Verfall von gemeinschaftsorientierter Verantwortung und erzeugt deshalb auch Angst.
- d) Zur symbolischen Dimension zählen auch die Zuweisung anderswo unerwünschter Funktionen (Recyclinganlage, Asylbewerberheim) und der Zustand von Gebäuden. Offensichtliche Desinvestitionen und die Vernachlässigung der Bausubstanz zählen zu jenen Formen symbolischer Demütigung, die das Selbstwertgefühl und die Lebensqualität beeinflussen und auch eine Gefahr für die Gesundheit darstellen.

## **1.5 Teilhabe**

Nicht nur die Stigmatisierung durch eine auffällige negative Entwicklung der Wohnumgebung kann einen destruktiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung haben, sondern auch der Umgang mit den Bewohnern durch die planenden Behörden. Wird über ihre Köpfe hinweg über ihre Lebensbedingungen entschieden, ohne ihnen Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen, werden sie - die ohnehin leicht das Gefühl entwickeln, die Entwicklung der Umwelt sei ihrer Kontrolle entglitten - zusätzlich gedemütigt und demotiviert. In den formellen Prozessen der administrativen Entscheidungsfindung haben bei der Quartiersentwicklung Haus- und Grundeigentümer per se ein sehr bedeutsames und wirksames Mitspracherecht, für die soziale Inklusion der Bewohner insgesamt ist daher die Möglichkeit der Partizipation von großer Bedeutung. Nach dem Capability-Ansatz ist die Teilhabe an Entscheidungen, die die persönliche Lage beeinflussen, ein wesentliches Kriterium für Inklusion oder Exklusion.

## 1.6 Theorien zu Kontexteffekten

Dazu, wie sich die soziale Umgebung auf die Inklusion auswirkt bzw. wie sich ein lokales Milieu im Denken und Handeln seiner Bewohner verankert, existieren zahlreiche theoretische Ansätze, mit denen die bisher genannten Mechanismen systematisiert werden können; sie ergänzen sich teilweise, überschneiden sich aber auch (vgl. zum Folgenden Buck 2001 und Oberwittler 2010). Man kann folgende theoretischen Modelle unterscheiden:

- Das "*epidemische Model*", in dem die angenommenen Effekte vorwiegend von Peer-groups ausgehen, durch die sich problematisches Verhalten verbreitet. Die sozialen Normen werden durch Gruppenzwang denjenigen auferlegt, die "dazu gehören" wollen. Wird das Bedürfnis nach Respekt und Anerkennung nicht durch die Eltern-Kind-Beziehung oder auch die Schule befriedigt, steigt der Einfluss der sekundären Sozialisationsinstanzen wie z. B. der nachbarschaftlichen sozialen Beziehungen. Die "Bindungen an die konventionelle Gesellschaft und die Legitimität ihrer Normen leiden und die Attraktivität illegaler Erwerbsmöglichkeiten steigt" (Oberwittler 2010: 5).
- Alternativ oder ergänzend dazu ist das (bereits oben beschriebene) Modell "*Kollektive Sozialisation*" zu nennen, bei dem die in der Nachbarschaft verfügbaren Rollenmodelle und die Beobachtung von erfolgreichen Biographien einen wichtigen Einfluss bei der Sozialisation von Kindern und Jugendlichen haben.
- Im Modell der "*relativen Deprivation*" beurteilen die Individuen ihre eigene Situation nach der relativen Position ihrer Nachbarn. Dabei werden die Nachbarn nicht als Rollenmodelle für Imitationslernen, sondern als ein Maßstab dafür genommen, das eigene Verhalten zu beurteilen. Demnach würden ärmere Kinder soziale Scham entwickeln, wenn wohlhabende Kinder in der Nachbarschaft leben, weil ihre relative Position schlechter erscheint. Andererseits wird ein leistungsfeindliches und anstrengungsloses Verhalten für Jugendliche leichter legitimiert, wenn die Nachbarn solche Verhaltensweisen ebenfalls haben.
- Ein alternatives "*Erwartungsmodell*" beruht weniger auf dem Zugang zu Informationen als auf der Imagination von wahrscheinlichem Erfolg beim Ausnutzen von Gelegenheiten. Hier wird angenommen, dass man durch die soziale Umgebung dabei ermutigt oder entmutigt wird, sich um etwas zu bemühen. Hier bestehen deutliche Anklänge an das Modell relativer Deprivation, wobei die Betonung aber darauf liegt, dass durch reale Erfahrungen (etwa durch Diskriminierung) der Erwartungshorizont gesenkt worden ist.
- Nach dem "*Netzwerkmodell*" hängt die soziale Inklusion von Verbindungen zu den stärker integrierten Gruppen der Gesellschaft ab, weil diese wichtige Informationen, mate-

rielle Unterstützung und moralische Vorbilder liefern, die nur schwer zugänglich sind, wenn man räumlich von diesen Gruppen getrennt ist. Nach dieser Vorstellung ist also die Anwesenheit von Bewohnern, die über höhere Einkommen und bessere Informationen verfügen, von Vorteil. In der bisherigen Forschung hat dieses Modell einen engen Bezug zum Zugang zum Arbeitsmarkt.

- Das "*institutionelle Modell*" stellt die in einem Quartier vorhandenen Institutionen in den Mittelpunkt. Es geht davon aus, dass Nachbarschaftseffekte indirekt durch die geringe Qualität von Dienstleistungen wirken, die in einer Nachbarschaft verfügbar sind. Außerdem gibt es Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal für Einrichtungen in Armutsgebieten zu finden. Menge, Qualität und kulturelle Orientierung von Dienstleistungen variieren demnach mit der sozialen Zusammensetzung der Quartiersbevölkerung, wodurch Minderheiten ausgeschlossen werden können.
- Eine ergänzende Hypothese ist das "*Wettbewerbsmodell*", das an die institutionelle Versorgung anschließt. Es beruht auf der Annahme, dass verschiedene Gruppen um knappe Ressourcen in einem Quartier konkurrieren. Das könnte bedeuten, dass benachteiligte Individuen in Quartieren, in denen eine sozial höher gestellte Schicht dominiert, schlechter abschneiden. Umgekehrt könnte man auch annehmen, dass die bloße Größe einer bestimmten Nachfragegruppe die vorhandenen Ressourcen überstrapaziert - insbesondere dann, wenn Ressourcen über verschiedene Quartiere gleich verteilt werden, aber eine homogene Nachfrage in einem Quartier dann auf ein zu geringes Angebot stößt.

In diesen Modellen werden verschiedene Aspekte von Kontexteffekten jeweils in den Vordergrund gestellt. Insgesamt beziehen sie sich auf den Prozess kollektiver Sozialisation, die sozialen Netze und die institutionelle Ausstattung von Quartieren.

### **1.6.1 Ein wichtiger Unterschied: Kontexteffekte versus Kompositionseffekte**

*Kontexteffekte* sind Wirkungen für die soziale Lage und für die Bildungs- und Berufsbio-graphie, die von einem "Setting" bzw. einem Kollektiv ausgehen und überindividuell wirken. Sie sind zu unterscheiden von *Kompositionseffekten*, die eine Addition von Verhaltensweisen und Einstellungen von Personen in ähnlicher sozialer Lage darstellen. Können soziale Orientierungen und Verhaltensweisen nicht durch die üblichen Merkmale des sozioökonomischen Status (Bildung, Beruf, Einkommen) erklärt werden, so ist von Kontexteffekten auszugehen.

Ein prominenter Gegenstand der sozialökologischen Forschung ist seit jeher das "abweichende Verhalten". Bei der Untersuchung von Kriminalität ging man bereits in den 1920er Jahren an der Universität von Chicago von der Annahme aus, dass die Wohnumgebung einen Einfluss auf das Verhalten von Jugendlichen hat, die in bestimmten Quartieren aufwachsen (vgl. Park/Burgess 1974). Die Frage, die beantwortet werden sollte, war die, warum Jugendliche in einem Quartier eher zu abweichendem Verhalten neigten als in einem anderen. Man sammelte Daten über die Quartiere und kombinierte diese mit der Häufigkeit von Gesetzesübertretungen. Aus der Korrelation von Eigenschaften der Quartiere (z. B. Bebauungsdichte oder soziale Heterogenität) mit der Häufigkeit von dort festgestellten Gesetzesübertretungen wurde darauf geschlossen, dass ein bestimmter Kontext ein bestimmtes Verhalten nach sich ziehe. Aus der Kombination von Aggregatdaten kann allerdings nicht auf den Kontext als eine der Ursachen für Verhalten geschlossen werden, solange nicht diejenigen Faktoren, die in den Sozialwissenschaften üblicherweise als Prädiktoren für soziale Dispositionen gelten, überprüft sind und als verursachende Variablen ausgeschlossen werden können. Man begeht sonst einen "*ökologischen Fehlschluss*", d. h. man erklärt ein Verhalten durch einen nicht weiter analysierten Kontext, obwohl dieses Verhalten durch individuelle soziale Merkmale der Angehörigen einer bestimmten sozialen Gruppe (wie Einkommen, Bildung und soziale Herkunft) erklärbar wäre. Dies wäre ein Kompositionseffekt. Ein bestimmtes Verhalten tritt gehäuft in einem Quartier dann nur deshalb auf, weil besonders viele Individuen dort wohnen, die individuell eine Disposition zu einem solchen Verhalten haben. Bei den Kontexteffekten handelt es sich also um kollektive Orientierungen bzw. Verhaltensweisen, die mehr sind als die Summe der Eigenschaften der Individuen. Kontexteffekte sind Wirkungen für die Bildungs- und Berufsbiographie sowie für die Gesundheit, die von einem "Setting" bzw. einem Kollektiv ausgehen und überindividuell wirken.

Erst in jüngerer Zeit sind durch den Einsatz neuer statistischer Verfahren Analysen durchgeführt worden, bei denen die Erklärungskraft individueller Merkmale der Bewohner Schritt für Schritt überprüft und ein so nicht erklärbarer Rest identifiziert wird, der dann als Kontexteffekt gilt.

### **1.6.2 Grenzen der Wirksamkeit des Kontextes**

Wirkungen von Kontexteffekten können nur dann erwartet werden, wenn die lokale Umgebung tatsächlich den Erfahrungsraum von Kindern und Jugendlichen weitgehend bestimmt. Wichtig also ist, ob sich der Aktionsraum und die Reichweite der Kommunikationsbeziehungen mit der lokalen Nachbarschaft decken, was angesichts der universellen Verfügbarkeit von Techniken zur Telekommunikation immer mehr fraglich erscheint. Das Quartier ist durch die Ausweitung der Kommunikationsmöglichkeiten gewiss kein ge-

schlossener Erfahrungsraum mehr. Ob die Wohnumgebung Wirkungen auf das Denken und Handeln von Kindern und Jugendlichen hat, hängt also auch davon ab, ob sich ihr Erfahrungsraum auf die nähere Umgebung beschränkt.

Schließlich kann nicht davon ausgegangen werden, dass es eine einfache Wirkungskette im Sinne eines Reiz-Reaktions-Schemas gibt, bei dem die Wohnumgebung einen Reiz aussendet, auf den die Bewohner in gleicher Weise reagieren. Vielmehr ist von differenziellen Wirkungen des Kontextes auszugehen, die nach folgenden Eigenschaften der Bewohner variieren:

- sozialer Lage der Herkunftsfamilie (Einkommen, Bildung, Erwerbstätigkeit),
- Qualität der Eltern-Kind-Beziehung und einer Reihe anderer Resilienzfaktoren, wie interne Kontrollüberzeugung, realistische Selbsteinschätzung, erwachsene Bezugsperson außerhalb der Familie, starke Wertorientierung (Aufwachsen in einer harmonischen und stabilen Familie oder in sozial und materiell prekären Verhältnissen),
- Alter,
- Geschlecht,
- Wohndauer.

Kinder, die in einer behüteten, von einer stabilen Familie gebildeten Umgebung aufwachsen, sind weniger anfällig für Einflüsse der lokalen Umgebung als solche, die zuhause keine Anerkennung und keine Sicherheit finden. Auch ist das Alter der Bewohner eine entscheidende Variable für die Beeinflussbarkeit durch lokale soziale Beziehungen. Kinder und Jugendliche dürften dafür sehr viel offener sein als Erwachsene oder gar alte Menschen. Das Geschlecht spielt insofern eine Rolle, als Mädchen in anderer Weise als Jungen durch die sozialen Kontexte in der Nachbarschaft beeinflusst sind. Beispielsweise wird Mädchen durch die Familien weniger Bewegungsraum in der Wohnumgebung zugestanden, sodass sie negativen Kontexteffekten in der Wohnumgebung nicht in gleichem Maße ausgesetzt sind wie männliche Jugendliche. Schließlich ist selbstverständlich die Wohndauer zu berücksichtigen, denn bei unterschiedlichen Kontexteffekten sind sehr unterschiedliche "Inkubationszeiten" anzunehmen: Manche Einflüsse, wie z. B. die Stigmatisierung eines Wohngebietes, können sehr kurzfristig wirken, andere jedoch erst bei einer längeren Wohndauer. Insgesamt also kann nicht von einer einheitlichen Wirkung des Kontextes auf "die" Bewohner ausgegangen werden.

Hinzu kommt, dass Bewohner je nach individuellen Eigenschaften und Voraussetzungen Wirkungen unterschiedlich verarbeiten. Bewohner sind nicht passive "Opfer" der lokalen Verhältnisse, ihre Reaktionen und ihr Umgang sind vielmehr abhängig von sozialer Ein-



bettung in der Familie und von den sozialen Netzwerken sowie von individuellen Charakteristika. Es gibt also eine unterschiedliche Resilienz, die von besonderem Interesse ist, wenn es darum geht, über Strategien nachzudenken, die Kinder und Jugendliche vor negativen Einflüssen ihrer Wohnumgebung schützen.

Aus der empirischen Sozialforschung ist bekannt, dass Familien sehr bewusst eine "Erziehung gegen das lokale Milieu" praktizieren können. Die Einbettung in die Familie, die Akzeptanz in der Schule und die Qualität von Netzwerken entscheiden mit darüber, wie stark die Effekte des lokalen Kontextes wirken. Dazu tragen auch die Freizeitaktivitäten bei, die eine besonders wichtige Umgebung für informelles Lernen darstellen. Die familiären Ressourcen und verwandtschaftlichen Netzwerke, die Gelegenheiten und Angebote, die von der Familie organisiert und bereitgestellt werden, sind für die Entfaltungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig - und sie sind nur teilweise lokal determiniert.

Gegen das lokale Milieu, gegen "die Verhältnisse" gerichtete Einflüsse können ausgehen von:

- Der Familie bzw. Verwandtschaft, die die primäre Instanz für Sozialisation und Erziehung ist. Zwischen Familie und Quartiersmilieu gibt es nur dann "wasserdichte" Verbindungen, wenn sich die Familie als Teil einer distinkten Gemeinschaft versteht, die eine große soziale Dichte hat, der man durch große Loyalität und Identität verbunden ist. Wenn sich jedoch die einflussreichsten Personen in der Familie an anderen Normen und Werten orientieren, können sie die Kinder und Jugendlichen auch "gegen das Milieu" erzielen und darauf achten, dass deren soziale Netze sich nicht auf dieses lokale Milieu begrenzen, sondern durch andere Interaktionsbeziehungen von diesem entfremdet werden.
- Der Schule und der Kindertagesstätte, die wichtige sekundäre Sozialisationsinstanzen darstellen. Die Schule kann je nach sozialer Zusammensetzung der Schülerschaft und pädagogischem Konzept eine wichtige Institution bei der Vermittlung von Quartierseffekten sein oder aber die negativen Aspekte der Quartierskultur durch den Aufbau eines fördernden Lernmilieus kompensieren. Durch eine hohe Segregation in der Schule können die Quartierseffekte verstärkt und Lernprozesse behindert werden.
- Freizeit-, Sozial- und Kultureinrichtungen. Das informelle Lernen findet nicht nur in den Peer-groups statt, sondern auch in Institutionen, die der Kontrolle von privaten, gemeinnützigen oder öffentlichen Trägern unterliegen. Außerschulische und außerfamiliäre Institutionen haben einen Einfluss auf die sozialen Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen. Dort können Erfolgserlebnisse, Motivationen und Techniken des Lernens

vermittelt werden, dort kann Anerkennung zur Stärkung des Selbstbewusstseins erworben werden, die Voraussetzung für einen eigenständigen, Ich-gesteuerten Umgang mit den Zumutungen und Möglichkeiten der Wohnumgebung sind.

## **1.7 Empirische Forschung zu Kontexteffekten**

Der Zusammenhang zwischen der infrastrukturellen Ausstattung von Quartieren und Lebenschancen war Thema einer großen Untersuchung in den 1970er Jahren (vgl. Herlyn 1980). In dieser Studie konnten erhebliche Unterschiede bei der "Verteilung sozialer Infrastruktureinrichtungen" festgestellt werden. Dabei wurden auch Benutzer befragt und die Barrieren erforscht, die für die Nutzung von Bildungseinrichtungen und z. B. für die "Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen in den Wohnquartieren" bestanden. Im Ergebnis zeigte sich, dass in Gebieten mit einer unterprivilegierten Bewohnerschaft auch der Zugang zur sozialen Infrastruktur erheblich schwieriger war, weil ihre Wohngebiete eine erhebliche Unterversorgung aufwiesen. Ein Vergleich der Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen zwischen verschiedenen Stadtteilen wurde im Zuge einer Untersuchung zu den "Lebensverhältnissen lohnabhängig Beschäftigter" im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung in Bremen durchgeführt (vgl. Fassbinder/Häußermann/Petrowsky 1975). Einbezogen wurden das Schulwesen, Jugendeinrichtungen, Spielplätze, Kindergartenplätze, Hortplätze, Jugendfreizeitheime, Alteneinrichtungen und ärztliche Versorgung. Auch dabei zeigten sich erhebliche Unterschiede, die mit der Sozialstruktur der Quartiere zusammenhingen. Im Rahmen der von der Bundesregierung in den sechziger Jahren eingesetzten "Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel" wurden ähnliche Studien durchgeführt. Diese Forschung hat allerdings in den letzten drei Jahrzehnten keine Nachfolge gefunden. In einzelnen Städten gibt es jedoch Spezialstudien für einzelne Klientelgruppen (Kinder und Jugendliche, Alte etc.), die in der Regel als Auftragsarbeiten für die Fachämter entstanden sind.

Die These, der zufolge Wohngebiete umso stärker benachteiligend auf ihre armen Bewohner wirken, je mehr diese unter sich bleiben, je höher also der Anteil der Armen oder einer ethnisch diskriminierten Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung des Viertels ist, ist mit empirischen Befunden vor allem zur sozialen Situation von Schwarzen in Chicago begründet worden (vgl. Wilson 1987 und 1997). Aber auch empirische Studien zur Situation von Jugendlichen in den Banlieues der französischen Großstädte kommen zu vergleichbaren Ergebnissen. Bleiben die Armen, prekär Beschäftigten und Arbeitslosen unter sich, ergeben sich negative Sozialisationseffekte für Jugendliche, die in diesen Vierteln aufwachsen. Ihnen fehlen Rollenvorbilder, die sie an eine Orientierung an regulärer Erwerbsarbeit heranführen könnten, die "old heads" der traditionellen, schwarzen Arbeiterviertel (vgl. Anderson 1999) oder die disziplinierende Kultur der Arbeiterbewegung,

deren Erosion als einer der wichtigsten Gründe für die soziale Entfremdung von Jugendlichen in französischen Vorstädten gilt (vgl. Dubet/Lapeyronnie 1994). "Konformistische" Jugendliche, die auf dem knappen Arbeitsmarkt für Niedriglohnjobs oft vergeblich nach Arbeit suchen, geraten in Konflikt mit Altersgenossen, die Erwerbsarbeit als eine mögliche Lebensperspektive abgeschrieben haben, Anerkennung auf der Straße suchen und in der Drogenökonomie unter tödlichem Risiko schnelles Geld verdienen wollen (vgl. Newman 1999; Bourgois 1995).

Die sozialräumliche Konzentration der Armen bildet hier das kritische Bindeglied, das Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und soziale Ausgrenzung zu einem Teufelskreis sich wechselseitig verstärkender Elemente zusammenschließt. Die interne, soziale Isolation wird durch externe, rassistische Stigmatisierung der Viertel mit ihren überwiegend schwarzen oder hispanischen Bevölkerungen noch weiter verschärft.

Im Vergleich zu den USA weisen europäische Großstädte in der Regel nicht nur niedrigere Armutsraten auf, sondern auch eine größere ethnische und soziale Heterogenität selbst in den Vierteln mit überdurchschnittlich hohen Anteilen von Armen und Arbeitslosen.

### **1.7.1      Forschung zu Kontexteffekten in Deutschland**

Gleichwohl haben Studien auch in Deutschland den Einfluss von Konzentrationseffekten zumindest auf den ersten Blick bestätigt. Farwick (2001) konnte anhand von Längsschnittdaten zum Sozialhilfebezug und der räumlichen Verteilung von Sozialhilfeempfängern in Bremen und Bielefeld zeigen, dass die Sozialhilfedichte eines Gebietes einen eigenständigen Erklärungsfaktor für die Dauer des Sozialhilfebezugs darstellt. Arme Bewohner von Stadtvierteln oder Straßenzügen mit hohen Anteilen von Sozialhilfeempfängern beziehen länger Sozialhilfe als Vergleichsgruppen in Wohngebieten mit geringerer Sozialhilfedichte. In einer neueren Studie über die Kontexteffekte in Migrantenvierteln hat Farwick (2009) die Bedeutung der räumlichen Skalierung herausgearbeitet. Er konnte nachweisen, dass Kontexteffekte im Nahraum - am deutlichsten innerhalb eines Wohnblocks - existieren, dass sie aber bereits auf Quartiersebene nicht mehr signifikant nachweisbar sind. Auf die große Bedeutung der Wahl der Gebietsgröße hat auch Nonnenmacher (2007) hingewiesen.

Friedrichs und Blasius (2000: 193 ff.) kamen in einer Studie verschiedener Kölner Stadtviertel mit überdurchschnittlicher Armut zu dem Schluss, dass die Benachteiligung der Bewohner mit steigender Armutsdichte zu- und die Wohnzufriedenheit abnimmt. Unklarheiten bestehen jedoch hinsichtlich der Erklärung der hier beschriebenen Zusammenhänge. Farwick vermutet, dass die Außendiskriminierung der Viertel und ihrer Bewohner ei-

nen wichtigen Einfluss auf die Verlängerung der Bezugszeiten von Sozialhilfe haben könnte (vgl. Farwick 2001: 178), und in einer zweiten Studie (Farwick 2009) konnte er nachweisen, dass Quartierseffekte sehr wohl existieren, allerdings nur sehr kleinräumig mit wachsender Homogenität. Friedrichs und Blasius stellen hingegen mit zunehmender Armutsdichte eine Verengung und Homogenisierung der sozialen Netze fest. Darüber hinaus glauben sie zumindest bei den deutschen, bemerkenswerterweise aber nicht bei den türkischen Bewohnern negative Sozialisationseffekte feststellen zu können.

### **1.7.2 Zur europäischen Forschung über Kontexteffekte<sup>2</sup>**

Insbesondere in den Niederlanden ist eine heftige Diskussion über die Wirkung von konzentrierter Armut auf die Situation von armen Bewohnern entbrannt, weil dort die Regierung eine explizite Dekonzentrationspolitik betreibt. Die Sozialforscher (insbesondere Musterd und Sykes) vertreten die Auffassung, dass die Nachbarschaftseffekte so gering seien, dass sie keine Grundlage für eine Politik der forcierten Desegregation sein können. Diese Position beruft sich vor allem auf quantitative Analysen mit Massendaten. Ausgehend von der Tatsache, dass die räumliche Segregation Ausdruck von sozialer Ungleichheit sei, wird bezweifelt, ob die Beseitigung räumliche Segregation auch soziale Ungleichheit verringere. Gefragt wird also nach den Effekten für soziale Mobilität (Einkommen, Beschäftigung), für Erfolge im Bildungssystem und für soziale Netzwerke. Festgestellt wird, dass Familien und der individuelle soziale Hintergrund sowie makrostrukturelle Faktoren wichtiger seien als lokale räumliche Einflüsse. Die meisten armen Nachbarschaften seien keineswegs sozial isoliert, und die Netzwerke der Bewohner reichten über die Grenzen der Nachbarschaft hinaus. Die Fixierung auf Kontexteffekte lenke von den Ursachen der individuellen Benachteiligung ab. Allerdings werden von den Autoren selbst erhebliche Zweifel an den Methoden geäußert, da der komplexe Zusammenhang von Mechanismen des Kontextes nicht mit Aggregatsdaten erfasst werden könne.

Eine Studie mit qualitativen Methoden (van Eijk 2010) fragt danach, ob die räumliche Segregation die klassenspezifische Segregation dadurch verstärkt, dass Bewohner von armen Nachbarschaften weniger Gelegenheit haben, mit Personen zusammenzutreffen, die über reichhaltige Ressourcen verfügen. Dabei wird gezeigt, dass die räumliche Mischung von Personen unterschiedlicher sozialer Lagen kaum soziale Beziehungen zwischen den verschiedenen Schichten stiftet. Räumliche Integration ist also nicht identisch mit sozialer Integration. Das Image des Gebietes setzt ein soziales Signal, das soziale Grenzen verstärkt und befestigt. Pinkster (2009) hat die Arbeitsplatzsuche von armen Bewohnern in

---

<sup>2</sup> Dieser Abschnitt beruht auf einem Bericht von Brooke Sykes, den sie auf dem Expertenworkshop zu diesem Projekt vorgetragen hat.

armen und sozial gemischten Nachbarschaften vergleichend untersucht und dabei einen gewissen Effekt des Quartiers festgestellt. Die lokalen Netzwerke können Wege in den Arbeitsmarkt öffnen oder sie beschränken.

Mit den Daten der schwedischen Bevölkerungsstatistik können Individualdaten in Longitudinalstudien analysiert werden. Galster et al. (2008) kommen zusammenfassend zu dem Ergebnis, dass Nachbarschaftseffekte für die soziale Mobilität als unabhängig vom sozialen Kontext interpretiert werden können. Nur über lange Sicht ist die soziale Mobilität von Bewohnern von Quartieren mit einem höheren sozialen Status größer. Migranten werden nach einigen Jahren mit großer Wahrscheinlichkeit sozial mobil, wenn sie ihre ethnische Enklave verlassen. Bei jüngeren Bewohnern werden verzögerte Effekte festgestellt, wobei die Schule eine wichtige Rolle für die Variation von Kontexteffekten spielt. Brännström hat in der Untersuchung einer Kohorte aus den 1950er Jahren keine Kontexteffekte feststellen können, in einer späteren Studie mit einer Kohorte aus den 1970er Jahren aber doch. Eine Erklärung kann darin liegen, dass in der Zwischenzeit der Zugang zum Arbeitsmarkt schwieriger geworden ist und die Konzentration von benachteiligter Bevölkerung in den großen Städten zugenommen hat. Das Beispiel zeigt, dass die Existenz von Kontexteffekten auch von makrosozialen Entwicklungen abhängig ist.

In einer neueren Publikation kommen Galster/Andersson/Musterd (2010) zu dem Ergebnis, dass statistisch und substanziell signifikante Nachbarschaftseffekte bestehen, auch wenn die Zusammenhänge nicht linear sind und nach Geschlecht und Beschäftigungsstatus variieren. Männer, die keine Vollbeschäftigung haben, zeigen sich am empfänglichsten für den Einfluss von Kontexten.

## **1.8 Sozialökologische Ansätze in der Kindheits- und Jugendforschung**

Die Forschung über Kindheit und Jugend beruht bisher vor allem auf Theorien zur Entwicklung der Persönlichkeit und konzentriert sich dabei auf die primären Beziehungen von Kindern und Jugendlichen in der Familie. Die in den dreißiger Jahren erarbeitete Studie von Muchow/Muchow (1980) über den "Lebensraum des Großstadtkindes" blieb lange Zeit ein Solitär. Erst in den achtziger Jahren erfuhr der soziale Kontext jenseits der Familie mehr Aufmerksamkeit, nachdem Bronfenbrenner mit seiner "ecology of childhood" den Blick auf die physischen, räumlichen und sozialen Umweltbedingungen gelenkt hatte (vgl. Engelbert/Herlth 2002). Bronfenbrenner war auf die "Kontextuierung", also eine ökologische Betrachtung aus. Dabei vermied er von Anfang an einen Determinismus, sondern betonte die Wechselwirkungen zwischen Individuum und Umwelt. Damit ergaben sich Berührungspunkte zur "human ecology" (McKenzie 1924) der Chicago-Schule in der Soziologie, nach der Quartiere bestimmte Formen des sozialen Handelns prägen, weshalb

eine Bedeutung von Sozialräumen für die Entwicklung von Orientierungen, Normen und Verhaltensweisen angenommen wurde.

Die psychologisch und sozialstrukturell geprägte Kindheit- und Jugendforschung erfuhr im Anschluss daran eine Erweiterung um die Berücksichtigung von Umweltdimensionen. Soziale Netzwerke von Kindern, die unmittelbare Wohnumwelt und die soziale Infrastruktur fanden nun vereinzelt Beachtung (z. B. Bertram 1982; Mundt 1980; Bargel et al. 1982). Bei der Untersuchung von Spielmöglichkeiten zeigten sich deutliche Unterschiede in den räumlichen Lebensbedingungen von Kindern (Strohmeier/Herlth 1981). Keine eindeutigen Ergebnisse liegen bisher zu der Frage vor, ob die räumliche Umgebung mehr Einfluss auf die Auswahl von Beziehungen in Peer-groups hat als der Einfluss der Eltern. Wie bereits im theoretischen Teil angedeutet, muss dies keine Alternative sein, vielmehr kann die Familie durchaus bewusst Einfluss nehmen gegen den räumlichen Kontext.

Die Frage, wie Kinder den öffentlichen Raum benutzen können, beschäftigte einen anderen Teil der Jugendforschung. Zeiher/Zeiher (1994) entwickelten die These der "Verinselung" der Kindheit, womit die Fragmentierung der möglichen Aufenthaltsräume von Kindern gemeint ist, die durch relativ weite Wege miteinander verbunden werden müssen. Die Mobilitätsmöglichkeiten von Kindern werden dadurch zu einem wichtigen Aspekt der Rauman eignung. Zinnecker (1990), der an Muchow/Muchow anknüpfte, beschrieb eine "Verhäuslichung" der Kindheit, die vor allem für die Mittelschichten typisch sei, weil sie die Aktivitäten ihrer Kinder steuern und in privaten Kontexten organisieren. Bei der Unterschicht hingegen sei die Straßensozialisation noch stärker verbreitet. Der zur Verfügung stehende Wohnraum und die Familiengrößen spielen hierbei eine wichtige Rolle.

In der Panel-Studie des Deutschen Jugendinstituts sind räumliche Dimensionen zum Thema gemacht worden (Steinhübl 2005; Alt 2005). "Die Ergebnisse legen den Schluss nahe, dass Kinder zwar suboptimale räumliche Gegebenheiten durchaus abpuffern können, dass Grenzen eines solchen Umgangs mit der räumlichen Umwelt aber umso schneller erreicht werden, je mehr Belastungen bzw. Risiken gleichzeitig auf Kinder einwirken" (Engelbert/Herlth 2010: 114). Auch die Forschungsergebnisse der Umweltepidemiologie, die weiter unten erwähnt werden, zeigen in Deutschland eine umweltbezogene soziale Ungleichheit.

Insgesamt haben die viel versprechenden Ansätze aus den 1980er und 1990er Jahren keinen breiten Strom von Forschung zum Verhältnis von Kindheit bzw. Jugend und räumlicher Umwelt anstoßen können. Erst in jüngerer Zeit ist das Thema wieder beim Kinderpanel des DJI aufgegriffen worden.

## 1.9 Bildungsforschung

Aus der deutschen Bildungsforschung gibt es bislang kaum Arbeiten, die sich explizit mit der Bedeutung der Wohnumgebung für den Bildungserfolg und für das Entstehen von Bildungsungleichheiten befassen. Jedoch lassen sich aus der inzwischen umfangreichen allgemeinen Literatur zu Bildungsungleichheiten und ihren Bestimmungsfaktoren wichtige Hinweise entnehmen.

Die deutschen Schulen sind durch ein hohes Maß an Bildungsungleichheiten gekennzeichnet. Lernfortschritte und Bildungsergebnisse sind sehr stark vom sozialen Status der Eltern abhängig.<sup>3</sup> Zwar zeigt der internationale Vergleich, dass auch in anderen Staaten die Bildungsergebnisse mit dem sozialen Status ansteigen, jedoch ist der Zusammenhang in Deutschland besonders ausgeprägt.

Die deutschen Grundschulen sind offenbar nur bedingt in der Lage, Ungleichheiten zu kompensieren, die aus dem familiären Hintergrund resultieren. Von entscheidender Bedeutung sind die Übergänge von der Grundschule in die weiterführende Schule. Kinder aus unteren Schichten wechseln seltener in das Gymnasium als Kinder aus oberen Schichten, und zwar auch dann, wenn Kinder mit gleichem schulischem Leistungsniveau verglichen werden. Insofern "werden Kinder unterer Sozialschichten systematisch an der Übergangsschwelle zur Sekundarstufe 1 benachteiligt" (Maaz/Baumert/Cortina 2008: 221). Dies ist umso gravierender als die unterschiedlichen Schularten der Sekundarstufe mit "schulformspezifischen Entwicklungsmilieus" verbunden sind (Baumert/Stanat/Watermann 2006b), in denen die Lernfortschritte sehr unterschiedlich ausfallen - die meisten Lernfortschritte werden im Gymnasium erzielt, die wenigsten an den Hauptschulen. Die soziale Ungleichheit in den Bildungschancen nimmt also im Lauf der Pflichtschulzeit zu (Solga/Dombrowski 2009: 15).

Leistungsvergleichsuntersuchungen an den deutschen Schulen zeigen signifikant niedrigere Lernstände der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. In vertiefenden Untersuchungen<sup>4</sup> konnte ermittelt werden, dass dies im Wesentlichen auf zwei Faktoren zurückgeht: auf die soziale Herkunft bzw. den niedrigen Sozialstatus vieler Familien mit Migrationshintergrund sowie auf zu geringe Kenntnisse bzw. zu geringen Gebrauch der deutschen Sprache. Darüber hinaus existieren nach einem Teil der entsprechenden Stu-

---

<sup>3</sup> Siehe zusammenfassend Maaz/Baumert/Cortina 2008 sowie Solga/Dombrowski 2009, für die aktuelle Ländervergleichsstudie des IQB Köller/Knigge/Tesch 2010.

<sup>4</sup> Siehe Kristen 2008; Walter/Taskinen 2008; Müller/Stanat 2006.

dien weitere Bestimmungsfaktoren, die aber noch der weiteren Bestimmung harren und gegenüber den beiden Hauptfaktoren von untergeordneter Bedeutung zu sein scheinen.

Für die Erklärung von sozialen Ungleichheiten in den Lernständen und im Erwerb von Bildungszertifikaten wird in der Bildungsforschung sehr häufig die von Boudon (1974) eingeführte Unterscheidung in primäre und sekundäre Herkunftseffekte verwandt. Primäre Herkunftseffekte sind die Effekte, die sich direkt auf die Entwicklung der Kompetenzen der Kinder und Jugendlichen auswirken. Sekundäre Herkunftseffekte bezeichnen Disparitäten in den Bildungsaspirationen und im Verhalten bei Bildungsentscheidungen der Familien, die unabhängig vom Kompetenzniveau der Kinder und Jugendlichen sind (Maaz/Nagy 2009; Becker/Lauterbach 2010).

Primäre und sekundäre Herkunftseffekte werden in erster Linie durch die Familien vermittelt. Jedoch können beiden Arten von Effekten durch die Situation im Wohnumfeld bzw. im Stadtteil verstärkt werden:

- Primäre Herkunftseffekte werden durch das Wohnumfeld dort verstärkt, wo die bildungsrelevante Infrastruktur Mängel aufweist, Angebote zum informellen Lernen fehlen, die Kinder und Jugendlichen aufgrund homogener Zusammensetzung zu wenig positive Rollenvorbilder finden und kaum Kontakt zu Kindern bzw. Familien mit höheren Bildungsaspirationen haben und wo nicht nur in der Familie, sondern auch im Umfeld die deutsche Sprache zu wenig genutzt wird. In diesem Zusammenhang ist auf Erkenntnisse aus der internationalen und deutschen Bildungsforschung zu verweisen, nach denen Kinder unterer sozialer Schichten während der Ferien im Leistungsniveau zurückfallen, Kinder aus besser gestellten Familien den Leistungsstand halten oder unter Umständen sogar verbessern können (Maaz/Baumert/Trautwein 2009: 32 f.; Becker et al. 2008).
- Sekundäre Herkunftseffekte treten vor allem im Zusammenhang mit der Wahl der Schulart bzw. des angestrebten Bildungsabschlusses sowie der konkreten Schule in Erscheinung. So geben Eltern aus höheren Sozialschichten bzw. mit höherem Bildungsabschluss ihre Kinder häufiger in das Gymnasium und weichen hierbei auch häufiger von den Empfehlungen der Lehrer ab. Eltern aus unteren Sozialschichten wählen das Gymnasium weniger häufig und folgen häufiger den Lehrerempfehlungen. Für dieses Entscheidungsverhalten gibt es verschiedene Gründe: unterschiedliche Kosten-Nutzen-Kalküle - die Kosten des Besuchs des Gymnasiums treffen einkommensschwächere Haushalte stärker, ebenso die Konsequenzen eines möglichen Scheiterns -, unterschiedliche Wertschätzung von Bildung, unterschiedliche soziale Distanz zur Institution Gymnasium. Nach dem Stand der Bildungsforschung gehen in die Bildungsaspirationen und -entscheidungen auch sozialräumliche Faktoren ein (Stocké 2009; Böhm-Kasper/Schuchart/Schulzeck 2007). Eltern orientieren sich bei der Entscheidung über



den Bildungsgang ihrer Kinder auch am ihrem Umfeld bzw. an ihren Netzwerken. In Stadtteilen, die weitgehend von Haushalten mit eher niedrigem Bildungsstand bzw. geringen Bildungsaspirationen bewohnt werden, gehen vom Umfeld nur wenige Impulse dafür aus, für die Kinder die anspruchsvollere Schulart zu wählen.

Die nach sozialer Lage unterschiedlichen Schulwahlentscheidungen haben auch eine räumliche Dimension. Eltern aus unteren sozialen Schichten tendieren stark zur Schule im Stadtteil. Besser gestellte Eltern sind eher bereit, die Kinder in weiter entfernte Schulen zu geben, ein hoher Ausländeranteil und/oder ein hoher Anteil sozial benachteiligter Familien in der Nachbarschaft führt vor allen bei diesen Eltern zur Entscheidung für die Schule in einem anderen Stadtteil, wenn nicht gar zum Fortzug (vgl. Riedel et al. 2010). Eine hohe Konzentration von Kindern und Jugendlichen aus Haushalten mit multiplen sozialen Problemlagen in der Wohnumgebung strukturiert also in einer Art Rückkopplung die Zusammensetzung der Schulen, weil die leistungsbewussten und bildungsorientierten Mittelschichteltern ihre Kinder auf andere Schulen schicken. Die soziale Segregation in den Schulen ist daher in der Regel höher als die soziale Segregation in der Wohnumgebung, insbesondere in den Quartieren mit hohen Anteilen von Schülern aus Migrantenfamilien.

Die starke Segregation in den Schulen der benachteiligten Quartiere benachteiligt die Kinder, für die das gemeinsame Lernen mit Kindern aus bildungsstarken Familien besonders wichtig wäre, zusätzlich. Dies schlägt sich in den Bildungsergebnissen nieder:

- So ermittelten Baumert/Stanat/Watermann (2006b: 158 ff.) auf Basis von im Rahmen von PISA-E im Jahr 2000 erhobenen Merkmalen der Schüler und Eltern, dass 16% der Hauptschulen und 9% der Realschulen dem Typ "schwieriges Milieu" zuzurechnen sind. In diesen Schulen gehen geringer sozialer Status der Eltern, hohe Anteile von Eltern ohne Berufsabschluss und ohne Erwerbstätigkeit mit hohen Anteilen von Familien mit nicht-deutscher Familiensprache und überdurchschnittlichen Anteilen gewaltbereiter Schüler einher. Die Leistungsentwicklung der Schülerinnen und Schüler ist schlechter als in anderen Schulen, wobei die "Kumulation negativer Kompositionsmerkmale (...) additive Wirkungen auf den Leistungsfortschritt hat" (ebenda: 176 f.). Die entsprechenden problematischen Konstellationen sind in einigen Bundesländern besonders häufig anzutreffen. So lag der Anteil der Hauptschulen des Typs "schwieriges Milieu" im Jahr 2000 in den drei Stadtstaaten sowie in Hessen und im Saarland bei über 50%. Es ist sehr plausibel, dass die entsprechenden Schulen ganz überwiegend in den benachteiligten städtischen Gebieten liegen, auch wenn die Lage der Schulen nicht Gegenstand der Analysen war.
- Eine aktuelle Untersuchung von empirica kommt für die Städte ab 60.000 Einwohnern unter Zuhilfenahme von kleinräumigen Marktdaten zu dem Ergebnis, dass die ethni-

sche Segregation in den Schulen mit wenigen Ausnahmen die ethnische Segregation in den Wohnvierteln übersteigt. Eine Sekundäranalyse von PISA-Daten, die in dieser Studie ebenfalls vorgenommen wurde, liefert Hinweise, dass das durchschnittliche Kompetenzniveau aller Schüler mit zunehmendem Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund deutlich geringer ist, sobald der Anteil der Schülerschaft mit Migrationshintergrund über einem Drittel liegt (empirica ag/BBSR 2010).

- Von Helbig (2010) wurde aktuell die erste empirische deutsche Untersuchung vorgelegt, die sich speziell mit den Kontexteffekten der Wohnumgebung auf den schulischen Leistungsstand befasst (und nicht wie die zuvor dargestellten Studien mit den Effekten der sozialen Zusammensetzung der Schulen). Die Untersuchung ergab für Berlin, dass sich das Leben in sozial begünstigten Nachbarschaften positiv auf die schulischen Leistungsstände auswirkt, und zwar nicht nur aufgrund der individuellen Merkmale der Schüler und ihrer Familien, sondern auch aufgrund von eigenständigen Kontexteffekten der Wohnumgebung.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass soziale Bildungsdisparitäten primär auf die soziale Herkunft (Bildungsstand der Eltern, Erwerbstätigkeit, Einkommen) zurückgehen, die Wohnumgebung bzw. das Quartier aber zusätzliche, die Ungleichheiten verstärkende Effekte hat. Die hohe Konzentration von Schülern mit schlechten Lernvoraussetzungen in bestimmten Quartieren und den entsprechenden Schulen benachteiligt zusätzlich und verweist diese Schüler auf Bildungswege, die mit größerer Wahrscheinlichkeit in die soziale Exklusion führen.

Für eine Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung reicht es nicht aus, solche zusätzlichen Effekte abzubauen. Gerade Schulen in benachteiligten Quartieren sind gefordert, Benachteiligungen zu kompensieren, von denen ihre Schülerinnen und Schüler aufgrund zu geringer Förderung in den Familien betroffen sind. Gegenwärtig sind nach dem Stand der Bildungsforschung viele der betroffenen Schulen nur bedingt in der Lage, eine solche kompensatorische Rolle erfolgreich zu übernehmen (siehe in Bezug auf die Hauptschulen Solga/Wagner 2010: 212 ff.). Um dies zu ändern, bedarf es in erster Linie Maßnahmen im Schulsystem. Der Aufbau von Ressourcen in den Stadtteilen kann die Schulen aber bei den entsprechenden Aufgaben unterstützen.

## **1.10 Gesundheitsforschung**

Im Handlungsfeld Gesundheit sind die Wirkungen der Wohnumgebung in Deutschland bislang nur wenig untersucht worden. Allein in den Modellen der Umweltepidemiologie wird das Wohnumfeld differenziert berücksichtigt. Umfangreicher dagegen ist die For-

schung in den Gesundheitswissenschaften zu "gesundheitlichen Ungleichheiten" allgemein und zu den sozialen Determinanten von Gesundheit (vgl. Bolte und Kohlhuber 2006; Helmert et al. 2000; Klocke 2001; Lampert et al. 2006; Mielck 2000; Richter et al. 2008; Steinkamp 1999), zu denen auch ungünstige Wohn- und Umweltbedingungen gehören. Sie werden im Gegensatz zu den unvermeidbaren bzw. akzeptierbaren zu den problematischen Ungleichheiten gerechnet (vgl. Mielck 2000).

In den fünf "klassischen Erklärungsansätzen" (Richter/Hurrelmann 2006: 18 ff.) zur gesundheitlichen Ungleichheit spielen umweltbezogene Variablen eine unterschiedlich wichtige Rolle.

- a) Nach der Selektions-/Drifthythese verstärkt Krankheit soziale Benachteiligung, da ein schlechter Gesundheitszustand die Beteiligungsmöglichkeiten im Bildungs-/Ausbildungssystem bzw. am Erwerbsleben einschränkt. Krankheit führt demnach zu sozialem Abstieg, während gute Gesundheit einen sozialen Aufstieg begünstigt.
- b) Eine unzureichende Verfügbarkeit über materielle Güter führt zu gesundheitlicher Ungleichheit. Dazu kann auch die Infrastruktur eines Gebiets gerechnet werden, da sie Zugänge zu Ressourcen erleichtern oder erschweren kann.
- c) In den kulturell-verhaltensbezogenen Erklärungen verursacht individuelles Verhalten (ungesunder Lebensstil) gesundheitliche Ungleichheit, und individuelles Verhalten ist beeinflusst vom (lokalen) Milieu. In dieser Argumentationslinie schließt die jüngere Forschung an die Kapitaltheorie von Bourdieu an (z. B. Abel et al. 2006).
- d) Eine institutionelle Erklärung zielt auf die gesundheitliche Versorgung insgesamt, also auf den Zugang zu Versorgungsleistungen, auf die Versorgungsprozesse und die Qualität der Behandlungen. Neuerkrankungen können darüber nicht erklärt werden, aber eine sozial selektive Versorgung wird zumindest als zusätzlicher Risikofaktor gewertet.
- e) Schließlich kommen psychische und psychosoziale Faktoren in Betracht, sowohl für verschiedene Stressoren als auch für Resilienzfaktoren, die für eine bessere Bewältigung von gesundheitlichen Risiken und Belastungen sorgen.

Die Umweltepidemiologie geht zudem von einer erhöhten Exposition gegenüber umweltbedingten Belastungen aus, die sozial ungleich verteilt sind.

In der wissenschaftlichen Diskussion besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass keiner dieser Ansätze alleine ausreichend Erklärungskraft besitzt, sondern dass von einem kom-

plexeren Zusammenhang ausgegangen werden muss. Gesundheit, so die dahinter stehende Vorstellung, ist nicht nur durch die genetische Disposition, die individuelle Psyche und Somatik, sondern auch durch die soziale Umgebung bestimmt (bio-psycho-soziales Verständnis von Gesundheit). Da Gesundheit aber auch als eine Bilanz aus belastenden Faktoren und individuellen sowie strukturellen Ressourcen gesehen wird, die im Lebensverlauf kontinuierlich hergestellt werden muss, können keine einfachen Kausalzusammenhänge zwischen den einzelnen Einflussgrößen und dem jeweiligen Gesundheitszustand angenommen werden. Die Wohnumgebung ist dabei einer der zentralen Faktoren.

In der deutschen Forschung sind einige Mehrebenen-Modelle entwickelt worden, die in Mikro-, Meso- und Makroebene unterscheiden (Elkeles/Mielck 1997, erweitert durch Rosenbrock/Gerlinger 2004, Steinkamp 1999, Sperlich/Mielck 2000). Bei Sperlich/Mielck werden auf der Makroebene unter "objektive soziale Lage" die "Belastungen durch Wohnverhältnisse" genannt; auf der Mesoebene sind regionale Unterschiede berücksichtigt, die alters-, kultur- und geschlechtsspezifische Auswirkungen auf die Gesundheit haben können. Dabei werden Variablen der horizontalen Ungleichheitsforschung einbezogen wie Alter, Geschlecht oder auch Stadt-Land-Unterschiede (vgl. auch Rosenbrock/Gerlinger 2004, die unterschiedliche Beanspruchungen und unterschiedliche gesundheitliche Versorgung explizit als Faktoren gesundheitlicher Ungleichheit nennen).

Wie Bolte und Kohlhuber (2006) ausführen, wird in umweltepidemiologischen Ansätzen den Wohnbedingungen und dem Wohnumfeld ein zentraler Stellenwert eingeräumt, um die festgestellten gesundheitlichen Ungleichheiten zu erklären. Konzeptionell wird beim Zusammenhang von sozialer Lage und umweltbezogener Gesundheit von zwei Mechanismen ausgegangen: zum einen von einer unterschiedlichen Exposition gegenüber Schadstoffen und anderen gesundheitlichen Belastungen (Expositionsvariation), und zum anderen einer nach sozialer Lage variierenden Vulnerabilität (Effektmodifikation). In Mehrebenen-Modellen werden sowohl Stressoren als auch soziale Integration und soziale Unterstützung im Wohnumfeld berücksichtigt. Segregation geht dabei ebenso in die Bilanz von "Community stress" ein wie "Neighbourhood resources", Umweltbelastungen etc. In den Modellen der Umweltepidemiologie werden sowohl objektiv gemessene Umweltexpositionen berücksichtigt als auch subjektiv empfundene Belastungen, die Gesundheit und Wohlbefinden beeinträchtigen. In der anglo-amerikanischen Forschung zu Kontexteffekten gibt es auch Befunde, die gesundheitliche Effekte von Nachbarschaften zeigen (vgl. Sammelband "Neighborhoods and Health" von Kawachi/Berkman 2003). Zudem argumentieren Kawachi und Berkman, dass - trotz der nur schwachen Befunde eines eigenständigen Einflusses der Wohnumgebung auf die Gesundheit - der Einfluss der Wohnumgebung auf die Gesundheit mit den bisherigen Untersuchungsmethoden vermutlich unterschätzt wird. Vor allem die theoretische Annahme, dass die kontrollierten indivi-

duellen Variablen unabhängig vom Kontext zu sehen sind (z. B. beruflicher Status unabhängig vom lokalen Arbeitsmarkt), schließt mögliche Kontexteffekte bereits aus dem Modell aus. Im gleichen Band plädieren Macintyre und Ellaway dafür, Argumentationsketten zu untersuchen (Macintyre/Ellaway 2003), die die Wechselwirkungen von Nachbarschaften und Gesundheit angemessen und dennoch überprüfbar modellieren.

Orientiert am Ziel der gleichen Gesundheitschancen für alle, das von der Verfassung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) seit den 1940er Jahren propagiert wird (WHO 1946), gibt es nicht nur eine theoretische, sondern auch eine handlungsorientierte Debatte über die sozialen Determinanten von Gesundheit und die Möglichkeiten der Reduzierung gesundheitlicher Ungleichheit. Zentral dabei ist der Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung, der als "Schlüsselstrategie der Gesundheitsförderung" neben Betrieben, Schulen und Kitas auch Stadtteile als entscheidende Einflussgrößen von Gesundheit berücksichtigt.

Kritisiert wird jedoch der bislang unscharfe Raumbegriff des Settingansatzes (Engelmann/Halkow 2008; Bittlingmayer et al. 2009). Bittlingmayer und andere argumentieren, dass im Setting-Ansatz die Bedeutung des Raums, seine kleinräumige Gestaltbarkeit durch die Akteure vor Ort überschätzt werde, während die räumliche Dimension in der gesundheitlichen Ungleichheitsforschung noch zu wenig Berücksichtigung findet (Bittlingmayer et al. 2009).

### **Der Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung**

"Ein Setting ist ein durch formale Organisation, regionale Situation und/oder gleiche Lebenslage und/oder gemeinsame Werte bzw. Präferenzen definierter und den beteiligten Personen subjektiv bewusster sowie dauerhafter Sozialzusammenhang. Von ihm gehen wichtige Impulse auf die Wahrnehmung von Gesundheit, auf Gesundheitsbelastungen und/oder -ressourcen (...) aus. Bedeutung in der Praxis haben bisher vor allem die Settings Betrieb, Stadt bzw. Stadtteil, Schule und Krankenhaus gewonnen" (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen 2005: 103). Das soziale System kann, so die Annahme, gesundheitsförderlich gestaltet und beeinflusst werden. Diese Einflussnahme gelingt leichter, je formalisierter das Setting ist (Engelmann/Halkow 2008: 31). Dementsprechend zählen Stadtteile und Wohnumgebungen zu den schwerer beeinflussbaren Sozialzusammenhängen. Im Bereich der Stadtteil- und Quartiersarbeit liegen bislang auch nur vereinzelte Erfahrungen vor, denn noch ist die Sozialraumorientierung in der Gesundheitsförderung unzureichend entwickelt (Bär et al. 2009; Geene/Rosenbrock 2004). Im Dreieck von "Verhältnissen", "Verhalten" und "Gesundheit" gibt es

aber die vermittelnde Ebene "Kohärenzsinn, Partizipation und Empowerment", die unmittelbar auf die Wohnumgebung bzw. auf das Quartier Bezug nimmt.

Die Unterscheidung von Verhältnis- und Verhaltensprävention ist in den Gesundheitswissenschaften üblich und weit verbreitet. Verhaltensprävention ohne Bezug auf die Lebensverhältnisse umfasst Methoden der Gesundheitsaufklärung, -erziehung und -beratung, hinsichtlich der Kompensation von problematischer gesundheitlicher Ungleichheit werden diese Methoden jedoch inzwischen wegen des ‚Präventionsdilemmas‘ als ungeeignet eingestuft (Kirschner et al. 1995; Rosenbrock 2004; Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen 2005: 189 ff.), nach dem diejenigen, bei denen Prävention am dringendsten wäre, am wenigsten von den bestehenden Angeboten erreicht werden (Kühn 1998). Nach wie vor aber ist die Verhaltensprävention in der Praxis eine weit verbreitete Interventionsform (vgl. Rosenbrock 2009). Der Setting-Ansatz hat dagegen eine stark verhältnispräventive Ausrichtung, klammert aber verhaltenspräventive Aspekte nicht aus.

Diesen Ansätzen folgen Untersuchungen, die Erkrankungen - und auch Sterblichkeit - zusätzlich durch die Qualität des Wohnumfeldes beeinflusst sehen (Stronegger/Freindl 2004; Takano et al. 2002). Stronegger spricht von "Infrastrukturgerechtigkeit" in diesem Zusammenhang. Die Analyse des Supermarktangebots von qualitativ gutem Obst und Gemüse und dem im Stadtteil vorhandenen Angebot an Fast food folgt dieser Logik ebenso wie das in Los Angeles für ein Stadtgebiet beschlossene einjährige Moratorium für das Eröffnen neuer Fastfood-Restaurants (Kipke et al. 2007; Sturm/Cohen 2009).

### **Dimensionen der Wohnumgebung, die gesundheitliche Wirkung entfalten**

Die Wohnumgebung kann auch bezüglich der Gesundheit sowohl als Ressource als auch als Belastung eine Rolle spielen. Sie wird, genauso wie in der eingangs erläuterten Unterscheidung, in Form von Kontexteffekten oder als Gelegenheitsstruktur bedeutsam.

Konkret werden folgende Dimensionen der Wohnumgebung benannt, die - sozial ungleich - eine Wirkung entfalten können:

**Tabelle 1.1**

<b>Gesundheitlich relevante Dimensionen der Wohnumgebung</b>	
	<b>Beispiele/Indikatoren für Interventionen</b>
Soziale Integration, soziale Unterstützung; in einigen Modellen auch: "soziales Kapital des Wohnumfeldes"	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Nachbarschaften/soziale Kohäsion</li> <li>- Quartiersbezogene Netzwerke von Stadtteilakteuren und organisierter Bewohnerschaft</li> <li>- Quartiersmanagement bzw. gesundheitsbezogene Koordinierung</li> </ul>
Nähräumliche gesundheitliche Versorgung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- (Zahn-)Ärzte, Therapeuten, Hebammen etc. im Gebiet</li> </ul>
Weitere gesundheitsrelevante strukturelle Gegebenheiten	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Angebot an gesunden Lebensmitteln in Supermärkten und Restaurants</li> <li>- ökonomische Gegebenheiten, lokaler Arbeitsmarkt</li> <li>- Kriminalitätsrate</li> </ul>
Gegebenheiten und Ausgestaltung der natürlichen und gebauten Umwelt (einschließlich Wohnbebauung, Wohnumfeldgestaltung, Verkehrsinfrastruktur)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Emissionsarme Wohnungen und Gemeinschaftseinrichtungen</li> <li>- Aufenthalts- und Bewegungsmöglichkeiten im Wohnumfeld</li> <li>- Sauberkeit und Sicherheit des Wohnumfeldes (Parks, Spielplätze etc.)</li> <li>- geringe Verkehrsbelastung (Unfälle, Schadstoffe, Lärm)</li> </ul>
Hygienische Standards der technischen und sozialen Infrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Trinkwasserqualität</li> <li>- Müll-/Abwasserentsorgung</li> <li>- hygienische Standards in Kantinen (z. B. Kitas, Schulen, Pflegeheimen) und lokaler Gastronomie</li> </ul>
Schutzvorkehrungen und Präventions- wie Gesundheitsförderungsmaßnahmen (z. B.)	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Geschwindigkeitsbeschränkungen</li> <li>- Lärmschutzmaßnahmen</li> <li>- Rauchverbote</li> <li>- Angebote des Öffentlichen Gesundheitsdienstes in Kitas, Schulen, Pflegeheimen</li> <li>- Selbsthilfekontaktstellen</li> <li>- Gesundheitsförderpläne/strategische Handlungskonzepte</li> <li>- Gesundheitshäuser und -projekte</li> </ul>
Gelegenheitsstrukturen für politische Mitbestimmung und Partizipation	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Quartiersräte</li> <li>- Beteiligungsverfahren</li> <li>- Bürgervereine</li> <li>- Selbstverwaltung und Mitbestimmung (Genossenschaften, Schüler-/ Elternvertretung, Mieterbeiräte etc.)</li> <li>- Verfügungsfonds für Stadtteilprojekte/-investitionen</li> </ul>

### **1.11 Ein soziales Groß-Experiment: Moving to Opportunity**

Die amerikanische Stadtpolitik wird stark von der Annahme geleitet, dass von der extremen Konzentration von Armen negative Kontexteffekte ausgehen. Diese werden vor allem in dem großen Umfang von Jugendkriminalität, Drogenkonsum und Teenager-Schwangerschaften gesehen. Als ein politisches Mittel, diese Kontexteffekte zu bekämpfen, wird die räumliche Dekonzentration angestrebt. In Chicago z. B. werden die Hochhäuser, die im Rahmen von Public Housing vor etwa einem halben Jahrhundert gebaut worden waren, abgerissen und durch neue "mixed-income"-Wohngebiete ersetzt. Zur Legitimation dieser Strategie wurde in fünf Städten in den USA zwischen 1994 und 2005 das größte soziale Experiment in der Geschichte der Stadtforschung durchgeführt. Es handelt es sich

um das Programm "Moving to Opportunity" des "Department of Housing and Development" (HUD), das von Wissenschaftlern begleitet und evaluiert wurde.

Das Programm basiert auf der Idee, dass arme Haushalte, die in Gebieten mit einer hohen Armutsquote wohnen, ihre Lebenssituation verbessern können, wenn sie in "bessere" Gebiete umziehen. Teilgenommen haben interessierte Haushalte, die in "Public Housing" mit einer Armutsquote von mindestens 40% wohnten; Bedingungen für finanzielle und beratende Unterstützung war der Umzug in ein Quartier, in dem der Anteil der Armenhaushalte nicht über 10% lag, und dass die Haushalte dort für mindestens ein Jahr wohnen blieben. Als Wirkung erwartet wurde, dass der Umzug in Nachbarschaften mit mehr Wahlmöglichkeiten (opportunities) dazu beitragen würde, dass sich die Arbeitslosigkeit verringert, das Familieneinkommen steigt, und dass die Kinder und Jugendlichen einen Zugang zu besseren Schulen finden.

Im Ergebnis zeigte sich, dass die Beschäftigungsquote und die Familieneinkommen nicht wirklich gestiegen sind, dass aber der Aspekt der Lebensqualität, der mit Angst vor Kriminalität und Gewalt verbunden ist, sich entscheidend verändert hat. Insgesamt hat sich das gesundheitliche Befinden der Familien verbessert. Insbesondere haben die Mädchen von dem Umzug dadurch profitiert, dass sie sich nun ohne Angst im Quartier bewegen konnten, was offenbar auch zu besseren Leistungen in der Schule geführt hat. Dies war bei den männlichen Jugendlichen nicht der Fall, weil sie sehr stark an den Beziehungen zu ihrer Peer-group im früheren Quartier festhielten, weil sie in der neuen Umgebung keine sozialen Beziehungen aufbauen konnten.

Das Programm hatte also keine besonders positiven Wirkungen hinsichtlich der Lebenschancen (im Sinne von Teilhabe am Arbeitsmarkt oder höheren Einkommen), aber die Lebensqualität hat sich nach dem Umzug verbessert. Herausragend ist hier die Wahrnehmung von Sicherheit, d. h. die Abwesenheit von Gewalt, Kriminalität und Drogenhandel.

Die Erklärungen für dieses Ergebnis sind:

- In dem Programm wurde lediglich der Wohnort verändert, und als Kriterium für den Zuzugsort galt eine Armutsquote, die nicht höher als 10% sein durfte. Das aber ist nicht gleichbedeutend mit mehr Lebenschancen (opportunities). Zum Teil waren die Schulen auch nicht sehr viel besser als im Wegzugquartier, die Lage der Quartiere brachte große Entfernungen zu möglichen Arbeitsplätzen mit sich, und der Zugang zu den sozialen Kontakten war schwierig.



- Die Familien behielten ihre sozialen Beziehungen, die sich sehr stark auf die Verwandtschaft konzentrieren, in ihre alten Quartiere aufrecht, womit der Umzug in ein anderes Quartier nicht auch eine Veränderung der sozialen Netze mit sich brachte. Die Gründe dafür sind einerseits die enorm hohe Bedeutung der Verwandtschaft für die soziale Einbettung und als Unterstützungsnetzwerke, andererseits die Schwierigkeiten, in der neuen Umgebung soziale Kontakte knüpfen zu können.
- Insbesondere für männliche Jugendliche war die Zugehörigkeit zu ihrer Gang oberste Priorität, in der neuen Umgebung wurden sie mit ihrem "Getto-Stil" abgelehnt, sie fanden keinen Zugang zu den sozialen Netzen.
- Zudem war die Wohndauer in der neuen Umgebung häufig sehr kurz. Entweder wurden nach der Laufzeit von einem Jahr die Mietverträge nicht verlängert oder die Mieten so stark erhöht, dass die Haushalte erneut umziehen mussten und dann in der Regel dies in Richtung der früheren Wohngegend taten.

Insgesamt gelang es also nicht, die Familien, von denen die Mehrheit Alleinerziehende waren, aus den stark durch die Verwandtschaft geprägten sozialen Beziehungen zu lösen. Die Eltern übten auch keinen starken Einfluss auf die männlichen Jugendlichen aus, die früheren Kontakte zu vermeiden, zumal diese oft innerhalb der Verwandtschaft lagen und ihnen daher von den Eltern ein großer Vertrauensvorschuss gegeben worden war.

Natürlich ist es von enormer Bedeutung, ein Leben ohne die alltägliche Angst vor Gewalt und anderen Bedrohungen führen zu müssen, aber die Erwartung, dass durch die Erhöhung der individuellen Wahlfreiheit bei der Wahl des Wohnstandortes sich die Lebensumstände insgesamt positiv verändern, wurde enttäuscht.

Daraus zieht die Evaluation (Briggs/Popkin/Goering 2010) vor allem zwei Schlüsse:

- Es genügt nicht, einfach den Wohnort zu wechseln. Der eigene Lebensstil und die Gewohnheit, sich fast ausschließlich innerhalb der Verwandtschaft zu bewegen, werden dadurch nicht verändert. Mit dem Umzug in eine neue Gegend ist nicht notwendigerweise der Einzug in eine neue soziale Umgebung verbunden.
- Als Lehren für eine Politik, die die Benachteiligung durch die Wohnumgebungen bei extremer Segregation vermindern oder beseitigen will, kommt die Evaluation zu dem Ergebnis, dass über die Dekonzentration hinaus die Familien umfassend betreut werden müssen, weil sie nicht über die Skills und nicht über die Ressourcen verfügen, die für einen dauerhaften Wechsel der sozialen Umgebung notwendig wären. Viele andere Defizite - die nicht auf die Wohnumgebung zurückzuführen sind, wie z. B. chronische

Krankheiten, Familiensituation, Arbeitslosigkeit etc. - wurden durch den Umzug nicht beseitigt, sodass keine stabile Perspektive für ein besseres Leben in einer besseren Gegend aufgebaut werden konnte. Die Studie zeigt, dass es umfassender Bemühungen und Unterstützungen bedarf, um bei armen Familien die Kontexteffekte zu neutralisieren.

### **1.12 Fazit und erste Schlussfolgerungen zur Inklusionsförderung**

Von der Wohnumgebung gehen tatsächlich Wirkungen auf die soziale Inklusion aus, wobei vor allem zwei Eigenschaften der Wohnumgebung wichtig sind: das Quartier als eine infrastrukturelle Ressource einerseits, das Quartier als eine Instanz für kollektive Sozialisation andererseits. Die Wirkungen sind gegenüber der sozialen Herkunft und der Einbettung in die Familie zwar nachrangig, sie haben jedoch durchaus eine eigenständige Wirkung. Diese Wirkung ist aber nicht als einheitlich für alle Bewohner anzunehmen, vielmehr sind verschiedene Gruppen der Bewohnerschaft unterschiedlich empfänglich für Kontexteffekte. Denn die sozialen Netzwerke und sozialen Beziehungen können weit über die lokale Umgebung hinausreichen und so deren Einfluss einschränken. Außerdem sind Bewohner nicht einfach passive Resonanzböden für Einflüsse der lokalen Umwelt, vielmehr reagieren sie auf diese Umwelt und können, wenn sie durch andere soziale Beziehungen gestützt werden, sich auch unabhängig von der lokalen Umgebung entwickeln.

Die Bedeutung der Wohnumgebung kann also wie folgt zusammengefasst werden:

- a) Die Infrastrukturausstattung und -qualität eines Quartiers hat Einfluss auf den Zugang zu Institutionen, die für die personale Entwicklung Bedeutung haben. Zu nennen sind hier das Gesundheitssystem, Einrichtungen des Bildungswesens, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie soziale Dienste. Physische Eigenschaften des Quartiers wie bauliche Anlagen, Verkehrsbeziehungen und Umweltbelastungen spielen außerdem eine Rolle.
- b) Ein zweiter Einfluss geht von sozialen Netzen aus, die Ressourcen in verschiedener Weise bereitstellen können. Ihre Qualität hängt vom darin verfügbaren sozialen und kulturellen Kapital ab. Enge soziale Netze, die sich auf die Verwandtschaft oder auf Personen in ähnlicher sozialer Lage beschränken, gelten als wenig hilfreich ("Netzwerkarmut"), heterogen strukturierte Netze dagegen können Ressourcen bieten, die für den einzelnen Chancen (opportunities) bieten.
- c) Die Wohnumgebung vermittelt Normen, stellt Vorbilder bereit, und übt soziale Kontrolle aus. Dadurch werden Lernmotivation und die Aspirationen insbesondere von Ju-

gendlichen beeinflusst. Sie ist als Sozialraum ein Ort für informelles Lernen und bildet ein Normensystem, dem sich der einzelne nur dann entziehen kann, wenn er sich bewusst dem sozialen Druck widersetzt. Die jeweiligen individuellen Eigenschaften (Vulnerabilität/Resilienz) wirken gewissermaßen als Filter für die Belastungs-/Ressourcen-Bilanzen. Dazu gehört, soziale Kontakte bewusst auszuwählen und mögliche negative Einflüsse abzuwehren.

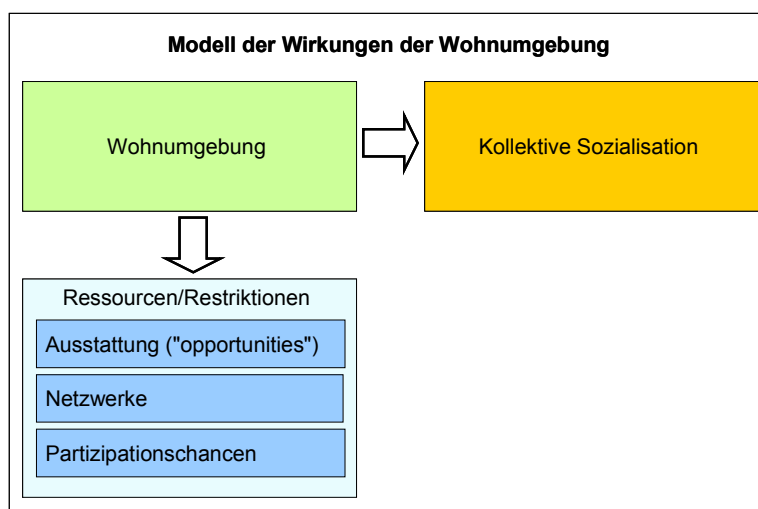
Das Freizeitverhalten wird vor allem bei engen und auf den Nachbarschaftsraum beschränkten Kontakten durch die soziale Umgebung geprägt; auch welches gesundheitsrelevante Verhalten (Ernährung, Bewegung, Suchtmittelkonsum, Körperpflege, Sexualität etc.) eingeübt wird, wird durch die wichtigsten Sozialkontakte vermittelt; insbesondere bei Migranten ist relevant, welche Sprachfertigkeiten man durch die soziale Umgebung erwirbt.

d) Schließlich spielen auch die vorhandenen Partizipationschancen eine wichtige Rolle.

Effekte für die soziale Inklusion treten nur auf, wenn die räumliche Nachbarschaft auch die soziale Nachbarschaft ist, d. h. wenn sich die sozialen Kontakte - bei Jugendlichen insbesondere zu den Peers - auf die nachbarschaftliche Umgebung beschränken, wenn also das Quartier der relevante Sozialraum ist.

Die theoretischen Ansätze können modellhaft so abgebildet und systematisiert werden:

**Abbildung 1.1**



Eine stark segregierte, sozial diskriminierte und ressourcenarme Bevölkerung bildet einen Kontext, der sich nachteilig für die soziale Inklusion insbesondere von Kindern und Ju-

gendlichen auswirkt. Eine mögliche politische Reaktion ist die absichtsvolle Auflösung solcher Konzentrationen, d. h. eine Politik der Desegregation. Dies wird in Frankreich, in den Niederlanden und in den Vereinigten Staaten tatsächlich praktiziert. Der Erfolg der Desegregation durch Abriss besteht vor allem in der Beseitigung räumlich starker Konzentration von sozialen Problemen, aber ob dadurch die sozialen Probleme verringert werden, ist höchst zweifelhaft, wie entsprechende Forschungen in den Niederlanden und in den USA zeigen. Eine vor allem auf den Raum orientierte Politik verändert nicht zwangsläufig die Sozialräume.

In Deutschland gibt es für eine derartige Politik derzeit keine Ansätze, das Programm Soziale Stadt ist auf eine Stabilisierung und interne Stärkung von marginalisierten Nachbarschaften ausgerichtet. Dieser Ansatz erscheint vor der hier dargestellten Forschungslage sinnvoll, da auch auf Ressourcen, Schutzfaktoren und Zugänge hingewiesen wurde, die in der Wohnumgebung positive Effekte verursachen können. Diese Ressourcen gezielt aufzubauen, steht im Mittelpunkt des deutschen, auf Quartiere orientierten Programms und seiner Partnerprogramme (z. B. Stärken vor Ort, BIWAQ). Beispielsweise ist es vor diesem Hintergrund gerechtfertigt, vor allem für die Familien Kinderbetreuungskosten zu senken und Betreuungszeiten dort zur Verfügung zu stellen, wo Kinder am stärksten gefördert werden müssen. Einrichtungen der Jugendfreizeitgestaltung und der Gesundheitsversorgung wären bevorzugt dort anzusiedeln, wo der Bedarf am größten und die Bewohnerschaft am wenigsten mobil ist. Quartiersspezifische Konzepte, die die Defizite bei der sozialen Inklusion kompensieren können, sind vor dem Hintergrund städtischer Segregation erforderlich. Da die langfristig stärksten Folgen von der Schulkarriere abhängig sind, müssen Ganztagschulen und sozialpädagogisch flankierende Programme die Regel werden.

Zu den Möglichkeiten der Politik lassen sich folgende Schlussfolgerungen ableiten:

1. Aufgrund der Multidimensionalität der Wirkung einer Wohnumgebung ist von einzel fachlichen Interventionen weit weniger Wirkung zu erwarten als von integrierten, sozialräumlich orientierten Politikansätzen.
2. Die Politik kann die Selektivität von Institutionen durch eine qualitätsorientierte Ausrichtung vermindern und eine integrative, nicht-selektive Wirkung unterstützen. Voraussetzung dafür ist eine genaue Analyse der Institutionen und ihrer Umwelt, die im Rahmen von Evaluationen oder Qualitätssicherungsmaßnahmen erfolgen sollte.
3. Wie die Analyse der Mechanismen, über die die Wohnumgebung auf die Lebens- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen einwirkt, gezeigt hat, entfaltet diese vor allem über die Homogenität von Netzwerken, über die soziale Kontrolle durch

Peer-groups und über die infrastrukturelle Ausstattung ihre Wirkung. Politische Ansatzpunkte zur Verbesserung der sozialen Inklusion müssen in diesen drei Bereichen gesucht werden.

4. Erheblichen Einfluss hat Stadtplanung und Politik auf die Ausstattung von Quartieren mit Infrastruktur. Dies gilt auch für die Bereich der Verkehrsplanung, den Umweltschutz und die Partizipationsstrukturen. Dies sind klassische Bereiche öffentlicher Einflussnahme, der zum Ziel hat oder haben sollte, gleichwertige Lebensbedingungen in allen Quartieren der Stadt zu schaffen. Die Ausstattung mit Infrastruktur sowie die Lokalisierung von opportunities bieten den direktesten Zugriff für die Politik, denn sie sind entweder direktes Ergebnis lokaler Politik oder durch Politik (Planung) beeinflussbar.
5. Besondere Bedeutung für die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen haben Institutionen (vorschulische Erziehung, Schulen, Gesundheits-, Freizeit- und Kultureinrichtungen), da dort entweder Zwangskontakte oder sehr selektive Kontakte entstehen und Anerkennung oder Misserfolgserlebnisse vermittelt werden.
6. Die Grenzen der politischen Einflussnahme liegen allerdings darin, dass die sozialen Beziehungen, die die Bewohner selbst wählen und pflegen, sich einer politischen Gestaltung weitgehend entziehen. Nach den vorstehenden Ausführungen dürfte auch deutlich geworden sein, dass allein der Einfluss auf die Ausgestaltung der Wohnumgebung keine nachhaltige Wirkung hat, wenn die sozialen Beziehungen, von denen primäre Wirkungen auf die soziale Inklusion ausgehen, unangetastet bleiben. Neben der Förderung interner Kommunikation und Vernetzung sollte daher dem Aufbau von "Brückenskapital", das die Quartiere mit der übrigen Stadt verbindet, besondere Aufmerksamkeit gelten.

## **2. Bewertung der zur sozialen Lage in den Stadtteilen und zur sozialräumlichen Segregation verfügbaren Datenquellen und Berichterstattungssysteme**

Dieses Kapitel beschreibt und bewertet die Datengrundlagen, mit denen die soziale Lage in den Stadtteilen und die sozialräumliche Segregation analysiert werden können. Für eine Politik, die auf verbesserte soziale Inklusion durch Maßnahmen im Stadtteil und in der Wohnumgebung setzt, sind zuverlässige Datengrundlagen und die auf ihnen basierenden Analysen und Berichterstattungssysteme aus zwei Gründen von Bedeutung.

1. Zum einen ermöglichen sie die Erfassung der Lage in den Stadtteilen und der sich dort manifestierenden Probleme. Eine solche Stadt(teil)beobachtung ist für eine evidenzbasierte Politik der sozialen Inklusion im Stadtteil und in der Wohnumgebung unverzichtbar.
2. Zum anderen sind Analysen kleinräumiger Daten von zentraler Bedeutung, um die Wirkungen der in den Stadtteilen zum Einsatz gebrachten Programme und Projekte erfassen zu können. Die Evaluation dieser Programme und Projekte kann sich zwar nicht auf quantitative Analysen beschränken, ohne solche quantitativen Analysen sind aber harte Aussagen zu den Wirkungen letztlich nicht möglich.

Um im dargestellten Sinne gut nutzbar sein zu können, sind an die Datengrundlagen, Analysen und Berichterstattungssysteme die folgenden idealtypischen Anforderungen zu stellen:

- Die relevanten Daten müssen auf einer geeigneten kleinräumigen Ebene unterhalb der Ebene der Gesamtkommune zur Verfügung stehen. Bei Stichprobenerhebungen ist häufig aufgrund von Begrenzungen der Fallzahl keine Abbildung konkreter einzelner Stadtteile möglich. Denkbar sind jedoch Analysen zu abstrakten Gebietstypen, sofern entsprechende Merkmale (insbesondere zur baulichen und sozialen Struktur) erhoben werden oder aus anderen Datenquellen zugespielt werden können. Betrachtet werden sollten nicht nur Problem- und Fördergebiete, sondern auch die anderen städtischen Gebiete.
- Erforderlich sind Daten zu einem breiten Spektrum von Themen - zur demographischen Struktur, zum Migrationshintergrund, zu Einkommen und sozialer Lage, zu Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnverhältnissen und Gesundheit (jeweils mit gesonderter Betrachtung der Kinder und Jugendlichen), sowie nach Angaben zur sozialen Infrastruktur und zu den sozialen Diensten.

- Die Erhebung und Analyse der Daten sollte kontinuierlich erfolgen, nur so kann zuverlässig erfasst werden, wie sich die Probleme entwickeln und ob Programme und Projekte greifen. Wünschenswert (aber in der Praxis sehr schwer zu realisieren) sind Datengrundlagen, die Längsschnittanalysen auf Ebene der einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner erlauben. Zeitreihenanalysen allein auf der Ebene von Stadtteilen oder Sozialräumen stehen vor dem Problem, dass nur mit Einschränkungen bestimmt werden kann, inwieweit Veränderungen im Stadtteil (z. B. eine sinkende Arbeitslosigkeit) auf die Veränderung der individuellen Lebenssituation (z. B. angestimmte Bewohner finden wieder Arbeit) oder auf die Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung (z. B. überproportionale Zuwanderung von Erwerbstätigen) zurückzuführen sind. Längsschnittanalysen auf individueller Ebene sind darüber hinaus für die Bestimmung der im vorangegangenen Kapitel thematisieren Kontexteffekte wichtig.
- Darüber hinaus sollten auf Basis der Daten und Analysen regelmäßig aussagekräftige Berichte erstellt werden, nur so können Monitoringsysteme den angestrebten Nutzen für die Praxis entfalten.
- Um übergreifende oder gar deutschlandweite Aussagen treffen zu können, wie sie für die Konzeption und Ausgestaltung der Politik auf Bundesebene wichtig sind, ist es erforderlich, dass Daten und Analysen über die einzelnen Städte hinweg vergleichbar und möglichst aggregierbar sind. Hierzu bedarf es auch einer tragfähigen Typologie städtischer Teilgebiete.

Für unsere Untersuchung wurde eine Reihe von Datengrundlagen bzw. Berichterstattungssystemen hinsichtlich ihrer Nutzbarkeit für kleinräumige Aussagen zur sozialen Lage beleuchtet. Dies sind:

- bundesweite Primärerhebungen der sozialwissenschaftlichen Forschung (Sozioökonomische Panel) oder der amtlichen Statistik (Mikrozensus),
- überregionale Berichtssysteme, die kleinräumige Auswertungen kommunalstatistischer Daten zusammenführen und aufbereiten (Innerstädtische Raumbefragung und Datensammlung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalstatistik - KOSTAT),
- Monitoringsysteme der Länder zu Programmen der Städtebauförderung (Programme Soziale Stadt oder Stadtumbau Ost),
- teilsäumliche Sozialberichterstattung einzelner Kommunen (Berichterstattung zur sozialen Stadtentwicklung, kommunale Sozialberichterstattung, Armutsberichterstattung etc.),

- themenspezifische Berichtssysteme zu den Dimensionen Bildung, Gesundheit und Integration auf übergeordneter Ebene und in einzelnen Kommunen.

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse zur Bewertung der verschiedenen Berichtstypen dargestellt.<sup>5</sup>

## 2.1 Bundesweite Primärerhebungen

Das **Sozioökonomische Panel (SOEP)** ist eine seit 1994 laufende jährliche Wiederholungsbefragung von Haushalten zu Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Die Stichprobe umfasste im Jahr 2008 fast 11.000 Haushalte und mehr als 20.000 Personen. Durchgeführt wird die Erhebung und Auswertung von dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und TNS Infratest Sozialforschung im Auftrag des Bundes und der Länder. Die Erhebungsinstrumente des SOEP beziehen sich auf eine große Bandbreite an Merkmalen zur materiellen und sozialen Lage der Bevölkerung. Inhaltliche Schwerpunkte der Längsschnittanalyse sind die Themen Haushaltsstruktur, materielle Lage und Einkommensverläufe, Bildungs- und Erwerbsverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit sowie außerschulische Aktivitäten der Kinder. Von Bund und Ländern wird das SOEP insbesondere für Zwecke der Armuts- und Reichtumsberichterstattung genutzt.

Seit dem Jahr 2004 wird der Datensatz des SOEP mit den 39 "Mosaic-Typen" von Microm verknüpft, die Informationen über sozial geprägte Wohnlagen liefern. Die Indikatoren des Mikromarketing-Unternehmens beziehen sich auf den Typus der Wohngegend, die Kaufkraft, sozialstrukturelle Informationen, Informationen zu den angemeldeten Kraftfahrzeugen, zur Häufigkeit und Art der Umzüge und zum Konsumverhalten sowie Informationen zur Wahrscheinlichkeit des Auftretens der verschiedenen Sinus-Milieus (vgl. Gobel/Spieß/Witte/Gerstenberg 2007). Somit ermöglicht die Microm-Beobachtung, die typisierte Wohnumgebung der befragten Personen zu bestimmen und Entwicklungen in den einzelnen Quartierstypen zu erfassen. Diese Möglichkeit wurde im Forschungsprojekt "Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten" dazu genutzt, um Tendenzen der kleinräumigen Einkommenspolarisierung zu untersuchen (IfS/DIW/BBSR 2009, zu den Ergebnissen siehe das nächste Kapitel).

Der **Mikrozensus** ist als amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich 1% aller Haushalte beteiligt ist (vgl. Statistisches Bundesamt 2009), für die Armutsberichterstattung auf Bundesebene wie das SOEP von erheblicher

---

<sup>5</sup> Für eine ausführlichere Darstellung Bewertung siehe den Zwischenbericht des Forschungsprojekts (IfS 2010).



Bedeutung. Aussagen auf kleinräumiger Ebene lässt er aber nicht zu. Bei der jährlichen Erhebung werden verschiedene demographische und ökonomische Merkmale abgefragt (wie z. B. Alter, Staatsangehörigkeit, berufliche Qualifikation, Erwerbstätigkeit, Einkommen etc.). Auswertungen erfolgen höchstens bis hinunter auf die Ebene der Kreise. Im Gegensatz zum SOEP nimmt der Mikrozensus auch keine Zuordnung der Bevölkerung zu abstrakten Quartierstypen vor.<sup>6</sup>

## 2.2 Innerstädtische Raubeobachtung (IRB) und KOSTAT

Für die Betrachtung von Segregationsprozessen in den Städten sind übergeordnete Berichtssysteme, die kleinräumige Auswertungen kommunalstatistischer Daten zusammenführen und aufbereiten, von besonderer Bedeutung. Ziel dieser Berichtssysteme ist es, im überregionalen Vergleich kleinräumige städtische Strukturen und Entwicklungen darzustellen und zu analysieren.

Das wichtigste Berichtssystem dieser Art ist die **Innerstädtische Raubeobachtung (IRB)**, die das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in Kooperation mit den beteiligten Städten durchführt. Mit der IRB möchte das BBSR ein übergeordnetes Monitoringsystem implementieren, das für vergleichende innerstädtische Untersuchungen genutzt werden kann (BBR 2007: 77). Mögliche Anwendungsfelder sollen in diesem Zusammenhang die Identifizierung von benachteiligten Vierteln und die Analyse von Entwicklungstendenzen bzw. die Beobachtung angestrebter Wirkungen des Programms Soziale Stadt darstellen.

Die Innerstädtische Raubeobachtung liefert im jährlichen Vergleich für derzeit 50 Städte (fast ausschließlich Großstädte ab 100.000 Einwohnern) mit insgesamt mehr als 2.900 Teilräumen kleinräumige Daten zu verschiedenen sozioökonomischen Merkmalen wie der Bevölkerungsentwicklung und -struktur, dem Ausländeranteil, dem Anteil an Leistungsempfängern (nach SGB II und III), den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie dem Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (siehe Übersicht 2.1). Auf dieser Grundlage bereitet die Innerstädtische Raubeobachtung auch Angaben zur Segregation der Bevölkerung nach demographischen, sozialen oder ethnischen Merkmalen auf. Zur Typisierung der städtischen Gebiete wird eine Einteilung nach innerstädtischen Lagetypen vorgenommen. Hierbei werden die Gebiete nach ihrer Zentralität den Typen

---

<sup>6</sup> In die letzte Zusatzerhebung Wohnen aus dem Jahr 2006 (vgl. Timm 2008) wurde kein Merkmal zum Umfeld von Gebäude und Wohnung einbezogen, mit dem eine Zuordnung zu abstrakten Gebietstypen möglich gewesen wäre.

Innenstadt (City und Cityrand), Innere Stadt (Innenstadtrand), Stadt (Stadttrand) und Stadtregion (Nahbereich) zugeordnet.

## Übersicht 2.1

Indikatoren der Innerstädtischen Raubeobachtung (2007)
<b>Arbeitsmarkt</b> Bevölkerung in der Berufseinstiegsphase Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort Arbeitslose an erwerbsfähiger Bevölkerung Jugendliche Arbeitslose an allen Arbeitslosen <b>Bevölkerungsentwicklung</b> Allgemeine Geburtenziffer Bevölkerung in der Familiengründungsphase Natürlicher Saldo Wanderungssaldo ausländischer Bevölkerung <b>Bevölkerungsstruktur</b> Alleinstehende Altersgruppenverteilung Altersstruktur nach Staatsbürgerschaft Bevölkerung in der Nacherwerbsphase Einpersonenhaushalte Familienstandsanteile Geschlecht in der Form von Genusgruppen Minderjährige Kinder und Jugendliche <b>Sozialstruktur</b> Arbeitslosengeldempfänger gemäß SGB III Ausländeranteil Leistungsempfänger nach SGB II Ausländeranteil, Mehrstaateranteil Staatsangehörigkeit ausländischer Bevölkerung und Mehrstaater <b>Integration/Segregation</b> Residenzielle Segregation ausländischer Bevölkerung Residenzielle Segregation von Familien (mit Kindern und Jugendlichen bis unter 18 Jahre) Residenzielle Segregation von SGB-II-Leistungsempfängern Residenzielle Segregation von über 65-Jährigen <b>Weitere Indikatoren</b> Siedlungsstruktur und Flächennutzung Einwohnerdichte Bevölkerung mit Nebenwohnsitz Quelle: <a href="http://www.bbsr.bund.de">http://www.bbsr.bund.de</a>

Vergleiche der Indikatorwerte zwischen den Städten und zusammenfassende Analysen sind allerdings in ihrem Aussagegehalt dadurch eingeschränkt, dass die definierten Teilräume der beteiligten Städte zum Teil sehr stark in ihrer Größe differieren und die Datenerlieferung der Städte zu den einzelnen Merkmalen nicht immer vollständig ist. Die Teilräume sind in den einzelnen Städten sehr unterschiedlich definiert (Stadt- oder Ortsteile, statistische Gebiete etc.). Die Folge ist eine sehr große Varianz in den Einwohnerzahlen der

Gebiete zwischen den Städten und zum Teil innerhalb derselben Stadt.<sup>7</sup> Das BBSR selbst erachtet eine Weiterentwicklung der IRB für erforderlich, um die Bedingungen für präzise Vergleiche zu verbessern. Dies beinhaltet die Schließung von Zeitreihen-Lücken und die Verfeinerung von Stadtteiltypen (BBR 2007: 87).

Bisher liegen seitens des BBSR auch keine kontinuierlichen Veröffentlichungen zur Betrachtung sozialräumlicher Entwicklungen im Zeitvergleich vor. Auswertungsergebnisse werden eher vereinzelt vorgelegt und beziehen sich größtenteils nur auf ein Berichtsjahr. Somit sind anhand dieses Berichtssystems bisher auch keine Trendabbildungen oder Aussagen zu den Entwicklungen in den Städten möglich. Die Zurückhaltung des BBSR, solche Berichte vorzulegen, dürfte vor allem den dargestellten Vergleichbarkeitsproblemen geschuldet sein. Wie die bisherigen Veröffentlichungen zeigen, kann die IRB durchaus dazu genutzt werden, um auf übergreifender Ebene erste Hinweise zu Segregationsstrukturen in deutschen Städten und zu ihren Dimensionen zu erhalten und um Gebiete des Programms Soziale Stadt mit Gebieten ohne Förderung zu vergleichen (vgl. Böltken 2004, Sturm 2007).

Ein weiteres übergeordnetes Berichtssystem liefert die **Arbeitsgemeinschaft Kommunalstatistik KOSTAT**, die kommunalstatistische, insbesondere kleinräumig gegliederte Daten sammelt und für kommunale Analysen sowie öffentliche und private Auswertungszwecke zur Verfügung stellt.<sup>8</sup> An dem Informationssystem sind rund 100 Städte mit einer Einwohnerzahl ab 50.000 beteiligt, für deren innerstädtische Gliederung Daten zu Einwohnerzahlen für festgelegte Altersgruppen, Geschlecht und Staatsangehörigkeit sowie zur Zahl der Haushalte erfasst werden. Bisher liegen zur Aufbereitung der KOSTAT-Daten nur vereinzelte Studien vor. Beispielsweise wurden in einer Studie der Bertelsmann Stiftung die KOSTAT-Daten dazu genutzt, um Informationen zur demographischen und ethnischen Segregation aufzubereiten (Bertelsmann Stiftung 2008a). Im Vergleich zur IRB bietet KOSTAT den Vorteil, dass es sich in der Regel um kleinere Raumeinheiten handelt. Für umfassende Analysen von Segregationsprozessen und ihren Auswirkungen auf die soziale Inklusion ist der Datenkranz von KOSTAT jedoch durch seine Begrenzung auf Bevölkerungs- und Haushaltsdaten viel zu schmal.

---

<sup>7</sup> Vergleichbare Probleme bestehen für das auf europäischer Ebene angesiedelte Urban Audit, das u. a. Indikatoren zur Lebensqualität in kleinräumigen Stadtgebieten erfasst und an dem sich 258 große und mittlere Städte beteiligen, darunter 35 deutsche ([www.urbanaudit.org](http://www.urbanaudit.org)).

<sup>8</sup> <http://www.staedtestatistik.de/kostat.html>

### 2.3 Monitoringsysteme der Länder zu Programmen der Städtebauförderung

Im Bereich der **Städtebauförderung** sind im Rahmen von Evaluierungsuntersuchungen oder der laufenden Programmbegleitung in einigen Ländern Monitoringsysteme eingerichtet worden, die Daten zu den betroffenen Städten und ihren Programmgebieten zusammenführen und aufbereiten. So wurde in Nordrhein-Westfalen ein **Monitoringsystem zum Programm Soziale Stadt** eingerichtet (Kersting/Strohmeier/Triesch 2008). Das System war Baustein der Evaluation zur Sozialen Stadt in NRW, sein Ziel war aber ausdrücklich nicht die Durchführung von Wirkungsuntersuchungen, sondern die Beschreibung der Rahmenbedingungen in den Programmgebieten. Allerdings konnte das ursprünglich angestrebte Ziel der Etablierung einer flächendeckenden kleinräumigen indikatorengestützten Berichterstattung nicht erreicht werden, da bei einer Reihe von Programmgebieten lediglich für den Bereich Bevölkerung die Daten vollständig vorliegen und die kleinräumigen Daten häufig nur für die Programmgebiete und nicht für andere Stadtgebiete vorliegen. Zudem entsprach die Abgrenzung der Programmgebiete nicht immer denen der statistischen Gebiete, was die Datenerhebung zusätzlich erschwerte. Trotz dieser Probleme stellt das eingerichtete System einen bemerkenswerten Versuch dar, ein übergeordnetes Monitoringsystem zum Programm Soziale Stadt zu etablieren. Andere Flächenländer haben ein entsprechendes Monitoring bislang nicht eingerichtet, indikatorengestützte Aussagen zur Gesamtheit der Soziale-Stadt-Gebiete sind nicht möglich.

Für das Förderprogramm **Stadtumbau Ost** haben fast alle betroffenen Länder in den letzten Jahren **Monitoringsysteme** aufgebaut, die Auswertungen auf gesamtstädtischer Ebene und auf Ebene der Programmgebiete erlauben. Die entsprechenden Daten kommen teils von den Programmkommunen, teils aber auch aus anderen Quellen (statistische Landesämter, organisierte Wohnungswirtschaft). Die entsprechenden Indikatorenkataloge enthalten in gewissem Maße auch Daten zur sozialen Lage in den Stadtteilen. Besonders weit geht in dieser Hinsicht das Stadtumbaumonitoring in Thüringen, das auch Daten zur Ausstattung der Programmgebiete mit sozialer Infrastruktur (z. B. Anzahl der Plätze in Tageseinrichtungen für Kinder) erfasst (GRAS et al. 2009). Für eine vertiefte Analyse von sozialer Segregation und Inklusionsproblemen können die Stadtumbaumonitoringsysteme aber kaum genutzt werden. Dazu sind die Indikatorenkataloge in der Regel zu schmal, die Gebiete sind zum Teil sehr groß zugeschnitten, und die im Stadtumbau nicht geförderten Stadtgebiete fließen in die Monitoringsysteme nicht ein.

### 2.4 Teilräumliche Sozialberichterstattung der einzelnen Kommunen

Viele größere Städte haben in den letzten Jahren Berichterstattungssysteme aufgebaut, die teilträumlich ausgerichtet sind. Im Rahmen einer Befragung, die im Rahmen des Gut-

achtens "Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten" 2007 bei 83 Großstädten sowie zwei weiteren an der innerstädtischen Raumbewachung beteiligten Städten durchgeführt wurde, wurden insgesamt 68 Städte mit Berichterstattungssysteme ermittelt (IfS/DIW/BBSR 2009). In vielen Städten wird mehr als eine Art von Berichten erstellt, sodass die Zahl der identifizierten Berichte bei 182 lag, davon 89% mit Analysen auf teilsräumlicher Ebene.

Unterschieden kann zwischen den folgenden Arten von Berichten:

- Monitoringsysteme, die als Frühwarninstrument zur Beobachtung kleinräumiger Entwicklungstendenzen in der sozialen Stadtentwicklung dienen - nach Berlin, das in dieser Hinsicht besonders weit vorangeschritten ist (siehe Übersicht 2.2), haben auch Bremen und Hamburg ähnliche Frühwarnsysteme entwickelt,
- Sozialberichte zur ressortübergreifenden Abbildung und Untersuchung von sozialräumlichen Strukturen und Differenzierungen (z. B. Dortmund, Dresden oder Mainz),
- kommunale Armutsberichte (wie z. B. in Hagen oder München),
- allgemeine Berichte der statistischen Ämter, die unabhängig von einem konkreten fachspezifischen Zusammenhang kleinräumige Auswertungen vornehmen.

Im Rahmen unseres Forschungsprojekts wurde eine Stichprobe der kommunalen Berichte vertiefend ausgewertet. Die vertiefende Auswertung zeigte, dass zumindest ein Teil der kommunalen Berichte eine gute Grundlage bietet, um kleinräumige Entwicklungen zu beobachten und zu analysieren, Segregation festzustellen und die Herausbildung und Entwicklung städtischer Problemgebiete zu erfassen. Die Auswertung machte aber zugleich wie schon die Erhebungen im Rahmen des Projekts "Trends und Ausmaß der Polarisierung in den deutschen Städten" deutlich, dass die kommunalen Berichte nur sehr bedingt vergleichende Analysen oder gar bundesweite Aussagen zulassen:

- Die Berichterstattungssysteme unterscheiden sich in hohem Maße in der thematischen Ausrichtung, der Auswahl und konkreten Definition der eingesetzten Indikatoren, im Zugschnitt der betrachteten Gebiete, in Erhebungsmethoden und Erhebungszeitpunkten. Dies erschwert jeden inhaltlichen Vergleich zwischen Städten und macht eine rechnerische Zusammenführung der Indikatorwerte unmöglich.
- Nur in einem Teil der Kommunen wird die Erhebung, Auswertung und Berichterstattung kontinuierlich durchgeführt. Da es zudem in den einzelnen Städten im Lauf der Jahre zu Veränderungen in Indikatoren und Methoden kommen kann, sind Zeitreihenanalysen zu längerfristigen Entwicklungen nur in relativ wenigen Städten möglich.

## Übersicht 2.2

Monitoring Soziale Stadtentwicklung in Berlin	
<p>Das <i>"Monitoring Soziale Stadtentwicklung"</i> besitzt in Berlin eine langjährige Berichtstradition und ist bereits seit dem Jahr 2000 Bestandteil der Berliner Sozialberichterstattung. Nachdem es zunächst alle zwei Jahre fortgeschrieben wurde, erfährt es ab dem Jahre 2007 jährliche Fortschreibung, welches letztlich eine hohe Aussagekraft auch hinsichtlich der Dynamik und Trends für Teilräume Berlins erlaubt. Demzufolge fungiert es als Beobachtungsinstrument für kleinräumige Entwicklungstendenzen in der sozialen Stadtentwicklung, indem es soziostrukturelle und sozialräumliche Entwicklungen abbildet. Überdies dient es als Grundlage zur Ausweisung von Gebieten im Rahmen des Programms "Soziale Stadt" sowie als Basis zur Initiierung neuer stadtentwicklungspolitische Instrumente und Maßnahmen. Die Rahmenstrategie "Soziale Stadtentwicklung Berlin" ist auf Grundlage der Berliner Berichterstattung im Sinne dieses Monitorings ins Leben gerufen worden.</p> <p>Hinsichtlich der Beobachtung und Analyse erfahren Indikatoren zu Status und Dynamik Verwendung, wobei zwei Gruppen von Daten mit einfließen. Zum einen sind es Daten zum Wanderungsverhalten und zur Demographie, zum anderen sind es Daten zur Arbeitslosigkeit und zum Transferleistungsbezug (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2009).</p>	
Status-Indikatoren	Dynamik-Indikatoren
Arbeitslose (nach SGB II und III) in % der 18- bis 60-Jährigen	Wanderungsvolumen in %
Arbeitslose (nach SGB II und III) unter 25 Jahren in % der 18- bis 25-Jährigen	Wanderungssaldo in %
Langzeitarbeitslose in % an den 18- bis 60-Jährigen (als Arbeitslose nach SGB II und III mit Bezugszeit von über einem Jahr)	Wanderungssaldo von Kindern unter 6 Jahren in % der Einwohnerinnen und Einwohner unter 6 Jahren
Nicht-arbeitslose Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in % der Einwohnerinnen und Einwohner	Veränderung des Anteil der deutschen Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen (SGB II, III und XII) zum Vorjahr in % (=Veränderung der Summe aus Status 1 und 4 ohne Status 5, nur Deutsche)
Nicht-erwerbsfähige Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in % der Einwohnerinnen und Einwohner unter 15 Jahren	Veränderung des Anteil der ausländischen Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen (SGB II, III und XII) zum Vorjahr in % (=Veränderung der Summe aus Status 1 und 4 ohne Status 5, nur Ausländerinnen und Ausländer)
Ausländische Kinder/Jugendliche unter 18 Jahren in % der Einwohnerinnen und Einwohner unter 18 Jahren	Veränderung des Anteils der nicht-erwerbsfähigen Empfängerinnen und Empfänger von Existenzsicherungsleistungen in % der Einwohnerinnen und Einwohner unter 15 Jahren zum Vorjahr in % (Veränderung des Status 5)
<p>Eine ganzheitliche Betrachtung unter Berücksichtigung mehrerer Indikatoren wird mithilfe eines gestuften Index-Berechnungsverfahrens ermöglicht.</p> <p>Die dem Monitoring zugrundeliegende Raumkategorie ist seit dem Bericht des Jahres 2009 die der "Lebensweltlich orientierten Räume" (LOR),<sup>*</sup> wobei speziell die kleinste Raumebene der 447 Planungsräume und auch die Ebene der "Aktionsräume plus" Beachtung erfahren. Letzteres stellt einen Zusammenschluss mehrerer "belasteter" Planungsräume dar oder auch quartiersübergreifende Räume komplexer Problemlagen. Mithilfe des Monitorings konnten fünf solcher Gebiete operationalisiert werden, die darüber hinaus als "neue Aktionskulisse der Städtebauförderung" durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erkannt und aufgegriffen wurden. So sollen künftig in diesen Aktionsräumen Interventionen und Fördermittel über ressortübergreifende Vernetzung und Zusammenarbeit gebündelt werden.</p> <p>Was die Übertragbarkeit eines solchen fortgeschrittenen Monitoringsystems für die soziale Stadtentwicklung auf andere Kommunen anbelangt, sind die erhöhten statistischen Kapazitäten und Möglichkeiten zu berücksichtigen, über die Berlin als Stadtstaat verfügt.</p> <p><sup>*</sup> Im Jahr 2006 wurden diese Raumeinheiten, basierend auf den von der Jugendhilfe definierten Sozialräumen, durch die planenden Fachverwaltungen des Senats, der Bezirke und durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg festgesetzt.</p>	

## 2.5 Bildungsberichterstattung und Bildungsforschung

Die Instrumente der nationalen Bildungsberichterstattung wie die im Auftrag der Kultusministerkonferenz der Länder und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erstellten Bildungsberichte (siehe zuletzt Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung 2010) berichten auf der Ebene des Bundes und der Länder. Die Ergebnisse der großen nationalen Leistungsvergleichsstudien - in der Vergangenheit **PISA-E**, die nationalen Ergänzungsstudien zur internationalen PISA-Studie der OECD, und nunmehr die **Ländervergleichsstudien des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB)** - weisen Ergebnisse auf der Ebene des Bundes und für die einzelnen Länder aus.<sup>9</sup> Kleinteiligere Auswertungen (z. B. für Stadt- oder gar Gebietstypen) sind in den entsprechenden Berichten nicht enthalten. Zu den Eigenschaften der Gebiete, in denen sich die Schulen befinden, werden in den deutschlandweiten Leistungsvergleichsstudien keine Merkmale erhoben.

Die mit PISA-E zu Schülern und Eltern gewonnenen Daten werden jedoch in vertiefenden Untersuchungen genutzt, um Zusammenhänge zwischen der sozialen und ethnischen Zusammensetzung der einzelnen Schulen und dem Leistungsstand zu analysieren.<sup>10</sup>

Neue Möglichkeiten, die Bedeutung sozialräumlicher Faktoren für Bildungschancen und Bildungserfolg wissenschaftlich zu untersuchen, könnte das **nationale Bildungspanel** bieten, das von einem Konsortium unter Leitung der Universität Bamberg im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung aufgebaut wurde. Die Längsschnittstudie dient der Beschreibung zentraler Bildungsprozesse und -verläufe über die gesamte Lebensspanne.<sup>11</sup> Die Erfassung von räumlichen Merkmalen ist bisher noch nicht vorgesehen, allerdings gibt es thematische Anknüpfungspunkte, da die Bedeutung von sozialen Umwelten und sozialen und ethnischen Disparitäten in verschiedenen Zusammenhängen untersucht werden soll.

Hamburg hat ein Bildungsberichterstattungssystem implementiert, mit dem die soziale Herkunft der Schüler und die jeweiligen Leistungserfolge im innerstädtischen Vergleich ermittelt und analysiert werden. Hierzu werden Daten aus Schüler- und Elternbefragungen (Hamburger Studien KESS und LAU) mit kleinräumigen Daten des Statistischen Lan-

---

<sup>9</sup> Siehe z. B. zu PISA-E PISA-Konsortium Deutschland 2005 und 2008, zur ersten Ländervergleichsstudien des IQB Köller/Knigge/Tesch 2010.

<sup>10</sup> Siehe Baumert/Stanat/Watermann 2006b; empirica ag/BBSR 2010; zu zentralen Ergebnissen der entsprechenden Studien siehe Abschnitt 1.9.

<sup>11</sup> <http://www.uni-bamberg.de/neps/struktur/>

desamts (u. a. Anteil Arbeitslose, Anteil Sozialwohnungen, Wahlbeteiligung) kombiniert.<sup>12</sup> Auf diese Weise wird ein Sozialindex berechnet, der das Ausmaß der Benachteiligung an Hamburger Schulen widerspiegelt und bei der Personalausstattung der Schulen berücksichtigt wird (siehe hierzu ausführlicher Kapitel 7).<sup>13</sup>

Die Möglichkeiten des Stadtstaats Hamburg haben andere Kommunen bei ihrer Bildungsberichterstattung naturgemäß nicht. Zwar sind Kommunen mittlerweile vermehrt dabei, Bildungsdaten auch kleinräumig darzustellen und es lassen sich erste Ansätze zur Implementierung eines kommunalen Bildungsmonitorings finden, das auch kleinräumige Analysen enthält (so z. B. in München, Mannheim oder Augsburg). Insgesamt steht die kommunale Bildungsberichterstattung verglichen mit der oben dargestellten kommunalen Sozial(raum)berichterstattung aber noch am Anfang. Problematisch ist in diesem Bereich noch immer die Datenverfügbarkeit. So lässt sich die soziale Herkunft der Schüler anhand der amtlichen Daten nicht systematisch erfassen, was die Darstellung eines Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft/sozialer Segregation und Bildungserfolgen erschwert. Auch eine kleinräumige Erfassung von Daten zur Unterrichtsqualität oder zur Personalausstattung wird bisher noch nicht systematisch vorgenommen. Für die Zukunft sind hier Verbesserungen zu erwarten, wobei sich auch das Bundesprogramm "Lernen vor Ort" positiv auswirken wird.

## **2.6 Gesundheitsberichterstattung**

Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes wird vom Robert Koch-Institut (RKI) in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt vorgenommen (vgl. Lampert/Horch/List et al. 2010). Die ersten beiden Berichte wurden 1998 und 2006 vorgelegt. Künftig sollen die Berichte alle fünf bis sieben Jahre erscheinen. Die gesundheitsbezogenen Daten der Bundesberichterstattung sind nur für die Länderebene regionalisiert verfügbar und somit für die Klärung von sozialräumlichen Effekten nicht zu verwenden. Dasselbe gilt für die Gesundheitsberichterstattung der Länder, die in der Regel nur bis zur Kreisebene regionalisiert ist.

Die Gesundheitsberichterstattung von Bund und Ländern bietet allerdings Informationen zu Gesundheitsgefährdungen und Risikomerkmale, die aus sozialräumlicher Perspektive von Bedeutung sind. Zu den entsprechenden Risikomerkmale gehören die Einkom-

---

<sup>12</sup> Siehe Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2007.

<sup>13</sup> Ein ähnliches Vorgehen zu Bestimmung eines Sozialindex für Schulen durch Kombination schulbezogener und räumlicher Daten wurde in einer Machbarkeitsstudie für zwei Modellregionen in Nordrhein-Westfalen gewählt (IFS/ZEFIR/IT.NRW/BUW 2010).



mensverhältnisse, Bildung, Wohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Gewalt. In Bezug auf den Einfluss der Wohnverhältnisse wird anhand der SOEP-Daten eine Betrachtung negativer Umwelteinflüsse im Wohnumfeld vorgenommen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit hat das Robert Koch-Institut Ende der 1990er Jahre darüber hinaus damit begonnen, eine bundesweit repräsentative, umfassende Untersuchung zur gesundheitlichen Lage von Kindern und Jugendlichen aufzubauen und durchzuführen. Ergebnisse des ersten Kinder- und Jugendgesundheitssurveys (KiGGS) wurden im Jahr 2006 veröffentlicht.<sup>14</sup> Eine zweite Erhebungsrunde erfolgt derzeit von 2009 bis 2012. Der Kinder- und Jugendgesundheitssurvey umfasst eine allgemeine gesundheitsbezogene Befragung von rund 18.000 Jungen und Mädchen im Alter von 0 bis 17 Jahren, ein ärztliches Interview, eine körperliche Untersuchung sowie Laboranalysen von Blut- und Urinproben. Angaben zur Qualität des Wohnumfelds sind im KiGGS nicht enthalten, ihre Einbeziehung in Analysen wird aber durch einen begleitenden Kinder- und Umweltsurvey ermöglicht, der vom Umweltbundesamt durchgeführt wird (in Form einer zufällig ausgewählten Unterstichprobe von 1.800 Kindern im Alter von drei bis 14 Jahren). Die Qualität des Wohnumfeldes wird durch einen zusätzlichen Erhebungsbogen mit Angaben zur Wohnadresse, zur Art der Wohnstraße, zum Haus- und Gebietstyp und zur Bebauungsart erfasst (Schulz/Becker/Seiwert 2002).

Die veröffentlichten Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys sind räumlich nur nach Ost und West differenziert. Durch die Kombination mit anderen Datenquellen können die KiGGS-Daten aber für Analysen zu sozialräumlichen Fragestellungen verwandt werden. Ein aktuelles Kooperationsprojekt von Bertelsmann Stiftung, Robert Koch-Institut und empirica AG (2010) verknüpft die KiGGS-Daten mit kleinräumigen Marktdaten zu Bevölkerungsdichte, Bebauungsstruktur und Preisniveau, gewinnt so acht Gebietstypen und analysiert in der entsprechenden Differenzierung zentrale Indikatoren der Gesundheit von Kindern und ihrer Bestimmungsfaktoren.

Auf kommunaler Ebene ist festzustellen, dass zwar ein Großteil der Städte mittlerweile über eine eigene kommunale Gesundheitsberichterstattung verfügt, doch eine kleinräumige sozialraumorientierte Gesundheitsberichterstattung ist bisher nur in wenigen Kommunen zu finden und erscheint häufig noch in Form von Spezialberichten oder Sonderauswertungen (vgl. Reimann/Böhme/Bär 2010). Bei der stadtteilbezogenen Gesundheitsberichterstattung<sup>15</sup> sind zwei Typen zu unterscheiden:

---

<sup>14</sup> <http://www.kiggs.de/studie/index.html>

<sup>15</sup> Für einen Überblick und einen Umsetzungsvorschlag vgl. Bär/Böhme/Reimann 2009: 20 ff.

- sozialräumlich differenzierte Berichte für die Gesamtstadt (z. B. die Stadtdiagnose Hamburg<sup>16</sup> oder der Sozialstrukturatlas Berlin<sup>17</sup>),
- Schwerpunktberichte zu einzelnen Stadtteilen oder Quartieren, z. B. Cluster ausgewählter Wohngebiete in Bremen (Gesundheitsamt Bremen 2006), Stadtteilgesundheitsbericht Gostenhof von 1997 (Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt 1997).

Zur Darstellung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung wird in den Berichten häufig auf Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen, die Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen (U3 und U9), die mittlere Lebenserwartung der Bevölkerung oder die Säuglingssterblichkeit Bezug genommen. Andere Bereiche, wie die Gesundheitspotenziale, das Gesundheitsverhalten oder subjektive Wahrnehmung, müssen gesondert erhoben werden. Daten der Krankenkassen werden in der Regel nicht, wie in der betrieblichen Gesundheitsberichterstattung üblich, hinzugezogen. In einzelnen Kommunen wurden solche Kooperationsprojekte versucht und die Arbeitsunfähigkeitsstatistik einbezogen (so in Essen, siehe Burisch 2003).

Neben den Merkmalen zur gesundheitlichen Verfassung der Bevölkerung ist für die Untersuchung sozialräumlicher Segregationsprozesse auch die Darstellung der Versorgung und Inanspruchnahme von sozialen Dienstleistungen und Dienstleistungen im Gesundheitsbereich von Bedeutung. Bislang fließen nur in einen Teil der stadtteilbezogenen Berichterstattungssysteme entsprechende Auswertungen ein.<sup>18</sup>

## 2.7 Berichterstattung zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund

Auch im integrationspolitischen Bereich hat sich in den letzten Jahren die Berichterstattung weiterentwickelt. So sind in den letzten Jahren auf Bundes- und auf Länderebene verschiedene **Monitoringsysteme zur Beobachtung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund** entstanden. Die Bundesregierung hat im Jahr 2008 ein Indikatorenset zu zentralen integrationspolitischen Handlungsfeldern beschlossen. Ein erster Bericht zu den Indikatoren erfolgte im Jahr 2009 (ISG/WZB 2009). Sozialraumbezogene Aspekte werden in dem Monitoring allerdings noch nicht berücksichtigt. So konnte für den

---

<sup>16</sup> <http://0.image.hamburg.de/contentblob/116920/data/stadtdiagnose2-lang.pdf>

<sup>17</sup> <http://www.berlin.de/sen/statistik/gessoz/gesundheit/spezial.html>

<sup>18</sup> So z. B. in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg (siehe Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin 2009) und in Berlin Lichtenberg (Räßler-Wolf 2008).

Bereich "Integration durch das Wohnumfeld" noch kein geeigneter Indikator gefunden werden. Aufgrund von methodischen Schwierigkeiten mit der räumlichen Abgrenzung der Gebietseinheiten und den Möglichkeiten der Erfassung von Personen mit Migrationshintergrund gestaltet sich insbesondere die Erfassung der Segregation als schwierig. Hierzu sollen weitere Analysen vorgenommen werden, weshalb eine Berichterstattung zum Indikator "Segregation" ggf. zu einem späteren Zeitpunkt aufgenommen werden kann. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren haben sich im Juni 2009 auf ein gemeinsames Indikatorenset zum Integrationsmonitoring der Länder geeinigt.<sup>19</sup> Das Wohnumfeld bzw. die Quartiersebene finden in dem Indikatorenset allerdings ebenfalls keine Berücksichtigung.

## **2.8 Fazit**

Insgesamt ergibt die Analyse der Datenquellen und Berichtssysteme ein eher ernüchterndes Bild. Keines der betrachteten Systeme erfüllt alle der am Anfang dieses Kapitels aufgeführten Anforderungen (Analysen für konkrete kleinräumige Gebiete oder Gebietstypen, thematische Breite, kontinuierliche Datengewinnung und Berichterstattung, Nutzbarkeit für übergreifende und möglichst bundesweite Aussagen), wie Tabelle 2.1 noch einmal in der Zusammenschau zeigt.

Problematisch sind die Informationsgrundlagen insbesondere dann, wenn nicht nur einzelne Städte betrachtet, sondern Städtevergleiche angestellt und übergreifende Aussagen zur Entwicklung in den deutschen Städten und ihren Stadtteilen getroffen werden sollen. Zwar verfügt eine erhebliche Zahl von Städten über aussagekräftige kleinräumige Berichterstattungssysteme, und die entsprechenden kommunalen Anstrengungen sind in den letzten Jahren deutlich verstärkt worden. Jedoch sind die Berichtssysteme der einzelnen Städte so unterschiedlich, dass der Städtevergleich sehr erschwert wird und übergreifende Aussagen oder gar eine rechnerische Aggregation von Ergebnissen praktisch nicht möglich ist. Aber auch innerhalb der einzelnen Städte zeigen sich zum Teil noch Probleme, so z. B. in fehlender Kontinuität der Berichterstattung oder darin, dass bei einem Teil der Kommunen verschiedene kommunale Ämter unabhängig voneinander Berichtsverfahren entwickeln oder an Berichtssystemen beteiligt sind und die (gerade auch für Aussagen zu Kindern und Jugendliche zentrale) Abstimmung und Integration nicht hinreichend erfolgt.

---

<sup>19</sup> [http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C58580835\\_L20.pdf](http://cdl.niedersachsen.de/blob/images/C58580835_L20.pdf)

Tabelle 2.1

<b>Bewertung der zentralen Berichtssysteme im Überblick</b>				
<b>Berichtssystem</b>	<b>Art der Berücksichtigung von kleinräumigen Daten</b>	<b>Thematische Breite</b>	<b>Kontinuierliche Datenerhebung und Berichterstattung</b>	<b>Möglichkeit zu übergreifenden/ bundesweiten Analysen und Aussagen</b>
SOEP	im Rahmen von Spezialstudien Analysen zu Gebietstypen durch Verknüpfung mit kleinräumigen Marktdaten	groß	jährliche Datenerhebung, Analysen zur Gebietstypen aber nicht Teil der kontinuierlichen Berichterstattung	ja
Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB)	Erhebung und Datenaufbereitung für konkrete kleinräumige Gebiete, Auswertung für abstrakte Gebietstypen	mittel	jährlich, nur schmale kontinuierliche Berichterstattung	prinzipiell ja in Bezug auf die Großstädte, erhebliche Einschränkungen durch Unterschiede zwischen den beteiligten Städten (z. B. sehr unterschiedliche Gebietsgrößen)
KOSTAT	Erhebung und Datenaufbereitung für konkrete kleinräumige Gebiete	klein (nur Bevölkerung und Haushalte)	jährlich, keine kontinuierliche Berichterstattung	ja, bezogen vor allem auf Groß- und Mittelstädte
Monitoring Städtebauförderung in einem Teil der Bundesländer	Erhebung und Datenaufbereitung für geförderte Gebiete	mittel (Segregation und soziale Inklusion stehen nicht im Vordergrund der meisten Systeme)	jährliche Datenerhebung, kontinuierliche Berichterstattung	nur bezogen auf einen Teil der Länder und die dort am jeweiligen Programm beteiligten Städte
Kommunale Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberichterstattung	Erhebung und Datenaufbereitung für konkrete kleinräumige Gebiete	groß (aber erhebliche Unterschiede zwischen den Städten)	sehr unterschiedlich (von jährlichen Aktualisierungen bis zu Einmalstudien)	aufgrund der großer Unterschiede zwischen den Berichten der einzelnen Kommunen letztlich nicht
PISA-E, IQB-Ländervergleiche	bisher keine Berücksichtigung	klein, auf Schule beschränkt (dort aber breiter Indikatorenkranz)	Datenerhebung in größeren Abständen	ja
Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS)	im Rahmen von Spezialstudien Analysen zu Gebietstypen durch Verknüpfung mit kleinräumigen Marktdaten	Klein, auf Gesundheit und ihre Bestimmungsfaktoren beschränkt	Datenerhebung in größeren Abständen, Analysen zur Gebietstypen nicht Teil der kontinuierlichen Berichterstattung	ja
Integrationsmonitoring Bund und Länder	bisher keine Berücksichtigung, Indikatorenentwicklung aber noch nicht abgeschlossen	eher groß	kontinuierliche Berichterstattung vorgesehen	ja

Die großen Stichprobenerhebungen, die für die Sozialpolitik, Bildungs- und Gesundheitspolitik zentrale Bedeutung haben (wie das SOEP, Schulleistungsvergleichsstudien oder das Kinder- und Jugendgesundheitssurvey) lassen aus methodischen Gründen keine

Aussagen zu konkreten Stadtteilen zu. Analysen zu relativ abstrakten Gebietstypen mit Hilfe der Verknüpfung mit anderen Datenquellen (kleinräumigen Marktdaten) wurden bislang nur in einzelnen wissenschaftlichen Studien vorgenommen. Hier dürften noch Potenziale für weitere Analysen liegen, so auch im Bereich der Bildungsberichterstattung und Bildungsforschung.

Die bisher wichtigste Grundlage für eine bundesweite Beobachtung innerstädtischer Strukturen und Prozesse ist die Innerstädtischen Raumbewachung (IRB) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung. In der IRB werden seit vielen Jahren kleinräumige Daten der beteiligten Kommunen (die Mehrzahl der deutschen Großstädte) zusammengeführt und ausgewertet, wobei sozialräumliche Segregationsstrukturen und -prozesse ein wichtiges Thema sind. Allerdings ist die Aussagekraft der IRB durch methodisch bedingte Probleme eingeschränkt, die sich insbesondere daraus ergeben, dass zwischen den Städten sehr große Unterschiede in der Größe der Gebiete bestehen, für die Daten an die IRB gemeldet werden. Diese Probleme dürften auch der Hauptgrund dafür sein, dass auf Basis der IRB-Daten bislang nur eine eher schmale Berichterstattung erfolgt.

Die Berichterstattungssysteme werden bislang ganz überwiegend für die laufende Stadt(teil)beobachtung und damit für die Problemdiagnose benutzt. Zur Evaluation der zur Verbesserung der Lage in den Stadtteilen eingesetzten Programme und Projekte werden sie bislang nur in Ansätzen eingesetzt.

Für die Zukunft erscheint es sinnvoll, dass Bund, Länder und Kommunen die stadtübergreifende Berichterstattung zu kleinräumigen Entwicklungen vorantreiben. Dies könnte im Kontext der Innerstädtischen Raumbewachung oder der Städtebauförderung, aber auch mit neuen Systemen erfolgen. Ein solches weiterentwickeltes übergeordnetes Berichtssystem sollte zum einen dazu dienen, Segregationsstrukturen und -prozesse in den deutschen Städten zu bestimmen, und zum anderen dazu, Fördergebiete mit Gebieten, die von ähnlichen sozialräumlichen Problemen betroffen sind, aber keine Förderung erhalten, zu vergleichen. Effekte sozialräumlicher Segregation und Wirkungen ergriffener Strategien sind zwar allein mit einem solchen System nicht unmittelbar messbar, hierzu bedarf es vertiefender Untersuchungen. Ohne ein solches System sind jedoch Wirkungsanalysen zu den eingesetzten Programmen und Projekten streng genommen nicht möglich.<sup>20</sup>

Die Chancen für eine solche Weiterentwicklung sind als nicht schlecht einzuschätzen. Zurzeit wird an einem entsprechenden System in verschiedenen Zusammenhängen gear-

---

<sup>20</sup> Siehe auch IfS 2009 ff. sowie für die Entwicklungsperspektiven der Innerstädtischen Raumbewachung BBR 2007: 83 f.

beitet: So wird in einem Pilotprojekt von Wissenschaft und 29 Großstädten nach verbesserten Möglichkeiten zur Analyse kleinräumiger Entwicklungen im Städtevergleich gesucht. Zudem sind Bund, Länder und Gemeinden dabei, die Daten- und Informationsgrundlagen für die Evaluation der Programme der Städtebauförderung fortzuentwickeln (siehe Universität Kassel/Universität Potsdam/Plan und Praxis 2010). Angesichts der zu bewältigen Probleme sind von den entsprechenden Anstrengungen Verbesserungen der Datengrundlagen eher mittel- als kurzfristig zu erwarten.

### **3. Empirischer Wissensstand zur Situation in den deutschen Städten**

In diesem Kapitel wird der empirische Wissensstand zu Ausmaß und Entwicklung der sozialräumlichen Segregation in deutschen Städten und - soweit vorhanden - zum Zusammenhang mit Inklusion und Exklusion zusammengefasst. Hierbei werden zunächst das Ausmaß der sozialräumlichen Segregation und die Entwicklung der Segregation im Zeitverlauf behandelt. Im Anschluss daran wird gesondert auf die Bereiche Schule und Gesundheit eingegangen.

Wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, sind die für die Beobachtung der sozialräumlichen Entwicklung und Segregation zur Verfügung stehenden Datengrundlagen als eher unbefriedigend einzuschätzen - dies gilt vor allem im Hinblick auf die Möglichkeiten von übergreifenden oder gar deutschlandweiten Aussagen. Im Folgenden werden daher Ergebnisse aus einer ganzen Reihe von Quellen kombiniert. Hierbei wird zum einen auf übergreifende Berichtssysteme und Studien zurückgegriffen, zum anderen werden Analysen aus einzelnen Städten verwandt.

#### **3.1 Ausmaß der Segregation in den deutschen Städten**

Vom BBSR/BBR werden auf Basis der Innerstädtischen Raumbbeobachtung (IRB) Analysen zur demographischen Segregation (räumliche Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen nach Alter oder Lebensphase), zur sozialen Segregation (räumliche Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen nach sozialer Situation) und zur ethnischen Segregation (räumliche Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen nach Nationalität oder Migrationshintergrund) durchgeführt. Als zentraler Indikator kommt dabei der Segregationsindex IS nach Duncan & Duncan zum Einsatz. Der Index misst die Verteilung einer Bevölkerungsgruppe im Vergleich zur restlichen Bevölkerung über alle Stadtteile. Er steht hierbei für das prozentuale Ausmaß, in dem die Mitglieder einer Stadt umziehen müssten, damit es zu einer Gleichverteilung kommt (vgl. Sturm 2007: 384). Die Werte des Segregationsindex für das Jahr 2007 sind in Tabelle 3.1 ausgewiesen.<sup>21</sup>

---

<sup>21</sup> Bei der Interpretation der Ergebnisse sind die in Kapitel 2 beschriebenen Probleme zu berücksichtigen. So hängt der Segregationsindex vom jeweiligen Merkmal, von der Größe der betrachteten segregierten Gruppe sowie vom Zuschnitt der Raumeinheiten ab. Da sich die Größe der Gebiete, die in der IRB vertreten sind, zwischen den Städten zum Teil erheblich unterscheidet, ergeben sich Einschränkungen in der Vergleichbarkeit der Indikatorwerte.

Tabelle 3.1

Segregationsindex IS für die Städte der Innerstädtischen Raumbewachung im Jahr 2007				
Segregationsindex für ...	Minimum	Median	Maximum	Anzahl Städte
unter 18-Jährige	3,7	9,1	15,4	50
über 65-Jährige	3,2	11,7	24,7	50
SGB II-Leistungsempfänger	22,1	27,8	37,5	45
ausländische Bevölkerung	9,5	23,5	34,7	50
Quelle: BBSR, Innerstädtische Raumbewachung (www.bbsr.bund.de)				

Die Beobachtung von **Segregation nach demographischen Merkmalen** dient vor allem dazu, Gebiete zu identifizieren, in denen sich besonders viele junge oder alte Menschen konzentrieren. Der Segregationsindex für die unter 18-Jährigen lag für die IRB-Städte zwischen 3,7 und 15,4. Im Mittel (Median) ergab sich ein Indexwert von 9,1. Etwas größer fiel der mittlere Wert für den Segregationsindex der über 65-Jährigen mit 11,7 aus.

Weitaus größer als die demographische ist die **soziale Segregation**. Der entsprechende Segregationsindex, der sich auf die SGB II-Leistungsempfänger bezieht, lag 2007 zwischen 22,1 und 37,5. Im Mittel der IRB-Städte beträgt der Index 27,8.

In einer früheren Auswertung zur sozialen Segregation, die sich auf das Jahr 2004 bezog, hat das BBR die IRB-Stadtteile anhand der Indikatoren Anteil der Arbeitslosen, Anteil der Langzeitarbeitslosen und Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt untersucht. Als benachteiligte Viertel wurden die Stadtteile eingestuft, die in einem städteübergreifenden Vergleich aller 2.500 Stadtteile der IRB bei einem der drei Indikatoren im obersten Quintil lagen (d. h. mindestens 13% der 20- bis 60-Jährigen arbeitslos, oder mindestens 5% langzeitarbeitslos oder der Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt liegt bei mindestens 9%). Im Ergebnis zeigte sich, dass 43% der IRB-Stadtviertel im Osten und 22% der IRB-Stadtviertel im Westen als Stadtteile mit erheblichen sozialen Problemen eingestuft werden müssen, wobei insbesondere Stadtteile in der inneren Stadt von den Konzentrationen der Benachteiligung betroffen sind (BBR 2007: 78).

Zur Bestimmung der **ethnischen Segregation** kann in der IRB bislang nur auf die Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft zurückgegriffen werden, da noch nicht alle Städte über Daten zur der gesamten Bevölkerung mit Migrationshintergrund verfügen. Der Segregationsindex für die ausländische Bevölkerung lag 2007 bei 23,8 und damit etwas niedriger als der Indexwert für die soziale Segregation. Sehr hoch sind die Unterschiede zwischen den Städten. Die Stadt mit dem höchsten Segregationsindex weist einen Wert von 34,7, die Stadt mit dem niedrigsten Segregationsindex einen Wert von lediglich 9,5 auf.



Die verschiedenen Segregationsprozesse können sich auch gegenseitig überlagern, wodurch sich Quartiere herausbilden können, die sowohl demographische und soziale als auch ethnische Segregation aufweisen. Für die Klärung des Zusammenhangs von sozialräumlicher Segregation und sozialer Inklusion/Exklusion sind insbesondere Überlagerungen von sozialer und ethnischer Segregation von Bedeutung, da in diesen Gebieten die kommunalen Integrationserfordernisse besonders groß sind. Das BBR spricht diesbezüglich von **"Stadtteilen mit multiplen Konfliktpotenzialen"** (Sturm 2007: 384).

Im Auftrag des BMVBS und des BBR/BBSR hat empirica zur **Identifizierung von Stadtteilen mit erhöhtem Integrationsbedarf** unlängst eine vertiefende Untersuchung erstellt (empirica ag/BBSR 2010). Hierzu wurden zusätzlich zu Daten des IRB kleinräumige Marktdaten analysiert. Im Ergebnis der Untersuchung wurden in mehr als 550 Kommunen ca. 1.500 von Zuwanderung geprägte Wohnquartiere ermittelt, in denen sozialräumliche Segregation mit ökonomischen Schwächen einhergeht. Gemessen wird dies am Anteil der Migrantinnen und Migranten in den Quartieren (oberstes Siebtel des Bundesdurchschnitts) und am Kaufkraftniveau, das sich im jeweils unteren kommunalen Drittel befindet. Bei diesen "Fokuswohnquartieren" handelt es sich um qualitativ unattraktive Wohnstandorte, die sich überwiegend in innerstädtischen Altbauquartieren, Geschosswohnungsbauquartieren der 1950er und 1960er Jahre oder in gewerblich geprägten Gebieten befinden. Ein Großteil der Fokuswohnquartiere liegt in Großstädten mit mehr als einer halben Million Einwohner. Die Bewohnerschaft zeichnet sich durch einen hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus.

Durch eine Zusatzauswertung der SOEP-Daten kann die Studie darüber hinaus aufzeigen, dass Migranten mit ungünstigen Voraussetzungen und Chancen für Integration und Teilhabe überwiegend in den "Mosaic"-Quartiertypen leben, die durch städtebaulich und wirtschaftlich schwierige Rahmenbedingungen gekennzeichnet sind. Die Ergebnisse weisen in diesem Zusammenhang eine sozialräumliche Staffelung nach Intensität der Integration auf: Mit sinkendem Integrationsgrad der Migranten nimmt die sozialräumliche Konzentration in städtebaulich schwierigen Wohnquartieren zu. Der Integrationsgrad der Migranten wird in diesem Zusammenhang anhand des von der Bertelsmann Stiftung definierten Integrationsindexes gemessen, in den z. B. Schulabschluss, Dauer der Schulbildung, Umgangssprache oder Besuche bei/von Deutschen in den letzten zwölf Monaten eingehen.

Analysen zur (primär sozialen) Segregation aus einzelnen Großstädten sind in der folgenden Übersicht zusammengestellt. Sie zeigen vor allem eine starke soziale Segregation bei den Kindern und Jugendlichen.

### Übersicht 3.1

Analysen zur Segregation aus ausgewählten Städten
<p><b>Bochum</b></p> <p>Der <b>Sozialbericht der Stadt Bochum</b> hat die Aufgabe, die soziale Lage der Bevölkerung nicht nur für die Gesamtstadt und deren sechs Stadtbezirke, sondern auch für die 30 Ortsteile und ihre 154 zugehörigen Quartiere darzustellen. Der Bericht wird in unregelmäßigen Abständen herausgegeben. Im zuletzt vorgelegten Bericht (Stadt Bochum 2008) macht die Auswertung nach Indikatoren und Gebietstypologien innerstädtische Disparitäten deutlich. So kristallisieren sich für das Bezugsjahr 2006 in Hinblick auf die drei Leitindikatoren Arbeitslosenanteil, Ausländeranteil und Anteil an SGB II-Empfängern einerseits besonders benachteiligte Ortsteile mit erheblich überdurchschnittlichen Werten heraus (zentral bis nordöstlich gelegene Stadtteile) und andererseits besonders privilegierte Ortsteile mit erheblich unterdurchschnittlichen Werten (südliche Stadtgebiete). Beispielsweise hat der privilegierte Ortsteil Eppendorf einen Arbeitslosenanteil von 7,6%, und einen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund von nur 5,1%. In Gleisdreieck zeichnet sich hingegen ein konträres Bild ab, der Anteil der Arbeitslosen und Migranten ist außergewöhnlich hoch (17,8% bzw. 27,1%).</p> <p>Die innerstädtische Diskrepanz zeigt sich parallel auch in der Kinderarmut, gemessen an der SGB II-Quote von Minderjährigen. Diese nimmt zwischen den Ortsteilen Werte in einem Spektrum von 42,8% bis 2,1% an. Auf gesamtstädtischer Ebene beträgt die SGB II-Quote für Minderjährige 21,7%. Die allgemeine SGB II-Quote liegt für die gesamte Stadt mit 13,7% merklich niedriger.</p> <p>Auffällig ist in Hinblick auf die Lokalisierung der Gebietstypen, dass in den als benachteiligt festgemachten Ortsteilen meist auch die kleinräumigeren benachteiligten Quartiere konzentriert auftreten. Benachteiligte Quartiere im Sinne von "Exklaven" in privilegierten Ortsteilen gibt es hingegen kaum.</p>
<p><b>Berlin</b></p> <p>Das <b>Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin</b>, dessen Ziel und Aufbau im vorangegangenen Kapitel näher beschrieben worden sind, nimmt seit 2009 Analysen auch zu den fünf "Aktionsräumen plus" vor - größeren zusammenhängenden Gebieten, die die meisten der Planungsräume mit niedrigem Entwicklungsindex umfassen und Gegenstand eines neuen sozialraumorientierten Ansatzes integrierter Stadtteilentwicklung sind. Hinsichtlich des Ausmaßes der sozialen Segregation in Berlin zeigt das Monitoring u. a. die folgenden Ergebnisse:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- Der Anteil der deutschen Bevölkerung, die Existenzsicherungsleistungen nach SGB II, III oder XII erhält, lag 2008 in den fünf Aktionsräumen plus zwischen 19,1% und 27,5%. In den anderen Berliner Gebieten beträgt der Wert 11,6% (Wert für ganz Berlin bei 14,0%).</li><li>- Für die ausländische Bevölkerung zeigen sich vergleichbare Strukturen auf höherem Niveau. In den Aktionsräumen plus erhielten zwischen 33,8% und 39,0% der Ausländer Existenzsicherungsleistungen, in den Gebieten außerhalb der Aktionsräume sind es 20,3% (Wert für ganz Berlin bei 26,2%).</li><li>- Noch stärker fällt die soziale Segregation bezogen auf die Kinder und Jugendlichen aus: In den Aktionsräumen plus waren 2008 zwischen der Hälfte (50,9% in Spandau-Mitte) und zwei Dritteln (67,0% Neukölln-Nord) der Kinder unter 15 Jahren von Transferleistungen abhängig bzw. dem Empfängerkreis nach SGB II zuzuordnen. In den anderen Gebieten Berlins lag der entsprechende Anteil mit 28,4% deutlich niedriger, der Wert für die Gesamtstadt lag bei 37,4% (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 2009: 47 ff.).</li></ul>
<p><b>München</b></p> <p>München weist auf dem Gebiet der Sozialberichterstattung, speziell in der Veröffentlichung von Armutsberichten, eine lange Berichtstradition auf. So wird der <b>Armutsbericht München</b> bereits seit 1987 durch das Sozialreferat der Stadt und zumeist unter Mitarbeit wissenschaftlicher Institute herausgegeben. Die räumlichen Einheiten der Gesamtstadt und ihrer 25 Stadtbezirke stehen in besonderem Berichtsinteresse. Seit dem Jahr 2004 fließen auch (allerdings nur nachrangig) die 105 Stadtbezirksteile in den Bericht ein.</p> <p>Die regelmäßige Berichterstattung macht für München eine Zunahme der Einkommensarmut seit Beginn der Berichterstattung erkennbar, wobei lediglich im Jahr 2000 eine leichte Stagnation der Armut zu verzeichnen war. Für die 25 Stadtbezirke Münchens herrschen in Bezug auf die Armutsdichte starke Disparitäten - Armut wird hier über die Zahl der SGB II-Bezieher, die Zahl der Bezieher von Leistungen nach dem SGB XII und die Zahl der Wohngeldbezieher bestimmt. Aus den Datenreihen der vergangenen zehn Jahre (1997 bis 2007) wird außerdem sichtbar, dass eine gewisse Persistenz in der Armut der Stadtbezirke besteht. Demnach sind die zehn ärmsten Stadtbezirke seit 1997 die gleichen geblieben mit nur leichten Verschiebungen in der Rangfolge. Auf 100 Einwohner kommen in diesen Stadtbezirken zwischen 7,8 und 11,2 Arme, während die privilegierten Stadtbezirke diesem Werte zwischen 3,8 und 5,9 entgegensetzen (städtischer Mittelwert 2007: 6,2 Arme pro 1.000 Einwohner). Noch größer sind die Unterschiede zwischen den Stadtbezirksteilen (Landeshauptstadt München 2008).</p>

Analysen zur Segregation aus ausgewählten Städten
<p><b>Bremen</b></p> <p>Generell hat die Sozialberichterstattung in Bremen einen kontinuierlichen und z. T. langjährigen Charakter. So wird seit 2002 jährlich der <b>Armutsbericht</b> durch die Arbeitnehmerkammer der Stadt veröffentlicht. Relativ neu im Repertoire der Sozialberichte ist hingegen das Monitoring Soziale Stadt Bremen, welches seit 2008 durch den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa publiziert wird.</p> <p>Mithilfe der Armutsberichte wird eine zunehmende Einkommenssegregation auf der Ebene der 89 Ortsteile und der fünf Stadtbezirke feststellbar, welche sich auch parallel in der Verteilung der Armutsindikatoren widerspiegelt. So streuen beispielsweise im Jahr 2007 die ortsteilbezogenen SGB II-Empfängerquoten zwischen den Ortsteilen von 1,9% und 42,6% der unter 65-Jährigen (gesamstädtischer Durchschnitt von 17,9%). Betrachtet man nur die Kinder und Jugendlichen so liegen die Anteile der Empfänger/innen von Sozialgeld an allen unter 15-Jährigen in den Ortsteilen zwischen 2,0% und 60,0% (bei einem gesamstädtischen Durchschnitt von 30,0%). Von den 16 bremischen Ortsteilen, die Gebiete des Programms Soziale Stadt umfassen, liegt in elf der Anteil der unter 15-Jährigen, die Sozialgeld erhalten, bei über 40%, in drei davon sogar über 50%, wobei der Spitzenwert von 60% auf den Ortsteil Tenever entfällt (Arbeitnehmerkammer Bremen 2007: 38 ff., 102 ff.).</p>
<p><b>Mainz</b></p> <p>Die <b>Sozialraumanalyse Mainz</b> wurde durch das Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit und Wohnen in Mainz in den Jahren 1996 und 2005 veröffentlicht. Sie dient der kommunalen Entwicklungspolitik als anwendungsfreundliches Monitoringinstrument, indem es die Bestimmung der sozialen Lage und Belastung von Stadtbezirken vornimmt. Gleichzeitig werden innerstädtische Unterschiede herausgearbeitet, wobei speziell die räumlichen Ebenen der Gesamtstadt, der 15 Stadtteile und der 65 Stadtbezirke in Mainz betrachtet werden.</p> <p>Eine Besonderheit des Monitorings in Mainz liegt in der Generierung eines Lebenslagenindex, welcher für die einzelnen Quartiere bzw. Stadtbezirke gebildet wird. Die Indikator-Analysen zeigen unterschiedliche Grade der Belastung von Stadtbezirken überwiegend für das Jahr 2004. Gebiete mit besonders hoher Belastung in allen Entwicklungsbereichen sind demnach zusammenhängend im Norden der Stadt (Bereich Neustadt) zu finden. Gebiete mit hoher Belastung grenzen meist an diese Gebiete an, sind aber auch vereinzelt im Süden, Osten oder Westen der Stadt zu finden (Stadt Mainz 2005).</p> <p>Was die soziale Segregation anbelangt, wird eine starke Ungleichverteilung zwischen den Stadtbezirken ersichtlich, die sich in einer Wertebandbreite von 0,4% und 25,3% ausdrückt. Der städtische Mittelwert dieses Indikators liegt bei 5,3%.</p> <p>Eine noch stärkere Ungleichverteilung ergibt sich für die Kinder- und Jugendarmut. Die Anteile unter 18-jähriger Sozialhilfeempfänger variierten zwischen 0,6% und 41,3% aller Minderjährigen (städtischer Mittelwert 2004: 10,4%).</p>

### 3.2 Entwicklung der Segregation im Zeitverlauf

Vom BBSR/BBR liegen aus der Innerstädtischen Raubeobachtung nur relativ wenige Analysen zur Entwicklung der Segregation im Zeitverlauf vor. Begründet wird dies mit den im Kapitel 2 beschriebenen methodischen Problemen (Unzulänglichkeiten in der Datenlage und Einschränkungen der Vergleichbarkeit durch sehr unterschiedliche Gebietsgrößen, siehe BBR 2007: 83). Im Jahr 2007 hat das BBR eine Analyse der Entwicklung der ethnischen Segregation im Zeitraum zwischen 1991 und 2002 in zehn westdeutschen Städten mit insgesamt 520 Stadtteilen und acht ostdeutschen Städten mit 530 Stadtteilen untersucht (BBR 2007: a. a. O., 17). Während in den westdeutschen Städten insgesamt eher eine Abnahme der ethnischen Segregation innerhalb des Stadtgebiets zu verzeichnen

war, nahm die Segregation in den ostdeutschen Städten in der inneren Stadt leicht zu.<sup>22</sup> Der vom BBSR für die Jahre 2002 und 2007 veröffentlichte Segregationsindex für die Ausländer zeigt, dass sich diese Trends in den letzten Jahren fortgesetzt haben. Die Analysen lassen allerdings keine unmittelbaren Rückschlüsse auf die Entwicklung der gesamten sozialräumlichen Segregation zu, da ein hoher Ausländeranteil nicht immer mit einer hohen sozialen Benachteiligung einhergeht.

Zur Analyse der Dynamik von sozialräumlichen Segregationsprozessen wurde in einem Gutachten für die Enquetekommission "Zukunft der Städte in NRW" des Landtags von Nordrhein-Westfalen die Entwicklung der stadtspezifischen Sozialraumstrukturen in sechs Auswahlstädten im Zeitraum von 1984 bis 2002 untersucht (ILS/ZEFIR/Institut für Sozialwissenschaften der HU Berlin 2003). Für fünf Städte konnten Indikatoren zur demographischen, sozialen und ethnischen Segregation im Zeitverlauf betrachtet werden, wobei zur Abbildung der sozialen Integration der Indikator "Sozialhilfedichte" herangezogen wurde. Im Ergebnis der Untersuchung zeigte sich, dass in fünf der sechs Fallstudienstädten, für die mehrere Vergleichswerte erfasst werden konnten, seit den 1980er Jahren eine Zunahme der sozialen Segregation festzustellen ist. Dabei konnten für die Städte Bielefeld, Gelsenkirchen, Köln und Wuppertal signifikante Zunahmen zwischen 1,2 (Gelsenkirchen) und 3,8 Prozentpunkten (Köln) über Zeiträume von mindestens fünf Jahren festgestellt werden, während für die Stadt Essen für einen kurzen Zeitraum von 1998 bis 2000 lediglich eine minimale Veränderung gemessen werden konnte.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Friedrichs und Triemer (2008) in ihrer Untersuchung der sozialräumlichen und ethnischen Segregationsprozesse in den 15 größten deutschen Großstädten. Der Beobachtungszeitraum dieser Studie bezieht sich auf die Jahre 1990, 1995, 2000 und zum Teil 2005. In die Studie einbezogen wurden Berlin, Bremen, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln, Leipzig, München, Nürnberg und Stuttgart, wobei die untersuchten Teilräume der einzelnen Städte in ihrer Größe sehr stark variierten. Insbesondere Berlin fällt hier aus der Reihe, da die Betrachtung lediglich auf Bezirksebene mit einer durchschnittlichen Größe von rund 149.300 Einwohnern stattfand, während sich die untersuchten Teilräume der anderen Städte zwischen einer durchschnittlichen Größe von rund 5.600 (Nürnberg) und rund 25.800 Einwohnern (Stuttgart) bewegten. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass im Untersuchungszeitraum für vier Städte (Frankfurt, Stuttgart, Hannover und Berlin) ein Rückgang der sozialen Segregation festgestellt werden kann, während in

---

<sup>22</sup> Diese Entwicklung wird u. a. damit begründet, dass ein höherer Ausländeranteil in den Städten in der Regel damit einhergehe, dass die Ausländer in diesen Städten bereits zu einem größeren Anteil länger ansässig und stärker im Alltag integriert seien, was insgesamt zu einer größeren räumlichen Verteilung über die Stadt führte.

den restlichen elf Untersuchungsstädten eine Zunahme der sozialen Segregation zu beobachten ist. In beiden Gruppen befinden sich Städte, die gute wirtschaftliche Bedingungen aufweisen, weshalb sich kein unmittelbarer Einfluss der wirtschaftlichen Lage auf die Entwicklung der sozialen Segregation feststellen lässt. In Bezug auf die ethnische Segregation wird in der Studie in der Zeit von 1990 bis 2005 insgesamt ein Rückgang der Segregation festgestellt (in 13 der 15 Städte). Ein weiteres Ergebnis in diesem Zusammenhang ist, dass die ethnische Segregation umso geringer ist, je höher der Anteil der Migranten in einer Stadt ist.<sup>23</sup>

Ebenfalls relevant für die Analyse sozialräumlicher Segregationsprozesse ist die Untersuchung von IfS und DIW zur sozialräumlichen Polarisierung in den Städten (IfS/DIW/BBSR 2009). Eine Polarisierung findet dann statt, wenn die niedrigste und die höchste Einkommensgruppe zunehmen, während die mittlere Einkommensgruppe an Gewicht verliert. Zur Erfassung teilträumlicher Polarisierungsprozesse wurde vom DIW eine Auswertung von SOEP-Daten in Verknüpfung mit den "Mosaic-Typen" von microm vorgenommen. Die microm-Gebietstypen wurden hierfür in prekäre, mittlere oder gesicherte Gebiete zusammengefasst. Als potenziell von prekären Verhältnissen bedrohte Gebiete wurden folgende Quartierstypen eingestuft: "Sozialer Wohnungsbau und einfache Mehrfamilienhäuser", "Nicht modernisierter Altbau", "Älterer sozialer Wohnungsbau" und "Soziale Brennpunkte". Im Ergebnis der Analyse konnte für den Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2006 insgesamt eine Konzentration der niedrigen Einkommen in den als prekär eingestuften Quartieren festgestellt werden (in Westdeutschland von 27% auf 30% und in Ostdeutschland von 22% auf 40%). Die Ergebnisse weisen also insgesamt auf eine Residualisierung hin, d. h. es findet eine zunehmende Konzentration von wirtschaftlichen und sozialen Problemen in bestimmten Quartieren statt.

### **3.3 Bildung**

Wie im vorigen Kapitel dargestellt, befindet sich die kleinräumige Bildungsberichterstattung noch weitgehend im Aufbau. Stadtübergreifende Berichterstattungssysteme zu kleinräumigen Entwicklungen im Bildungsbereich existieren bislang nicht. Die von einzelnen Städten vorgelegten Bildungsberichte (siehe die Auswahl in Übersicht 3.4) konstatieren eine starke Konzentration von Kindern mit Sprachförderbedarf in den sozial benachteilig-

---

<sup>23</sup> Dieser Zusammenhang wird von den Autoren damit begründet, dass bereits länger ansässige Migranten mit der Zeit sozial aufsteigen können und nicht mehr auf den preiswerten Wohnraum in den Gebieten angewiesen sind und somit das Quartier verlassen, in das Neuzuwanderer wiederum einziehen (ebenda: 115).

ten Stadtteilen sowie große sozialräumliche Unterschiede in den Übergangsquoten in die weiterführenden Schulen.

#### Übersicht 3.4

Kleinräumige Analysen zur Bildung aus ausgewählten Städten
<p><b>Mannheim</b></p> <p>Der Mannheimer Bildungsbericht aus dem Jahr 2010 ist für die Stadt Mannheim der erste kommunale Bericht seiner Art. Er versteht sich schwerpunktmäßig als Steuerungselement für die Umsetzung einer biographiebegleitenden Bildungskette. Demzufolge vereint er Informationen aus verschiedenen Bildungsinstanzen und -einheiten zum Zwecke der lückenlosen Übergangsgestaltung. Neben dem Fokus auf die verschiedenen Bildungsinstanzen greift der Bericht den räumlichen Niederschlag von Bildung bzw. Bildungschancen auf. Gewählte Betrachtungseinheiten sind daher neben der Gesamtstadt ebenso die 17 Stadtbezirke und 24 Stadtteile Mannheims. Die Stadtteile werden mithilfe von sieben Indikatoren aus den drei Bereichen Migrationshintergrund, soziale Dimensionen und Demographie fünf Sozialraumtypen zugeordnet. Im Ergebnis weisen die Stadtgebiete im Sozialraumtypus 5 die höchste soziale Problembelastung auf, während für Stadtteile im Sozialraumtypus 1 keine erkennbaren sozialen Problemstellungen zu verzeichnen sind.</p> <p>Die sprachliche Kompetenz der Kinder variiert innerhalb der Stadt sehr stark, wie sich am Anteil sprachförderbedürftiger Kinder bei den Einschulungsuntersuchungen der Jahre 2006 und 2007 herausstellt. Der Anteil förderbedürftiger Kinder schwankt zwischen den Stadtteilen in einem Wertespektrum zwischen 6,8% und 45,6%, wobei die höchsten Anteile von Kindern mit Sprachförderbedarf in den Stadtteilen des Sozialraumtyps 5 zu finden sind. Zwischen 37,5% und 45,5% der Einzuschulenden benötigen in diesen Stadtgebieten eine sprachliche Förderung; im Vergleich dazu liegt der städtische Durchschnitt bei 24,6%.</p> <p>Die räumliche Dimension der Bildungschancen und -erfolge wird außerdem an der Betrachtung der Übergangsquoten von der Grundschule in die weiterführenden Schulen sichtbar. Demnach zeigt sich, bezogen auf die Übergangsquoten auf das Gymnasium, für das Schuljahr 2008/2009 eine Diskrepanz zwischen Stadtteilen, die sich in einer Wertespanne von fast 70%-Punkten niederschlägt. So kann im Stadtteil Oststadt (Sozialraumtyp 1) eine sehr gute Übergangsquote von fast 85% erreicht werden, andererseits bleibt der Stadtteil Hochstätt (Sozialraumtyp 5) mit einer unterdurchschnittlichen Übergangsquote von ca. 16,7% weit hinter dem städtischen Durchschnitt von ca. 42,5% zurück. In allen Stadtteilen des Sozialraumtyps 1 sind die Übergangsquoten stark überdurchschnittlich, in allen Stadtteilen des Sozialraumtyps 5 unterdurchschnittlich (Stadt Mannheim 2010: 88).</p>
<p><b>München</b></p> <p>München gilt als erste deutsche Stadt mit einem kommunalen Bildungsbericht, er wurde 2006 vom Schul- und Kulturreferat veröffentlicht. 2010 wurde der zweite <b>Münchner Bildungsbericht</b> vorgelegt. Die übergeordnete Zielstellung der Bildungsberichterstattung in München ist die Gewinnung von Transparenz in Hinblick auf lokale Bildungsergebnisse, um darüber letztlich das Handeln der beteiligten Akteure im Sinne eines kommunalen und stadtteilbezogenen Bildungsmanagements abzustimmen. Neben der Ebene der Gesamtstadt bildet der Bericht spezifische Indikatoren auf der Ebene der 130 Grundschulsprenkel ab. Hierbei kommt ein Sozialindex zum Einsatz, in den Kaufkraft, Bildungsstand und Migrationshintergrund eingehen.</p> <p>Deutliche teilräumliche Unterschiede zeigt der Münchner Bildungsbericht bei den Übergangsquoten von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen: Der Bericht teilt hierzu die Grundschulsprenkel sowohl hinsichtlich des Sozialindex als auch hinsichtlich der Übergangsquoten in das Gymnasium in Quartile ein und führt die beiden Betrachtungen zusammen. So zeigt sich, dass von den Grundschulsprenkeln, die hinsichtlich des Sozialindex in das unterste Quartil fallen, die Mehrheit (19 von 32) bei den Übertrittsquoten ebenfalls in das unterste Quartil fallen (Übergangsquoten von 41,3%). Komplementär sind die Gebiete, die hinsichtlich des Sozialindex in das oberste Quartil fallen, hinsichtlich der Übergangsquote mehrheitlich (19 von 33) dem obersten Quartil zuzuordnen (Übertritte in das Gymnasium von 61,1% und mehr). Darüber hinaus kann über den Datenvergleich zwischen 2002 und 2007 festgestellt werden, dass die Übergangsquoten auf das Gymnasium an den Grundschulen relativ persistent sind (Landeshauptstadt München 2010: 38 ff.).</p>

### 3.4 Gesundheit

Im Jahr 2005 hat das Robert Koch-Institut ein Sonderheft zur Armut bei Kindern und Jugendlichen veröffentlicht (Robert Koch-Institut/Statistisches Bundesamt 2005). Darin heißt es, dass die Datenlage zur sozial ungleichen Verteilung von Umweltbelastungen bisher noch unzureichend ist. Erste Ergebnisse würden sich aber aus der Kinderkohortenstudie "Einfluss von Lebensbedingungen und Verhaltensweisen auf die Entwicklung von Immunsystem und Allergien im Ost-West-Vergleich (LISA)" ziehen lassen. Diese habe mittels einer Untersuchung von 3.097 Kindern, die zwischen 1997 und 1999 in München, Leipzig, Wesel und Bad Honnef geboren worden seien, einen Zusammenhang zwischen Sozialstatus der Eltern und Wohnungslage mit verkehrsabhängigen Umweltbelastungen aufgezeigt, was noch einmal verdeutlicht, dass sozial benachteiligte Familien besonders von negativen Umwelteinflüssen des Wohnumfeldes betroffen sind (ebenda: 7). Darüber hinaus werde in der Studie anhand der WHO-Studie "Health Behaviour in School-aged Children (HBSC)" die Bedeutung des sozialen Kapitals (der vertrauensbasierten Sozialbeziehungen) für die gesundheitliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen hervorgehoben. So sei der Anteil der Jugendlichen mit einer eher schlechten Gesundheitseinschätzung und geringer Sportausübung bei den Kindern aus sozial schwachen Familien verringert, die über ein hohes soziales Kapital verfügen (ebenda: 10). Insgesamt wird aus den Ergebnissen gefolgert, dass ein günstiges Klima in der Familie, Schule und Nachbarschaft die Ausbildung eines positiven Selbstbildes und sozialer Kompetenzen und damit den Umgang mit gesundheitsbelastenden Lebensbedingungen und Erfahrungen fördere. Sozial- und gesundheitspolitische Maßnahmen müssten hier ansetzen (ebenda: 11).

Klocke und Lipsmeyer (2008) zeigen anhand ihrer Mehrebenenanalyse der HBSC-Daten, dass die größten Unterschiede der gesundheitlichen Ungleichheiten sich über individuelle Verschiedenheiten aufklären lassen. Maximal bis zu 15% lassen sich über die Mesoebene von Schule und Wohnumfeld aufklären. Hierbei hat vor allem die Schulform den größten Einfluss. Signifikante Einflüsse des Wohnumfeldes auf die untersuchten Variablen (wie Rauchen, unregelmäßiges Zähneputzen, mehr als fünf Stunden Fernsehen an Schultagen, subjektive Gesundheitsbewertung, Vorliegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen) konnten nicht nachgewiesen werden. Die Autoren plädieren für ein besseres Monitoring kleinräumiger Daten, um Kontexteffekte ausschließen zu können. Zentral sei, soziales Kapital als sozialräumliche und nicht lediglich als individuelle Ressource zu begreifen.

Aktuelle Untersuchungsergebnisse zur Bedeutung des Wohnquartiers für die Kindergesundheit und ihre Bestimmungsfaktoren liegen aus einem Kooperationsprojekt von Bertelsmann Stiftung, Robert Koch-Institut und empirica AG vor (Bertelsmann Stiftung 2010). Durch Verknüpfung mit kleinräumigen Marktdaten wurden in diesem Projekt eine Analyse von Daten des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys (KiGGS) für innerstädtische Ge-

bietstypen durchgeführt. Hierbei wurden zwei Arten von städtischen Gebieten gegenübergestellt: "Belastungsquartiere", die durch ein niedriges Preisniveau und einen hohen Anteil von Wohnungen in Mehrfamilienhäuser gekennzeichnet sind, und "Prestigequartiere", die sich durch ein hohes Mietpreisniveau und einen hohen Anteil von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern auszeichnen. Es wurde ermittelt, dass die Kinder in den "Belastungsquartieren" zu deutlich höheren Anteilen als die Kinder in den "Prestigequartieren" von Faktoren wie Rauchen der Mütter während der Schwangerschaft, Auslassen von Vorsorgeuntersuchungen, Fastfoodkonsum, zu geringe körperliche Bewegung und langes Fernsehen betroffen sind und dass sie zugleich häufiger unter Übergewicht und Schlafstörungen leiden. In einem zweiten Schritt wurde in der Studie versucht, Effekte des Wohnquartiers von anderen Faktoren wie Migrationshintergrund, Einkommen und Bildungsstand der Eltern statistisch zu isolieren. Hierbei konnte ein eigenes Gewicht des Wohnquartiers auf das Rauchen von Müttern während der Schwangerschaft sowie auf das Ess- und Bewegungsverhalten der Kinder und auf ihren Medienkonsum ermittelt werden. Diese Kontexteffekte sind verglichen mit anderen Bestimmungsfaktoren aber eher gering.

Die folgende Übersicht zeigt kleinräumige Analysen zum Bereich Gesundheit aus ausgewählten Städten:

### Übersicht 3.5

Kleinräumige Analysen zur Gesundheit aus ausgewählten Städten
<p><b>Essen</b></p> <p>Die <b>Analyse der Schuleingangsuntersuchungen von 2000 bis 2007</b> wurde durch das Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen herausgegeben. Sie dient der Darstellung der gesundheitlichen Ungleichheit und ihrer räumlichen Dimension für die Stadt Essen. Hierfür greift die Auswertung vor allem auf kleinteilige Daten der neun Essener Stadtbezirke zurück, wobei Entwicklungsergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen systematisch ausgewertet werden. Speziell die soziostrukturellen Merkmale des Elternhauses (Migrationshintergrund, Sozialstatus) fließen in die Analyse der Gesundheitszustände von Schulanfängern ein.</p> <p>Die generelle Erkenntnis dieser Untersuchung ist, dass insbesondere der Sozialstatus (abgebildet mit einem kombinierten Index aus erworbener Schulbildung und Ausbildung) als entscheidende Einflussgröße auf Krankheiten, Risikofaktoren und auf die Inanspruchnahme von Vorsorgeangeboten im Gesundheitsbereich wirkt und nicht, wie häufig angenommen, der Migrationshintergrund. Kinder aus Migrantenfamilien sind nicht aufgrund des Migrationshintergrunds, sondern aufgrund des niedrigen Sozialstatus vieler dieser Familien überdurchschnittlich von Risikofaktoren betroffen.</p> <p>Die Essener Analysen zeigen zugleich die räumliche Dimension des Problems. Insbesondere in den nördlichen Stadtteilen weisen Kinder Gesundheitsstörungen (z. B. Verhaltensauffälligkeiten und Hörstörungen) auf. Speziell im Stadtbezirk Borbeck wurde im Jahr 2006 fast ein Drittel der Einschüler als verhaltensauffällig* eingestuft (31,1%). In anderen Stadtgebieten (Stadtbezirke II und IX) fällt der Anteil mit 5,3% oder 6,1% sehr viel niedriger aus, der gesamtstädtische Wert liegt bei 13,8% (Stadt Essen 2009).</p> <p>Ein ähnliches Bild zeigt sich mit der räumlichen Verteilung der Gesundheitsquote, welche den Anteil der Kinder ohne Krankheitsbefunde** abbildet. Demnach sind in den südlichen Stadtbezirken 66,4% bis 75% der Schüler in den Schuleingangsuntersuchungen ohne Krankheitsbefund geblieben, während es in den nördlichen Stadtgebieten mit einer Bandbreite von 60% bis 44,2% vergleichsweise wenig sind (städtischer Durchschnitt 2007: 59,6%).</p> <p>* Unter Verhaltensauffälligkeiten fallen z. B. emotionale Störungen wie Ängstlichkeit, soziale Störungen wie Aggressivität, das Nicht-Einhalten von Regeln und ADHS.</p> <p>** bezogen auf Befunde im Bereich Körperkoordination, Visuomotorik und Sprache.</p>



#### **Kleinräumige Analysen zur Gesundheit aus ausgewählten Städten**

##### **Berlin, Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg**

Der Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg besitzt eine außergewöhnliche weitgehende Berichterstattung auf dem Gebiet Gesundheit. So hat die Abteilung Gesundheit, Soziales und Beschäftigung des Bezirksamtes in der Vergangenheit bereits mehrere gesundheitsbezogene Basis- und Spezialberichte verfasst (Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin 2009). Die Berichtsroutine äußert sich darin, dass Auswertungen der Einschulungsuntersuchungen bereits üblich und gewisse Trendabbildungen durch zeitliche Vergleiche möglich sind. Darüber hinaus werden die Daten sozialraumbezogen auf der Ebene der acht Bezirksregionen ausgewertet.

Insgesamt zeichnen sich durch den sozialräumlichen Vergleich der Gesundheitsdaten deutliche regionale Entwicklungsunterschiede hinsichtlich der Gesundheit ab. So werden für das Einschulungsjahr 2008 zwei kindergesundheitliche "Risikogebiete" erkannt, die Kreuzberger Bezirksregionen "Südliche Friedrichstadt" und "Südliche Luisenstadt" sowie die Friedrichshainer Bezirksregion "Karl-Marx-Allee". Mit einem Anteil von rund 20% werden hier die meisten Schulanfänger als auffällig in Bezug auf ihre körperkoordinativen oder visuomotorischen Fähigkeiten eingestuft. In anderen Bezirksregionen sind es hingegen nur 10%. Übergewicht ist ein Problem, welches überdurchschnittlich in den beiden Kreuzberger Gebieten "Südliche Luisenstadt" und "Südliche Friedrichstadt" auftritt. 22,3% bzw. 17,9% der Schulanfänger sind diesbezüglich betroffen, wobei der Bezirksdurchschnitt bei 12,6% liegt.

Dank der Berichtstradition lassen sich außerdem erste Erfolge ergriffener Maßnahmen erkennen. So haben sich die Impfquoten sämtlicher empfohlener Kinderschutzzimpfungen im betrachteten Zeitraum deutlich verbessert, gerade auch bei Kindern türkischer und arabischer Herkunft.

### **3.5 Fazit**

Die Auswertung der Innerstädtischen Raubeobachtung wie Analysen aus einzelnen Städten zeigen, dass es in den deutschen Städten eine merkliche soziale und ethnische Segregation gibt. Deutlich wird vor allem eine starke soziale Segregation bei Kinder und Jugendliche (gemessen am Anteil der Beziehung von Leistungen nach den SGB II).

Trotz Unsicherheiten, die aus einer unbefriedigenden Datenlage resultieren, kann davon ausgegangen werden, dass die soziale Segregation in den letzten Jahren zugenommen hat, während die ethnische Segregation (zumindest gemessen an der kleinräumigen Verteilung der ausländischen Bevölkerung) eher zurückgeht. Ein weiteres Ergebnis der empirischen Untersuchungen ist, dass es insbesondere in Westdeutschland eine Vielzahl an Quartieren gibt, in denen soziale und ethnische Segregation aufeinandertreffen. Diese Gebiete stellen aufgrund ihres erhöhten Integrationsbedarfes eine besondere Herausforderung für die Politik von Bund, Ländern und Gemeinden dar.

Die bislang in kommunalen Bildungsberichten durchgeführten kleinräumigen Analysen zeigen eine starke Konzentration von Kindern mit Sprachförderbedarf in den sozial benachteiligten Stadtteilen sowie große sozialräumliche Unterschiede in den Übergangsquoten in die weiterführenden Schulen. Kinder aus benachteiligten Stadtteilen wechseln weit aus seltener nach der Grundschule in das Gymnasium als Kinder aus begünstigten Stadtteilen.

Stadtquartiere mit hohen Anteilen von sozial benachteiligten Bewohnern sind häufig zugleich überdurchschnittlich von ungünstigen Umweltbedingungen betroffen (Belastungen aus Verkehr und Gewerbe, zu wenige Grünflächen), die sich negativ auf die Gesundheit auswirken. Aktuelle Analysen von Daten des Kinder- und Jugendgesundheitssurveys (KiGGS) weisen zudem darauf hin, dass in solchen Quartieren Risikofaktoren wie Bewegungsmangel, ungesunde Ernährung und zu viel Medienkonsum gehäuft auftreten und dies nicht nur auf die Konzentration von Haushalten mit geringem Einkommen und niedrigem Bildungsstand, sondern in gewissem Maße auch auf Kontexteffekte zurückgeht.

Ganz überwiegend beschränken sich die Berichterstattungssysteme aber darauf, Aussagen zur räumlichen Verteilung von sozialen Ungleichheiten, Bildungsungleichheiten und gesundheitlichen Ungleichheiten zu treffen. Analysen dazu, inwieweit die ermittelte räumliche Konzentration sozialer Problemlagen durch Kontexteffekte verstärkt wird, sind eine seltene Ausnahme.

## **Teil B ANALYSE DER PROGRAMME UND PROJEKTE ZUR BESSEREN SOZIALEN INKLUSION IN DER WOHNUMGEBUNG**

### **4. Aufgaben des Untersuchungsteils und methodisches Vorgehen**

Seit Mitte der neunziger Jahre haben Programme und Projekte, die die soziale Inklusion durch Maßnahmen in der Wohnumgebung fördern, stark an Bedeutung gewonnen. Hierfür hat das Programm Soziale Stadt der Städtebauförderung von Bund und Ländern besondere Bedeutung. Aber auch in der Jugendpolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarkts- und Berufsbildungspolitik sowie der Gesundheitspolitik sind in erheblichem Umfang neue Programme aufgelegt worden, die entweder unmittelbar am Stadtteil ansetzen bzw. genutzt werden können, um die Ressourcenausstattung in benachteiligten Quartieren zu verbessern. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen spielt in vielen dieser Programme eine zentrale Rolle. Auch viele Akteure der Zivilgesellschaft (Stiftungen, Kirchen, Sozialpartner) engagieren sich in der Förderung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil. Die Kommunen bzw. die Akteure in den betroffenen Gebieten nutzen diese verschiedenen Programme und sie entfalten umfangreiche und vielfältige eigene Aktivitäten.

Im Ergebnis ist in den letzten Jahren ein schwer zu überschauendes Gemenge von Programmen, Initiativen und Projekten zur Förderung der sozialen Inklusion im Stadtteil entstanden. Es umfasst Regelprogramme wie umfangreiche, aber zeitlich befristete Finanzierungsinstrumente, Modellversuche mit einer eher kleinen Zahl von Vorhaben und Einzelprojekte. Die Programme und Projekte decken ein breites Spektrum von Handlungsfeldern ab. Integrierte Ansätze, die verschiedene Handlungsfelder verbinden, sind ebenso zu finden wie sehr spezielle Ansätze mit eng zugeschnittenem Gegenstand.

Aufgabe des im Folgenden präsentierten Teils unseres Forschungsprojekts war es, die Programme und Projekte, die für die Verbesserung der sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen von Bedeutung sind, zu identifizieren, zu systematisieren und im Hinblick auf erzielte oder zu erwartende Ergebnisse und Auswirkungen zu analysieren. Die Fokussierung auf Kinder und Jugendliche ergibt sich daraus, dass bei ihnen am stärksten von prägenden Effekten der physischen und sozialen Wohnumgebung auszugehen ist, wie in Kapitel 1 näher dargestellt wurde. Insofern lassen vor allem Maßnahmen in der Wohnumgebung, die auf Kinder und Jugendliche ausgerichtet sind, auch die stärksten positiven Effekte für die Fähigkeiten und Verwirklichungschancen (capabilities) erwarten.

## Untersuchte Programme und Projektansätze

Eine Erfassung und Analyse sämtlicher Programme, Initiativen und Projekte, die im Stadtteil ansetzen und auf die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet sind, wäre im Rahmen unseres Projekts weder möglich noch sinnvoll gewesen. Vielmehr wurde eine theoriegeleitete Auswahl zentraler Programme und Projektansätze vorgenommen. Grundlage der Auswahl war die Theorie der Wirkungen der Wohnumgebung auf die soziale Inklusion, wie sie in Kapitel 1 unseres Berichts dargelegt wird. Ausgewählt wurden Programme und Projektansätze, die an zentralen Gliedern der Wirkungskette zwischen Wohnumgebung und sozialer Inklusion ansetzen, Kontexteffekte vermindern und in den Stadtteilen zusätzliche Ressourcen für eine gute Entwicklung der dort lebenden Kinder und Jugendlichen aufbauen können.

Im Folgenden wird zwischen der Programmebene und der Ebene der Projektansätze unterschieden:

Auf der **Programmebene** werden die zentralen Programme von Bund und Ländern für die integrierte Entwicklung benachteiligter Stadtteile betrachtet. Dies sind

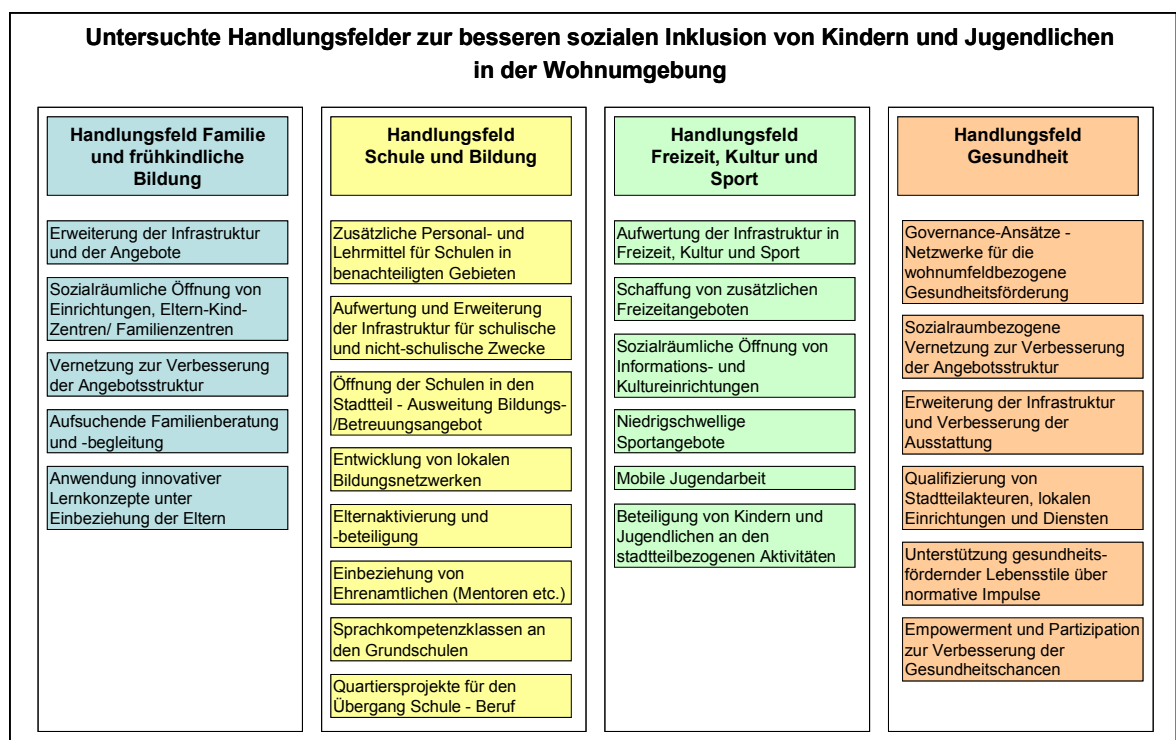
- das Programm Soziale Stadt als Teil der Städtebauförderung von Bund und Ländern,
- weitere Programme der integrierten Stadtentwicklung, die auf Länderebene vor allem unter Nutzung von Strukturfondsmitteln der EU durchgeführt werden,
- Partnerprogramme der Sozialen Stadt aus anderen Politikfeldern und Ressorts (z. B. BIWAQ und Stärken vor Ort).

Darüber hinaus wird kurz auf wichtige weitere Programme des Bundes eingegangen, die zwar nicht unmittelbar auf die benachteiligten Stadtteile zugeschnitten sind, im Rahmen von dort verfolgten Inklusionsstrategien für Kinder und Jugendliche aber Wirkung entfalten können (z. B. das Ganztagschulprogramm des Bundes). Solche Programme werden im Folgenden auch als Schnittstellenprogramme bezeichnet.

Mit **der Ebene der Projektansätze** werden die konkreten Maßnahmen analysiert, die in den Stadtteilen zur Förderung der sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen realisiert werden. Betrachtet werden die Handlungsfelder (1) Familie und frühkindliche Bildung, (2) Bildung und Schule, (3) Freizeit, Kultur und Sport und (4) Gesundheit und in diesen Handlungsfeldern insgesamt 26 Projektansätze (siehe Abbildung 4.1). Daneben wird der umfassende Verwaltungsumbau analysiert, der in einer kleinen Zahl von Städten zurzeit unter dem Vorzeichen der Sozialraumorientierung erfolgt.

Mit den Projektansätzen sind nicht einzelne konkrete Projekte Gegenstand unserer Analyse, sondern Gruppen von Projekten, die in Zielsetzung, Gegenstand und Zuschnitt vergleichbar sind, zum Teil aber in ganz unterschiedlichen Förder- bzw. Finanzierungskontexten realisiert werden. Art und Zuschnitt der Gebiete, auf die sich die Projektansätze beziehen, ist recht unterschiedlich. Die entsprechenden Maßnahmen sind teils auf die Gebiete der sozialen Stadt ausgerichtet, teils kommen sie aber auch in anderen Gebieten bzw. in anders als die Gebiete der Städtebauförderung zugeschnittenen Gebietskulissen zum Einsatz.

**Abbildung 4.1**



## Methodisches Vorgehen und Informationsgrundlagen

Methodisch wurde für den Untersuchungsteil in den folgenden Schritten vorgegangen:

- Umfangreiche Recherche und Sekundäranalyse zur Identifizierung zentraler Programme, Ansätze und Projekttypen (Auswertung von Evaluationen, begleitenden Studien, Programmdarstellungen, Arbeitsergebnissen von Netzwerken, Projektdatenbanken, Internetseiten der Ministerien von Bund und Ländern, ergänzende telefonische Recherchen etc.);

- Typisierung und Einordnung der zentralen Programme und Projekte, Auswahl der Projektansätze, die im Weiteren analysiert wurden;
- Auswertung von Evaluierungen, begleitenden Studien und Umsetzungsberichten, Ableitung der Aussagen zu Ergebnissen und Wirkungen.

### **Grenzen der Möglichkeit von Wirkungsaussagen**

Für sehr viele der untersuchten Programme und Projektansätze liegen Evaluationsstudien vor, oder sie werden zurzeit erarbeitet. Für unsere Studie bot dies eine gute Grundlage.

Allerdings enthält der ganz überwiegende Teil der ausgewerteten Evaluierungsberichte keine Aussagen zu "harten" Ergebnissen und Wirkungen. Quantitative Aussagen dazu, wie sich die Situation der Kinder und Jugendlichen bzw. ihrer Eltern bezogen auf Größen wie das Einkommen, Schulerfolge oder den Gesundheitsstand geändert hat, finden sich nur im Ausnahmefall. Überwiegend sind die Evaluationen eher qualitativ ausgerichtet, ordnen die verfolgten Ziele und Strategien ein, untersuchen Umsetzungsprozesse und sind eher darauf orientiert, im Rahmen von Begleitforschung zur laufenden Optimierung der Programme und Projektansätze beizutragen, als eine Wirkungserfassung und -bewertung im Engeren durchzuführen. Dies gilt sowohl für Evaluierungsuntersuchungen, die aus dem Bereich der Stadtentwicklungspolitik kommen, als auch für viele Untersuchungen aus dem Bereich der Jugendpolitik, der Bildungspolitik und Gesundheitspolitik.

Fehlende Aussagen zu harten Wirkungen liegen aber nicht allein an der Ausrichtung der Evaluationsstudien. Vielmehr ist zu bedenken, dass für die Erarbeitung von Aussagen zu den "harten" Wirkungen quartiersbezogener Inklusionsmaßnahmen sehr hohe Hürden zu überwinden sind:

- Die Programme und Projekte sind überwiegend auf mittel- und langfristige Effekte ausgerichtet. Auf entsprechend lange Sicht muss dann auch die Evaluierung erfolgen. Viele Maßnahmen werden erst seit relativ kurzer Zeit realisiert, sodass heute zum Teil noch nicht über Wirkungen berichtet werden kann. Mit zukünftigen Evaluationen sind mehr "harte" Aussagen z. B. zu Bildungserfolgen oder zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation zu erwarten.
- Da zur Verbesserung der Situation in benachteiligten Stadtteilen eine Vielzahl von Programmen und Projekten zum Einsatz kommt, ist schwer zu bestimmen, welche Ergebnisse und Wirkungen ein einzelnes Programm oder Projekt erzielt hat. Zudem stellt sich die Frage, ob beobachtete Veränderungen überhaupt auf Programme und Projekte zu-

rückgehen oder ob sie auf andere Faktoren (z. B. die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage) zurückgehen. Dies gilt erst recht, wenn Aussagen nicht nur zu einzelnen Personen, sondern zum gesamten Stadtteil bzw. allen dort lebenden Kindern und Jugendlichen getroffen werden sollen.

- Schließlich fehlt es - wie in Kapitel 2 ausführlich dargestellt worden ist - in Deutschland an Datengrundlagen für eine übergreifende, über einzelne Städte hinausgehende Beobachtung der sozialen und ethnischen Segregation und der mit ihr speziell für die Inklusion von Kindern und Jugendlichen verbundenen Probleme.

Insgesamt muss daher bei der Bewertung der Wirkungen, die mit den in den folgenden Kapiteln behandelten Programmen und Projektansätzen erzielt worden sind, im Wesentlichen mit qualitativen Aussagen und mit Wirkungseinschätzungen gearbeitet werden.<sup>24</sup>

### **Zur Begriffsklärung: Sozialraumorientierung**

Eine ganze Reihe der Projektansätze, die im Folgenden behandelt werden, folgen dem Ziel der Sozialraumorientierung bzw. der sozialräumlichen Öffnung. Da der Begriff "Sozialraumorientierung" in den verschiedenen Disziplinen und Diskussionszusammenhängen recht unterschiedlich verwendet wird (vgl. Hinte 2009a, Fehren 2009), soll zum besseren Verständnis eine kurze Begriffsklärung vorgenommen werden:

Seinen Ursprung fand der Begriff Sozialraumorientierung in den 1990er Jahren in der Jugendhilfe, wobei zum einen der Sozialraum als Finanzierungs- und Steuerungsdimension der Jugendhilfe an Bedeutung gewann und zum anderen der individuelle Sozialraum der Adressaten in den Fokus der sozialen Arbeit rückte (Fehren 2009: 288). In diesem Zusammenhang wird zwischen dem geographischen (Planungs-)Raum, wie z. B. dem Stadtteil oder dem Quartier, und den individuellen Sozialräumen der Bewohner unterschieden. Diese können übereinstimmen, müssen es aber nicht (Gillich 2007: 105). Das sozialräumliche Handeln ist nach Hinte (2009a: 23) in der sozialen Arbeit an die fünf folgenden Prinzipien geknüpft:

---

<sup>24</sup> Für Großbritannien ist unlängst eine vergleichende Analyse der Wirkungen von raumbezogenen ("place based") Programmen der Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion vorgelegt worden, die Evaluationen zusammenfasst, die mit Einsatz quantitativer Indikatoren und statistischer Kausalanalysen erstellt wurden (Griggs et al. 2008). Dass für Deutschland eine vergleichbare Analyse zurzeit nicht möglich ist, ist nicht nur auf die andere "Evaluationskultur" zurückzuführen, sondern hängt entscheidend auch mit Unterschieden in der Politikgestaltung zusammen. Föderalismus und große Autonomie der lokalen Ebene führen dazu, dass quartierbezogene Programme und Projekte in Deutschland weitaus vielfältiger und flexibler ausfallen als im zentralstaatlichen Großbritannien und dadurch schwieriger mit quantitativen Methoden zu evaluieren sind.

- Ausgangspunkt jeglicher Arbeit sind der Wille/die Interessen der leistungsberechtigten Menschen,
- aktivierende Arbeit hat grundsätzlich Vorrang vor betreuender Tätigkeit,
- bei der Gestaltung einer Hilfe spielen personale und sozialräumliche Ressourcen eine wesentliche Rolle,
- Aktivitäten sind immer zielgruppen- und bereichsübergreifend angelegt,
- Vernetzung und Integration der verschiedenen sozialen Dienste sind Grundlage für funktionierende Einzelhilfen.

Wenn dagegen im Kontext der sozialen Stadtteilentwicklung über Sozialraumorientierung gesprochen wird, steht der Stadtteil bzw. das Quartier als gemeinsame räumliche Ebene im Vordergrund. Ziel ist es, durch integrierte und partizipative Herangehensweisen die Lebens- und Arbeitsbedingungen in dem jeweiligen Sozialraum zu verbessern. Alisch (2010: 108) benennt in diesem Zusammenhang sechs Prinzipien, die zu einer auf einen sozialen Raum bezogenen Vorgehensweise gehören:

- Partizipation: Beteiligung der Bewohner an den Gestaltungsprozessen.
- Ressourcenbezug: Die Handlungsansätze knüpfen an den Stärken des Sozialraums, wie z. B. bestehenden Treffpunkten, Netzwerken oder Schlüsselpersonen, an.
- Kooperation: Einbeziehung aller relevanten Akteure in allen Phasen des Arbeitsprozesses.
- Integration: Durch zielgruppenübergreifendes Handeln wird sichergestellt, dass niemand sozial, kulturell oder materiell ausgeschlossen wird.
- Ressortübergreifend: Sozialraumarbeit handelt und vermittelt zwischen Ressorts und Zuständigkeiten.
- Steuerung über Orte/Territorien: Das Zusammenwirken der lokalen institutionellen Netzwerke funktioniert über den gemeinsamen Ort des Handelns.

### **Übersicht über den Aufbau des Berichtsteils**

Im Folgenden werden zunächst die Programme zur Förderung der integrierten Stadtentwicklung (Kapitel 5) und die Schnittstellenprogramme (Kapitel 6) behandelt. Das daran anschließende Kapitel 7 befasst sich mit Ansätzen des grundlegenden sozialraumorientierten Verwaltungsumbaus.



Die weiteren Kapitel analysieren die Projektansätze in den einzelnen Handlungsfeldern: Familie und frühkindliche Bildung (Kapitel 8), Schule und Bildung (Kapitel 9), Freizeit, Kultur und Sport (Kapitel 10) sowie Gesundheit (Kapitel 11).

## **5. Förderung der integrierten Stadtentwicklung von benachteiligten Quartieren durch Bund und Länder (Soziale Stadt etc.)**

Sozialräumliche Ansätze gehören in den Wohlfahrtsstaaten Europas seit den 1990er Jahren zum festen Repertoire der Stadt- und Sozialpolitik. Von der EU propagiert und gefördert, wurden in Frankreich, England, in den Niederlanden und in den skandinavischen Staaten nationale Programme gegen Exklusion aufgelegt, mit denen die Lebensbedingungen in depravierten Stadtquartieren verbessert werden sollten. In Deutschland entwickelten sich die ersten Initiativen zur Verbesserung der Situation in problembehafteten städtischen Gebieten auf Länderebene. Den Anfang machten die Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg mit den Programmen "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf" und "Zusätzliche Maßnahmen gegen Armut als Bestandteil sozialer Stadtentwicklung" in den Jahren 1993 und 1994. Aufbauend auf den Erfahrungen der Bundesländer und anderer europäischer Länder wurde im Jahre 1999 das Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf - die Soziale Stadt" (kurz: Programm Soziale Stadt) ins Leben gerufen, das sich als Investitions- und Leitprogramm für Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf versteht. Übergreifendes Ziel des Programms Soziale Stadt ist es, die Ressourcen und Potenziale zugunsten von benachteiligten Quartieren zu bündeln und mit Hilfe von gebietsbezogenen partizipativen Ansätzen zur Stabilisierung und Aufwertung dieser Gebiete beizutragen. Ergänzend zu dem Bund-Länder-Programm wurden in den letzten Jahren auch von anderen Fachressorts des Bundes und der Länder Initiativen und Programme konzipiert, die ebenfalls auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in benachteiligten städtischen Quartieren abzielen, und die auf Quartiersebene mit dem Programm Soziale Stadt zusammengeführt werden können.

### **5.1 Ausrichtung des Programms Soziale Stadt**

Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt wurde im Jahr 1999 im Rahmen der Städtebauförderung des Bundes ins Leben gerufen. Es stellte eine Reaktion auf die zunehmende Herausbildung und Verfestigung von Stadtquartieren dar, die von komplexen städtebaulichen, sozialen und ökonomischen Problemlagen gekennzeichnet waren, und die aufgrund anhaltender Abwärtsentwicklungen Gefahr liefen, zu dauerhaften Orten der Ausgrenzung zu werden. Hier wollten Bund und Länder ansetzen, indem benachteiligte Quartiere gezielt gefördert und städtebauliche Maßnahmen mit sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Ansätzen verknüpft werden sollten. Dabei wurde das Programm Soziale Stadt als Leitprogramm konzipiert, das dazu führen soll, dass die Fachprogramme der verschiedenen Förderressorts verstärkt ihre Mittel in benachteiligte Stadtteile lenken ("Mittelbündelung"). Dies betrifft insbesondere die Ressorts Bildung, Familie, Soziales und Gesundheit sowie Wirtschaft und Arbeit. In den benachteiligten Quartieren sollen die Mit-

tel aus den verschiedenen Förderprogrammen schließlich zu einem neuen integrierten Handlungsansatz verknüpft werden, der investive mit nicht-investiven Maßnahmen kombiniert (vgl. VV Städtebauförderung 1999).

Weitere zentrale Merkmale des Programms sind:

- Das Programm zeichnet sich durch einen **Gebietsbezug** aus. In den Städten und Gemeinden werden die Fördergebiete in der Regel auf Grundlage von zentralen gebietsbezogenen Indikatoren, wie einer überdurchschnittlichen Arbeitslosenquote der Bevölkerung oder einer schlechten Bausubstanz, ausgewählt. Ein übergreifendes analytisches Instrumentarium zur Auswahl der Gebiete liegt allerdings nicht vor. Insgesamt richtet sich die Förderung vor allem an zwei Gebietstypen: Zum einen an innerstädtische oder innerstadtnahe (oft gründerzeitliche) Quartiere in benachteiligten Regionen mit nicht modernisierter Bausubstanz und deutlich unterdurchschnittlicher Umweltqualität; zum anderen an große Wohnsiedlungen aus der Nachkriegszeit und Wohnsiedlungen von Streitkräften mit wenig individueller Architektur, fehlender Nutzungsmischung und unzureichender sozialer Infrastruktur (Bauministerkonferenz 2005: 3).
- Ein weiteres zentrales Merkmal des Programms stellt der **integrierte Ansatz** dar, der zum einen ein übergreifendes Vorgehen von Bund, Ländern, Kommunen und Gemeinden beinhaltet und zum anderen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden und Ämter umfasst. Für die Umsetzung des Programms in den benachteiligten Quartieren ist die Erstellung von integrierten Handlungskonzepten vorgesehen, die gemeinsam mit lokalen Akteuren unter Beteiligung der Bewohner entwickelt werden sollen und die die Grundlage für die Förderung der Einzelprojekte bilden. Bei der Erstellung der Handlungskonzepte sollen die verschiedenen Politikbereiche Berücksichtigung finden: Schule und Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung, Soziale Infrastruktur, Gesundheitsförderung, Sport und Freizeit etc. Je nach Problemlage im Gebiet können dabei unterschiedliche Themenschwerpunkte gesetzt werden.
- Zur Koordinierung und Umsetzung des Programms werden in den Programmkommunen und Quartieren verschiedene **Steuerungs- und Koordinierungsgremien** wie z. B. lokale Steuerungsgruppen, Bürgerforen oder thematische Arbeitsgruppen eingerichtet, die eine Einbindung aller relevanten Fachressorts, der örtlichen Akteure und der lokalen Wirtschaft sowie der Bewohner sicherstellen sollen. Ein von den Kommunen einzurichtendes **Stadtteil- oder Quartiersmanagement** soll dabei die Koordinierung in den Gebieten übernehmen.
- Das Programm Soziale Stadt zielt insgesamt auf eine **Aktivierung und Beteiligung lokaler Akteure und der Bewohner** in den Quartieren ab. Hierzu soll eine umfassende

Mitwirkung der lokalen Akteure und Bewohner an der Planung und Umsetzung des Programms sichergestellt werden. Darüber hinaus sollen in den Gebieten Beteiligungsstrukturen geschaffen werden, die auch nach dem Ausklang der Förderung bestehen bleiben.

An der Darstellung wird deutlich, dass das Programm insgesamt auf zwei Dimensionen abzielt, die nach Alisch als gebietsbezogene und strukturbezogene Ziele benannt werden können (Alisch 2005: 129):

- Mit den **gebietsbezogenen Zielen** wird eine konkrete Verbesserung der Lebensbedingungen für die dort lebenden Menschen angestrebt.
- Die **strukturbezogenen Ziele** des Programms zielen auf eine Modernisierung des Verwaltungshandelns ab, indem auf den verschiedenen politischen Ebenen neue Formen der Zusammenarbeit ("good governance") erprobt werden.

In Bezug auf die Fördergegenstände ist zu berücksichtigen, dass es sich bei dem Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt trotz des integrierten Ansatzes und den damit einhergehenden erweiterten Zielsetzungen um ein in erster Linie investives Förderprogramm handelt, bei dem Baumaßnahmen im Vordergrund stehen. Dies entspricht den verfassungsrechtlichen Vorgaben, wonach der Bund den Ländern Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen auf Landes- und Gemeindeebene gewähren kann (Artikel 104b Grundgesetz). Diese sind befristet zu gewähren und degressiv zu gestalten. Demzufolge heißt es in der Verwaltungsvereinbarung zur Städtebauförderung des Bundes aus dem Jahr 2010: "Die Finanzhilfen des Bundes zur Förderung von Maßnahmen der Sozialen Stadt werden für Investitionen in städtebauliche Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von Gebieten eingesetzt, die auf Grund der Zusammensetzung und wirtschaftlichen Situation der darin lebenden und arbeitenden Menschen erheblich benachteiligt sind (vgl. § 171 e BauGB)" (VV Städtebauförderung 2010).<sup>25</sup>

Doch auch wenn der Förderschwerpunkt bei investiven städtebaulichen Maßnahmen liegt, waren in dem Programmansatz von Beginn an auch nicht-investive Förderinhalte enthalten. So stellen beispielsweise die Einrichtung von Stadtteilmanagements sowie die Bereitstellung von Verfügungsfonds für bewohnergetragene Projekte zentrale Bestandteile des Programms dar. Darüber hinaus besteht für die Länder seit dem Jahr 2006 die Möglichkeit, im Rahmen des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt Modellvorhaben zu fördern, die sich auch auf nicht-investive Zwecke, wie z. B. Spracherwerb, Verbesserung von

---

<sup>25</sup> <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/index.phtml>

Schul- und Bildungsabschlüssen, Betreuung von Jugendlichen in der Freizeit oder im Bereich der lokalen Ökonomie z. B. auf die Ermöglichung von Existenzgründungen in den Gebieten erstrecken können. Mit den Modellvorhaben wurden auf die in Erfahrungsberichten und Evaluationsstudien beklagten Probleme bei der Finanzierung wichtiger nicht-investiver Projekte in den Gebieten reagiert. Im Jahr 2010 stellte der Bund hierfür bis zu 44,91 Mio. Euro der 94,93 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung (ebenda).

## **5.2 Partnerprogramme und weitere Programme der integrierten Stadtteilentwicklung**

Um die Förderung weiterer nicht-investiver Maßnahmen in benachteiligten Quartieren zu gewährleisten und den integrierten Förderansatz sicherzustellen, soll im Rahmen der Programmumsetzung darüber hinaus eine Kooperation und Mittelbündelung mit anderen Fachressorts erfolgen. Auf Bundesebene führte die Abstimmung mit anderen Ministerien zur Auflegung verschiedener **Partnerprogramme**, die das Programm Soziale Stadt in bestimmten Themenfeldern ergänz(t)en (siehe Tabelle 5.1). So führte bereits zu Beginn der Förderung eine Abstimmung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen (BMVWB) mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) dazu, dass 1999/2000 eine Programmplattform **"Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" (E&C)** geschaffen wurde, die sich neben 13 Landkreisen gezielt an die Fördergebiete des Programms Soziale Stadt richtete. Das Programm, das im Jahr 2006 endete, zielte darauf ab, jungen Menschen in benachteiligten Quartieren bessere Lebenschancen zu eröffnen. Dabei wurden durch das Programm keine zusätzlichen Fördermittel für die Gebiete bereitgestellt, sondern es sollten Mittel verschiedener Förderprogramme sowie der Kinder- und Jugendhilfeplanung für die Programmgebiete mobilisiert und bestehende Aktivitäten der Kinder- und Jugendhilfe durch Qualifizierung verbessert und weiterentwickelt werden. Darüber hinaus sollten die Schwierigkeiten der jungen Menschen in sozialen Brennpunkten stärker in den Fokus der Kinder- und Jugendhilfe rücken und neue Maßnahmen zur Integration junger Menschen entwickelt und erprobt werden (Brocke 2007: 412). Zur Umsetzung des Programms wurde eine Regiestelle eingerichtet, die die verschiedenen Akteure vernetzen und Förderprogramme bündeln sollte.

Im Ergebnis der Programmumsetzung zeigte sich, dass durch das Programm E&C ressort- und ämterübergreifende Kooperationen insbesondere zwischen Jugendhilfe und Quartiersmanagement angestoßen werden konnten (ebenda: 416). Darüber hinaus trug das Programm dazu bei, verschiedene Programmschwerpunkte und Teilprogramme des BMFSFJ (wie z. B. Freiwilliges Soziales Trainingsjahr, KuQ - Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten oder Kompetenzagenturen) sowie private

Initiativen (wie z. B. die Bildungsinitiative Schlaumäuse von Microsoft Deutschland und Partnern) für die Förderung in benachteiligten Quartieren nutzbar zu machen (ebenda; IfS 2004: 48). Im Rahmen der begleitenden Evaluierung wurden aber zum Teil sehr große Unterschieden zwischen den Kommunen festgestellt. Während es in einigen Kommunen z. B. sehr gut gelang, bewährte Förderansätze nach dem Auslaufen von Teilprogrammen auf andere Finanzierungsgrundlagen zu stellen, liefen diese in anderen Kommunen ohne weitergehende Bemühungen um eine Weiterfinanzierung aus (DJI 2007: 212). Die Wirksamkeit von E&C habe sich daher insbesondere in den Kommunen bemerkbar gemacht, in denen bereits ein explizites kommunales Interesse für benachteiligte städtische Gebiete vorhanden war und in denen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit mit den Jugendämtern erfolgte (ebenda).

Als ein weiteres Partnerprogramm des BMFSFJ wurde im Jahr 2003 das Programm **"Lokales Kapital für Soziale Zwecke" (LOS)** ins Leben gerufen. Das Programm LOS, das über den Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert wurde, beinhaltete ebenfalls eine enge Anbindung an die Gebietskulisse der Sozialen Stadt und sah eine Förderung von Mikroprojekten von bis zu 10.000 Euro zur Aktivierung sozialer und beschäftigungswirksamer Potenziale vor Ort vor (Brocke 2007). Voraussetzung für die Förderung waren die Einrichtung einer lokalen Koordinierungsstelle und eines Begleitausschusses zur Einbindung lokaler Akteure und Bewohner sowie die Entwicklung eines lokalen Aktionsplanes für das jeweilige Fördergebiet. Mit dem Programm sollten vor allem lokale Akteure und Bewohner aktiviert werden, die durch die Regelförderung des ESF nicht erreicht werden. Bis zum Auslaufen des Programms im Jahr 2008 wurden hierfür insgesamt 111,8 Mio. Euro bereitgestellt. Das Programm wurde in über 280 Fördergebieten umgesetzt, darunter 279 Fördergebieten der Sozialen Stadt. Mit über 15.000 Mikroprojekten wurden über 440.000 Teilnehmer erreicht, darunter knapp 247.000 Jugendliche (Regiestelle LOS 2009). Im Ergebnis der begleitenden Evaluierung zeigte sich, dass durch das Programm viele unerfahrene Träger und kleine Initiativen mobilisiert und neue ehrenamtliche Akteure aktiviert werden konnten (DJI 2007; Brocke 2007).

Seit 2008 wird der Ansatz von LOS im Nachfolgeprogramm **"Stärken vor Ort"** weitergeführt. Das Programm des BMFSFJ, das ebenfalls über den ESF finanziert wird, fördert Mikroprojekte zur Verbesserung der sozialen, schulischen und beruflichen Integration von jungen Menschen mit schlechteren Startchancen und von Frauen mit Problemen beim (Wieder-)Einstieg ins Erwerbsleben. Dabei wurde die enge Anbindung an die Förderkulisse des Programms Soziale Stadt teilweise aufgegeben, indem Kommunen in strukturschwachen Gebieten oder auch Stadtteile außerhalb der Fördergebietskulisse Soziale Stadt oder ganze Landkreise gefördert werden können. Darüber hinaus bleiben die Förderstrukturen aber die gleichen. Derzeit wird das Programm an 280 Standorten in 158

Städten und 45 Gemeinden umgesetzt. Für den Zeitraum von 2009 bis 2011 wurden hierfür fast 99 Mio. Euro bereitgestellt.<sup>26</sup>

Ein weiteres Partnerprogramm entstand im Jahr 2006 in Kooperation zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). So wurde im Rahmen des Europäischen Sozialfonds das Sonderprogramm **"Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort"** aufgelegt, das in den Programmgebieten der Sozialen Stadt eine ergänzende Förderung arbeitsmarktbezogener Maßnahmen vorsah. Die geförderten Maßnahmen sollten einen Bezug zum jeweiligen integrierten Handlungskonzept und den investiven Maßnahmen im Programmgebiet aufweisen (Maretzke/Zarth 2007: 405). Ziel war es, mit den ergänzenden Maßnahmen die lokale Ökonomie zu stärken, Arbeitslose und Jugendliche (mit Migrationshintergrund) in Arbeit und Bildung zu integrieren sowie das Gemeinwesen und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken (ebenda). Zwischen 2006 und 2008 wurden insgesamt 48 Projekte in 58 Programmgebieten durchgeführt, deren Gesamtausgaben 13,2 Mio. Euro betrugen (BBSR 2009: 3). Im Rahmen der Projekte konnten unter Beteiligung der lokalen Akteure und der Bewohner sozialraumbezogene Förderansätze erprobt werden, die sich am Bedarf und an den Potenzialen der Bewohner orientieren. Insgesamt wurden über 11.000 Personen erreicht, von denen rund 11% in eine Beschäftigung (545), in eine Ausbildung (288) oder in weitere berufsvorbereitende Maßnahmen (368) vermittelt werden konnten (ebenda: 4).

Mit dem Nachfolgeprogramm **"Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ)** wurde dieser Förderansatz im Jahr 2008 noch einmal deutlich ausgeweitet. Bis 2015 stehen insgesamt 184 Mio. Euro (davon 124 Mio. Euro ESF-Mittel) für arbeitsmarktbezogene Maßnahmen im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung zur Verfügung.<sup>27</sup> Mittlerweile befinden sich rund 140 Projekte in Umsetzung. Die sozial-integrativen Projekte sollen längerfristig angelegt sein und die folgenden Ziele verfolgen: 1) Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt, 2) Integration von Jugendlichen in Ausbildung und Arbeit, 3) Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf, 4) Stärkung der lokalen Ökonomie - auch mit Blick auf die Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen (BMVBS 2008).

---

<sup>26</sup> <http://www.staerken-vor-ort.de/>

<sup>27</sup> <http://www.biwaq.de/>

Tabelle 5.1

Übersicht über integrierte Stadtteilentwicklungsprogramme, die zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in benachteiligten städtischen Gebieten dienen						
Name des Finanzierungsinstruments/ Programms	Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt	Gemeinschafts- initiativen URBAN I und URBAN II (ausgelaufen)	Städtische Dimension in der EFRE-Förderung (Länderprogramme zur nachhaltigen/ integrierten Stadtentwicklung)	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)	Stärken vor Ort (ehemals Lokales Kapital für soziale Zwecke)	Entwicklung und Chancen junger Menschen (E&C) (ausgelaufen)
<b>Fördergegenstand</b>	Förderung von städte- baulichen Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung von Gebieten und von Modellvorhaben in den Bereichen Bildung, Integration und Beschäf- tigung	Förderung von investiven und nicht-investiven Maßnahmen in den Be- reichen Städtebau, So- ziale Kohäsion, Umwelt, lokale Ökonomie etc.	breites Förderspektrum (konkrete Fördergegens- tände werden von Län- dern bestimmt)	Förderung von neuen Bildungs- und Beschäfti- gungsinitiativen und Maßnahmen zur Stär- kung der lokalen Ökono- mie	Förderung von Mikropro- jekten zur Aktivierung von Personen, zur Schaffung von lokalen Netzwerken und zur sozialen, schuli- schen und beruflichen Integration	keine eigene Förderung, Bündelung von Mitteln und Aktivitäten
<b>Verantwortliche/ durchführende Stelle</b>	BMVBS, Länder und Gemeinden	GD Regio, Bundesländer und URBAN-Städte	Bundesländer	BMVBS, BBR und BVA	GD Beschäftigung, BMFSJ, Regiestelle LOS	BMFSFJ, Regiestelle (SPI)
<b>Förderlaufzeit</b>	seit 1999	1994-1999 und 2000-2006	2007-2013 (2000-2006)	2008-2015	2009-2011 (LOS: 2003-2008)	2000-2006
<b>Förderbudget</b>	1999-2010: insgesamt über 2,9 Mio. € (985 Mio. € Bundesmittel), 2010: 95 Mio. € Bundesmittel	URBAN I: 110 Mio. € EFRE-Mittel für deutsche Städte URBAN II: 149,7 Mio. € EFRE-Mittel für deutsche Städte	2007-2013 ca. 1,1 Mio. € EFRE-Mittel in Deutsch- land für nachhaltige Stadtentwicklung	insgesamt rund 184 Mio. €, davon 124 Mio. € ESF- Mittel	rund 99 Mio. € ESF-Mittel auf Bundesebene (LOS: 111 Mio. € ESF- Mittel)	keine eigenen Mittel zur Förderung in den Gebie- ten
<b>Wie ist das Instrument verankert?</b>	Bund-Länder- Städtebauförderung nach Artikel 104 b (GG)	Gemeinschaftsinitiativen der EU (Strukturfonds)	Operationelle Programme der Länder für den EFRE	ESF-Bundesprogramm	Teil von JUGEND STÄRKEN im Rahmen des ESF-Bundespro- gramms	Bundesmodellprogramm
<b>Ziele</b>	Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen in den Quartieren	Entwicklung und Imple- mentierung von innova- tiven Strategien zur öko- nomischen und sozialen Stabilisierung und Auf- wertung von krisenbehaf- teten städtischen Gebie- ten	Verbesserung der wirt- schaftlichen, ökologi- schen und sozialen Situa- tion in städtischen Gebie- ten	Verbesserung der Quali- fikation, der sozialen Situation und beruflichen Perspektiven der Bewoh- ner in den Programmge- bieten der Sozialen Stadt	Verbesserung der Be- schäftigungsfähigkeit; Aktivierung, zivilgesell- schaftliche Beteiligung und Vernetzung der loka- len Akteure	Bündelung von Mitteln und Aktivitäten zur Ver- besserung der Lebens- bedingungen und Chan- cen von Kindern



Übersicht über integrierte Stadtteilentwicklungsprogramme, die zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in benachteiligten städtischen Gebieten dienen						
Name des Finanzierungsinstruments/ Programms	Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt	Gemeinschafts- initiativen URBAN I und URBAN II (ausgelaufen)	Städtische Dimension in der EFRE-Förderung (Länderprogramme zur nachhaltigen/ integrierten Stadtentwicklung)	Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)	Stärken vor Ort (ehemals Lokales Kapital für soziale Zwecke)	Entwicklung und Chancen junger Menschen (E&C) (ausgelaufen)
<b>Zielgruppe</b>	Bevölkerung in problem- behafteten Gebieten	Bevölkerung in problem- behafteten städtischen Gebieten/Klein- und Mit- telstädten	Bevölkerung in städti- schen Gebieten	Schüler, Jugendliche, (Langzeit-) Arbeitslose, Gründer und lokale Un- ternehmen	junge Menschen und Frauen mit Problemen beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt	Kinder und Jugendliche in sozialen Brennpunkten
<b>Räumlicher Geltungs- bereich</b>	Gebiete, die auf Grund der Zusammensetzung und Situation der darin lebenden und arbeiten- den Menschen erheblich benachteiligt sind	besonders problembehaf- tete städtische Gebiete	abhängig vom jeweiligen Bundesland	Programmgebiete Sozia- le Stadt (Projekte müssen an das integrierte Ent- wicklungskonzept an- knüpfen oder im Zusam- menhang mit Investitio- nen der Städtebauförde- rung stehen)	Soziale Stadt-Gebiete sowie weitere Stadtteile, die von besonderen Problemlagen betroffen sind; strukturschwache Landkreise, insbesondere in den neuen Bundeslän- dern	Soziale Stadt-Gebiete, strukturschwache ländli- che Regionen

Neben diesen Partnerprogrammen auf Bundesebene haben einzelne Bundesländer ergänzende Förderprogramme entwickelt. Als Beispiel ist hier das Bremer Programm "Wohnen in Nachbarschaften" (WiN) zu nennen, das gemeinsam vom Senator für Bau und Umwelt und vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales aufgelegt wurde. Darüber hinaus setzen mehrere Bundesländer im Rahmen der städtischen Dimension des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (Art. 8 der EFRE-Verordnung) Länderprogramme um, die die Förderung des Bund-Länder-Programms ergänzen, und zum Teil in Kooperation verschiedener Fachressorts konzipiert und umgesetzt werden.

### 5.3 Stand der Umsetzung des Programms Soziale Stadt

Mittlerweile ist das Programm Soziale Stadt zu einem festen Bestandteil der Städtebauförderung geworden. Bis Ende 2009 wurden im Rahmen des Bund-Länder-Programms insgesamt 571 Gebiete in 355 Städten und Gemeinden gefördert. Für die Förderung hat der Bund jährlich bis zu 110 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Da sich Bund, Länder und Kommunen zu je einem Drittel an der Förderung beteiligen, betrug die Gesamtförderungssumme des Programms im Jahr 2006 somit mindestens 330 Mio. Euro.

Tabelle 5.2

<b>Bundesmittel zum Programm Soziale Stadt in den Jahren 1999-2010 (VV Städtebauförderung 1999-2010)</b>		
<b>Jahr</b>	<b>Bundesmittel (in Mio. Euro)</b>	<b>davon für Modellvorhaben (in Mio. Euro)</b>
1999	51,129	-
2000	51,129	-
2001	76,694	-
2002	76,694	-
2003	80,000	-
2004	72,447	-
2005	71,418	-
2006	110,400	40,000
2007	105,000	35,000
2008	90,000	20,000
2009	104,790	27,445
2010	94,934	44,910
<b>Gesamt</b>	<b>984,635</b>	<b>167,355</b>
Quelle: <a href="http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/">http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/</a>		

In den **Ländern** hängt die Ausgestaltung der Steuerungs- und Umsetzungsstrukturen von den jeweiligen landesspezifischen Erfahrungen mit ähnlichen strategischen Förderansätzen und den jeweiligen landespolitischen Schwerpunkten ab. Zu Beginn der Förderung

des Programms Soziale Stadt wurden in vielen Ländern Interministerielle Arbeitsgruppen eingesetzt (IfS 2005: 54). Allerdings konnten diese den Ergebnissen der Zwischenevaluierung zufolge nur in einem Teil der Länder zu dauerhaften regelmäßig tagenden Gremien verankert werden, und auch in diesen Ländern beschränkte sich die Zusammenarbeit zum Zeitpunkt der Zwischenevaluierung überwiegend auf das operative Geschäft (ebenda). Derzeit wird in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg der Versuch unternommen, neue Strukturen zur ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu etablieren (siehe die Ausführungen zu Hamburg in Kapitel 7).

Für die **Umsetzung des Programms in den Kommunen** existiert kein übergreifendes Monitoringsystem, aus dem zu entnehmen wäre, für welche Handlungsfelder und Zwecke die Mittel der sozialen Stadt in den Gebieten eingesetzt werden. Die Bundestransferstelle Soziale Stadt hat aber drei bundesweite Befragungen der kommunalen Ansprechpartner für die Programmgebiete der Sozialen Stadt durchgeführt, die erste Hinweise zu den konkreten Förderaktivitäten liefern. Mittlerweile wurde in fast allen Programmgebieten ein Quartiersmanagement mit Stadtteilbüro eingerichtet. Zum Zeitpunkt der dritten bundesweiten Befragung war dies in 94,8% der Programmgebiete der Fall (Difu 2006a: 81). Als Zuständigkeiten des Vor-Ort-Büros wurden insbesondere die Aktivierung und Beteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Koordinationsaufgaben im Stadtteil, Projektentwicklung, Berichtswesen und die Entwicklung des Integrierten Handlungskonzeptes angegeben. Die Projektauswahl für die Mittelvergabe sowie die Mittelkoordination wird eher anderen Organisationseinheiten zugeschrieben (ebenda: 82).

Wie an Tabelle 5.3 zu erkennen ist, findet sich in den Förderaktivitäten der Kommunen das breite Spektrum der möglichen Handlungsfelder wieder. Der integrierte Programmansatz wird somit von den lokalen Akteuren bereitwillig aufgegriffen. Dabei liegt der Schwerpunkt der Aktivitäten in den Handlungsfeldern "Wohnumfeld und öffentlicher Raum", "Image und Öffentlichkeitsarbeit" und "Soziale Aktivitäten/soziale Infrastruktur". Die Projekte in diesen Handlungsfeldern dürften größtenteils in den Bereich der baulich-investiven Maßnahmen fallen, die nach wie vor den Schwerpunkt der Programmförderung darstellen (Difu 2006a). An der Übersicht wird aber auch erkennbar, dass die Bedeutung der nicht-investiven Maßnahmen im Rahmen der Programmumsetzung zunimmt. So zeigt sich im Vergleich der bereits realisierten und der sich zum Zeitpunkt der Befragung in Durchführung befindlichen Projekte, dass insbesondere die Handlungsfelder "Bildung und Schule im Quartier" (+10%) und "Integration von Migranten" (+9%), die eher den nicht-investiven Handlungsfeldern zugeordnet werden, an Bedeutung gewonnen haben.

**Tabelle 5.3**

<b>Ergebnisse der dritten bundesweiten Befragung zu den Handlungsfeldern der Maßnahmen und Projekte in den Programmgebieten (Mehrfachnennungen)</b>		
Handlungsfelder	Anteil der Gebiete mit Projekten in Durchführung im jeweiligen Handlungsfeld in % (n=275)	Anteil der Gebiete mit realisierten Projekten im jeweiligen Handlungsfeld in % (n=275)
Wohnumfeld und öffentlicher Raum	69	61
Image und Öffentlichkeitsarbeit	65	56
Soziale Aktivitäten/soziale Infrastruktur	62	56
Schule und Bildung im Quartier	54	44
Beschäftigung, Qualifizierung und Ausbildung	54	53
Integration von Migranten	52	43
Nachbarschaftliches Zusammenleben	49	44
Stadtteilkultur	48	44
Sport und Freizeit	47	52
Wohnungsversorgung und -wirtschaft	43	42
Verkehr	40	34
Lokale Ökonomie	37	34
Befähigung, Artikulation, politische Partizipation	30	29
Sicherheit und Kriminalprävention	30	25
Monitoring	27	15
Förderung der Gleichstellung von Benachteiligten	26	22
Gesundheitsversorgung und -förderung	26	22
Prozess- und Ergebnisevaluation	24	23
Umweltschutz	14	15
Andere	4	3
Quelle: Difu 2006a: 104		

Der Bedeutungszuwachs nicht-investiver Handlungsansätze im Rahmen des Programms macht sich auch an einer verstärkten Einbindung der Verwaltungsbereiche Kinder- und Jugendhilfe sowie Schule und Bildung bei der Erarbeitung der Integrierten Handlungskonzepte bemerkbar. So erhöhte sich der Anteil der Gebiete, die eine Beteiligung dieser Fachressorts aufwiesen, zwischen den Jahren 2002 und 2005/6 im Fall der Kinder- und Jugendhilfe um 13,1% auf 85,8% und beim Ressort Schule und Bildung um 17,9% auf 62,8% (ebenda: 46). Als verwaltungsexterne Akteure waren Schulen 2005/6 in 75,6% und Kinderbetreuungseinrichtungen in 67,1% der Gebiete an der Erarbeitung der Integrierten Handlungskonzepte beteiligt (ebenda: 48).

Wie die Ergebnisse der bundesweiten Befragung des Difu darüber hinaus zeigen, werden Kinder und Jugendliche in den Programmgebieten als die beiden wichtigsten Zielgruppen wahrgenommen. So stellen die zielgruppenorientierte Verbesserung des Angebots an Einrichtungen für Jugendliche in 93,9% und für Kinder in 85,6% der Fördergebiete längerfristige Entwicklungsziele dar und es werden in 82% der Gebiete Mitmachprojekte für Kin-

der angeboten (ebenda: 31, 89). Die Erreichbarkeit von Kindern und Jugendlichen wird in den meisten Fällen auch als gut oder sehr gut bewertet (ebenda: 96). Die Einbindung von Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen dürfte hierbei eine wichtige Rolle spielen.

Das Difu hat darüber hinaus eine Querauswertung von Programmunterlagen zur Umsetzung von Modellvorhaben in den Förderjahren 2006/2007 vorgenommen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 388 Modellvorhaben in 228 Programmgebieten eingerichtet, bei denen größtenteils nicht-investive Projektziele verfolgt wurden. Inhaltliche Schwerpunkte stellten die Handlungsfelder "Integration von Migranten" und "Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur" mit jeweils rund 70% der Vorhaben dar (Mehrfachnennungen waren möglich) (Difu 2009: 7). Neben den Migranten gehörten dabei die Jugendlichen zu den besonderen Zielgruppen, diese wurden in 70% der Vorhaben als Zielgruppe aufgeführt (ebenda: 8).

#### **5.4 Bewertung des Programms Soziale Stadt**

Die Einführung des Programms Soziale Stadt stellte 1999 einen Paradigmenwechsel in der Städtebauförderung dar, indem ressortübergreifende und partizipative Handlungsansätze in den Fokus rückten, die über die traditionell investiven auf bauliche Verbesserungen zielenden Maßnahmen hinausgingen (vgl. Götdecke-Stellmann/Kocks 2007; Walther/Günther 2007). Mittlerweile gehört das Programm zum festen Repertoire der Städtebauförderung des Bundes. Wie die Debatte um den Bundeshaushalt 2011 zeigt, ist der integrierte Ansatz in der Städtebauförderung keineswegs unumstritten und derzeit möglicherweise in seinem Bestand gefährdet.

Aufgrund des komplexen Programmansatzes gibt es bisher nur wenig harte Ergebnisse zu den Wirkungen des Programms. Zwar konnten in vielen Programmgebieten positive Entwicklungen verzeichnet werden (z. B. Stabilisierungstendenzen bei der Bevölkerung, vgl. Götdecke-Stellmann/Kocks 2007: 399), da diese Entwicklungen aber auch von einer Reihe übergeordneter Faktoren wie der Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung abhängen, lassen sich die konkreten Programmeffekte anhand von gebietsbezogenen Daten nur begrenzt darstellen. Mittlerweile liegen auf Bundes- und auf Länderebene aber eine Reihe von Evaluationen und Studien vor, die darüber hinausgehende Befragungen und qualitative Analysen beinhalten (vgl. u. a. IfS 2004; Arbeitsgruppe Stadtforschung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg 2003; empirica ag 2003; IfS 2003; IfS/Universität Duisburg-Essen 2008, Difu 2008). Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse dargestellt.

## Bisherige Erfolge des Programms

- Mit dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt konnte die **politische Aufmerksamkeit für die Problemlagen der Bewohner in benachteiligten städtischen Quartieren erhöht** werden und weitergehende Aktivitäten und Initiativen angestoßen werden. Indem einige Fachressorts anderer Ministerien auf Bundes- und Länderebene ergänzende Partnerprogramme aufgelegt haben, konnte das Programm zu einem gewissen Maß durch Mittelbündelung als **Leitprogramm** fungieren.
- In vielen Programmgebieten konnte durch die Förderung eine **Verbesserung der Lebensverhältnisse** erzielt werden. So konnten die Fördergebiete insbesondere durch eine ein attraktiveres bauliches Wohnumfeld und ein verbessertes sozialkulturelles Infrastrukturangebot aufgewertet werden (Difu 2008: 74; IfS 2004: 145). Weitere Verbesserungen zeigten sich im Hinblick auf das Zusammenleben im Stadtteil und das Gebietsimage. Darüber hinaus konnten positive Effekte in Bezug auf die Öffnung der Schulen in den Stadtteil, den Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten und die Stärkung der Eigeninitiative von Bewohnern erzielt werden (ebenda).
- **Kinder und Jugendliche** haben von den Verbesserungen in den Gebieten **besonders profitiert**. Sowohl die investiven und nicht-investiven Mittel (Modellvorhaben) der Sozialen Stadt als auch die Mittel der Partnerprogramme wurden zu großen Teilen für auf Kinder und Jugendliche ausgerichtete Projekte verwandt.
- In den meisten Programmgebieten ist eine positive Aufbruchstimmung und **Verbesserungen in der Aktivierung und Beteiligung** der Bevölkerung erzielt worden (Difu 2008: 81; IfS 2004: 192). Dies zeigen auch Befragungen von Akteuren und Bewohnern.
- Auf kommunaler Ebene hat das Programm zu einer **Verstärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit** geführt. Diese wird von den Programmkommunen insgesamt positiv bewertet (Difu 2008: 79).
- Das **Quartiersmanagement** hat sich als ein **zentrales Element der Programmumsetzung** erwiesen. Als verwaltungsexterne Koordinierungsstelle kann es eine Brückenfunktion zwischen der Verwaltung, lokalen Akteuren und Bewohnern einnehmen und dadurch quartiersbezogene Beteiligungsstrukturen aufbauen oder unterstützen.
- Die **Zusammenarbeit mit lokalen Akteuren** wird von den Programmkommunen in der dritten bundesweiten Befragung des Difu ebenfalls **überwiegend positiv** bewertet (Difu 2008: 79).

- Die Handlungsfelder **"Schule und Bildung"** und **"Integration von Migranten"** haben in den letzten Jahren im Rahmen der Programmumsetzung immer mehr an Bedeutung gewonnen und spielen mittlerweile in vielen Programmgebieten eine wichtige Rolle (Difu 2008: 75, 77). Somit ist davon auszugehen, dass die **Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen** stärker in den Fokus der Aktivitäten rückt. Mit dazu beigetragen hat sicherlich die Aufnahme der Modellvorhaben in das Bund-Länder-Programm, da seitdem ergänzend zu den baulichen Maßnahmen nicht-investive Maßnahmen gefördert werden können, die zur Verbesserung von Schul- und Bildungsabschlüssen und zur Sprachförderung dienen.
- Im Handlungsfeld **"Lokale Ökonomie"** konnten zwar in den ersten Programmjahren nur wenige Fortschritte erzielt werden. Jedoch ist auszugehen, dass mit dem derzeit laufenden arbeitsmarktpolitischen Partnerprogramm BIWAQ die Aktivitäten in diesem Handlungsfeld zunehmen werden.

### **Bestehende Problemlagen und Herausforderungen**

- Wie die Zwischenevaluierung des IfS zeigte, konnten die Erwartungen an das Programm zur **ressortübergreifenden Mittelbündelung auf Länderebene** nicht erfüllt werden (IfS 2004: 55). Trotz der positiven Entwicklung, die in den langfristig angelegten Partnerprogrammen und in verbesserten Abstimmungen zwischen den Ressorts zu sehen sind, bestehen diese Probleme im Grundsatz auch heute noch fort (siehe auch Difu 2009: 7 f.; 13 ff.).
- Es besteht eine gewisse **Diskrepanz** zwischen dem "globalen" Ziel der Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen der Bewohner und den Handlungsmöglichkeiten auf Stadtteilebene (vgl. Walther/Güntner 2007). Zentrale Weichen zur Verbesserung der sozialen Integration in den Bereichen Bildung und Arbeit werden durch übergeordnete Politiken auf Bundes- und Länderebene gestellt. Somit ist eine Verbesserung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit auf Bundes- und Länderebene von großer Bedeutung.
- Eine weitere Herausforderung besteht in der **Aktivierung und Beteiligung besonderer Zielgruppen**. So ist aus verschiedenen Evaluierungen bekannt, dass schwer zu erreichende Zielgruppen, wie z. B. Migranten, alte Menschen oder sozial besonders benachteiligte Gruppen, bisher eher durch punktuelle und sehr niedrighschwellige Beteiligungsverfahren erreicht werden können (vgl. u. a. IfS 2004; Universität Oldenburg 2004). Zur besseren Einbindung der am stärksten benachteiligten Gruppen sind weitere Aktivierungs- und Beteiligungsverfahren zu erproben.

- Auch wenn es im Rahmen der Förderung der benachteiligten Gebiete zu einer besseren Kooperation der betroffenen kommunalen Verwaltungsbereiche gekommen ist, lassen sich erst wenige Kommunen finden, in denen ein Umbau der Verwaltungsstrukturen zur Verankerung des integrierten Ansatzes im gesamtstädtischen Handeln stattgefunden hat bzw. stattfindet (vgl. Kapitel 7).
- Nach über zehn Jahren Programmlaufzeit kommt dem Thema **Verstetigung der Quartiersverfahren** eine immer größere Bedeutung zu. Da das Programm Soziale Stadt ein zeitlich befristetes Programm darstellt, ist der Verstetigungsgedanke bereits in der Philosophie des Programms enthalten. Verstetigung meint zum einen, dass wichtige Projekte, Akteursstrukturen und Netzwerke in den Quartieren dauerhaft gesichert werden sollen und zum anderen, dass eine dauerhafte Verankerung des integrierten Vorgehens auf Verwaltungsebene stattfindet (Difu 2008: 83). Trotz dieser von Beginn an mitgedachten Programmphilosophie stellt die Gestaltung des Verstetigungsprozesses in den Ländern und Kommunen derzeit noch ein ungelöstes Problem dar und befindet sich meist noch in der Erprobung (Difu 2006c; IfS/Universität Duisburg-Essen 2006). Aufgrund der Komplexität und Vielschichtigkeit der Problemlagen, durch die sich die Programmgebiete in der Regel auszeichnen, stellt sich die Frage, inwiefern es überhaupt als realistisch angesehen werden kann, in diesen Gebieten mit einem zeitlich begrenzten Förderprogramm selbsttragende Strukturen zu schaffen, die auch nach dem Auslaufen der Förderung ohne weitere Unterstützung bestehen bleiben.

## 5.5 Fazit

Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt konnte gemeinsam mit weiteren integrierten Förderansätzen und mit den Partnerprogrammen in vielen benachteiligten Gebieten zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen beitragen. Darüber hinaus kam von Anfang an der Aktivierung der Bewohner und lokaler Akteure sowie der Schaffung von Vernetzungs- und Beteiligungsstrukturen eine große Bedeutung zu. Hierdurch konnte das Zusammenleben und die Lebensqualität in vielen benachteiligten Quartieren verbessert und eine Aufbruchstimmung erzeugt werden. Zunehmend an Bedeutung gewonnen haben während der Programmlaufzeit Handlungsfelder und Projektansätze, die auf die Erhöhung der Chancen der Bewohnerinnen und Bewohner ausgerichtet sind. Besondere Bedeutung haben hierfür die Handlungsfelder Schule und frühkindliche Bildung. Kinder und Jugendliche haben insgesamt von den Programmen und Maßnahmen besonders profitiert.

Durch das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt konnten in vielen Kommunen ressortübergreifende Handlungsansätze etabliert werden. Allerdings wurden diese bisher nur in einzelnen Kommunen im gesamtstädtischen Verwaltungshandeln verankert. Auch auf



Bundes- und Länderebene bleibt die ressortübergreifende Zusammenarbeit hinter den Erwartungen, die mit der Einführung des Bund-Länder-Programms verbunden waren, zurück. Die Bündelung von Mitteln zugunsten der benachteiligten Stadtteile ist für die lokalen Akteure weiterhin sehr schwierig und aufwändig.

## **6. Darstellung und Bewertung von Schnittstellenprogrammen des Bundes**

Neben den explizit sozialräumlichen Programmen, die sich gezielt an benachteiligte städtische Gebiete richten, haben Bund und Länder eine Reihe von Förderprogrammen eingeführt, die auf der lokalen Ebene in benachteiligten städtischen Gebieten zum Teil ergänzend zu den aufgeführten Programmen wirken und daher ebenfalls in die Untersuchung einbezogen werden.

Hierbei sind insbesondere zwei Programmtypen zu unterscheiden:

- Förderprogramme einzelner Fachressorts, die zwar sozialräumlich ausgerichtet sind, sich aber nicht ausschließlich an benachteiligte Zielgruppen/Quartiere richten.
- Förderprogramme einzelner Fachressorts, die zwar nicht explizit sozialräumlich ausgerichtet sind, die aber auf eine Verbesserung der sozialen Inklusion von benachteiligten Kindern und Jugendlichen abzielen und - aufgrund der räumlichen Konzentration benachteiligter Kinder und Jugendlichen in bestimmten Gebieten - implizit sozialräumlich wirken.

Beide Programmtypen können auf lokaler Ebene z. T. ergänzend zum Programm Soziale Stadt genutzt werden, um sozialräumliche Ansätze und Strategien zur sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten städtischen Gebieten zu fördern. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens werden daher relevante Schnittstellen und Vernetzungen zu dem hier interessierenden Sachverhalt analysiert und bewertet. Hierzu werden im Folgenden einige zentrale Förderprogramme des Bundes dargestellt, die in diesem Zusammenhang als Schnittstellenprogramme wirken. Eine Übersicht zu den Programmen ist in Tabelle 6.1 und Tabelle 6.2 enthalten. In diesem Zusammenhang ist allerdings zu berücksichtigen, dass es bisher kaum Erkenntnisse zu Effekten der Programme in Bezug auf die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen in der Wohnumgebung gibt. So liegen zu einem Teil der Programme aufgrund der kurzen Laufzeit noch keine Evaluationsergebnisse vor und in den anderen Fällen stehen bei den Evaluierungen oftmals andere Fragestellungen im Vordergrund.

Tabelle 6.1

Übersicht über zentrale Schnittstellenprogramme des Bundes im Handlungsfeld Bildung									
Name des Programms	Schulverweigerung - Die 2. Chance	Kompetenzagenturen	Jugendmigrationsdienste	Aktiv in der Region	Zukunft Bildung und Betreuung (Ganztagsschulprogramm IZBB) (ausgelaufen)	Perspektive Berufsabschluss	Lernen vor Ort	JOBSTARTER - Für die Zukunft ausbilden	Berufseinstiegsbegleitung
<b>Fördergegenstand</b>	Förderung von 194 Koordinierungsstellen, aufsuchende Jugendsozialarbeit, Case Management	Förderung von 209 Kompetenzagenturen, die neue Wege und Methoden zur Integration besonders benachteiligter Jugendlicher erproben	Förderung von über 400 Jugendmigrationsdiensten (Beratung, individuelle Begleitung, Gruppenangebote, interkulturelle Öffnung von sozialen Diensten)	Förderung der Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe auf kommunaler Ebene	Auf- und Ausbau von Ganztagsschulen	2 Förderinitiativen: Regionales Übergangsmanagement und Abschlussorientierte Nachqualifizierung	Bildung von öffentlich-privaten Partnerschaften zur Entwicklung eines kommunalen Bildungsmanagements	Ausbildungsinitiativen ausgewählter Branchen, Kooperationen zwischen Schule und Wirtschaft, Schaffung von lokalen Netzwerken etc.	Förderung von Maßnahmen zur individuellen Begleitung und Unterstützung förderungsbedürftiger Jugendlicher durch Berufseinstiegsbegleiter
<b>Verantwortliche/durchführende Stelle</b>	BMFSFJ, ESF-Regiestelle	BMFSFJ, ESF-Regiestelle	BMFSFJ, ESF-Regiestelle	BMFSFJ, ESF-Regiestelle	BMBF, Länder	BMBF	BMBF, Stiftungsverbund	BMBF	BMAS
<b>Förderlaufzeit</b>	2008-2011	2008-2011	2008-2011	2010-2013	2003-2009	2008-2012	2009-2012	2008-2010	seit 2009
<b>Förderbudget</b>	84 Mio. €	59 Mio. €	40 Mio. €	17 Mio. Euro	4 Mrd. €	35 Mio. €	60 Mio. €	125 Mio. €	bis 2014 ca. 240 Mio. €
<b>Wie ist das Instrument verankert?</b>	Teil von JUGEND STÄRKEN im Rahmen des ESF-Bundesprogramms	Teil von JUGEND STÄRKEN im Rahmen des ESF-Bundesprogramms	Teil von JUGEND STÄRKEN im Rahmen des ESF-Bundesprogramms	Teil von JUGEND STÄRKEN im Rahmen des ESF-Bundesprogramms	Bundesprogramm	Teil der Qualifizierungsinitiative "Aufstieg durch Bildung"	Qualifizierungsinitiative "Aufstieg durch Bildung"/ ESF-Programm	ESF-Bundesprogramm	§ 421s SGB III
<b>Ziele</b>	Ziel ist es, die Jugendlichen in das Schulsystem zurückzuführen und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu verbessern.	Erprobung und Schaffung neuer Ansätze zur beruflichen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher	Verbesserung der Integrationschancen von jungen Migrantinnen und Migranten	Verzahnung der Akteure und Verbesserung des Angebots zur Gestaltung eines lückenlosen Fördersystems im Übergang Schule-Ausbildung	Verbesserung der Bildungsbedingungen, Verzahnung des Unterrichts mit außerschulischen Freizeit- und Bildungsangeboten	Steigerung der Effektivität und Qualität der Förderinstrumente des Übergangsengagements und zur Nachqualifizierung	Entwicklung eines lokalen Bildungsmanagements vor Ort, das erfolgreiche Bildungsbiografien für alle Bürger ermöglicht	Verbesserung des Übergangs in die duale Ausbildung	Eingliederung von Jugendlichen in die berufliche Ausbildung

Übersicht über zentrale Schnittstellenprogramme des Bundes im Handlungsfeld Bildung									
Name des Programms	Schulverweigerung - Die 2. Chance	Kompetenzagenturen	Jugendmigrationsdienste	Aktiv in der Region	Zukunft Bildung und Betreuung (Ganztagsschulprogramm IZBB) (ausgelaufen)	Perspektive Berufsabschluss	Lernen vor Ort	JOBSTARTER - Für die Zukunft ausbilden	Berufseinstiegsbegleitung
<b>Zielgruppe</b>	Schüler, die aktiv oder passiv die Schule verweigern	besonders benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene	Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund	benachteiligte, schwer erreichbare Jugendliche	Familien und Schüler	Jugendliche und junge Erwachsene, die aus eigener Kraft nicht den Weg von der Schule in eine Ausbildung schaffen	Kreise und kreisfreie Städte	Jugendliche und junge Erwachsene, Selbstständige mit Migrationshintergrund, Akteure vor Ort etc.	Jugendliche, die die aus eigener Kraft nicht den Schulabschluss und den Übergang in eine Ausbildung schaffen
<b>Räumlicher Geltungsbereich</b>	keine Einschränkung	keine Einschränkung	keine Einschränkung	Beschränkung auf 36 Modellstandorte von JUGEND STÄRKEN	keine Einschränkung	keine Einschränkung	keine Einschränkung	keine Einschränkung	Das Programm wird an 1.000 Haupt-Gesamt- und Förderschulen umgesetzt, die in Abstimmung mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit ausgewählt wurden.

Tabelle 6.2

Übersicht über zentrale Schnittstellenprogramme des Bundes in den Handlungsfeldern frühkindliche Bildung, Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport							
Name des Programms	XENOS ESF-Programm "Integration und Vielfalt" (ehemals "Leben und Arbeiten in Vielfalt")	Integration durch Sport	Programme der Kulturstiftung des Bundes	Nationaler Aktionsplan "In-Form - Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung"	Kooperationsverbund "Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten"	Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme	"Offensive Frühe Chancen"
<b>Fördergegenstand</b>	Förderung von Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie Aktivitäten zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	Förderung von Stützpunktvereinen, Integrationsmaßnahmen an der Basis, Starthelfern, Qualifizierungsmaßnahmen und Sportmobilen	Förderung kultureller Projekte verschiedener Sparten, ein Schwerpunkt liegt in der Selbstverwaltung über Kulturförderfonds (z. B. Fonds Soziokultur), u. a. Förderung musikpädagogischer Angebote für Grundschüler im Ruhrgebiet ("Jedem Kind ein Instrument - JeKi")	Förderung verschiedener Projekte zur 1) Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, 2) Bildung und Information über Ernährung, Bewegung und Gesundheit, 3) Bewegung im Alltag, 4) Qualitätsverbesserung bei der Verpflegung außer Haus, 5) Impulse für die Forschung	Förderung einer Geschäftsstelle und der Netzwerkarbeit mit den 53 bundesweiten Kooperationspartnern	Förderung, Begleitung und Evaluierung bundesweiter Modellvorhaben zur Verzahnung der Gesundheitshilfe mit der Kinder- und Jugendhilfe, Einrichtung eines Kompetenzzentrums zur Umsetzung von Programmen in Ländern und Kommunen	Bereitstellung von Zusatzressourcen zur frühkindlichen Sprachförderung für ca. 4000 Kitas mit erhöhtem Förderbedarf
<b>Verantwortliche/durchführende Stelle</b>	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	BMI, Deutscher Olympischer Sportbund, Landessportbünde	Kulturstiftung des Bundes	BMG/BMELV	BZgA	BMFSFJ	BMFSFJ
<b>Förderlaufzeit</b>	2008-2013 (2000-2007)	seit 1989	vom jeweiligen Programm/Fonds abhängig	2008-2020	seit 2001	seit 2006	2011-2014
<b>Förderbudget</b>	ca. 350 Mio. € (Leben und Arbeiten in Vielfalt: ca. 160 Mio. Euro)	ca. 5,4 Mio. € Bundesmittel jährlich	insgesamt 35 Mio. € (reine Bundesmittel) jährlich 2007-2010: 10 Mio. € für JeKi	2008-2010: 30 Mio. € (je 15 Mio. pro Ministerium)	ca. 300.000 €/Jahr	2006-2010: 10 Mio. Euro	400 Mio. €
<b>Wie ist das Instrument verankert?</b>	ESF-Bundesprogramm	Programm des DOSB	Stiftung des Bundes	Förderprogramm	Förderung durch BZgA, Regionale Knoten werden von Ländern und gesetzlichen Krankenkassen finanziert	Aktionsprogramm des Bundes	Initiative des Bundes/landesspezifische Umsetzung über Kooperationsvereinbarungen

Übersicht über zentrale Schnittstellenprogramme des Bundes in den Handlungsfeldern frühkindliche Bildung, Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport							
Name des Programms	XENOS ESF-Programm "Integration und Vielfalt" (ehemals "Leben und Arbeiten in Vielfalt")	Integration durch Sport	Programme der Kulturstiftung des Bundes	Nationaler Aktionsplan "In-Form - Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung"	Kooperationsverbund "Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten"	Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme	"Offensive Frühe Chancen"
<b>Ziele</b>	Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierung sowie Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen	Integration von Zuwanderern in den organisierten Sport	Förderung innovativer Kunst- und Kulturprojekte, Kulturbildung und -vernetzung, JeKi: Gewährleistung eines qualifizierten Musikunterrichts für alle Kinder an der Grundschule, kostenlose Leihgabe von Instrumenten	Erährungs- und Bewegungsverhalten nachhaltig verbessern, Zunahme von Übergewicht bei Kindern stoppen, Verbreitung von Übergewicht verringern	Erhöhung der Transparenz im vielschichtigen Handlungsfeld der Gesundheitsförderung für sozial benachteiligte Zielgruppen, Verbesserung der Qualität der Maßnahmen und der Zusammenarbeit der Akteure	Frühprävention durch den Aufbau sozialer Frühwarnsysteme und der Vernetzung früher Hilfen für gefährdete Kinder und deren Eltern, Verbesserung des Kinderschutzes, Erhöhung der elterlichen Erziehungskompetenz	Frühe Förderung der Sprachkompetenzen und der Integration von Kindern, Verbesserung des sprachbezogenen Förderangebotes an förderungsbedürftigen Kindertageseinrichtungen
<b>Zielgruppe</b>	Jugendliche und junge Erwachsene	Menschen mit Migrationshintergrund	Gesamtbevölkerung, z. T. Ausrichtung auf Grund- und Hauptschüler	Gesamtbevölkerung	53 Kooperationspartner, Fachleute und Praktiker, die sich mit der gesundheitlichen Chancengleichheit befassen	Kinder und Eltern besonders belasteter Familien	Kinder unter drei Jahren mit Sprachdefiziten bzw. aus sozial benachteiligten Stadtteilen
<b>Räumlicher Geltungsbereich</b>	keine Einschränkung, aber besonderer Fokus auf strukturschwache Gebiete	Insgesamt gibt es keine räumliche Einschränkung, aber es gibt eine Reihe von Aktivitäten, die gezielt in sozialen Brennpunkten stattfinden.	keine Einschränkung, aber es gibt einzelne Programm- oder Projektaktivitäten, die gezielt in sozialen Brennpunkten stattfinden	keine Einschränkung	keine Einschränkung, die strategische Vernetzung mit dem Bund-Länder-Programm "Soziale Stadt" ist aber ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt	keine Einschränkung	Die Förderung erhalten Kitas in benachteiligten Stadtquartieren bzw. mit hohem Anteil von förderungsbedürftigen Kindern in Folge eines landesspezifischen Bewerbungs- und Auswahlverfahrens.

Während bei den explizit auf sozial benachteiligte Stadtteile ausgerichteten Programmen in erster Linie das BMVBS und in einem etwas kleineren Rahmen das BMFSFJ als Förderstellen fungieren, wird an den Schnittstellenprogrammen erkennbar, dass fast alle Fachressorts Förderprogramme durchführen, die Berührungspunkte zur Förderung der sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen in der Wohnumgebung aufweisen. Die Schwerpunkte der aufgeführten Förderprogramme liegen vor allem in der Förderung von Ansätzen zur Verbesserung der Bildungschancen von besonders benachteiligten Jugendlichen und des Übergangs von der Schule in den Beruf, im Aufbau von Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Partnern/Institutionen, in der Vernetzung von familien- und gesundheitsbezogenen Hilfen im Stadtteil sowie in der interkulturellen und/oder sozialräumlichen Öffnung von Institutionen oder Sozialen Diensten.

## **6.1 Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Familie und frühkindliche Bildung**

Im Handlungsfeld Familie und frühkindliche Bildung weisen eine Reihe von Förderprogrammen und Initiativen Schnittstellen zur Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung auf. Da die Zuständigkeit für Bildungspolitik bei den Ländern liegt, sind in den letzten Jahren insbesondere auf Länderebene eine Reihe von Modellvorhaben und Förderprogrammen entstanden, die einen engen Bezug zur Thematik dieser Studie aufweisen. So bestehen zentrale Förderansätze der Länder in diesem Handlungsfeld beispielsweise darin, Kindertagesstätten sozialräumlich zu öffnen und zu Eltern-Kind- oder Familienzentren weiterzuentwickeln, frühkindliche Sprachförderung zu intensivieren und familienorientierte Hilfen im Stadtteil zu vernetzen. Auf einige dieser Modellvorhaben und Programmansätze wird in Kapitel 8 näher eingegangen.

Auf Bundesebene werden die Aktivitäten von Ländern und Kommunen durch weitere Förderansätze unterstützt, die im Folgenden in Bezug auf ihre Schnittstellen zur sozialen Inklusion in der Wohnumgebung dargestellt werden.

Im Jahr 2006 hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Aktionsprogramm **"Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme"** ins Leben gerufen, das darauf abzielt, die Risiken für Kinder möglichst frühzeitig zu erkennen und die Erziehungskompetenz ihrer Eltern zu verbessern.<sup>28</sup> Hierzu soll eine enge Vernetzung des Gesundheitssystems mit der Kinder- und Jugendhilfe, Schwangerschaftsberatungsstellen und anderen Beratungseinrichtungen, Institutionen zum Schutz

---

<sup>28</sup> <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=119200.html>

vor häuslicher Gewalt, Kindergärten und Schulen sowie Familiengerichten und Polizei sichergestellt werden. Für das Programm, das bis Ende 2010 umgesetzt wird, stellt der Bund insgesamt 11 Mio. Euro zur Verfügung. Das Aktionsprogramm setzt sich aus vier Bausteinen zusammen (BMFSFJ 2006):

1. Durchführung von Modellprojekten und Evaluationsstudien,
2. Einrichtung eines Nationalen Zentrums "Frühe Hilfen", das den Erfahrungstransfer zwischen den Modellprojekten und der Fachpraxis sicherstellt,
3. Weiterentwicklung des rechtlichen Rahmens,
4. Durchführung von begleitenden Maßnahmen zur Beförderung des Aktionsprogramms.

Das Programm soll auf bestehenden Ansätzen aufbauen und wird in enger Abstimmung mit den Ländern und Kommunen umgesetzt. Im Rahmen des ersten Bausteins werden insgesamt zehn Modellvorhaben gefördert und wissenschaftlich begleitet, die in allen 16 Bundesländern verortet sind. Zwar haben die Modellprojekte in erster Linie einen personenbezogenen Förderansatz und sind nicht explizit sozialräumlich ausgerichtet, allerdings findet ein Großteil der Aktivitäten in sozial benachteiligten Quartieren statt und weist viele Berührungspunkte zu den integrierten Förderansätzen zur sozialen Inklusion in der Wohnumgebung auf. Zentrale Förderinhalte der Modellvorhaben sind die Entwicklung und Erprobung interdisziplinärer Kooperationsformen und Vernetzungsstrukturen sowie aufsuchende und niedrigschwellige Beratung und Begleitung von Familien durch Familienhebammen (Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2010b). Diese Ansätze werden in Kapitel 8 ausführlicher dargestellt und bewertet.

Ein weiteres Förderprogramm des BMFSFJ, das große Schnittstellen zur Thematik dieser Studie aufweist, stellt die **"Offensive Frühe Chancen"** dar. Die Offensive zielt darauf ab, Kinder mit erhöhtem Förderbedarf in ihrer sprachlichen Entwicklung zu unterstützen.<sup>29</sup> Hierzu werden den Kindertagesstätten mit erhöhtem Förderbedarf zusätzliche Ressourcen zur frühkindlichen Sprachförderung bereitgestellt. Insgesamt stehen für die Jahre 2011 bis 2014 hierfür 400 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung. Über die Auswahl der förderfähigen Einrichtungen entscheiden die Länder. Die Entscheidung über die Förderfähigkeit einer Einrichtung kann entweder anhand von sozialräumlichen Kriterien oder auf Grundlage des Anteils von Kindern aus sozial schwachen Familien und/oder nicht deut-

---

<sup>29</sup> <http://www.fruehe-chancen.de/>



scher Herkunftssprache erfolgen. Somit wird die Förderung insbesondere Einrichtungen in benachteiligten Quartieren zugute kommen.

## 6.2 Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Schule und Bildung

Im Handlungsfeld Schule und Bildung existieren auf Bundes- und Länderebene eine Vielzahl an Förderaktivitäten, die zwar nicht explizit auf benachteiligte Quartiere ausgerichtet sind, die aber von einigen Ländern und/oder Kommunen gezielt dazu genutzt werden, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten städtischen Quartieren zu verbessern.

Ein zentrales Programm stellt in diesem Zusammenhang das Investitionsprogramm **"Zukunft Bildung und Betreuung"** (IZBB) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) dar, das von 2003 bis 2009 umgesetzt wurde und eine Ausweitung von Ganztagschulen vorsah.<sup>30</sup> Die Entscheidung, welche Schulen im Rahmen des Programms gefördert werden, oblag den Ländern. In einigen Ländern wurde das Programm gezielt genutzt, um das Bildungs- und Betreuungsangebot an Schulen in benachteiligten Quartieren zu verbessern. Nähere Ausführungen hierzu finden sich in Kapitel 9.

Darüber hinaus unterstützt das BMBF mit dem Programm **"Lernen vor Ort"** gemeinsam mit deutschen Stiftungen ausgewählte Kreise und kreisfreie Städte darin, ein kommunales Bildungsmanagement aufzubauen.<sup>31</sup> Ziel ist es, dass die Kommunen ein ganzheitliches Bildungskonzept entwickeln und umsetzen, das die verschiedenen Lernphasen der Bildungsbiographie berücksichtigt und Bildungsübergänge verbessert (BMBF 2008). Im Rahmen der Konzeptentwicklung sollen die Kommunen eine Bestandsaufnahme der Bildungsaktivitäten auf kommunaler Ebene vornehmen und die bildungsbezogenen Aktivitäten der verschiedenen Fachressorts unter Einbindung von zentralen Schlüsselakteuren zusammenführen und bündeln. Darüber hinaus werden die Einrichtung eines kommunalen Bildungsmonitorings und die Erprobung neuer Verfahren zur Verbesserung der Bildungsberatung und des Übergangsmanagements gefördert. Vom Bund und über den Europäischen Sozialfonds wurden hierfür insgesamt 60 Mio. Euro bereitgestellt. Das Programm startete im Herbst 2009 und wird mittlerweile in 40 Kommunen für jeweils drei Jahre mit Option auf zweijährige Verlängerung umgesetzt. Da das Programm erst seit einem Jahr umgesetzt wird, ist es noch zu früh, um etwas zu den Ergebnissen der Förderung zu sagen. Wie in Kapitel 9.4 näher ausgeführt wird, kann die Etablierung eines Bildungsma-

---

<sup>30</sup> <http://www.bmbf.de/de/1125.php>

<sup>31</sup> <http://www.lernen-vor-ort.info/index.php>

nagements von den Kommunen aber dazu genutzt werden, um auch quartiersbezogene Vernetzungen und Verbesserungen in benachteiligten Stadtteilen vorzunehmen.

Weitere Schnittstellenprogramme in diesem Handlungsfeld sind insbesondere in Bezug auf die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf zu finden. Das BMFSFJ bündelt verschiedene Programme für benachteiligte junge Menschen und Jugendliche in der Initiative **"JUGEND STÄRKEN"**. Ziel dieser Förderung ist es, die soziale, schulische und berufliche Integration besonders benachteiligter Jugendlicher zu erhöhen. Die Finanzierung erfolgt zum Teil aus Mitteln des ESF. Neben dem bereits vorgestellten Nachfolgeprogramm von LOS "Stärken vor Ort" beinhaltet die Initiative vier weitere Teilprogramme.<sup>32</sup>

- Das Programm **"Schulverweigerung - Die 2. Chance"** (2008-2011, 84 Mio. Euro) zielt darauf ab, Schüler, deren Hauptschulabschluss aufgrund Schulverweigerung gefährdet ist, in das Schulsystem zurückzuführen und ihre Chancen auf einen Schulabschluss zu erhöhen.
- Mit der Förderung von **"Kompetenzagenturen"** (2008-2011, 59 Mio. Euro) sollen neue Wege und Methoden zur beruflichen Integration besonders benachteiligter Jugendlicher erprobt werden.
- Im Rahmen des Teilprogramms **"Jugendmigrationsdienste"** (2008-2011, 40 Mio. Euro) werden individuelle Beratung und Begleitung, Gruppenangebote sowie die interkulturelle Öffnung von sozialen Diensten gefördert, um die Bildungs- und Erwerbschancen von jungen Migranten zu verbessern.
- Das neu hinzugekommene Teilprogramm **"Aktiv in der Region"** (2010-2013, 17 Mio. Euro) zielt auf eine stärkere Vernetzung der bestehenden Angebote und Akteure sowie eine Schließung der Förderlücken ab.

Insgesamt zielt die Initiative darauf ab, die Kompetenzen und Fähigkeiten von benachteiligten Jugendlichen und jungen Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken, Akteure der Jugend- und Bildungsarbeit sowie der Wirtschaft zu vernetzen und neue Ansätze zu erproben. Auch wenn das Förderprogramm nicht auf benachteiligte Quartiere begrenzt ist, dürfte das Programm insbesondere in diesen Quartieren zum Tragen kommen, da sich hier die Bildungs- und Integrationsprobleme räumlich konzentrieren. Hierzu liegen allerdings noch keine systematischen Untersuchungen vor.

---

<sup>32</sup> <http://www.jugend-staerken.de/>

Ähnlich verhält es sich den Förderprogrammen "**Perspektive Berufsabschluss**"<sup>33</sup> und "**JOBSTARTER - Für die Zukunft ausbilden**"<sup>34</sup> des BMBF und "**Berufseinstiegsbegleitung**"<sup>35</sup> des BMAS. Diese Programme zielen darauf ab, den Übergang von der Schule in den Beruf für Jugendliche und junge Erwachsene mit besonderem Förderbedarf zu verbessern. Durch die Programme sollen u. a. regionale Kooperationen und vorhandene Strukturen gestärkt, regionale Ausbildungsstrukturen verbessert sowie individuelle Hilfestellungen für benachteiligte Jugendliche ermöglicht werden. Im besonderen Fokus stehen dabei Haupt- und Gesamtschulen. So wurden beispielsweise zu Beginn des Programms "Berufseinstiegsbegleitung" in Abstimmung mit den Ländern und der Bundesagentur für Arbeit 1.000 allgemeinbildende Schulen, die zum Hauptschulabschluss führen, sowie Förderschulen ausgewählt, an denen das Programm umgesetzt werden soll. Zwar sehen die Programme ebenfalls keine besondere Ausrichtung auf benachteiligte Quartiere vor, aufgrund des grundsätzlich regional ausgerichteten Förderansatzes und des Fokus auf Jugendliche mit besonderem Förderbedarf lassen sich zur Thematik dieser Studie aber eine Reihe von Berührungspunkten finden.

Ein weiteres Programm im Handlungsfeld Schule und Bildung, das Schnittstellen zu den Förderansätzen zur sozialen Inklusion in der Wohnumgebung aufweist, ist das Förderprogramm "**XENOS - Integration und Vielfalt**" des BMAS.<sup>36</sup> Im Rahmen des Programms werden Projekte zur Toleranzförderung, Diskriminierungsbekämpfung und Integration von Migranten gefördert. Zentrale Bereiche stellen dabei Qualifizierung und Weiterbildung in Schule, Ausbildung und Beruf, betriebliche Maßnahmen und Bildungsarbeit in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen sowie Förderung von Zivilcourage und Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen in Kommunen und im ländlichen Raum dar. Ziel ist es, insbesondere benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund bei ihrer Integration in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu unterstützen (BMAS 2008). Für den Förderzeitraum von 2008 bis 2013 werden hierfür vom Bund insgesamt rund 350 Mio. Euro Bundes- und ESF-Mittel zur Verfügung gestellt.

Zwar sieht das Programm selbst keine besondere Förderung von benachteiligten Quartieren vor, wie die Evaluation des Vorgängerprogramms "**XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt**" (2001-2007) aber zeigt, fanden eine Reihe von Aktivitäten in strukturschwachen Gebieten statt (Rambøll 2007). Zudem lassen sich bei den Aktivitäten eine Reihe von so-

---

<sup>33</sup> <http://www.perspektive-berufsabschluss.de/>

<sup>34</sup> <http://www.jobstarter.de/>

<sup>35</sup> [http://www.bmas.de/portal/29380/2008\\_\\_11\\_\\_04\\_\\_berufseinstiegsbegleitung.html](http://www.bmas.de/portal/29380/2008__11__04__berufseinstiegsbegleitung.html)

<sup>36</sup> [http://www.esf.de/portal/generator/6606/programm\\_\\_integration\\_\\_vielfalt.html](http://www.esf.de/portal/generator/6606/programm__integration__vielfalt.html)

zialräumlichen Ansätzen finden. So habe sich die Hälfte der Projekte im lokalen Umfeld engagiert und dabei mit ortsansässigen Akteuren kooperiert. Dabei hätten sich insbesondere Projekte zur beruflichen Integration von Benachteiligten durch eine ausgeprägte Stadtteilarbeit ausgezeichnet (ebenda: 31). Insgesamt habe sich gezeigt, dass Maßnahmen zur Förderung von Kompetenzen dann die größte und nachhaltigste Wirkung entfaltet hätten, wenn sie in ganzheitliche Ansätze eingebettet werden, die das soziale und organisatorische Umfeld der Zielgruppe berücksichtigen (ebenda: 100).

### 6.3 Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Freizeit, Kultur und Sport

Als zentrales Finanzierungsinstrument der Sportförderung mit Schnittstellenbezug ist das Programm **"Integration durch Sport"** zu nennen, das vom Bundesministerium des Innern (BMI) gefördert und vom Deutschen Olympischen Sportbund und den Landessportbünden durchgeführt wird.<sup>37</sup> Das Programm, dessen Ansätze bereits Ende der 1980er Jahre entwickelt wurden, zielt auf eine Integration von Zuwanderern in die Gesellschaft und in den organisierten Sport ab. Die Umsetzung erfolgt über fünf Integrationsmodule: Stützpunktvereine, Integrationsmaßnahmen, Starthelfer, Qualifizierungsmaßnahmen und Sportmobile. Wie die Evaluation des Programms zeigt, finden eine Reihe der Aktivitäten gezielt in sozialen Brennpunkten statt (Universität Potsdam/Universität Dortmund 2009). Somit wird das Programm u. a. dafür genutzt, um die soziale Inklusion in benachteiligten Quartieren voranzutreiben. Hierauf wird in Kapitel 10.4 näher eingegangen.

Im Bereich der Kulturförderung des Bundes weisen einige Förderaktivitäten der Kulturstiftung Schnittstellen zur Thematik dieser Studie auf. Die **Kulturstiftung des Bundes** fördert bundesweit internationale Kulturprojekte im Rahmen der Zuständigkeit des Bundes.<sup>38</sup> Die Förderung erfolgt über verschiedene Fonds und Programme, darunter Programme zur interkulturellen Bildung und Fonds zur künstlerischen Auseinandersetzung mit der alltäglichen Lebenswelt. So wird im Programmschwerpunkt Kunst und Vermittlung beispielsweise das Programm **"Jedem Kind ein Instrument (JeKi)"** gefördert, das im Ruhrgebiet umgesetzt wird und darauf abzielt, insbesondere Kinder aus bildungsfernen oder finanzschwachen Familien an verschiedene Musikinstrumente heranzuführen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ein Musikinstrument zu erlernen. Für den Förderzeitraum von 2007 bis 2010 werden von der Kulturstiftung hierfür 10 Mio. Euro bereitgestellt. Das Programm wird in Kooperation mit Musikschulen und Schulen umgesetzt. Dabei werden bevorzugt Grundschulen einbezogen, die in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf liegen.

---

<sup>37</sup> <http://www.integration-durch-sport.de/>

<sup>38</sup> <http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/cms/de>

Im Rahmen des **"Fonds Soziokultur"** werden Vorhaben mit Modellcharakter gefördert, die ein aktuelles gesellschaftliches Thema aufgreifen, neue soziokulturelle Praxis- und Aktionsformen erproben und den Austausch oder die Integration fördern oder neue Formen der Bürgerbeteiligung in der Stadt, Gemeinde oder im Viertel umsetzen. Hierfür stellt die Kulturstiftung des Bundes jährlich 1 Mio. Euro zur Verfügung. Eine besondere Berücksichtigung von Projekten in benachteiligten Quartieren ist nicht vorgesehen, an der Liste der Projektaktivitäten wird aber deutlich, dass eine Reihe der geförderten Projektaktivitäten genau in diesen Vierteln stattfinden.<sup>39</sup>

#### 6.4 Schnittstellenprogramme im Handlungsfeld Gesundheit

Strategien zur stadtteilbezogenen Gesundheitsförderung sind seit mehreren Jahren durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklungen im Gesundheitswesen nachdrücklich empfohlen worden.<sup>40</sup> Die Empfehlungen haben inzwischen auch einen gewissen Niederschlag in der Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit (BMG 2008a) und im Nationalen Gesundheitsziel "Gesund aufwachsen" (BMG 2010a) gefunden. Der Zusammenhang von sozialer Ungleichheit und Gesundheit wird in beiden Papieren berücksichtigt. Stadtteile werden im Strategiepapier vor allem hinsichtlich einer verstärkten Unfallprävention in sozial benachteiligten Stadtteilen als wichtig erachtet. Ansonsten taucht der "Setting-Ansatz" als Begriff zwar nicht auf, aber es werden "lebensweltbezogene Maßnahmen" (BMG 2008a: 8) gefordert und die Schaffung "geeigneter Rahmenbedingungen innerhalb und außerhalb des familiären Umfelds" (ebenda: 9).

Im Nationalen Gesundheitsziel "Gesund aufwachsen" spielt der Setting-Ansatz hingegen eine zentrale Rolle. Prozessorientierung, integrierte Ansätze und Systeminterventionen sowie die Verankerung von Gesundheit in den Kernroutinen der jeweiligen Settings sollen damit erreicht werden. Für drei Settings werden konkrete Ziele, Teilziele und geeignete Maßnahmen formuliert: Familie/Umfeld, Kita, Schule. Im Setting Familie/Umfeld wird auf die Nachbarschaftsnetzwerke innerhalb des Bund-Länder-Programms Soziale Stadt verwiesen. Ein regionaler Bezug wird im Abschnitt "Vorschläge für Startermaßnahmen" empfohlen: "Gezielte Maßnahmen der Jugendhilfe in belasteten Regionen in Kooperation mit anderen Akteuren vor Ort" (ebenda: 36).

Der Nationale Aktionsplan **"In-Form - Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung"** ist für die bundesweite Gesundheitsförderung derzeit der zentrale

---

<sup>39</sup> <http://www.fonds-soziokultur.de/html/dokumentation.html>

<sup>40</sup> vgl. beispielsweise SVR 2000/2001: 29; SVR 2003: 182; SVR 2005: 115; SVR 2008: 360

Förderschwerpunkt des Bundesministeriums für Gesundheit und des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Der Plan wurde 2008 ins Leben gerufen und ist zunächst bis 2020 konzipiert. Bis 2010 sind hier 30 Mio. Euro bereitgestellt. Im Förderzeitraum soll:

- das Ernährungs- und Bewegungsverhalten der Bevölkerung nachhaltig verbessert,
- die Zunahme von Übergewicht bei Kindern gestoppt und
- die Verbreitung von Übergewicht verringert worden sein.

Kommunen werden als eine wichtige Handlungsebene gesehen und Lebensweltansätzen neben Verhaltensänderungen Bedeutung beigemessen. Jedoch muss ein Bezug zu gesundheitsfördernden Settingansätzen im Quartier eher "herausgelesen" werden als dass er explizit erwähnt wäre.

Unter den bislang aufgelegten Teilprogrammen von In-Form haben drei Programme einen unmittelbaren Raum- bzw. Stadtteilbezug erkennen lassen:

- In-Form Teilprogramm: "Kinderleicht-Regionen. Besser essen, mehr bewegen",<sup>41</sup>
- In-Form Teilprogramm: "Aktionsbündnisse Gesunde Lebensstile, gesunde Lebenswelten",
- In-Form Teilprogramm mit dem Deutschen Olympischen Sportbund: "Bewegung und Gesundheit - mehr Migrantinnen in den Sport".<sup>42</sup>

Von den Programmen liegen bislang keine Evaluationen vor, da sie in einer ersten Phase gerade erst beendet wurden (Kinderleicht-Regionen) bzw. noch laufen (Aktionsbündnisse, Migrantinnen in den Sport). Die Durchsicht der umgesetzten Modellprojekte zeigt, dass die räumlichen Zuschnitte meist größer sind als die Quartiersebene. Ein expliziter Bezug zu den Programmgebieten der Sozialen Stadt war nicht Teil der Ausschreibungen, jedoch gibt es zahlreiche Überschneidungen mit den Programmgebieten der Sozialen Stadt und aus einigen Projektbeschreibungen lässt sich auch eine explizite Kooperation herauslesen.<sup>43</sup> Insgesamt bleibt abzuwarten, welche sozialräumlichen Effekte in den Programmevaluationen identifiziert werden.

---

<sup>41</sup> [www.besseressenmehrbewegen.de](http://www.besseressenmehrbewegen.de)

<sup>42</sup> [www.dosb.de/de/sportentwicklung/frauen-im-sport/themenfelder/migrantinnen-im-sport/](http://www.dosb.de/de/sportentwicklung/frauen-im-sport/themenfelder/migrantinnen-im-sport/)

<sup>43</sup> Eine Vorabinformation des IPP Bremen, das mit der Evaluation der Aktionsbündnisse beauftragt ist, zeigt, dass fünf von elf Aktionsbündnissen mit dem Programm Soziale Stadt verknüpft sind. Insgesamt knüpfen neun Bündnisse an vorhandene kommunale Vernetzungsstrukturen an (IPP Bremen: Ergebnisse Strukturqualität. Folienzusammenstellung, 11.2010).

Im Gegensatz zu dem Potenzial, das einer verstärkten Gesundheitsförderung in den Programmgebieten der Sozialen Stadt zugesprochen wird, steht, dass das Handlungsfeld "Gesundheit" in den Befragungen der Gebietsverantwortlichen immer mit einer geringen Priorität genannt wird (Difu 2006a). Auf der politisch-administrativen Ebene hat die intersektorale Zusammenarbeit von Stadtentwicklung und Gesundheitsressort allerdings in den letzten Jahren einige Aufmerksamkeit erfahren. Auf Bundesebene haben die Ministerien für Stadtentwicklung und Gesundheit einen strategischen Dialog begonnen (vgl. Difu 2008), der zunächst 16 Länderkonferenzen der Regionalen Knoten im **"Kooperationsverbund Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten"** zur bundeslandspezifischen Weiterentwicklung der Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt zur Folge hatte. Das Bundesministerium für Gesundheit hat zudem eine Arbeitshilfe "Aktiv werden für Gesundheit. Arbeitshilfen für Prävention und Gesundheitsförderung im Quartier" herausgegeben und in 2010 eine Neuauflage und Erweiterung beauftragt. Die Regionalen Knoten sowie der Kooperationsverbund "Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten" verfolgen die Gesundheitsförderung im Quartier als ein Leitthema ihrer Arbeit. Auch bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wurde in den vergangenen Jahren verstärkt darauf geachtet, vorhandene Präventionsangebote stärker in sozial benachteiligten Stadtteilen zum Einsatz zu bringen (Marsen-Storz 2003).

## 6.5 Fazit

An der Darstellung der Förderprogramme ist deutlich geworden, dass in den verschiedenen Fachministerien eine Vielzahl an Förderaktivitäten durchgeführt werden, die Berührungspunkte zu den Förderansätzen der sozialen Stadtentwicklung aufweisen und oftmals implizit zur sozialen Inklusion in der Wohnumgebung beitragen dürften. Hierzu liegen allerdings keine genaueren Untersuchungen vor. Neben den hier dargestellten Programmen des Bundes gibt es darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Schnittstellenprogramme, die auf Länderebene durchgeführt werden.

Eine zentrale Schnittstelle stellen oftmals die Vernetzungsaktivitäten auf lokaler Ebene dar. So wird handlungsfeldübergreifend in verschiedenen Förder- und Programmm Zusammenhängen betont, dass für die Erreichung und Förderung besonders benachteiligter Zielgruppen die zentralen lokalen Akteure zu vernetzen und das soziale Umfeld zu berücksichtigen sind. In Fördergebieten des Programms Soziale Stadt können die Vernetzungsaktivitäten oftmals an bestehenden Kooperationsstrukturen des Quartiersmanagements anknüpfen. Allerdings ist hierzu in den meisten Fällen keine systematische Verknüpfung mit dem Programm Soziale Stadt vorgesehen. Ob und inwieweit Synergien geschaffen werden, indem eine Zusammenführung der verschiedenen Förderansätze in den Quartieren stattfindet, hängt somit von den Akteuren auf der lokalen Ebene ab.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt entsteht durch die besondere Berücksichtigung von benachteiligten Quartieren. Dieser Ansatz findet sich beispielsweise bei der vom BMFSFJ eingeführten "Offensive Frühe Chancen" wieder, die eine benachteiligte sozialräumliche Lage oder einen hohen Anteil von Kindern mit besonderem Förderbedarf zur Fördervoraussetzung einer Einrichtung macht. Darüber hinaus ist dieser Ansatz aber bei den dargestellten Schnittstellenprogrammen bisher nur wenig verbreitet.



## **7. Kommunale Ansätze zur Verankerung der integrierten Stadtteilentwicklung im gesamtstädtischen Verwaltungshandeln**

Aufbauend auf den Erfahrungen mit den Programmen der integrierten Stadtentwicklung und sozialraumorientierten Ansätzen in der Jugendhilfe haben einige Stadtstaaten und Kommunen weitergehende Initiativen ergriffen, um den sozialräumlichen Stadtentwicklungsansatz zu verstetigen und benachteiligte Quartiere durch integrierte Ansätze zu fördern. Diese Initiativen sind in der Regel mit der Schaffung von neuen Gremien und Organisationsstrukturen verbunden, um verschiedene Förderansätze zusammenzuführen, finanzielle Mittel zugunsten von benachteiligten Quartieren zu bündeln und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit sicherzustellen.

Im Folgenden werden die Aktivitäten von den Städten Hamburg, Gelsenkirchen und Köln exemplarisch dargestellt, um aufzuzeigen, welche Faktoren für die Verankerung des integrierten Stadtentwicklungsansatzes auf gesamtstädtischer Ebene von Bedeutung sind und wie die bisherigen Erfahrungen hierzu aussehen.

### **7.1 Das Hamburger Rahmenprogramm "Integrierte Stadtteilentwicklung" (RISE)**

Zur strukturellen Verankerung der integrierten Stadtteilentwicklung mit besonderem Fokus auf soziale Problemlagen in den Quartieren hat der Hamburger Senat das Rahmenprogramm "Integrierte Stadtteilentwicklung" (RISE) entwickelt, das 2009 von der Bürgerschaft verabschiedet wurde und sich derzeit in der Umsetzung befindet (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2009b). In dem Rahmenprogramm werden die verschiedenen Programme der Stadtteilentwicklung und Stadterneuerung zusammengeführt und neue behördenübergreifende Verfahrens- und Organisationsstrukturen festgelegt. Mit den Umstrukturierungen werden u. a. eine aufgabenbezogene Integration der Fachpolitiken und eine gebietsbezogene Bündelung des Ressourcen- und Mitteleinsatzes angestrebt. Zur Sicherstellung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit wurde das Programm bereits in einem kooperativen Arbeitsprozess von fünf Fachbehörden, den Bezirksämtern und der Senatskanzlei entwickelt (ebenda: 2). Bei der Konzipierung wurden drei übergreifende Leitziele für die integrierte Stadtteilentwicklung formuliert (ebenda: 4):

1. Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Gebiets,
2. Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration,

3. Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger.

Zur politischen, gesamtstädtischen und operativen Steuerung des Programms wurden verschiedene Gremien geschaffen (ebenda: 62 ff.):

- Die politische Steuerung erfolgt über eine **Senatskommission für Integrierte Stadtteilentwicklung** unter dem Vorsitz des ersten Bürgermeisters. Diese entscheidet über die politischen Vorgaben sowie die grundsätzlichen Zielsetzungen und Strategien des Programms und ist u. a. für die Beschlussfassung der integrierten Entwicklungskonzepte (einschließlich Zeit- und Kostenplan) zuständig. In der Senatskommission sind die Präsidien und Staatsräte der verschiedenen Fachbehörden und der Finanzbehörde vertreten. Federführende Behörde ist die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt.
- Zur **gesamtstädtischen Steuerung des Programms** wurde ein **Leitungsausschuss** eingerichtet, in dem alle beteiligten Fachbehörden und alle Dezernenten der beteiligten Bezirksämter vertreten sind. Der Ausschuss ist u. a. für die Genehmigung der bezirklichen bzw. gebietsbezogenen Etats aus programmeigenen Mitteln, die Überprüfung der laufenden Auswertung der Programmumsetzung und für die Formulierung von konzeptionellen und strategischen Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Programms zuständig. Darüber hinaus kann er Empfehlungen zu ihrer weiteren Behandlung in die Senatskommission weiterleiten.
- Die **Leitstelle Integrierte Stadtentwicklung** und das **Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung** sind als **federführende Stellen** für den Gesamtsteuerungsprozess zuständig. Unterstützt werden sie durch **zentrale Koordinatoren**, die in den beteiligten Fachbehörden benannt werden und die den Bezirken und dem Gebietsmanagement zur fachlichen Abstimmung zur Verfügung stehen.
- Für das **operative Management** und die Durchführung der Maßnahmen, Projekte und Aktivitäten sind die **Bezirke** zuständig. Diese sollen u. a. auf Bezirksebene eine fachübergreifende Kooperation sicherstellen, gebietsbezogene Mittelbündelungen vornehmen und die Entstehung von Koordinierungs- und Umsetzungsstrukturen gewährleisten (Koordinierungskreis, Gebietskoordinator, Gebietsmanagement). Zudem sollen die Bezirke die Umsetzung in den Gebieten durch die Gebietsentwickler überwachen und die gebietsbezogene Mittelverwaltung übernehmen.
- Zur Begleitung der Programmumsetzung wurden drei neue **Steuerungsinstrumente** eingeführt: 1) **Sozialmonitoring** zur kleinräumigen Analyse von Kontextdaten, 2) **Evaluation** zur empirischen Wirkungs- und Erfolgskontrolle von Gebieten, ausgewählten

Themen oder Elementen, 3) **Controlling** zur laufenden verwaltungsinternen Beobachtung und Steuerung der verfahrensmäßigen Umsetzung und Zielerfüllung von Projekten und Maßnahmen.

Da sich das Rahmenprogramm derzeit noch in der anfänglichen Umsetzung befindet, können noch keine Aussagen zu Ergebnissen oder Effekten des Umstrukturierungsprozesses getroffen werden. An der Darstellung des Hamburger Ansatzes wird aber bereits deutlich, dass es sich um einen sehr umfassenden Umstrukturierungsprozess handelt, wodurch der integrierten Stadtteilentwicklung zugunsten einer Förderung von benachteiligten Quartieren im gesamtstädtischen Handeln insgesamt eine größere Bedeutung zukommen dürfte. Inwiefern es durch Abstimmungsprozesse in den neu eingerichteten Gremien, wie der Senatskommission für Integrierte Stadtentwicklung, dann auch gelingt, zusätzliche Ressourcen der verschiedenen Fachbehörden zugunsten von benachteiligten Quartieren zusammenzuführen und zur Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen der Bewohner einzusetzen, wird sich aber erst noch zeigen.

## **7.2 Integrierte Stadterneuerung in Gelsenkirchen**

Die Stadt Gelsenkirchen hat aufbauend auf den Erfahrungen mit zeitlich begrenzten Förderprogrammen zu integrierter Stadtentwicklung von benachteiligten Quartieren einen Bericht zur zukünftigen Stadterneuerung erarbeitet, der im Jahr 2007 vom Rat der Stadt beschlossen wurde (Gelsenkirchen 2007). Der Bericht sieht vor, bestehende Ansätze zur Stabilisierung und Entwicklung von Problemgebieten auszuweiten und dabei eine ressortübergreifende Zusammenarbeit durch neue Organisationsstrukturen und Arbeitsformen sicherzustellen. Dabei sollen insbesondere folgende Ziele verfolgt werden: 1) die ökonomische Modernisierung und Entwicklung von Standorten für Wohnen und Arbeiten, 2) die Stabilisierung und Erneuerung von Stadtquartieren sowie die Verbesserung der Wohnumfeldqualitäten, 3) die soziale und ethnische Integration und Stärkung des interkulturellen Zusammenlebens, sowie 4) die Anpassung der sozialen und kulturellen Infrastruktur an die Bedürfnisse vor Ort (Feldmann 2009).

Um diese Ziele zu erreichen, werden neue Formen "einer ressortübergreifenden Abstimmung zur strategischen Steuerung der sozialen Stadtteilentwicklung" als notwendig erachtet (Stadt Gelsenkirchen 2007: 74). Wesentliche Elemente der neuen Organisationsstruktur sind (Feldmann 2009):

- Unter Federführung des Stadtdirektors wurde ein **Lenkungskreis Stadterneuerung** eingerichtet, in dem die Referatsleiter aller Fachressorts und Mitarbeiter der Koordinierungsstelle Stadterneuerung vertreten sind. Der Lenkungskreis trifft die Grundsatzent-

scheidungen zur strategischen Ausrichtung und nimmt Bewertungen zum gesamtstädtischen Sozialmonitoring zur Wirkungskontrolle auf strategischer Ebene vor. Darüber hinaus obliegt dem Lenkungskreis eine Vorentscheidungskompetenz zur Definition und Durchführung von Projekten.

- Bei dem Referat Stadtplanung wurde eine **Koordinierungsstelle Stadterneuerung (KSE)** als zentrale Stadterneuerungseinheit eingerichtet, die für die Gesamtkoordination der integrierten Stadterneuerung zuständig ist. Unterstützt wird die Stadterneuerungseinheit durch **Gebietsbeauftragte** in den hauptsächlich zuständigen Dienststellen.
- Als ressortübergreifende gebietsbezogene Organe fungieren **Gebietsteams**, in denen die KSE, die Gebietsbeauftragten der verschiedenen Fachreferate und Leiter der einzelnen Stadtteilbüros vertreten sind. Die Gebietsteams sind u. a. für die Entwicklung und Fortschreibung der Handlungskonzepte zuständig.
- In den Fördergebieten wurden **Stadtteilbüros** eingerichtet, deren Aufgabe es ist, den Stadteilerneuerungsprozess vor Ort zu koordinieren, Projekte zu initiieren und zu entwickeln, die Bevölkerung zu aktivieren und Vernetzungen und Kooperationen zu schaffen.
- Der Stadterneuerungsprozess wird durch ein **gesamtstädtisches Sozialraummonitoring** begleitet. Auf Grundlage der Ergebnisse finden regelmäßige "Sozialraumgespräche" mit den relevanten Akteuren und Dienststellen statt.

Seit dem Jahr 2008 hat die Stadt Gelsenkirchen die neue Organisationsstruktur schrittweise eingeführt. Mittlerweile sind die dargestellten Gremien aktiv. Dem Stadtplanungsamt Gelsenkirchen zufolge hat die Umstrukturierung zu einer Verbesserung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit geführt (Feldmann 2009). Die Stadterneuerung werde mehr und mehr als eine gemeinsame Querschnittsaufgabe verstanden und die städtischen Ressourcen seien durch Netzbildung in den Stadtteilen gebündelt worden. Zudem seien durch die gesamtstädtische Koordinierung Synergien entstanden, indem Erfahrungen leichter auf andere Gebiete übertragen werden könnten (ebenda). Besondere Herausforderungen bestünden darin, mit allen Fachreferaten ein gemeinsames Handlungsverständnis zu entwickeln und den erhöhten Aufgaben- und Personalbedarf zu bewältigen. Als unterstützende Faktoren hätten sich in diesem Zusammenhang der Rückhalt und die aktive Rolle der Stadtspitze erwiesen. Zudem habe sich als positiv herausgestellt, dass das Einbinden der Referatsleiter die Arbeit in den Gebieten erleichtert habe (ebenda).

### 7.3 Rahmenkonzept zur Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln

Ein etwas anderer kommunaler Ansatz zur Verbesserung der sozialen Integration in benachteiligten Quartieren ist in der Stadt Köln zu finden. Hier entwickelte die Stadt ein Rahmenkonzept, das insbesondere auf den getätigten Erfahrungen sozialraumorientierter Arbeit in der Jugendhilfe sowie sozialraumorientierten Ansätzen in der Stadterneuerung beruhte. Die verschiedenen Ansätze sollten zusammengeführt und auf weitere Handlungsfelder übertragen werden. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege in Köln (LIGA der Wohlfahrtsverbände) erarbeiteten die Kommunalpolitik und die Stadtverwaltung hierzu das Rahmenkonzept "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln", das im Jahr 2005 vom Rat beschlossen wurde (Rat der Stadt Köln 2005). Ziel des Konzeptes war es, eine ressort- und fachübergreifende Zusammenarbeit von Verwaltung und freien Trägern herbeizuführen und die Sozialraumorientierung im Verwaltungshandeln zu verankern. Um insbesondere die Lebensbedingungen in benachteiligten Quartieren zu verbessern, wurden neun Gebiete mit besonders hoher sozialer Belastung als Sozialräume definiert, denen die Mittel vorrangig zugute kommen sollten. Zentrale Leitziele stellen in diesem Zusammenhang Partizipation, Prävention, Integration, Kooperation und effektiver Mitteleinsatz dar (Stadt Köln 2009).

Zur Umsetzung des Rahmenkonzeptes sind im Konzept folgende neue Strukturen vorgesehen (Rat der Stadt Köln 2005):

- Auf gesamtstädtischer Ebene wurde eine **zentrale Lenkungsgruppe** eingerichtet, die u. a. für die Auswahl weiterer Sozialräume und Grundsatzentscheidungen hinsichtlich der Themen-, Aktivitäts- und Zeitplanung zuständig ist. Unter Leitung des Jugendhilfe- und Sozialdezernenten sind in der Lenkungsgruppe Vertreter der betroffenen Dezernate und Ämter, der LIGA sowie der politischen Fraktionen vertreten.
- In den Sozialräumen erfolgt eine ressort- und fachübergreifende Abstimmung in **dezentralen Arbeitsgruppen und Stadtteilkonferenzen**.
- Unterstützt wird dies durch die Einrichtung einer **bürger nahen Koordinierungs- und Anlaufstelle**, die den Bewohnern und Akteuren als Ansprechpartner zur Verfügung stehen soll (Sozialraumkoordinator).

Das Konzept war zunächst für drei Jahre als ein Modellvorhaben angelegt. In den Jahren 2007 bis 2009 wurde im Auftrag der Stadt eine prozessbegleitende Evaluation durchgeführt. Auf Grundlage der Evaluierungsergebnisse hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, das Modellvorhaben um drei weitere Jahre bis Anfang 2012 zu verlängern. Zudem wurde das Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB)

damit beauftragt, in enger Abstimmung mit der Stadtverwaltung und LIGA eine Überarbeitung des Rahmenkonzeptes vorzunehmen. Das überarbeitete Konzept "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" wurde im Jahr 2010 vorgelegt und vom Rat beschlossen (Rat der Stadt Köln 2010).

In der überarbeiteten Fassung wird eine Spezifizierung der Zielsetzungen vorgenommen. Zudem hat eine Ausweitung der Sozialräume stattgefunden. In Bezug auf die Verankerung des integrierten Stadtentwicklungsansatzes sind insbesondere zwei neue Elemente hinzugekommen (ebenda: 5 ff.):

- In allen relevanten Fachämtern sollen auf der Ebene von Abteilungsleitungen "**Ämterlotsen**" eingerichtet werden, die den Sozialraumkoordinatoren in den Gebieten als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.
- Im Rahmen der Lebenslagen- und Integrationsberichterstattung wird ein **Sozialraummonitoring** entwickelt, das zur Betrachtung von sozialstrukturellen Veränderungsprozessen in den Gebieten dienen soll.

Inwiefern es zu einer dauerhaften Verankerung und gegebenenfalls weiteren Ausweitung des Modellvorhabens kommt, wird erst im Jahr 2012 auf Grundlage der Ergebnisse der prozessbegleitenden Evaluierung entschieden.

#### 7.4 Fazit

An den drei Beispielen wird deutlich, dass es sich bei der Verankerung des integrierten Stadtentwicklungsansatzes zugunsten von benachteiligten Quartieren um einen gesamtstädtischen Prozess handelt, der einer neuen Organisationsstruktur bedarf. Auch wenn sich der Stadtstaat Hamburg und die beiden Städte Gelsenkirchen und Köln in ihrer Größe, ihrer Verwaltungsstruktur und ihren Erfahrungen unterscheiden, weisen die neuen Organisationsstrukturen in allen drei Städten ähnliche zentrale Merkmale auf:

- Ein Steuerungsgremium auf gesamtstädtischer Ebene, in dem hochrangige Vertreter mit Entscheidungsbefugnis vertreten sind,
- eine Koordinierungsstelle in der Verwaltung, die den Gesamtprozess koordiniert,
- Beauftragte in den einzelnen Fachbehörden/-ressorts, die die Koordinierungsstelle unterstützen,
- die Einrichtung von Stadtteilbüros in den Fördergebieten,

- lokale Steuerungsgruppen, die ressortübergreifend und unter Einbindung lokaler Akteure und Bewohner für die Entwicklung und Fortschreibung der integrierten Handlungskonzepte zuständig sind,
- begleitendes Sozialraummonitoring und Evaluation.
- In allen drei Städten stellte ein Rats- oder Bürgerschaftsbeschluss die Basis des Modernisierungsprozesses dar. Eine zentrale Voraussetzung ist somit, dass die Verstärkung des integrierten Stadtentwicklungsansatzes zugunsten von benachteiligten Quartieren von der Verwaltungsspitze und politisch gewollt ist (vgl. hierzu auch Hinte 2009b; Sauter 2008).

## **8. Projektansätze im Handlungsfeld Familie und frühkindliche Bildung**

Aus verschiedenen Studien ist bekannt, dass zentrale Weichen für Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern im frühkindlichen Alter gestellt werden. So haben Untersuchungen beispielsweise gezeigt, dass Kinder, die unter sozial benachteiligenden Bedingungen aufwachsen, unter Beeinträchtigungen in der sozial-emotionalen Entwicklung leiden und im familiären Bereich weniger kognitive und sprachliche Anregungen erhalten, was zu Rückständen in der Sprachentwicklung und Intelligenz führen kann (vgl. Maier-Pfeiffer/Pfeiffer 2006). Schwierige Lebenslagen von Familien, die sich negativ auf die Eltern-Kind-Beziehung und die Entwicklung des Kindes auswirken können, sind in diesem Zusammenhang materielle Armut, schlechte Wohnverhältnisse, ein fehlendes Kinderzimmer, unzureichende Säuglingsausstattung sowie fehlende soziale Kontakte und Unerfahrenheit der Eltern. In besonders beeinträchtigenden Lebenslagen können noch Suchtprobleme, gesundheitliche Probleme oder traumatische Lebenserfahrungen und Verwahrlosung hinzukommen (ies 2005b). Bei Familien mit Migrationshintergrund können darüber hinaus mangelnde Deutschkenntnisse der Eltern die kognitive und sprachliche Entwicklung der Kinder erschweren. Für die Entwicklung der Kinder aus Familien mit besonderen Problemlagen ist es daher von besonderer Bedeutung, dass sowohl die Eltern als auch die Kinder bereits während der Schwangerschaft und in den ersten Lebensjahren des Kindes Unterstützung sowie positive Anregungen von außen erhalten. So geht es zum einen darum, geeignete Betreuungs-, Lern- und Spielangebote für Kinder zu schaffen, die für alle Menschen unabhängig von Wohnort und sozialem Status zugänglich sind, und zum anderen kommt es darauf an, die Eltern in ihrer Rolle als Erzieher zu stärken und zu beraten sowie die Eltern-Kind-Beziehung zu stabilisieren.

Übergreifendes Ziel der Frühen Hilfen ist es, die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern und Eltern in Familie und Gesellschaft frühzeitig und nachhaltig durch koordinierte Hilfsangebote zu verbessern (vgl. Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2010a: 30). Dabei kommt den Kindertagesstätten, die im Bereich der frühkindlichen Bildung die zentralen Orte im Quartier darstellen, eine besondere Bedeutung zu. Wie verschiedene Studien gezeigt haben, werden zentrale Weichenstellungen für spätere Bildungserfolge bereits im frühkindlichen Alter gestellt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2008b). Somit kommt es darauf an, Kinder aus bildungsfernen Familien möglichst frühzeitig durch frühkindliche Bildungs- und Betreuungsangebote zu fördern und mögliche Lern- und Entwicklungsdefizite auszugleichen. Durch Angebote von Kindertagesstätten können Kinder gezielt auf die Schule vorbereitet werden. Darüber hinaus erfahren Eltern eine Unterstützung und somit Entlastung bei der Bewältigung der Erziehungsaufgaben. Problematisch ist allerdings, dass die regulären Angebote der frühen Bildung sowie der Elternbildung und -beratung nur zu einem geringen Anteil von Familien in Anspruch genommen werden, deren Lebenssituation von



besonderen materiellen und sozialen Belastungen gekennzeichnet ist oder die einen Migrationshintergrund aufweisen. Die Ursachen hierfür sind vielfältig: Angst vor Stigmatisierung, Unsicherheit, Verständigungsprobleme, fehlende Informationen über bestehende Angebote etc. Zur Erreichung besonders benachteiligter Familien sind daher besonders niedrigschwellige und aufsuchende Angebote erforderlich, die die Lebenswelt der Zielgruppe berücksichtigen.

Bund, Länder und Kommunen sowie weitere private Akteure, wie z. B. Stiftungen, haben im Rahmen integrierter Stadtentwicklungsprogramme, übergreifender Initiativen oder aus einzelnen Fachpolitiken heraus verschiedene Modellprogramme, Initiativen und Projekte entwickelt, die auf eine Anpassung und Erweiterung der Angebotsstruktur im Bereich der frühkindlichen Bildung in sozial segregierten Gebieten sowie eine Verbesserung der Zugänglichkeit für besonders problembehaftete Familien zu bestehenden Angeboten und Einrichtungen abzielen. Im Folgenden sollen folgende Ansätze näher beleuchtet und bewertet werden:

- Anpassung und Erweiterung der Infrastruktur und der Angebote für Zwecke der frühkindlichen Bildung,
- Sozialräumliche Öffnung von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Weiterentwicklung zu Eltern-Kind- oder Familienzentren,
- Sozialraumbezogene Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur,
- Aufsuchende Familienberatung und -begleitung,
- Anwendung von innovativen Lernkonzepten zur Förderung der Kinder unter Einbeziehung der Eltern.

### **8.1 Anpassung und Erweiterung der Infrastruktur und der Angebote für Zwecke der frühkindlichen Bildung**

Aktivitäten zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung in sozial benachteiligten Quartieren haben in den letzten Jahren insgesamt und innerhalb des Programms Soziale Stadt sowie weiterer integrierter Förderprogramme an Bedeutung gewonnen. Bei den **Aktivitäten der integrierten Stadtentwicklung** geht es vor allem darum, die Infrastruktur und Angebote von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung anzupassen und zu erweitern, wobei sowohl baulich-investive als auch ergänzende personenbezogene Maßnahmen vorgenommen werden. Typische Ansätze sind in diesem Zusammenhang die Sanierung und bauliche Erweiterung oder Anpassung von Kindergärten und Kindertagesstätten, die Neugestaltung von Spielräumen oder Außenanlagen der Einrichtungen unter Einbindung

der Anwohner, die Gestaltung von Kleinkinderspielplätzen im Wohnumfeld sowie die Schaffung von zusätzlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten. Durch das Programm Soziale Stadt werden größtenteils investive Maßnahmen gefördert. Die Bau- und Sanierungsmaßnahmen schaffen in der Regel die baulichen Voraussetzungen für ein erweitertes Angebot und bringen somit sowohl infrastrukturelle Verbesserungen als auch eine Verbesserung des Bildungs- und Betreuungsangebots mit sich. Aufgrund des Mehrzielcharakters der integrierten Stadtentwicklungsprogramme werden die baulich-investiven Maßnahmen zudem oftmals mit weiteren nicht-investiven Aktivitäten, wie der Erprobung niedrigschwelliger Betreuungs- und Bildungsangebote oder der Vernetzung mit lokalen Akteuren, verbunden. Hieraus ergibt sich wiederum die Notwendigkeit zur Verknüpfung des Programms mit weiteren Finanzierungsinstrumenten, die bei erfolgreich erprobten Konzepten eine langfristige Sicherung der erweiterten Angebote sicherstellen.

**Abbildung 8.1: Projektbeispiele zur Anpassung und Erweiterung der Infrastruktur<sup>44</sup>**

*Neugestaltung der Außenanlagen der Kindertagesstätte (z. B. Soziale Stadt Grafenwöhr-Südstadt, Darmstadt, Potsdam), bauliche Erweiterung der Kindertagesstätte um Mehrzweckräume (z. B. Soziale Stadt Kaiserslautern), Schaffung der baulichen Voraussetzungen zur funktionalen Erweiterung von Kindertagesstätten zu Familien-/Eltern-Kinder- oder Kompetenzzentren (z. B. Soziale Stadt Frankfurt Oder), Gestaltung eines Kleinkinderspielplatzes unter Einbindung der Anwohner (z. B. Soziale Stadt Tübingen, Düsseldorf), Bau oder Sanierung von Spielgeräten für Kitas (Soziale Stadt Leipzig), Schaffung von zusätzlichen Kinderbetreuungsangeboten (z. B. Soziale Stadt Berlin Pankow, Hamburg Lurup), Elternsprachkurse in Kindertageseinrichtungen (z. B. Soziale Stadt Ingoldstadt), Lesepatenschaften (z. B. Freiwilligenagentur Spremberg, Bürgernetzwerk Berlin, Bündnis für Familie Donau-Ries), Teilprogramm "Bildung im Quartier" der Zukunftsinitiative Stadtteil in Berlin, Microsoft-Bildungsinitiative "Schlaumäuse - Kinder entdecken Sprache" etc.*

Ein weiteres Programm, das eine besondere Förderung von Kitas in benachteiligten Quartieren vorsieht, stellt die vor kurzem gestartete **"Offensive Frühe Chancen"** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) dar, die eine besondere Sprach- und Integrationsförderung von Kindertagesstätten mit hohem Förderbedarf vorsieht. Im Rahmen der Initiative sollen Kindertagesstätten mit besonderem Förderbedarf finanzielle Mittel erhalten, um eine zusätzliche halbe Stelle für qualifizierte Sprachförderung einrichten zu können. Der Nachweis des Förderbedarfes einer Einrichtung kann abhängig vom jeweiligen Bundesland entweder über sozialräumliche Kriterien oder über einen überdurchschnittlichen Anteil von Kindern aus sozial schwachen Familien und/oder

<sup>44</sup> Bei den Projektbeispielen in diesem Bericht handelt es sich um keine vollständige Abbildung aller Projekte in diesem Bereich. Es wurde auch keine gezielte Auswahl von "good-practice-Beispielen" vorgenommen. Die Beispiele sollen lediglich exemplarisch skizzieren, wie konkrete Aktivitäten zu dem jeweiligen Handlungsansatz aussehen.

nicht deutscher Herkunftssprache erfolgen (BMFSFJ 2010). Eine weitere Fördervoraussetzung besteht darin, dass an der Einrichtung auch Kinder unter drei Jahren betreut werden, da die Förderung möglichst frühzeitig bei den Kindern ansetzen soll.

Maßnahmen, die auf eine Erweiterung und Verbesserung der Infrastruktur und der Angebote im Bereich der frühkindlichen Bildung in problembehafteten städtischen Gebieten abzielen, stellen eine wichtige Voraussetzung dafür dar, um gleichwertige Lebensbedingungen zu schaffen, und sind somit grundsätzlich positiv zu bewerten. Durch die bisherigen Aktivitäten konnten in vielen Quartieren eine Verbesserung der Spiel- und Lernumgebung und eine Erweiterung des Angebots erzielt werden. Dabei ist es von Bedeutung, dass die einzelnen Maßnahmen und Aktivitäten an den zentralen Problemstellen und Förderlücken im Stadtteil ansetzen und auf das jeweilige Fördergebiet und die lokale Bevölkerungsstruktur abgestimmt sind. In diesem Zusammenhang haben sich die sozialraumbezogene Vernetzung von Einrichtungen und Angebotsstrukturen sowie die sozialräumliche Öffnung von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung als hilfreiche Instrumente erwiesen, die im Folgenden noch näher beleuchtet werden sollen.

## **8.2 Sozialräumliche Öffnung von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Weiterentwicklung zu Eltern-Kind- oder Familienzentren**

Im Rahmen integrierter Stadtentwicklungsprogramme sind Kindertagesstätten häufig in lokale Kooperationen eingebunden und an verschiedenen Stadtteilaktivitäten beteiligt. Dabei wird oftmals eine sozialräumliche Öffnung der Einrichtungen in Gang gesetzt. Die sozialräumliche Öffnung der Einrichtung kann beispielsweise darin bestehen, dass die Räumlichkeiten von lokalen Akteuren oder Anwohnern genutzt werden oder dass in Zusammenarbeit mit anderen lokalen Akteuren niedrigschwellige Angebote in den Einrichtungen initiiert werden. Da die Vernetzungsaktivitäten mit einem zusätzlichen Arbeitsaufwand für die Kindertageseinrichtungen verbunden sind, hängen die konkreten Aktivitäten in diesem Zusammenhang sehr stark von dem Interesse und Engagement der beteiligten Einrichtungen ab. Um die sozialräumliche Öffnung von Kindertagesstätten darüber hinaus systematisch voranzutreiben, haben einige Länder in den letzten Jahren Programme auf den Weg gebracht, die Vorgaben zur **Weiterentwicklung der Einrichtungen zu Eltern-Kind- oder Familienzentren** beinhalten und den beteiligten Einrichtungen für diesen Prozess zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen. Zudem gibt es in verschiedenen Kommunen und Kreisen Modellprojekte zur sozialräumlichen Öffnung und Vernetzung von Einrichtungen, die im Rahmen von kommunalen Gesamtkonzepten oder von privaten Akteuren wie z. B. Stiftungen gefördert werden.

Die Einrichtung von Eltern-Kind- oder Familienzentren stellt generell eine Verknüpfung von Angeboten der Kindertageseinrichtungen mit Angebotssegmenten der Familienbildung, -unterstützung und -förderung dar (Diller 2006). Durch eine sozialräumliche Ausrichtung der Angebote sollen niedrigschwellige und bedarfsgerechte Zugänge für Familien und Kinder unter drei Jahre geschaffen werden. Dabei sollen sich die Angebote vor allem an Familien richten, deren Kinder noch nicht in der Einrichtung betreut werden. Die Förderung der Kinder erfolgt über vielfältige Bewegungs- und Spielangebote, wobei sich der inhaltliche und methodische Zuschnitt der Angebote an den Bedarfen der Kinder der jeweiligen Einrichtung orientieren soll. Zur Beratung und Unterstützung der Eltern werden möglichst niedrigschwellige Angebote geschaffen. Diese sollen dazu dienen, einen ersten Zugang zu den Eltern aufzubauen, um die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken und sie bei Bedarf an reguläre Beratungs- und Hilfsangebote heranzuführen. Neben der Ausweitung der Angebote sind die beteiligten Einrichtungen dazu aufgefordert, sich an quartiersbezogenen Kooperationsprozessen zu beteiligen und insbesondere mit Erziehungsberatungsstellen, Elternschulen, Familienbildungsstätten, Familienhebammen sowie weiteren Akteuren der Familien- und Gesundheitsförderung eine regelmäßige Zusammenarbeit aufzubauen (vgl. pädquis 2008; Universität Hamburg 2009).

**Abbildung 8.2: Projektbeispiele zur sozialräumlichen Öffnung von Einrichtungen der frühkindlichen Bildung und Weiterentwicklung zu Eltern-Kind- oder Familienzentren**

*Eltern-Kind-Zentren in Hamburg, Familienzentrum NRW, Eltern-Kind-Zentren im Land Brandenburg, Familienzentren Rheinland-Pfalz, Haus der Familie Rheinland-Pfalz, Mütterzentren Niedersachsen, Familienzentren Hessen, Mütter- und Familienzentren Bayern, Familienzentren Sachsen-Anhalt, Öffnung der Kindertagesstätten zu Orten der Familie in Nürnberg, Kindertageszentrum München, Kess Familienzentrum Nienhagen, Modellprojekt Familienbildung in Kooperation mit Kindertageseinrichtungen Sachsen, Kinderhaus St. Josef in Stuttgart (Zentrum für Kinder und ihre Familien e.V.), Kinder- und Familienzentrum - Schillerstraße in Berlin (Pestalozzi-Fröbel-Haus), Städtische Kindertageseinrichtung Hummelwiese in Mülheim etc.*

An der Liste der Projektbeispiele wird deutlich, dass es mittlerweile in mehreren Ländern Förderansätze zur Einrichtung von Familien- oder Eltern-Kind-Zentren gibt. Bei der systematischen Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Eltern-Kind- oder Familienzentren handelt es sich jedoch noch um einen relativ jungen Politikansatz, der sich erst seit einigen Jahren in der Erprobung und Umsetzung befindet. Den Anfang machten die Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Hamburg, die in den Jahren 2006 und 2007 hierfür die politischen Rahmenbedingungen schufen. Allerdings sind die Länderprogramme zum Teil recht unterschiedlich ausgestaltet und mit unterschiedlichen Finanzierungskonzepten versehen. Unterschiede bestehen beispielsweise in der Finanzierung und darin, ob der Förderansatz flächendeckend (wie z. B. in NRW) oder nur in benachteiligten Gebieten (wie z. B. in Hamburg) erfolgt. In Hamburg ist der Förderansatz insgesamt dar-

auf ausgerichtet, mit der Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren besonders niedrigschwellige Angebote zu schaffen, um Zugänge zu schwer zu erreichenden Zielgruppen aufzubauen. Die Niedrigschwelligkeit soll dabei durch verschiedene Faktoren sichergestellt werden. Neben der räumlichen Lage, die eine fußläufige Erreichbarkeit für die Zielgruppe ermöglichen soll, sind nach dem Landeskonzzept beispielsweise ein caféartiges Einrichtungssetting, Angebote mit informellen Charakter sowie die Gewährung von Freiwilligkeit und bei Wunsch von Anonymität vorgesehen. Ziel ist es, zu den Eltern zunächst eine Vertrauensbasis aufzubauen und sie zu ermutigen, regelmäßig an den offenen Aktivitäten des Eltern-Kind-Zentrums teilzunehmen. Wenn dies erreicht wurde, wird es möglich, in beiläufigen Gesprächen mit den Eltern Erziehungsfragen zu thematisieren und die Eltern im Rahmen der gemeinsamen Aktivitäten bei der Alltagsbewältigung zu unterstützen. Ein weiteres Ziel besteht darin, Formen aktiver Nachbarschaftshilfe aufzubauen (Universität Hamburg 2009). Im Folgenden wird auf Grundlage bisheriger Evaluierungen dargestellt, inwiefern die sozialräumliche Öffnung von Kindertagesstätten einen Beitrag zur sozialräumlichen Inklusion von Kindern und Jugendlichen leisten kann und welche Faktoren hierbei besonders von Bedeutung sind.

Der Ansatz der sozialräumlichen Öffnung von Kindertagesstätten zur Förderung sozial benachteiligter Familien ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Aus verschiedenen Untersuchungen ist bekannt, dass Familien mit besonderen Problemlagen oftmals sehr zurückgezogen und isoliert leben und sehr viel schwieriger durch reguläre Hilfs- und Unterstützungsangebote zu erreichen sind. Indem in Kindertagesstätten niedrigschwellige Angebote für Kinder und deren Familien geschaffen werden, können die Kinder für die Eltern eine Brücke zu den Institutionen bauen (Diller 2006). Kindertagesstätten bieten sich in diesem Zusammenhang besonders gut als niedrigschwellige Orte zur präventiven Förderung von Kindern und Familien an, da sich diese grundsätzlich an alle Familien richten und somit keine stigmatisierende Wirkung von ihnen ausgeht. Darüber hinaus befinden sich die Kindertagesstätten im direkten Wohnumfeld der Familien und können in der Regel fußläufig erreicht werden, was insbesondere zur Erreichbarkeit von sozial schwachen Familien, bei denen die Mobilität häufiger niedriger ausgeprägt ist, ein zentrales Kriterium darstellt. Wie die Evaluation des Programms "Eltern-Kind-Zentren in Hamburg" gezeigt hat, konnten im Rahmen des Programms überwiegend Familien, deren Lebenssituation durch Faktoren wie Armut, Abhängigkeit von Transferleistungen, Bildungsferne oder Desintegration gekennzeichnet sind, erreicht werden. So handelte es sich bei mindestens zwei Dritteln der Nutzer/innen um Familien, die von einer Kombination von belastenden Lebenslagen betroffen waren, während ein Viertel bis ein Drittel der Nutzer/innen eher der Mittelschicht zugeordnet werden konnte. Da die Beteiligungsrate der unteren sozialen Schichten bei regulären Angeboten im Elternbildungsbereich mit 15,1% oder weniger sehr viel niedriger ausfällt, wird die Erreichung der vorgegebenen Zielgruppe in der Evaluation als äußerst

erfolgreich bewertet (Universität Hamburg 2009: 74 f.). Auch Familien mit Migrationshintergrund konnten durch den Hamburger Ansatz erreicht werden. Diese machten durchschnittlich die Hälfte der Teilnehmer aus. Schwer zu erreichende Zielgruppen stellten allerdings junge Mütter unter 20 Jahren und Migranten-Gruppen, die sehr stark desintegriert und marginalisiert leben, wie Roma oder Sinti, dar. Zudem konnten durch den Ansatz größtenteils nur Mütter erreicht werden, während Väter oder Partner der Mütter nur in Einzelfällen als Besucher auftraten.

Dazu, welche Wirkungen die Einbeziehung besonders benachteiligter Zielgruppen mittel- oder langfristig auf die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen hat, können auf Grundlage der bisherigen Studien keine Aussagen getroffen werden. Allerdings weisen die Ergebnisse der begleitenden Evaluierungen darauf hin, dass in den Fällen, in denen Familien mit besonderen sozialen Problemlagen erreicht werden konnten, erste Schritte zur Verbesserung der sozialen Integration erzielt wurden. Wie die Evaluation der Universität Hamburg aufzeigt, besteht eine erste Wirkung der sozialräumlichen Öffnung der Kindertagesstätte darin, wenn schwer zu erreichende Zielgruppen die Einrichtung besuchen, dass diese dadurch ihre Isolierung in der eigenen Wohnung überwinden (Universität Hamburg 2009: 57 f.). Erscheinen die Besucher/innen regelmäßig, lassen sich weitere Wirkungen für Kinder und Eltern beobachten. So entstehen neue soziale Kontakte, die Erziehungs- und Handlungskompetenz der Eltern wird gestärkt und mögliche psychosoziale und körperliche Problemstellungen sowie Sprachdefizite der Kinder können frühzeitig erkannt und bearbeitet werden (ebenda: 58 ff.). Darüber hinaus können Eltern und Kinder mit besonderen Problemlagen gezielt an weiterhelfende Organisationen und Dienste vermittelt werden und soziale Kontakte zu anderen Eltern und Kindern aufbauen.

Somit stellt die Erreichung von Familien mit besonderen Problemlagen eine wichtige Voraussetzung dafür dar, dass sich weitergehende Wirkungen entfalten können. Aus den begleitenden Evaluierungen der Länderprogramme lassen sich in diesem Zusammenhang einige Faktoren ableiten, die in Bezug auf die Zielgruppenerreichung zu berücksichtigen sind (vgl. Diller 2006; pädquis 2008; Universität Hamburg 2009):

- Die Einrichtungen sollten jeweils eigene Konzepte entwickeln, in denen übergreifende Zielrichtungen konkretisiert und genaue Zielgruppen benannt werden. Hierzu sollte sich die Einrichtung zunächst einen Überblick über Daten zur sozialen Lage der Bevölkerung und zu familien- oder kindorientierten Hilfs- und Förderangeboten im Umfeld verschaffen.
- Kindertageseinrichtungen in sozial segregierten Gebieten benötigen für die Weiterentwicklung zu einem Eltern-Kind- oder Familienzentrum eine besondere finanzielle Ausstattung, damit in den Einrichtungen gesonderte besonders niedrigschwellige Angebote

geschaffen werden können (wie z. B. ein caféartiges Einrichtungssetting, Angebote mit informellen Charakter, aufsuchende Arbeit etc.).

- Die Mitarbeiter der Einrichtungen sollten entsprechend der Anforderungen an die Eltern-Kind- bzw. Familienzentren weiterqualifiziert werden.
- Die Arbeit der Einrichtungen sollte durch regelmäßige Berichterstattung und Selbstevaluation begleitet werden.

### **8.3 Sozialraumbezogene Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur**

Ansätze zur sozialräumlichen Vernetzung von Hilfssystemen und Angebotsstrukturen im Bereich der frühkindlichen Bildung sind mittlerweile in einer Vielzahl von Kommunen zu finden. Die Vernetzungsaktivitäten zielen darauf ab, Förderlücken zu schließen und die Qualität bestehender Angebote zu optimieren. Zudem soll mit einer verbesserten Koordination der Angebotsstrukturen eine Biographie begleitende Förderung, die bereits zum Zeitpunkt der Schwangerschaft ansetzt, sichergestellt werden. Hierfür ist eine Vernetzung aller relevanten Institutionen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, des Gesundheitswesens, der interdisziplinären Frühförderung, der Familienberatung und -bildung, der Schwangerschaftsberatung sowie weiterer sozialer Dienste von Bedeutung. Durch die sozialraumbezogene Vernetzung der Institutionen und Angebote soll vermieden werden, dass eine Vielzahl an unzusammenhängenden Einzelmaßnahmen nebeneinander wirken, die an den Bedarfen und der Lebenswelt der Kinder und Familien vorbeigehen. Stattdessen soll sichergestellt werden, dass kein Kind in der Förderstruktur verloren geht und die verschiedenen Hilfsangebote effektiv ineinander greifen. In einer Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend heißt es in diesem Zusammenhang, dass nicht einzelne Modelle für sich eine gute Versorgung von Familien mit Unterstützungsangeboten gewährleisten und den Schutz von Kindern verbessern könnten, sondern dies nur in einem umfassenden und differenzierten Netzwerk "Frühe Hilfen" gelingen könne (DJI 2006: 79).

Kommunale **Ansätze zur sozialraumbezogenen Vernetzung im Bereich der frühkindlichen Förderung** sind mittlerweile in allen Bundesländern zu finden. Bei den Aktivitäten handelt es sich in der Regel um Modellvorhaben des Bundes, einzelner Länder und Projektverbünde oder um Ansätze einzelner Kommunen, die in diesem Bereich besonders aktiv sind (vgl. BZgA 2007). Somit lässt sich in diesem Zusammenhang nicht von einem flächendeckenden Ansatz sprechen, der Bestandteil der regulären frühen Förderung ist. Im Fokus vieler Netzwerke stand zunächst die Einrichtung von kommunalen "Frühwarnsystemen", die dazu dienen sollten, der Kindeswohlgefährdung und Vernachlässigung

entgegenzuwirken. Neuere Ansätze zielen dagegen verstärkt auf präventive Maßnahmen und eine früh einsetzende Förderung ab (LVR 2009). So hat insbesondere die Förderung der Erziehungs- und Beratungskompetenzen von Eltern in prekären Lebenslagen und Risikosituationen an Bedeutung gewonnen (Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2010a: 59).

**Abbildung 8.3: Projektbeispiele für Modellvorhaben zur sozialraumbezogenen Vernetzung im Bereich der frühen Förderung**

*Guter Start ins Kinderleben (4-Länder-Projekt der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Thüringen sowie des BMFSFJ und des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen), NeFF - Netzwerk Frühe Förderung im Rheinland, Netzwerk Kinderschutz in Sachsen, Soziale Frühwarnsysteme in Nordrhein-Westfalen, Netzwerk Kinderschutz als Soziales Frühwarnsystem in Berlin-Mitte, Kind & Ko (gemeinsames Projekt der Städte Chemnitz und Paderborn mit der Bertelsmann und der Nixdorf Stiftung), Lokale Bündnisse für Familie (Initiative des BMFSFJ) wie z. B. das Bündnis für Familien in Nürnberg, Zukunft für Kinder in Düsseldorf, Ein Quadratkilometer Bildung (Freudenberg Stiftung) etc.*

Da sich die Modellvorhaben zur Schaffung sozialraumbezogener Netzwerke häufig noch in der Erprobung oder anfänglichen Implementierung befinden, können im Rahmen dieser Studie keine Aussagen zu langfristigen Wirkungen getroffen werden. Allerdings gibt es zu den bisherigen Modellvorhaben bereits erste Ergebnisse begleitender Evaluierungen und Studien, aus denen sich Rückschlüsse zu den Wirkungspotenzialen dieser Ansätze ziehen lassen. So geht aus verschiedenen Studien hervor, dass die sozialräumliche Vernetzung von Institutionen und Angeboten im Bereich der frühen Förderung eine Steigerung der Qualität und Effizienz von einzelnen Hilfsmaßnahmen und Unterstützungsangeboten mit sich bringt (vgl. Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2010a). Beispielsweise führen lokale Kooperationen dazu, dass sich die verschiedenen Akteure besser kennenlernen und wissen, an wen sie sich bei bestimmten Fragen oder Problemfällen wenden können oder welche kommunalen Hilfsangebote für spezifische Zielgruppen existieren. Zudem können lokale Akteure, die berufsbedingt im Kontakt mit den Familien stehen und im besten Falle bereits eine Vertrauensbasis schaffen konnten (wie z. B. Ärzte oder Hebammen), als vermittelnde Instanzen genutzt werden, um schwer zu erreichende Zielgruppen an Förder- und Beratungsangebote heranzuführen.

Ein weiteres Ergebnis sozialräumlicher Vernetzung ist, dass präventives Handeln erleichtert wird, indem individuelle Risiken und Gefährdungslagen spezifischer Zielgruppen oder gebietsbezogene Problemlagen und Förderlücken im Stadtteil im Austausch mit anderen Akteuren und Einrichtungen frühzeitig identifiziert werden können. Beispielsweise kann im Rahmen der sozialräumlichen Vernetzungsaktivitäten überprüft werden, ob in der Kommune oder in einzelnen Gebieten familienunfreundliche Bedingungen, Benachteiligungsstrukturen oder Förderlücken bestehen, die es im Rahmen der Kooperation zu



verbessern gilt (vgl. ISA 2005). Darüber hinaus kann die interdisziplinäre Vernetzung dazu genutzt werden, dass sich Fachkräfte gemeinsam weiterqualifizieren oder dass übergreifende fachliche Standards entwickelt und beschlossen werden. So kann eine Abstimmung dazu erfolgen, wie krisenhafte Entwicklungen und Förderbedarfe für bestimmte Sozialräume, Zielgruppen und Individuen zu definieren sind und wie die spezifischen Zuständigkeiten der beteiligten Akteure in diesem Zusammenhang im einzelnen aussehen.

Wie die bisherigen Erfahrungen kommunaler Vernetzungsaktivitäten aber auch zeigen, besteht bei Aktivitäten zur lokalen Kooperation jedoch die Gefahr, dass diese ins Leere laufen können und/oder zu einer Frustration der beteiligten Akteure führen. Im Folgenden werden daher einige zentrale Faktoren aufgeführt, die es bei der Implementierung sozialraumbezogener Netzwerke zu berücksichtigen gilt, um Kooperationen möglichst effektiv zu gestalten:

- Erfolgreich verlaufene Vernetzungsaktivitäten in einzelnen Städten, wie z. B. "Mohnheim für Kinder" oder "Kind & Ko" zeigen, dass es sich bei der sozialraumbezogenen Vernetzung zur frühen Förderung von Kindern um einen gesamtstädtischen Prozess handelt, der einer klaren Organisationsstruktur und Moderation bedarf (vgl. u. a. Bertelsmann Stiftung 2009; LVR 2009; ISA 2005).
- In mehreren Fällen hat sich gezeigt, dass es hilfreich sein kann, wenn ein politischer Beschluss den Aktivitäten vorausgeht, auf den sich die beteiligten Akteure berufen können (vgl. LVR 2009). Auf Grundlage eines solchen Beschlusses können leichter strukturelle und nachhaltige Veränderungen herbeigeführt werden.
- Bei der Entwicklung der Organisationsstruktur ist von Bedeutung, dass interdisziplinäre und partizipative Netzwerkstrukturen geschaffen werden, die sowohl eine vertikale Vernetzung zwischen der politischen Ebene, der Verwaltung und der Fachebene als auch eine horizontale Vernetzung zwischen verschiedenen Ämtern, relevanten Akteuren sowie Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen.
- Zu Beginn des Kooperationsprozesses sollten zudem die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der beteiligten Akteure klar geregelt werden. Dabei kann es hilfreich sein, wenn die Aufgabenverteilung und Verantwortlichkeiten schriftlich festgelegt werden. Diese Vereinbarung kann dann im Zuge des Kooperationsprozesses fortgeschrieben werden.
- Zur Initiierung und Moderation des Kooperationsprozesses hat sich in mehreren Fällen die Einrichtung einer Koordinationsstelle bewährt (Bertelsmann Stiftung 2009: 11). Diese sollte möglichst überinstitutionell und interessenunabhängig sein, um zwischen den

verschiedenen Akteuren vermitteln zu können. Ihre Aufgabe ist es, die verschiedenen Akteure einzubinden und Beteiligungsprozesse zu organisieren sowie die Gestaltung des Netzwerkes inhaltlich zu begleiten.

- Bevor Strategien und Ziele formuliert werden, kommt es darauf an, die lokalen Gegebenheiten in den Gebieten zu analysieren. Hierzu sollten mit Hilfe einer Sozialraumanalyse die jeweiligen lokalen Problemlagen, Zielgruppen, Potenziale und Förderstrukturen identifiziert und systematisiert werden.
- Auf Grundlage der Sozialraumanalyse sollten dann von den beteiligten Akteuren gemeinsame klare Ziele formuliert werden. Bei der Formulierung der Ziele ist darauf zu achten, dass das Vorhaben nicht mit zu umfangreichen Zielen und Erwartungen überfrachtet wird. So wird in der Arbeitshilfe zu Frühen Hilfen für Familien des Landes NRW zu Recht darauf verwiesen, dass ein soziales Frühwarnsystem kein Mittel zur Verhinderung aller riskanten Entwicklungen ist, die in einem Sozialraum oder beim Aufwachsen von Kindern auftreten können (ISA 2005: 21). Zu umfassende oder diffuse Zielsetzungen können zu Frustrationen der beteiligten Akteure führen.
- Schließlich sollte der gesamte Prozess durch ein Sozialraummonitoring und Evaluierungen begleitet werden. Das Monitoring dient dazu, die Entwicklung in den einzelnen Gebieten anhand von kleinräumigen Daten zu beobachten, um möglichst frühzeitig auf besondere Problemlagen reagieren zu können. Aufgabe der begleitenden Evaluierung ist es, die Implementierung und Zielerreichung der durchgeführten Aktivitäten zu überprüfen.

#### **8.4      Aufsuchende Familienberatung und -begleitung**

Ziel der aufsuchenden Familienberatung und -begleitung ist es, die Erziehungskompetenz von ansonsten schwer zu erreichenden Eltern zu stärken und insbesondere für Familien mit besonderen Problemlagen Hilfestellungen in der frühen Kindheit zu gewähren, bevor es zu einer Gefährdung des Kindeswohls kommt (BZgA 2007: 15). Darüber hinaus kann die aufsuchende Familienberatung dazu dienen, bildungsferne Familien oder Familien mit Migrationshintergrund an das deutsche Bildungssystem heranzuführen. Abhängig vom jeweiligen Projektansatz werden die Familien dabei zu Hause oder an zentralen Orten im Quartier aufgesucht, um sie zu wichtigen Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitsfragen zu beraten oder über bestehende Hilfs- und Förderangebote im Quartier zu informieren. Durch möglichst früh einsetzende präventive Maßnahmen sollen die Erziehungskompetenz der Eltern gestärkt und die Qualität der Eltern-Kind-Beziehung, die Bindungssicherheit und die psychosozialen Umgebungsbedingungen verbessert werden. Zwar ist die

aufsuchende Familienhilfe nicht auf einzelne Quartierstypen beschränkt, sie kommt aber insbesondere in sozial benachteiligten städtischen Gebieten zum Einsatz. Dabei kann sie auf sozialraumbezogenen Vernetzungen aufbauen und bestehende Angebote zur sozial-räumlichen Integration von Kindern und Jugendlichen ergänzen.

In Deutschland sind in den letzten Jahren eine Reihe an Modellvorhaben, Initiativen und Projekten, die Angebote der aufsuchenden Familienberatung und -begleitung beinhalten, entstanden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere zwei Typen von Projektansätzen zu nennen:

- Initiativen von Ländern, Kommunen und des Bundes im Bereich der Frühen Hilfe, die darauf abzielen, die Zugangsmöglichkeiten von Hebammen zu nutzen, um Frauen bzw. Familien zu erreichen, die sich ansonsten amtlicher oder sozialer Hilfsangebote entziehen (Modellvorhaben Familienhebamme),
- Initiativen von Kommunen oder Akteuren der Zivilgesellschaft im Rahmen integrierter Stadtentwicklungsprogramme, die sich insbesondere an Eltern mit Migrationshintergrund richten und den Zugang zu schwer zu erreichenden Familien über Multiplikatoren aus den Communities der jeweiligen Zielgruppe herzustellen versuchen (wie z. B. Stadtteilmütter oder Elternlotsen).

### **Modellvorhaben Familienhebamme**

Das Modellvorhaben Familienhebamme, das mittlerweile in mehreren Ländern und Kommunen in Deutschland erprobt und umgesetzt wird, ist nach dem Vorbild des amerikanischen "Nurse-Family-Partnership-Programm" entstanden, das Ende der 1970er Jahre entwickelt wurde. Das Programm sieht eine Betreuung von Frauen aus schwierigen sozialen Verhältnissen, die mit dem ersten Kind schwanger sind, durch Krankenschwestern im Rahmen von Hausbesuchen vor (vgl. BZgA 2007; Maier-Pfeiffer/Pfeiffer 2006). In Deutschland wurde der Projektansatz erstmals in Bremen übernommen, wo in den 1980er Jahren eine aufsuchende Beratung und Betreuung von schwangeren Frauen und Müttern bis zum ersten Lebensjahr des Kindes erfolgte. Mittlerweile wurden in fast allen Bundesländern in mehreren Kommunen ähnliche Modellansätze entwickelt, die in der konkreten Ausgestaltung zum Teil sehr stark variieren können. Auf Bundesebene werden die Ergebnisse durch das Aktionsprogramm "Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme" zusammengeführt. Hierzu wurde im Jahr 2007 das Nationale Zentrum Frühe Hilfen eingerichtet, das von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dem Deutschen Jugendinstitut in gemeinsamer Trägerschaft betrieben wird.

**Abbildung 8.4: Projektbeispiele für das Modellvorhaben Familienhebamme**

*Bremer Modell Aktion Familienhebammen, Modellprojekt Hebammenprojekt Emsland (Kinderschutzbund), Modellprojekt Aufsuchende Familienhilfe für junge Mütter - Netzwerk Familienhebammen (Niedersachsen), BMFSFJ-Aktionsprogramm Pro Kind (in den Ländern Niedersachsen, Bremen, Sachsen gemeinsam mit der Stiftung Pro Kind), Wie Elternschaft gelingt (STEEP) (Brandenburg), Keiner fällt durchs Netz (Hessen), Familienhebammen im Land Sachsen-Anhalt, Familienhebammen im Landkreis Osnabrück, Familienhebammenprojekt "Kleemobil" in Stralsund/Grünhufe etc.*

Zu einigen Modellvorhaben liegen bereits erste Evaluationsberichte und Studien vor. Im Folgenden werden einige übergreifende zentrale Ergebnisse dargestellt, die sich aus den Untersuchungen in Bezug auf die sozialräumliche Inklusion von Kindern und Jugendlichen ergeben. Das Deutsche Jugendinstitut hat im Jahr 2006 eine Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Bundesländern durchgeführt. In dem Bericht werden pflegerische Besuchsdienste durch Familienhebammen positiv bewertet. So könnten Hebammen aufgrund ihrer nicht stigmatisierenden Funktion leichter einen beratenden und unterstützenden Zugang zu Frauen mit besonderen sozialen Problemlagen aufbauen (DJI 2006). Allerdings wird in verschiedenen Studien auch darauf verwiesen, dass die Familienhebamme nicht für die Lösung aller Probleme zuständig sein kann. Vielmehr sei es von Bedeutung, dass sie von Anfang an mit anderen Einrichtungen der Familienhilfe und -förderung zusammenarbeitet, um die Mütter an reguläre Hilfs- und Förderstrukturen heranführen zu können (vgl. DJI 2006; ies 2005b; Nationales Zentrum Frühe Hilfen 2010a; Maier-Pfeiffer/Pfeiffer 2006). Hierfür ist ein sozialraumbezogener Ansatz von großer Bedeutung. In den USA wird das bereits erwähnte vergleichbare Programm im Rahmen eines experimentellen Kontrollgruppendesigns, das eine Messung von harten Effekten ermöglicht, evaluiert und im Ergebnis bisher sehr positiv bewertet. So konnte u. a. eine Verbesserung der mütterlichen und kindlichen Gesundheit während der Schwangerschaft, eine Verbesserung der elterlichen Fürsorge und eine signifikante Verbesserung der kindlichen emotionalen und kognitiven Entwicklung im Alter von sechs Jahren nachgewiesen werden (Olds et al. 2004).

### **Multiplikatorenprojekte**

Einen etwas anderen Ansatz der aufsuchenden Familienberatung und -begleitung haben Modellvorhaben gewählt, die darauf abzielen, den Zugang zu schwer zu erreichenden Familien, insbesondere mit Migrationshintergrund, über Multiplikatoren aus der Community der jeweiligen Zielgruppe herzustellen. Dabei findet die Lebenswelt und das soziokulturelle Umfeld der jeweiligen Zielgruppe eine besondere Berücksichtigung. Vorbild für diesen Projektansatz ist das niederländische Rucksack-Projekt, das darauf abzielt, Eltern als

Partner der Erzieher stärker in die Bildung ihrer Kinder einzubeziehen. In Deutschland wurden mittlerweile in mehreren Ländern und Kommunen ähnliche Projektansätze entwickelt. Als Vorreiter sind insbesondere die Diakonie Berlin mit dem Projekt **"Stadtteilmütter"** und die Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien Nordrhein-Westfalen mit dem **"Rucksack-Projekt"** zu nennen. Darüber hinaus sind auch Migrantenorganisationen in diesem Zusammenhang aktiv, wie z. B. der Türkische Bund Berlin-Brandenburg mit dem Projekt "Elternlotsen". Bei den Projekten dieser Art, die sich überwiegend an Eltern mit Migrationshintergrund richten, werden zunächst erwerbslose Personen aus dem Stadtteil als Multiplikatoren ausgebildet. Nach der Schulung nehmen die Multiplikatoren zu Eltern im Stadtteil, die dem gleichen Kulturraum entstammen, Kontakt auf, um sie zu Erziehungs- und Gesundheitsthemen zu beraten und ggf. an weiterführende professionelle Beratungs- und Förderangebote der Kommune zu vermitteln.

**Abbildung 8.5: Projektbeispiele für Multiplikatorenprojekte**

*Stadtteilmütter in Berlin (Diakonie Berlin), Schutzengel-Projekt in Flensburg (Soziale Stadt Flensburg), Stadtteilmütter Augsburg (Deutscher Kinderschutzbund Kreisverband Augsburg e.V.), Stadtteilmütter Ratingen, Rucksackprojekt in NRW (RAA), Elternlotsen in Berlin (TBB), Elternlotsen Offenbach, Elternlotsenprojekt Niedersachsen etc.*

Ergebnisse von bisherigen Projektevaluierungen weisen darauf hin, dass von dem Projektansatz zum einen die Multiplikatoren selbst profitieren, indem sie neues Wissen und Fähigkeiten erlangen, an Selbstsicherheit hinzugewinnen und neue soziale Kontakte zu anderen Multiplikatoren aufbauen. Zum anderen können die Projekte zu einer Erweiterung der Kenntnisse der erreichten Zielgruppen in Bezug auf Erziehungs-, Bildungs- und Gesundheitsthemen führen und eine Motivierung zur Verhaltensänderung mit sich bringen. Allerdings treten bei der Umsetzung auch einige Schwierigkeiten auf. So weisen Evaluationsergebnisse der "Stadtteilmütter" in den QM-Gebieten Neuköllns darauf hin, dass es problematisch sein kann, wenn die Fördergebietsabgrenzung zu eng erfolgt. So konnten die sozialen Netzwerke der Stadtteilmütter, die für den Zugang zu potenziellen Familien genutzt werden sollten, nicht immer ausgeschöpft werden, da die sozialen Netzwerke der Stadtteilmütter oftmals über die Grenzen des Programmgebiets hinausgingen.<sup>45</sup>

---

<sup>45</sup> <http://www.quartiersmanagement-berlin.de/Evaluation-des-Projektes-Neukoellner-Stadtteilmuetter.3775.0.html>

## 8.5 Anwendung von innovativen Lernkonzepten zur Förderung der Kinder unter Einbeziehung der Eltern

Neben den aufsuchenden Ansätzen zur Elternberatung und -begleitung gibt es eine Reihe von niedrigschwelligen Elternbildungsprogrammen, die darauf abzielen, die Einbeziehung der Eltern mit der Anwendung von besonderen Lernkonzepten zur Förderung der Kinder zu verbinden. Als Beispiel ist hier das aus Israel stammende Programm **HIPPY (Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters)** zu nennen, das in Deutschland erstmals 1991 an den Modellstandorten Bremen und Nürnberg durchgeführt wurde und sich mittlerweile bundesweit an 28 Standorten etabliert hat. Bei dem Programm handelt es sich um ein Hausbesuchsprogramm zur Unterstützung von bildungsbenachteiligten Eltern mit Kindern im Vorschulalter. Eine besondere Zielgruppe stellen hierbei Eltern mit Migrationshintergrund dar. Um Eltern aktiv an dem Bildungsprozess ihrer Kinder zu beteiligen, erhalten die Eltern eigens für das Programm entwickelte Spiel- und Lernmaterialien, die ihnen Anregungen zu gemeinsamen Aktivitäten mit ihrem Kind bieten.

Auf Grundlage der Materialien sollen die Eltern täglich 15-20 Minuten zusammen mit ihren Kindern am Tisch verbringen, um Bücher vorzulesen, Puzzles zusammenzusetzen oder Lernspiele durchzuführen. Unterstützung erhalten die Eltern durch speziell geschulte Laienhelferinnen, bei denen es sich häufig um Mütter aus der Zielgruppe handelt. Zudem finden regelmäßige Gruppentreffen statt, bei denen die Eltern relevante Informationen zu den Themenfeldern Gesundheit, Erziehung und Bildung sowie über weitere soziale Angebote im Stadtteil erhalten. Diese Gruppentreffen bieten gleichzeitig eine Plattform, um sich gegenseitig kennenzulernen und soziale Netzwerke zu bilden. Ziel ist es, die Arbeit des Kindergartens zu ergänzen und die Kinder fit für die Schule zu machen. Darüber hinaus sollen den beteiligten Eltern Wissen und Kompetenzen vermittelt werden, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Erziehungsaufgaben selbstbewusst und eigenverantwortlich wahrnehmen zu können (vgl. HIPPY Deutschland e.V. 2009). Zur Weiterentwicklung des Programms wurde im Jahr 2003 der Dachverband HIPPY Deutschland e.V. gegründet. Abhängig vom jeweiligen Standort wird das Programm aus unterschiedlichen Finanzierungsquellen gefördert (Soziale Stadt, Stiftungen, Europäischer Flüchtlingsfonds, Jugendhilfebudget der lokalen Träger etc.).

Hinsichtlich der Wirkungen des Programms weisen Ergebnisse begleitender Evaluierungen darauf hin, dass das Lernverhalten und die Konzentrationsfähigkeit der Kinder durch die Förderung positiv beeinflusst werden (vgl. BAMF 2009). Weitere Veränderungen können in einer Stärkung des Selbstbewusstseins der Eltern und in Verbesserungen der Beziehungen der Familienmitglieder untereinander bestehen.<sup>46</sup> Aus der Begleitforschung des

---

<sup>46</sup> Vgl. [http://www.hippy-deutschland.de/material\\_untersuchungen.php](http://www.hippy-deutschland.de/material_untersuchungen.php)

Programms "**Opstapje**", das auf einem ähnlichen Ansatz wie HIPPY beruht, geht allerdings hervor, dass sich neun Monate nach Programmende nur bei wenigen Kindern die beobachteten Verbesserungen in der kognitiven, motorischen und Verhaltensentwicklung erhalten bzw. weiter verstärkt hätten (DJI 2005b), was auf einen längerfristigen Unterstützungsbedarf der Familien hindeutet. Um allgemeinere Erkenntnisse über mittel- und langfristige Effekte von aufsuchenden Programmen gewinnen zu können, sind weitere Untersuchungen notwendig.

**Abbildung 8.6: Projektbeispiele zur Anwendung von innovativen Lernkonzepten zur Förderung der Kinder unter Einbeziehung der Eltern**

*HIPPY - Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters (Israel, Bremen, Nürnberg, Cuxhaven, Berlin, Frankfurt, München etc.), Ostapje (Niederlande, Bremen, Nürnberg), Early-Excellence-Zentren (wie z. B. Pestalozzi-Fröbel-Haus Berlin, Kinderhaus St Josef Stuttgart, Familienzentren in Hannover, Kirchengemeinde Wolfsburg), LEMMA - Lernen mit Mamma, PAT - Parents as Teachers (USA, Nürnberg), Familie und Nachbarschaft (FuN) in Nordrhein-Westfalen, Berlin und Niedersachsen etc.*

Einen weiteren interessanten Projektansatz beinhalten in diesem Zusammenhang die "**Early Excellence Zentren**", die in Deutschland nach Vorbild des britischen "Early Excellence Centre" Programms entstanden sind. Das Programm wurde 1997 von der britischen Regierung ins Leben gerufen und zeichnete sich dadurch aus, dass neue Formen der Elternarbeit und -bildung mit einer gezielten Förderung von Kindern verbunden werden sollten. Diesem Ansatz liegen die Überzeugungen zu Grunde, dass jedes Kind exzellent ist und Eltern die wichtigsten Menschen im Leben ihrer Kinder und ihre ersten Erzieher darstellen (vgl. Burdorf-Schulz 2003; Ofsted 2004). Zur besseren Zusammenarbeit mit den Eltern wird jeder Familie ein Erzieher zugeordnet, der die Familie von der Eingewöhnung an bis zum Verlassen der Kindertagesstätte aktiv begleitet. Dabei stehen die Potenziale der Kinder im Vordergrund. Indem sowohl Eltern als auch Erzieher die Potenziale und Entwicklung des Kindes gezielt beobachten und anhand von Fotos, Videos oder Berichten dokumentieren, werden die Kinder von beiden Seiten aktiv unterstützt und begleitet. Die Kinder erfahren als Individuen Anerkennung und werden in ihrem Selbstbewusstsein gestärkt. In den Einrichtungen werden darüber hinaus Eigeninitiativen der Eltern gefördert und Angebote für Eltern und Kinder ausgeweitet.

In Deutschland wird die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Early-Excellence-Zentren von der Heinz und Heide Dürr-Stiftung gefördert. Im Jahr 2001 wurde das erste deutsche Early-Excellence-Zentrum im Kinder- und Familienzentrum Schillerstraße in Berlin eröffnet. Seit 2004 wird der Ansatz auf weitere Standorte in Berlin, Baden-Württemberg und Niedersachsen übertragen. Ziel der Stiftung ist es, den Ansatz bundes-

weit zu verankern.<sup>47</sup> Anhand der bisherigen Ergebnisse zu den Erfahrungen mit dem Early-Excellence-Ansatz in Deutschland ist festzustellen, dass die Anwendung dieses Konzeptes viele Herausforderungen mit sich bringt und großen Einsatz und Engagement von den beteiligten Akteuren bedarf. Wichtig ist, dass der Weiterentwicklungsprozess mit einer regelmäßigen Evaluierung verbunden wird und somit ständige Lern- und Entwicklungsprozesse zulässt. Insgesamt bietet das Konzept die Chance, eine dauerhafte Qualitätsverbesserung einzuleiten und somit einen Beitrag zur Stärkung der Familien und zur Verbesserung der Bildungschancen der Kinder zu leisten.

Neben den beschriebenen Projektansätzen, deren Fokus auf eine gezielte Förderung der Kinder gerichtet ist, gibt es auch Lernkonzepte, die den Schwerpunkt auf eine Verbesserung der Eltern-Kind-Beziehung und die Stärkung der sozialen Netzwerke im Stadtteil legen. Als Beispiel kann hier die Initiative **"Familie und Nachbarschaft (FuN)"** genannt werden, die vom Landesinstitut für Qualifizierung Nordrhein-Westfalen und dem Institut praepaed in mehreren Bundesländern durchgeführt wird.<sup>48</sup> Bei dem Programm geht es um die Stärkung des inneren Zusammenhalts in der Familie und die Stärkung der Familie in ihrem sozialen Umfeld. Zielgruppe sind insbesondere sozial benachteiligte und bildungsungewohnte Eltern mit ihren Kindern. Zu Beginn der Durchführung wird eine Gruppe aus Eltern und Kindern im Stadtteil gebildet, die acht Wochen lang im wöchentlichen Rhythmus zusammenkommt. Die Gruppe wird von multiprofessionell zusammengesetzten Teams begleitet. So arbeitet ein Erzieher der beteiligten Einrichtung mit einem Kollegen aus einem familienbezogenen Dienst im Stadtteil zusammen. Bei den Treffen werden die Eltern in ihrer Rolle der Erzieher unterstützt, indem sie ihren Kindern die Spielregeln für die gemeinsamen Aktivitäten erklären und kleine Aufträge an sie weitergeben. Insgesamt zielt die Initiative darauf ab, die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken, die Bindung zwischen Eltern und Kindern zu verbessern sowie Eltern und Kinder in die sozialen Netze im Nahbereich zu integrieren.

## 8.6 Fazit

Im Handlungsfeld Familie und frühkindliche Bildung ist eine Vielzahl an Aktivitäten zur Verbesserung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung festzustellen. In den benachteiligten Stadtteilen wurden insbesondere baulich-investive Maßnahmen zur Verbesserung der Spiel- und Lernumgebung sowie Aktivitäten zur sozialräumlichen Vernetzung

---

<sup>47</sup> Vgl. <http://www.heinzundheideduerrstiftung.de>

<sup>48</sup> <http://www.praepaed.de/die-idee.html>



und zur Erprobung aufsuchender und niedrigschwelliger Ansätze realisiert. Daneben hat die Ansprache und Einbindung der Eltern an Bedeutung gewonnen.

Den Kindertagesstätten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Sie sind für den Abbau familiär bedingter Ungleichheiten in den Bildungschancen wichtig. Darüber hinaus können sie genutzt werden, Entwicklungsdefizite von Kindern abzumildern oder im besten Falle auszugleichen und niedrigschwellige Elternarbeit zu leisten. Hierfür ist es allerdings erforderlich, dass insbesondere die Familien mit einem besonderen Förderbedarf einen Zugang zu den Einrichtungen finden. Die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familien- oder Eltern-Kind-Zentren hat sich hierfür als sinnvoller Ansatz erwiesen, eine hinreichende Mittelausstattung vorausgesetzt. Darüber hinaus kann die Anwendung von innovativen Lernkonzepten, wie z. B. niedrigschwelligen Elternbildungsprogrammen oder dem Early-Excellence-Ansatz, dazu dienen, die Kinder und Familien gezielt zu fördern und in ihren Potenzialen zu stärken.

Darüber hinaus kommt es zur Erreichung der Eltern, die besonderer Unterstützung bedürfen, auf die aufsuchende Familienberatung und -begleitung an. Was professionelle Angebote dieser Art anbelangt, werden Familienhebammen in Evaluationsstudien positiv bewertet, für das entsprechende Programm in den USA konnten positive Effekte für die Gesundheit und die emotionale und kognitive Entwicklung der Kinder nachgewiesen werden. Auch der Einsatz von Multiplikatoren aus dem Stadtteil (z. B. Stadtteilmütter) hat sich bewährt.

In einer Reihe von Städten wurden kommunale und/oder quartiersbezogene Netzwerke von Einrichtungen der Frühen Hilfe geschaffen und bestehende Angebote um aufsuchende Ansätze ergänzt, um präventives Handeln zu ermöglichen und Förderlücken zu schließen. Die Vernetzung wirkt sich positiv auf die Qualität und Effizienz der einzelnen Hilfsmaßnahmen aus, senkt so die Gefahr von Kindeswohlgefährdung bzw. erhöht die Entwicklungschancen der betroffenen Kinder.

Die einzelnen Projektansätze, die in diesem Kapitel vorgestellt worden sind, hängen in der Praxis stark miteinander zusammen. Um möglichst große Wirkungen zur Stärkung der sozialen Inklusion zu entfalten, kommt es darauf an, die verschiedenen Ansätze zu kombinieren und zu verknüpfen.

## **9. Projektansätze im Handlungsfeld Schule und Bildung**

Der Bereich "Schule und Bildung" ist das zentrale Handlungsfeld, wenn es um die Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen geht. Wie internationale Vergleichsstudien der OECD bereits mehrfach gezeigt haben, hängt der Bildungserfolg in Deutschland sehr stark von der sozialen Herkunft ab. Dieser Zusammenhang macht sich insbesondere in problembehafteten städtischen Gebieten bemerkbar, die über einen hohen Anteil von sozial schwachen Familien verfügen. In diesen Gebieten stehen die Schulen, die die zentralen Bildungsorte im Quartier darstellen, vor besonderen Herausforderungen. Zum einen müssen sie sich in der Konkurrenz zu anderen Schulen bewähren und qualitativ hochwertige Bildungsangebote schaffen, um auch für leistungsstarke Schüler interessant zu sein. Zum anderen müssen sie insbesondere für Schüler aus sozial schwachen Familien besondere Förder- und Betreuungsangebote bereit halten, die den jeweiligen individuellen Bedürfnissen der Schüler entsprechen. In Westdeutschland geht die sozialräumliche Konzentration von Familien und Schülern aus sozial schwachen Familien mit einer Konzentration von Familien und Schülern mit Migrationshintergrund einher. Somit besteht eine weitere Herausforderung der Schulen darin, durch interkulturelle Arbeit und Sprachförderung die Verständigung zwischen den Schülern aus verschiedenen Kulturkreisen zu verbessern. In diesem Zusammenhang haben Bund, Länder und Kommunen sowie zivilgesellschaftliche Akteure eine Reihe an Aktivitäten und Ansätzen entwickelt, die die Schulen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützen und die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in problembehafteten städtischen Gebieten verbessern sollen. In diesem Kapitel werden folgende zentrale Ansätze näher beleuchtet und bewertet werden:

- Bereitstellung zusätzlicher Personal- und Lehrmittel für Schulen in sozial benachteiligten Quartieren,
- Aufwertung und Erweiterung der Infrastruktur für schulische und außerschulische Zwecke,
- Öffnung der Schulen in den Stadtteil und Ausweitung des Bildungs- und Betreuungsangebots,
- Entwicklung von lokalen Bildungsnetzwerken,
- Elternaktivierung und -beteiligung,
- Einbeziehung von ehrenamtlichen Akteuren, die als Mentoren oder Vorbilder fungieren,
- Einrichtung von Sprachkompetenzklassen an Grundschulen,
- Aktivitäten zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf.

Die schulbezogenen Aktivitäten werden bei der Implementierung an einzelnen Schulen in der Regel miteinander verknüpft und lassen sich kaum voneinander trennen. In diesem Kapitel wird jedoch eine analytische Trennung vorgenommen, um zentrale Ansätze besser herausarbeiten und bewerten zu können. Bei der Bewertung der sozialraumbezogenen Handlungsansätze und Aktivitäten ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass diese die originären schulischen Aufgaben lediglich ergänzen und nicht ersetzen können. Somit ist die Leistung der Schüler durch diese zusätzlichen Aktivitäten allein nicht wesentlich beeinflussbar, sondern hängt von einer Reihe weiterer schulbezogener Faktoren, wie der Klassengröße oder der Qualität der Lehre ab. Die Wirkungen einzelner Projektaktivitäten lassen sich daher nur schwer anhand von quantitativen Ergebnissen bestimmen, sondern müssen in der Regel mittels qualitativer Analysen näher beleuchtet werden.

### **9.1 Bereitstellung zusätzlicher Personal- und Lehrmittel für Schulen in sozial benachteiligten Quartieren**

Da Schulen in sozial benachteiligten städtischen Quartieren aufgrund ihrer Schülerschaft mit besonderen Herausforderungen konfrontiert sind, besteht ein zentraler Handlungsansatz darin, diese Schulen mit zusätzlichen Personal- und Lehrmitteln zu versehen, um die Schulen beispielsweise in die Lage zu versetzen, kleinere Klassen einzurichten oder zusätzliche Sozialarbeiterstellen zu schaffen.

**Abbildung 9.1: Beispiele für Ansätze zur Bereitstellung zusätzlicher Personal- und Lehrmittel für Schulen in sozial benachteiligten Quartieren**

*"Weighting system" Niederlande, Berücksichtigung der sozialräumlichen Lage der Schulen bei der Mittelvergabe der Länder (z. B. in Bayern, Hamburg oder Nordrhein-Westfalen), Teach First (Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen) etc.*

In diesem Zusammenhang stellt das niederländische Bildungssystem ein interessantes Beispiel dar, da die Ressourcenzuweisung hier bereits seit über 20 Jahren vom jeweiligen Anteil der Schüler aus sozial schwachen oder bildungsfernen Familien abhängt. Daher wird im Folgenden zunächst auf dieses Beispiel aus dem Ausland näher eingegangen, bevor anschließend auf Ansätze in Deutschland näher eingegangen wird.

#### **"Weighting system" Niederlande**

In den Niederlanden wurde zur Verteilung zusätzlicher finanzieller Ressourcen für Personal- und Lehrmittel bereits 1985 ein gewichtetes Verteilungssystem ("Weighting system")

eingeführt, nach dem Grundschulen mit einem hohen Anteil sozial schwacher Schüler höhere Schulbudgets zugewiesen bekommen (Dutch Ministry of Education 2007; Duke University 2009). Bis 2006 wurden insbesondere Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern sowie Kinder aus Einwandererfamilien, deren Eltern eine niedrige Bildung haben, besonders gewichtet (mit zusätzlich 0,25 und 0,9). Seit der Neuregelung von 2006 wird die Verteilung des sogenannten schülergebundenen Budgets anhand folgender Kriterien vorgenommen: 1) Schüler, deren Eltern nicht mehr als eine einfache Ausbildung haben (lower vocational training/prevocational education), werden nun mit zusätzlich 0,3 gewichtet. 2) Schüler, von denen ein Elternteil keinen Schulabschluss hat (primary education) und das andere Elternteil nicht mehr als eine einfache Ausbildung aufweist, werden mit zusätzlich 1,2 gewichtet. Das Kriterium Herkunft der Eltern spielt somit keine Rolle mehr für die Zuweisung zusätzlicher Mittel.<sup>49</sup> Eine Untersuchung der Duke Universität hat gezeigt, dass in den vier größten Städten höher gewichtete Schulen in der Vergangenheit bis zu 70 Prozent mehr Mittel erhielten als die am niedrigsten gewichteten Schulen (Duke University 2009: 31). Mit den zusätzlichen Mitteln hätten an den höher gewichteten Schulen ungefähr 58 Prozent mehr Lehrer und fast doppelt so viele zusätzliche Unterstützungskräfte eingestellt werden können als an den niedrig gewichteten Schulen.

Bei der Bewertung der Effekte wird allerdings darauf hingewiesen, dass diese zusätzliche Förderung allein nicht ausreicht, um die Nachteile der Schulen auszugleichen, die durch die hohen Anteile von Schülern mit besonderem Förderbedarf entstehen. Zwar hätten in den Niederlanden durchgeführte multivariate Analysen auf Grundlage von regelmäßig durchgeführten Schülertests (des Central Institute for Test Development) bei achtjährigen Schülern ergeben, dass negative Effekte von Schulen, die von der Zusammensetzung der Schüler ausgingen, leicht rückgängig seien. Insgesamt würden die höher geförderten Schulen bei den Tests aber immer noch schlechter als die niedrig gewichteten Schulen abschneiden. Hieraus wird in der Studie der Duke University geschlussfolgert, dass eine andere Ressourcenverteilung allein nicht dazu beitragen könne, die Bildungsnachteile von Schülern aus sozial schwachen Familien vollständig auszugleichen (ebenda: 21 f.). Die Duke University sieht insbesondere in Differenzen der Schulqualität eine weitere Erklärungskomponente. So wird anhand einer Auswertung von Berichten der Schulbehörden aufgezeigt, dass bestimmte Qualitätsmerkmale, wie z. B. auf die eigenen Schüler zugeschnittene Lehrprogramme, an höher gewichteten Schulen seltener zu finden seien. Eine mögliche Ursache wird darin gesehen, dass Schulen mit höheren Anteilen von Schülern mit besonderem Förderbedarf größere Schwierigkeiten haben könnten, hoch qualifiziertes Personal anzuwerben. Eine weitere Schwierigkeit könnte darin bestehen, dass das Per-

---

<sup>49</sup> Diese Anpassung liegt u. a. darin begründet, dass in den Grundschulen mittlerweile immer mehr Kinder mit Migrationshintergrund der dritten Generation angehören. Die Herkunft der Eltern verliert somit an Aussagekraft.

sonal an den höher gewichteten Schulen für die Herausforderungen, die mit einem hohen Anteil von Schülern mit besonderem Förderbedarf einhergehen, nicht ausreichend geschult sei und den Schulleitern und Lehrern somit Kenntnisse und Kompetenzen für geeignete Handlungsstrategien fehlen (ebenda: 32).

### **Sozialindex Hamburg**

In Deutschland erfolgt die Ressourcenzuweisung der Länder fast ausschließlich nach Größe der "Schülerpopulation" (vgl. Hüttenberger 2005). Allerdings sind mittlerweile in einzelnen Bundesländern Ansätze zu finden, die bei der Zuweisung von zusätzlichen Lehr- und Personalmitteln soziokulturelle Faktoren wie den Anteil der Schüler aus sozial schwachen Familien oder den Anteil der Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache berücksichtigen. So hat beispielsweise das Land Hamburg im Jahr 2005 einen Sozialindex eingeführt, der die spezifischen soziokulturellen Rahmenbedingungen einer Schule abbildet und auf dessen Grundlage die Zuweisung von Ressourcen erfolgt (Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg 2007 und 2009a). Die Sozialindizes für die Schulen (Grundschulen und Sekundarstufe I) wurden auf Grundlage von Angaben des Statistischen Landesamtes sowie von Schüler- und Elternbefragungen ermittelt, die im Rahmen der Untersuchungen "Kompetenzen und Einstellungen von Schülerinnen und Schülern - Jahrgangsstufe 4 und Jahrgangsstufe 7" (KESS 4 und KESS 7) sowie "Aspekte der Lernausgangslage und der Lernentwicklung - Klassenstufe 9" (LAU 9) durchgeführt wurden. Gegenstand der Erhebungen waren Fragen zur Herkunft der Eltern sowie zum ökonomischen, kulturellen und schulbezogenen sozialen Kapital im Elternhaus. Bei der Berechnung des Sozialindexes für die Grundschulen wurde darüber hinaus die soziale Belastung der Schule im Stadtteil gemessen an den Variablen durchschnittliche Wohnungsgröße, Wohnfläche je Einwohner, Anteil Sozialbauwohnungen, Wahlbeteiligung, Anteil der Arbeitslosen und Anteil der Sozialhilfeempfänger berücksichtigt. Die Berechnung des Sozialindexes einer Schule erfolgt anhand der verschiedenen Indikatoren auf Grundlage des Gesamtdatensatzes aller Schulen. Im Ergebnis wird den Schulen ein Sozialindex von KESS-Index 1 (stark belastete soziale Lage der Schülerschaft) bis KESS-Index 6 (bevorzugte soziale Lage der Schülerschaft) bzw. von LAU-Index 1 (stark belastete soziale Lage der Schülerschaft) bis LAU-Index 4 (gering belastete soziale Lage der Schülerschaft) zugewiesen. Auf Grundlage dieser Indizes erfolgt die Zuteilung von Sprachförderressourcen, die Absenkung der Klassenfrequenzen für Grundschulen in Stadtteilen mit sozialen Problemlagen, die Schaffung von zusätzlichen Erzieherstellen für Ganztagschulen in sozial schwierigen Gebieten, der Ausgleich des Mehraufwands für die Durchführung des Vorstellungsverfahrens für Viereinhalbjährige sowie die Bemessung der Ausstattung der Schulbüros (ebenda).

## **Teach First**

Neben den Budgetzuweisungen der Länder gibt es auch private Initiativen, die auf eine Unterstützung von Schulen in sozial benachteiligten Quartieren durch eine Verstärkung der Ressourcen abzielen. Beispielsweise ist hier das Programm "Teach First" zu nennen, das in Deutschland im Jahr 2009 nach dem Vorbild von Programmen in den USA und Großbritannien in einigen Ländern startete.<sup>50</sup> Die Initiative sieht vor, dass junge Hochschulabsolventen aller Fachrichtungen mit überdurchschnittlichem Studienabschluss und hohen sozialen Kompetenzen für zwei Jahre als zusätzliche Lehrkräfte in Schulen in sozial benachteiligten Quartieren eingesetzt werden. Die Gehälter werden öffentlich finanziert. Die weiteren Kosten, die für die Auswahl, Schulung und Begleitung der Fellows anfallen, werden von verschiedenen Unternehmen und Stiftungen getragen. Mittlerweile wird das Programm in fünf Bundesländern (Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen) mit rund 100 Fellows durchgeführt. Das Programm zielt darauf ab, das hohe Engagement der Absolventen zu nutzen, um die Bildungsleistungen der Schüler zu verbessern und bestehende Angebote an den Schulen auszuweiten. Darüber hinaus sollen die Kenntnisse und Fähigkeiten der Absolventen für deren weiteren beruflichen Werdegang gestärkt werden. Das Programm wird begleitend evaluiert. Aufgrund der kurzen Laufzeit liegen für die Umsetzung in Deutschland allerdings noch keine Erkenntnisse vor. Ergebnisse von Untersuchungen aus Großbritannien weisen darauf hin, dass ein besonderer Erfolgsfaktor dieses Ansatzes in der Entwicklung innovativer Lehrmethoden und -stile durch die Fellows besteht (Hutchings et al. 2006). Allerdings sei das Programm insgesamt auch mit einem großen Zeit- und Kostenaufwand verbunden, der insbesondere auf die anfängliche Trainingszeit der Absolventen zurückzuführen ist (ebenda).

## **9.2      Aufwertung und Erweiterung der Infrastruktur für schulische und außerschulische Zwecke**

Aktivitäten zur Verbesserung und Erweiterung der Bildungsinfrastruktur für schulische und außerschulische Zwecke werden in benachteiligten städtischen Gebieten insbesondere im Rahmen der Förderprogramme der integrierten Stadtentwicklung durchgeführt. Ähnlich wie im Bereich der frühkindlichen Bildung werden in diesem Zusammenhang größtenteils investive Maßnahmen gefördert, die die baulichen Voraussetzungen für ein erweitertes Angebot schaffen. So wird beispielsweise durch die Umgestaltung von Schulhöfen, Erweiterungsbauten an Schulen oder die Ausstattung der Schulen mit Werkstätten und Schulmensen eine Verbesserung der Spiel- und Lernumgebung angestrebt. Dadurch soll si-

---

<sup>50</sup> <http://www.teachfirst.de>

chergestellt werden, dass ausreichende und vielseitige Spiel- und Lernangebote im Stadtteil vorhanden sind, die eine erkennbare Verbesserung der Entwicklungs- und Bildungsvoraussetzungen von Kindern und Jugendlichen leisten (vgl. ies 2005a).

**Abbildung 9.2: Projektbeispiele zur Aufwertung und Erweiterung der Infrastruktur**

*Umgestaltung des Schulhofes (Soziale Stadt Darmstadt, Nürnberg, Greifswald, Aßlar, St. Ingbert), Bau von Erweiterungsbauten an Schulen (Soziale Stadt Leipzig, Schwerin) Veränderung von schulischen Außenanlagen unter Mitwirkung der Schüler (Soziale Stadt Kassel, Schwedt), Ausstattung der Schulen mit Werkstätten (Soziale Stadt Emden, Wetzlar), Schulmensen oder Schülercafés (Soziale Stadt Halle, Rosenheim), Büchereien oder Internet-Cafés (z. B. Soziale Stadt Augsburg), PC-und Internetausstattung (Medienoffensive m.a.u.s. des Landes Brandenburg, Medienoffensiven der Länder Baden-Württemberg und Sachsen, Schulen ans Netz e.V. Nordrhein-Westfalen, eEducation Masterplan Berlin), Sportgeräte (Gewoba Bremen, Förderverein Freudenthalschule), sozialpädagogische Beratungsstellen (Soziale Stadt Nürnberg, IN VIA Freiburg, CJD Rhein-Main) etc.*

Wie Befragungen zur Fallstudie "Schule im Stadtteil" im Rahmen der Evaluation des Programms "Soziale Stadt NRW" gezeigt haben, konnten durch die Aufwertungen Verbesserungen der Aufenthalts- und Freizeitqualität sowie eine Aufwertung der Lernumgebung erzielt werden (ies 2005a: 137). Darüber hinaus hätten die schulbezogenen Projekte im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung dazu geführt, dass die Schulen mit den Stadtteilmanagements in Kontakt kamen und tiefere Einblicke in die Stadtteilentwicklung erhielten. In einigen Fällen seien durch die Förderung sogar Entwicklungsprozesse hin zu stadtteilorientierten Schulen vollzogen worden. Die Verbesserung der baulichen Bildungsinfrastruktur in benachteiligten städtischen Gebieten ist grundsätzlich positiv zu bewerten, da dadurch ein Beitrag zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen geleistet wird. Von Bedeutung ist allerdings, dass diese Maßnahmen mit weiteren nicht-investiven Aktivitäten verknüpft werden und dadurch weitergehende Prozesse angestoßen werden. In den folgenden Abschnitten wird auf diese Aktivitäten, die häufig im engen Zusammenhang mit den baulich-investiven Maßnahmen stehen, näher eingegangen.

### **9.3 Öffnung der Schulen in den Stadtteil und Ausweitung des Bildungs- und Betreuungsangebots**

Um die Teilhabe- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, stehen insbesondere Schulen in benachteiligten städtischen Gebieten vor der Herausforderung, ihr Bildungs- und Betreuungsangebot zu erweitern und an den jeweiligen Bedarf der Kinder und Jugendlichen anzupassen. Neben der reinen Wissensvermittlung werden den Schulen somit zunehmend weitere Aufgaben, wie die Gewährleistung von

Mittags- und Nachmittagsbetreuung, Sprachförderung, schul- und stadtteilbezogene Jugendarbeit oder Gewalt- und Gesundheitsprävention, abverlangt. Damit die Schulen diese zusätzlichen Aufgaben trotz begrenzter Personal- und Lehrmittelressourcen bewerkstelligen können, hat es sich in diesem Zusammenhang als sinnvoll erwiesen, dass sie mit Einrichtungen und Akteuren im Stadtteil kooperieren und eine Öffnung in den Stadtteil vornehmen. Einer Definition des Difu zufolge bedeutet die Öffnung von Schulen zum einen, dass sich die Schulen nach innen für neue Formen, Methoden und Inhalte des Unterrichts öffnen, und zum anderen, dass eine Öffnung der Schulen nach außen zum Stadtteil, zur Lebenswelt im Umfeld der Schulen und damit auch für die Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, mit Betrieben, Verbänden und weiteren lokalen Akteuren im Gebiet stattfindet (Difu 2003).

Projektbeispiele und Aktivitäten zur Öffnung von Schulen in den Stadtteil sind mittlerweile in allen Bundesländern in mehreren Kommunen zu finden, wobei aber Form und Ausmaß der Aktivitäten einzelner Kommunen oder Schulen erheblich variieren können. In diesem Zusammenhang lassen sich insbesondere drei Formen der sozialräumlichen Öffnung von Schulen unterscheiden (Mack/Raab/Rademacker 2003; Deinet 2008):

1. Die Schule mit stadtteilorientiertem Schulprogramm: Hierbei handelt es sich um eine teilweise geöffnete Schule, die den Sozialraum und seine Institutionen zunehmend in den Blick nimmt und Kooperationen zu außerschulischen Akteuren im Stadtteil aufbaut.
2. Die gemeinwesenorientierte (offene) Schule: Bei dieser Form der sozialräumlichen Öffnung versteht sich die Schule selbst als Bestandteil des Sozialraums. Lokale Initiativen, Einrichtungen und Akteuren wird dabei die Möglichkeit eröffnet, Räumlichkeiten und das Schulgelände für stadtteilbezogene oder gemeinwesenorientierte Aktivitäten zu nutzen.
3. Die Stadteilschule: Die Öffnung der Schule als Stadteilschule sieht eine Integration verschiedener Sozial- und Bildungseinrichtungen im Sozialraum vor.



**Abbildung 9.3: Projektbeispiele zur Ausweitung des Bildungs- und Betreuungsangebotes durch sozialräumliche Öffnung**

*Ganztagsschulprogramme (Bund und Länder), Familienfreundliche Schule (Darmstadt, Nürnberg), Schaffung eines Schul- und Stadtteilzentrums (Soziale Stadt Gelsenkirchen), Öffnung der Schulhöfe zur Nutzung als Spielhöfe (Bottrop, Düsseldorf, Berlin, Soziale Stadt Lollar), Angebote im musisch-kulturellen Bereich (Bremen, Neumünster, Projekt "Kunst und Schule" in Osnabrück, Projekt "Kultur und Schule" des Landes Nordrhein-Westfalen, EU-Projekt "MUS-E" in Nordrhein-Westfalen), Mittags- und Nachmittagsbetreuung (AWO Köln), Hausaufgabenhilfe (Soziale Stadt Bruchsal, AWO Rosenheim), Sprachunterricht (Hertie-Stiftung in Frankfurt a. M., Mercator-Stiftung in Ludwigsburg), Arbeitsgemeinschaften (z. B. Soziale Stadt Emden, Kooperation von Schule, Jugendeinrichtung und Sportverein in Berlin), schul- und stadtteilbezogene Jugendarbeit (Bayerischer Jugendring, Evangelische Jugend Pfalz, Caritasverband Leipzig e.V., Landesjugendring Nordrhein-Westfalen u. a.) Konfliktschlichtung (Konfliktschlichtung e.V. in Oldenburg, Soziale Stadt Dresden-Prohlis), Gesundheitsprävention (Soziale Stadt Trier Nord, "Gesund leben vor Ort" der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Marburger Gesundheitsnetzwerk für Kinder) etc.*

In welchem Ausmaß und in welcher Form die Schulen in benachteiligten städtischen Gebieten die Öffnung in den Stadtteil vorantreiben, hängt zum einen von den jeweiligen bildungspolitischen Rahmenbedingungen und Fördermöglichkeiten der Länder und Kommunen ab und zum anderen von der Bereitschaft und dem Engagement der einzelnen Schulleiter sowie weiterer lokaler Akteure. So haben Länder und Kommunen beispielsweise die Möglichkeit, die Öffnung der Schulen in den Stadtteil durch finanzielle Zuweisungen, Qualifizierung und Begleitung der Lehrerschaft sowie die Erarbeitung von Handreichungen zu unterstützen. Darüber hinaus kann eine Stärkung der Schulautonomie, wie sie beispielsweise vom Land Nordrhein-Westfalen betrieben wird, dazu führen, dass Schulleiter ihre Befugnisse zu eigenen Personal- oder Budgetentscheidungen nutzen, um gemeinsam mit lokalen Akteuren das Profil ihrer Schule zu stärken und Aktivitäten zur Öffnung in den Stadtteil voranzutreiben (vgl. Difu 2003).

Es gibt verschiedene Förderprogramme, die für Aktivitäten zur sozialräumlichen Öffnung und zur Ausweitung des Bildungs- und Betreuungsangebotes an Schulen genutzt werden können. In diesem Zusammenhang sind insbesondere Programme der integrierten Stadtentwicklung und das Initiativprogramm des Bundes "Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)" zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen zu nennen. Wie bereits beschrieben, hat das Handlungsfeld Bildung und Schule innerhalb der **Programme der integrierten Stadtentwicklung** in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. So führen beispielsweise die Programme Soziale Stadt oder BIWAQ neben der Verbesserung der Bildungsinfrastruktur verschiedene Projektaktivitäten zur Erweiterung des Bildungs- und Betreuungsangebotes durch und geben durch den Aufbau von Stadtteilk Kooperationen wichtige Anstöße zur Öffnung der Schulen in den Stadtteil. Dadurch werden Schulen im Rahmen

der Quartiersentwicklung verstärkt als zentrale Akteure im Stadtteil wahrgenommen und aufgefordert, sich an Aktivitäten und Vernetzungen im Stadtteil zu beteiligen. Die Einbeziehung der Schulen erfolgt in diesem Zusammenhang zum einen durch eine räumliche Öffnung der Schulen für stadtteil- oder themenbezogene Aktivitäten oder Veranstaltungen, wie z. B. die Bereitstellung von Räumen für Stadtteilkonferenzen, Lesungen und Konzerte oder die Nutzung der Schulhöfe als Spielhöfe. Darüber hinaus findet eine Öffnung der Schulen dahingehend statt, dass Institutionen oder Einrichtungen aus dem Stadtteil das Angebot in den Schulen durch schulbezogene Jugendarbeit, Hausaufgabenhilfe, Sprachunterricht, musische oder kulturelle Bildung, Gewaltprävention und Konflikt-schlichtung, Sport- und Bewegungsangebote oder Gesundheitsprävention erweitern. Da die Förderung dieser zusätzlichen Projektaktivitäten durch Programme der integrierten Stadtentwicklung zeitlich begrenzt ist, ist es zur Erhaltung der zusätzlichen Bildungs- und Betreuungsangebote von großer Bedeutung, dass diese durch die Einbindung weiterer Partner oder Finanzierungsquellen gesichert werden.

Weitere Anstöße zur Öffnung der Schulen in den Stadtteil liefert das **Bundesprogramm IZBB zur Ausweitung von Ganztagsschulen**. Das Bundesprogramm sieht eine finanzielle Förderung von Schulen vor, die sich zur offenen oder gebundenen Ganztagsschule weiterentwickeln, indem sie ihr Angebot ausweiten und ein freiwilliges oder verpflichtendes Nachmittagsprogramm anbieten. Die Ausweitung der Angebote ist oftmals mit der Öffnung der Schulen in den Stadtteil und der Einbindung von außerschulischen Partnern, wie der Kinder- und Jugendhilfe oder lokalen Vereinen, verbunden. Die Entscheidung darüber, welche Schulen gefördert werden, obliegt den Ländern. Einer Übersicht des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zufolge wurden zwischen 2003 und 2009 insgesamt 7.129 Schulen gefördert oder waren zur Förderung vorgesehen (BMBF 2009), wobei bei einem Großteil der ausgewählten Schulen (68 Prozent) eine Weiterentwicklung oder Ausweitung zu offenen Ganztagsschulen stattfindet. Bei 52 Prozent der in die Förderung einbezogenen Schulen handelt es sich um Grundschulen. Inwiefern die Schulen in benachteiligten städtischen Gebieten liegen, geht aus der Übersicht nicht hervor. Seitens des Bundes ist keine Schwerpunktsetzung auf benachteiligte Quartiere vorgesehen. Die Entscheidung, welche Schulen gefördert werden, obliegt der Entscheidung der Länder. In einigen Bundesländern, wie Berlin, Bremen, Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein, wird das Programm dafür genutzt, um schwerpunktmäßig Schulen in einem schwierigen sozialen Umfeld zu fördern (vgl. Hübner 2005; Fachhochschule Köln/SPI NRW 2009). Andere Bundesländer, wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen, streben dagegen den Ausbau eines flächendeckenden Angebots an Ganztagsschulen an.<sup>51</sup> Inwiefern Ganztags-schulen zu einer Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in

---

<sup>51</sup> <http://www.ganztagsschulen.org/1108.php>

benachteiligten städtischen Gebieten beitragen können, wurde in einem Forschungsprojekt der Technischen Universität Dortmund und der Hochschule Niederrhein Mönchengladbach im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung am Beispiel von Fallstudien in den Ländern Berlin und Nordrhein-Westfalen untersucht. Die Fallstudien umfassten sechs Ganztagschulen in Quartiersmanagement-Gebieten, die an einer expliziten Kooperation mit Stadtteilbezug beteiligt waren, sowie zwei Vergleichsfälle. Zu möglichen Wirkungen der Ganztagschulen auf das Lernverhalten von Kindern liegen bisher keine systematischen Analysen und Ergebnisse vor. Allerdings weisen die Ergebnisse aus dem Forschungsfeld "Ganztagschule und Quartiersmanagement" darauf hin, dass die Schulen in benachteiligten Quartieren vielfältige Kooperationen im Schulumfeld aufbauen, die genutzt werden könnten, um zusätzliche Ressourcen zu erschließen und die u. a. dazu beitragen, die Eingangsvoraussetzungen für ihre Schulbeginner zu verbessern oder den Zugang zu Ausbildung und Arbeit zu erleichtern (Florecke 2010).

#### **9.4 Entwicklung von lokalen Bildungsnetzwerken**

Neben der Erweiterung des Bildungs- und Betreuungsangebotes an einzelnen Schulen und damit einhergehenden Vernetzungen im Stadtteil haben sich mittlerweile in einer Reihe von Kommunen weitergehende Ansätze entwickelt, die den Aufbau eines kommunalen oder quartiersbezogenen Bildungsnetzwerkes vorsehen. Übergreifendes Ziel dieser Ansätze ist es, Schlüsselakteure der formellen und informellen Bildung zusammenzuführen, um Förderlücken zu schließen, bildungsbezogene Übergänge zu erleichtern und die Qualität bestehender Bildungsangebote zu verbessern. Bund, Länder und weitere private Akteure, wie z. B. Stiftungen, unterstützen die kommunalen Aktivitäten im Rahmen verschiedener Förderprogramme, wie z. B. Lernen vor Ort, Lokale Bildungslandschaften, Soziale Stadt, BIWAQ, Impulsprogramm Bildungsregion des Landes Baden-Württemberg oder "Ein Quadratkilometer Bildung" der Freudenberg Stiftung. Die Finanzierungsinstrumente unterscheiden sich zum Teil hinsichtlich ihrer räumlichen Reichweite (Landkreis, Kommune, Stadtteil oder Quartier), ihrer Ausrichtung (Verbesserung des kommunalen Bildungsmanagements, Benachteiligtenförderung) und ihrer Förderinhalte (Beratung/wissenschaftliche Begleitung, Praxisbegleitung, Anschubfinanzierung etc.). Auf lokaler Ebene werden oftmals die Mittel verschiedener Programme zusammengeführt und durch weitere kommunale Mittel ergänzt. Abhängig von den jeweiligen lokalen Voraussetzungen, Initiatoren und Finanzierungsquellen können bei den lokalen Bildungsnetzwerken somit unterschiedliche Inhalte im Fokus stehen. Im Folgenden werden einige zentrale Initiativen und Ansätze, die in diesem Zusammenhang entstanden sind, vorgestellt. Dabei wird zwischen Bildungsnetzwerken auf kommunaler Ebene und Vernetzungsaktivitäten auf Quartiersebene unterschieden.

**Abbildung 9.4: Projektbeispiele zum Aufbau von lokalen Bildungsnetzwerken**

*Ein Quadratkilometer Bildung der Freudenberg Stiftung (Berlin Neukölln, Herten-Süd, Mannheim, Wuppertal), Bildung im Quartier (EFRE und Soziale Stadt Berlin), Lokale Bildungslandschaften (Jena, Forchheim, Groß-Gerau, Arnshausen, Lüneburg, Hamburg), lokale Bildungsverbünde (Dortmund, Havel), Projekt "Lebenswelt Schule" der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Jacobs Foundation (vier Kommunen in Baden-Württemberg, Hessen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein), Bundesprogramm Lernen vor Ort (Bildungsoffensive Mannheim), Impulsprogramm Bildungsregionen (Baden-Württemberg: Bildungsregion Freiburg, Ravensburg) etc.*

Lokale Bildungsnetzwerke werden derzeit insbesondere unter der Überschrift **"Lokale Bildungslandschaften"** diskutiert. Nach einer Definition von Mack werden mit dem Begriff Bildungslandschaften "Ansätze und Strategien regionaler oder kommunaler Jugend- und Schulpolitik bezeichnet, mit denen versucht wird, in einer Region oder Kommune Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen auf neue Weise zu gestalten" (Mack 2008: 741 f.). Auf Grundlage eines erweiterten Bildungsverständnisses, das neben den formalen Bildungsangeboten auch informelle Lerngelegenheiten umfasst, werden im Rahmen der lokalen Bildungslandschaften nähräumliche Kooperationen und Vernetzungen von Institutionen und Initiativen aus den Bereichen Bildung, Jugend, Soziales, Wirtschaft, Kultur, Gesundheit und Sport geschaffen. Zentrale Akteure stellen dabei die Jugendhilfe und die Schule dar (vgl. ebenda). Im Rahmen der lokalen Bildungslandschaften werden auf unterschiedlichen Ebenen neue (Steuerungs-)Strukturen geschaffen.

Stolz unterscheidet in diesem Zusammenhang vier Dimensionen (Stolz 2009):

1. Die Planungsdimension (mit Fokus auf Politik und Verwaltung), die eine integrierte lokale Fachplanung beinhaltet.
2. Die zivilgesellschaftliche Dimension (mit Fokus auf die freien Träger), die den Aufbau partizipativ angelegter und öffentlich geleiteter Bildungsnetzwerke umfasst.
3. Die Aneignungsdimension (mit Fokus auf die Lernsubjekte), die die Gestaltung anregender Lern- und Lebensumgebungen als Gelegenheitsstrukturen informellen Lernens vorsieht.
4. Die Professionsdimension (mit Fokus auf Fachkräfte und Leitungsebenen), die interinstitutionell koordinierte Fortbildungen von Leitungs- und Fachkräften beinhaltet.

Mittlerweile sind in allen Bundesländern in einzelnen Modellkommunen oder -regionen Beispiele für lokale Bildungslandschaften zu finden. Auslöser war oftmals die Einsicht, dass die Schule alleine die vielfältigen Aufgaben der Bildung und Erziehung von Kindern

und Jugendlichen nicht lösen kann. Weitere Impulse erhielten Kommunen durch Modellprogramme des Bundes, der Länder oder durch private Akteure, wie z. B. "Stärkung von Schulen in kommunalen und regionalen Umfeld (Schule & Co)" des Landes NRW und der Bertelsmann Stiftung, "Lernen vor Ort" und "Lokale Bildungslandschaften in Kooperation von Ganztagschule und Jugendhilfe" des BMBF oder "Lebenswelt Schule" der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Jacobs Foundation. Ein besonderer Fokus auf benachteiligte städtische Gebiete ist in diesen Programmen nicht vorgesehen, allerdings können in einzelnen Regionen oder Kommunen auf Grundlage dieses Ansatzes kommunale Konzepte zur Umsetzung von lokalen Bildungslandschaften in benachteiligten städtischen Quartieren umgesetzt werden. Beispielsweise sieht das Konzept der Stadt Jena eine Implementation lokaler Bildungslandschaften in zwei sozial benachteiligten Stadtteilen vor. In den beiden Stadtteilen sollen Bildungsakteure und -angebote vernetzt werden, um ein flächendeckendes und transparentes Angebot zu schaffen und individuelle Bedarfe von jungen Menschen frühzeitig und niedrigschwellig wahrzunehmen (Friedrich-Schiller-Universität Jena 2010).

Auf Quartiersebene wird die Entwicklung von **lokalen Bildungsnetzwerken insbesondere von Programmen der integrierten Stadtentwicklung** vorangetrieben. Wie bereits beschrieben, stellen sozialräumliche Vernetzungen sowie die Öffnung der Schulen in den Stadtteil zentrale Bestandteile integrierter Stadtentwicklungsprogramme dar. Aufbauend auf diesen Aktivitäten haben sich in einzelnen Fördergebieten bildungsorientierte Kooperationsstrukturen herausgebildet, die sich ebenfalls als lokale Bildungsnetzwerke bezeichnen lassen. Als Beispiel ist hier die "Bildungsoffensive Wrangelkiez" im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zu nennen.<sup>52</sup> Diese ist im Jahr 2005 im Rahmen des Programms Soziale Stadt aus der Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt des Bezirks und dem Quartiersmanagement heraus entstanden. Bei einem Werkstattgespräch konnten Schulen, Eltern sowie lokale Initiativen und Einrichtungen als weitere Partner hinzugewonnen werden und es wurde eine feste Arbeitsgemeinschaft gegründet. Die Kooperation dient dazu, aufeinander aufbauende Bildungsangebote und Sprachförderung zu entwickeln. Derzeit wird an einer Verstetigung der Initiative gearbeitet.

Darüber hinaus wird die Entwicklung von lokalen Bildungsnetzwerken in benachteiligten Stadtteilen von privaten Akteuren, wie beispielsweise Stiftungen, unterstützt. Die Freudenberg Stiftung hat im Jahr 2007 das Projekt **"Ein Quadratkilometer Bildung"** ins Leben gerufen, das die Schaffung von lokalen Bildungsverbünden in benachteiligten städtischen Quartieren vorsieht. Das Projekt wird mittlerweile in sieben Gebieten mit weiteren Partnern umgesetzt und versteht sich als eine langfristig angelegte, gemeinsame Lern-

---

<sup>52</sup> <http://www.zuwanderer-in-der-stadt.de/1202.php>

und Entwicklungsplattform für Personen und Institutionen. Zentraler Bestandteil der Projektförderung ist die Einrichtung einer pädagogischen Werkstatt, die professionelle und ehrenamtliche Akteure bei ihrer Arbeit unterstützen soll und die für die Evaluation und Qualitätsentwicklung zuständig ist. Zu Beginn der Projektumsetzung wird zwischen der Freudenberg Stiftung und einer Kommune eine verbindliche Kooperationsvereinbarung für einen Stadtteil beschlossen, die sich auf einen Zeitraum von zehn Jahren bezieht. Ziel ist die Schließung von Förderlücken durch den Aufbau einer biographiebegleitenden Förderkette sowie die Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsverständnisses, das Kindertagesstätten, Jugendhilfe und Schulen miteinander verbindet (Wenzel 2009). Ausgangspunkt einer lokalen Vernetzung sind zunächst immer eine Grundschule und die mit ihr verbundenen Kindertagesstätten. Anhand der Betrachtung der Bildungswege der Kinder geraten weiterführende Schulen ins Blickfeld, die es nach und nach in den Verbund zu integrieren gilt. Darüber hinaus werden bereits bestehende Kooperationsstrukturen im Stadtteil einbezogen. Auf Defizite im Bildungs- und Fördersystem wird zum einen durch die Entwicklung von additiven, kompensierenden Maßnahmen, die kurzfristig greifen sollen, reagiert. Darüber hinaus werden längerfristig greifende, die Bildungsbiographien begleitende Maßnahmen entwickelt, deren Wirkungen erst langfristig sichtbar werden.

Auch wenn sich die Wirkungen der quartiersbezogenen Bildungsnetzwerke erst langfristig entfalten, weisen die bisherigen Ergebnisse zu den Modellquartieren bereits darauf hin, dass die Vernetzungsaktivitäten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur in benachteiligten städtischen Gebieten leisten. Von Bedeutung ist, dass die Vernetzungsaktivitäten direkt an den Bildungsverläufen von Kindern und Jugendlichen im Quartier ansetzen und in Abstimmung mit allen zentralen Akteuren kompensatorische und präventive Maßnahmen entwickelt werden, die bestehenden Bildungs- und Übergangsproblemen entgegenwirken. Hierfür bedarf es einer professionellen Unterstützung und Begleitung durch einen Quartiersmanager oder Koordinator, der sicherstellt, dass die Aktivitäten an bestehenden Strukturen anknüpfen und der die professionellen und ehrenamtlichen Akteure bei der Entwicklung eines gemeinsamen Qualitätsverständnisses unterstützt.

## **9.5 Elternaktivierung und -beteiligung**

Wie bereits im Handlungsfeld der frühkindlichen Bildung dargestellt, kommt im Bildungsbereich der Elternaktivierung und -beteiligung eine große Bedeutung zu, um die Lern- und Bildungsbedingungen für Kinder und Jugendliche aus problembehafteten Familien zu verbessern. Neben den bereits beschriebenen Projekten, wie Stadtteilmütter oder Elternlotsen, die mit Hilfe von Multiplikatoren aus der Community der jeweiligen Zielgruppe Eltern mit Migrationshintergrund oder bildungsferne Familien aufsuchen und beraten, finden

mittlerweile in vielen Schulen in benachteiligten Stadtteilen niedrigschwellige Angebote für Eltern statt. Als Beispiele sind in diesem Zusammenhang die Einrichtung von niedrigschwelligen Treffpunkten in den Schulen, die Schaffung von Sprachkursen für Eltern oder gemeinsame Kursangebote für Eltern und Kinder zu nennen.

**Abbildung 9.5: Projektbeispiele zur Elternaktivierung und -beteiligung**

*Elternlotsen (Land Niedersachsen, Türkischer Bund Berlin-Brandenburg, Wiesbaden), Stadtteil-mütter (Soziale Stadt), Elternpaten (Berlin, Wiehl), Bildung von Elternklassen und -seminaren an Schulen (Berlin), Projekt FAST - Families and Schools Together (Wuppertal, Bonn, Lüdenscheid), Mama lernt Deutsch und Papa auch (Frankfurt, Bremen, Nürnberg, Stuttgart), Elterinformationsveranstaltungen, Elternsprachklubs an Schulen (Halle), Eltern- und Familiencafés an Schulen (Landkreis Calw, Hamburg, Dillenburg), Projekt VELI AKTIF - Eltern gehen in die Schule (Berlin) etc.*

Ein Projektbeispiel, das mittlerweile von mehreren Kommunen übernommen wurde, ist in diesem Zusammenhang das Projekt **"Mama lernt Deutsch - Papa auch"**, das 1997 in der Stadt Frankfurt als ein niedrigschwelliges, stadtteilbezogenes Angebot zur sprachlichen Basisorientierung für Eltern mit Migrationshintergrund entwickelt wurde (Amt für multikulturelle Angelegenheiten 2008). Das Projekt zeichnet sich durch einen niedrigschwelligen Zugang aus. So erfolgt die Information über den Kurs durch persönlichen Kontakt und Ansprache und es bestehen keine bürokratischen Hürden zur Teilnahme an den Kursen. Darüber hinaus wird das Kursangebot mit Angeboten zur Kinderbetreuung verbunden. Inhalte der Kurse stellen nicht nur die Vermittlung der deutschen Sprache dar, sondern die Eltern erhalten darüber hinaus die Gelegenheit, sich über alltagsbezogene Fragen und Erfahrungen auszutauschen und öffentliche Beratungsstellen oder den Stadtteil im Rahmen von Exkursionen besser kennenzulernen. Mittlerweile wurde der Ansatz bundesweit von mehreren Kommunen übernommen. Anhand der Erfahrungen der Kommunen zeigt sich, dass die Kurse dazu beitragen können, das Selbstbewusstsein der zugewanderten Eltern zu stärken und sie bei der Bildungsbegleitung ihrer Kinder zu unterstützen. Darüber hinaus stellen die Kurse Orte der Begegnung dar, die zu neuen sozialen Kontakten führen können (Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen 2005).

## **9.6 Einbeziehung von ehrenamtlichen Akteuren, die als Mentoren oder Vorbilder fungieren**

Ein weiterer Projektansatz zur Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen besteht darin, diese durch Einbeziehung ehrenamtlicher Personen, die als Mentoren oder Vorbilder fungieren können, individuell zu beraten, zu begleiten und zu motivieren. Projekte dieser Art haben sich mittlerweile

bundesweit in vielen Städten mit unterschiedlichen Finanzierungsmodellen und in unterschiedlicher Trägerschaft entwickelt. Im Folgenden wird auf einige Ansätze, die für mehrere Programme oder Projekte stehen oder die besonders innovative Herangehensweisen beinhalten, näher eingegangen.

**Abbildung 9.6: Projektbeispiele zur Einbeziehung ehrenamtlicher Akteure**

*Jugendbegleiterprogramm Baden-Württemberg, Projekt "Heroes" der World Childhood Foundation (Schweden, Berlin-Neukölln), Motivationsworkshops erfolgreicher Migrantinnen und Migranten (Hamburg), Wuppertaler Patenprojekt (Nachbarschaftsheim Wuppertal e.V.), Familienpaten-Projekte in Aachen (SKM und SkF Aachen), Ausbildungspaten in Hannover (Freiwilligenzentrum Hannover e.V.), mitKids Aktivpatenschaften für Hamburger Kinder (Ehlerding Stiftung), Lernpaten-Projekt "Lernen ist toll" in Magdeburg (Freiwilligenagentur Magdeburg und Städtische Volkshochschule Magdeburg), Lernpatennetzwerk "Keiner darf verloren gehen" in der Pfalz (Bürgerstiftung Pfalz), Projekt Leselust in Berlin (Aktive Bürgerschaft e.V.), Leipzig (LeseLust Leipzig e.V.) und in Minden-Lübbecke (Kinderschutzbund Minden-Bad Oeynhausen), Familienpaten in Brandenburg an der Havel (Netzwerk Gesunde Kinder), Lesen Lernen in Hamburg (Mentor - die Leselernhelfer Hamburg e.V.), Vorlesepaten in Bergen, Sprachpaten in Duisburg (deutscher Kinderschutzbund) etc.*

## **Paten- und Mentoringprojekte**

Einen zentralen Projekttypus stellen hierbei Patenschafts- oder Mentoringprojekte dar. Patenschaft oder Mentoring bedeutet in diesem Zusammenhang, dass eine ältere lebenserfahrene Person über einen begrenzten Zeitraum eine jüngere Person ehrenamtlich alltagsbezogen unterstützt und begleitet. Bundesweit gibt es mittlerweile eine Vielzahl an Aktivitäten, die auf diesem Ansatz beruhen, sich aber in ihrer konkreten Ausgestaltung unterscheiden.<sup>53</sup> Besondere Zielgruppen der bildungsbezogenen Mentorenprojekte sind zum einen Grundschulkinder, die gezielt frühzeitig gefördert werden sollen und zum anderen Schüler von Haupt- und Förderschulen, die auf dem Weg in die Ausbildung bzw. in das Berufsleben unterstützt werden. Ein Großteil der Projekte richtet sich zudem gezielt an Schüler mit Migrationshintergrund. Paten und Mentoren können entweder deutlich ältere Personen sein, die den Schülern aufgrund ihrer Erfahrungen und Kenntnisse gezielte Hilfen bieten können, oder junge Erwachsene, die einen engeren Bezug zur Lebenswelt der Schüler aufweisen. Bei Mentorenprojekten, die sich an Grundschulkinder richten, wie beispielsweise das Projekt "Balu und Du", das vom gleichnamigen Verein entwickelt wurde und mittlerweile in über 30 Städten umgesetzt wird, steht die gemeinsame Freizeitgestaltung, das Kennenlernen neuer Erfahrungsräume und somit das informelle Lernen im

<sup>53</sup> Vgl. <http://www.aktion-zusammen-wachsen.de/index.php?id=70>



Vordergrund. Bei einer Evaluation des Projektes konnten positive Effekte hinsichtlich der sozialen Integration, Kommunikation, Konfliktbewältigung und Stimmungslage der teilnehmenden Kinder verzeichnet werden. Keine wesentlichen Wirkungseffekte zeigten sich hingegen in Bezug auf die Schülerleistungen im Schulunterricht, den regelmäßigen Schulbesuch der Schüler und die elterliche Mitarbeit (Müller-Kohlenberg et al. 2008). Bei Mentorenprojekten, die Schüler beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützen, werden die regelmäßigen Treffen gezielt den Themen Berufswahl, Bewerbung und Lehrstellenfindung gewidmet und Orte zur Berufsvorbereitung wie Berufsinformationscenter aufgesucht. Ergebnisse von Projektevaluationen weisen auf positive Effekte hinsichtlich der Vermittlung des Schülers in eine Ausbildung hin. Darüber hinaus würde sich die Patenschaft positiv auf die sozialen Kompetenzen und Persönlichkeitsentwicklung des Schülers auswirken (vgl. Caritasverband für Stuttgart e.V. 2009/Freiwilligenzentrum Hannover e.V. 2009). Als stabilisierend für ein Patenschaftsverhältnis haben sich in diesem Zusammenhang Schulkoordinatoren erwiesen, die als Ansprechpartner für die schulischen Lehrkräfte und Paten fungieren. Darüber hinaus kann eine gezielte Auswahl der Mentoren anhand spezieller Kriterien, wie Altersnähe, gleicher Stadtteil oder gleicher kultureller Hintergrund, zu der Herstellung einer persönlichen Vertrauensbeziehung beitragen und die Vorbildfunktion der Mentoren stärken.

### **Vorbilderprojekte**

Neben den Paten- und Mentoringprojekten gibt es noch weitere Projektansätze, die die Vorbildfunktion von ehrenamtlichen Akteuren nutzen, um die Lernmotivation von Schülern aus bildungsfernen Familien zu erhöhen. Insbesondere zur Verbesserung der Bildungs- und Zukunftschancen von Schülern mit Migrationshintergrund wurden in diesem Zusammenhang verschiedene Modellvorhaben entwickelt. Beispielsweise hat der Hamburger Senat im Jahr 2008 das Projekt "Motivationsworkshops von erfolgreichen Hamburgerinnen und Hamburgern mit Migrationshintergrund" ins Leben gerufen.<sup>54</sup> Das Projekt sieht vor, dass jeweils zwei beruflich oder in ihrem Studium erfolgreiche Hamburger mit Migrationshintergrund mit einer ihnen zugeteilten Schülergruppe der Jahrgangsstufen 7-9 (Hauptschulen) oder 9-11 (Gymnasien, Gesamtschulen) innerhalb von drei Monaten sechs zweistündige Workshops durchführen. Zentrale Inhalte der Workshops stellen mögliche berufliche Lebenswege und Möglichkeiten zur besseren beruflichen Qualifikation dar. Die Workshops finden an Schulen mit hohen Anteilen von Schülern mit Migrationshintergrund statt, wobei die Treffen aber auch mit Exkursionen zu den Arbeitsplätzen der

---

<sup>54</sup> <http://www.hamburg.de/bsb-pressemitteilungen/1114998/2009-01-28-bsb-motivationsworkshops.html>

Workshopleiter verbunden werden.<sup>55</sup> Darüber hinaus gibt es auch Projekte, die mit Hilfe von Vorbildern auf eine Verbesserung des interkulturellen Zusammenlebens in sozial benachteiligten Quartieren mit hohen Migrantenanteilen abzielen. Beispielsweise wurde in Berlin Neukölln nach einem Vorbild in Schweden das Projekt "Heroes" entwickelt, das die Problematisierung der Männerrolle im Kontext der Unterdrückung von Mädchen und Frauen im Namen der Ehre in den Fokus rückt. Im Rahmen des Projektes werden Jungen mit Migrationshintergrund, die etwas verändern wollen, in ihrer Freizeit trainiert, damit sie anschließend als Rollenvorbilder andere zur Auseinandersetzung mit diesen Themen motivieren und gewinnen können.<sup>56</sup>

## **9.7 Einrichtung von Sprachkompetenzklassen an Grundschulen**

Wie bereits beschrieben, sind die Schulen in benachteiligten städtischen Quartieren aufgrund des hohen Anteils von Schülern aus bildungsfernen Familien mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Der hohe Anteil von Schülern aus Familien mit besonderen Problemlagen und/oder mit Migrationshintergrund führt häufig dazu, dass bildungsbewusste Familien (ohne und mit Migrationshintergrund) diese Schulen meiden und versuchen, ihre Kinder an Schulen in anderen Quartieren unterzubringen. Hierfür werden Umzüge, längere Fahrzeiten und Trickserien gegenüber der Meldebehörde in Kauf genommen. Schulen, denen die Kinder aus bildungsbewussten Familien fehlen, haben daraufhin mit noch schwierigeren Bedingungen und/oder mit abnehmenden Schülerzahlen zu kämpfen. In letzter Zeit versuchen einige Schulen verstärkt, diesem Trend entgegenzuwirken, indem sie besondere Bildungsangebote schaffen, die auch für bildungsbewusste Familien attraktiv sein sollen. Im Quartier Gesundbrunnen in Berlin Mitte hat eine Grundschule zu diesem Schuljahr eine zusätzliche Klasse eingerichtet, die besondere Bildungsangebote in den Bereichen Naturwissenschaften und Englisch für die Schüler bereithält und die nur für Kinder zugänglich ist, die bei einem vorangegangenen Deutschtest gut abgeschnitten haben.<sup>57</sup> Trotz vielfältiger zusätzlicher Förderangebote hatte die Schule in den letzten Jahren an Schülern verloren und stand kurz vor der Schließung. Die Einrichtung der Klasse mit besonderen Bildungsangeboten für Kinder, die gut Deutsch sprechen können, wird bis zum Schuljahr 2013/14 als Schulversuch durchgeführt.<sup>58</sup> Zu den genauen Wirkungen lässt sich derzeit noch nichts sagen. Wie die Anmeldungen zu diesem Schuljahr zeigten, wird

---

<sup>55</sup> <http://www.s146840754.online.de/schulleben/motiws.pdf>

<sup>56</sup> <http://www.heroes-net.de/>

<sup>57</sup> <http://www.gustav-falke-g.cidsnet.de/nawi2010/nawi2011.html>

<sup>58</sup> [http://www.gustav-falke-g.cidsnet.de/Presseecho/die\\_baerenstarke\\_klasse.pdf](http://www.gustav-falke-g.cidsnet.de/Presseecho/die_baerenstarke_klasse.pdf)

das Angebot bereitwillig von bildungsbewussteren Familien angenommen, die sich nun auch in der Schule engagieren. So habe es für die 24 Plätze insgesamt 35 Anmeldungen gegeben. Von den 24 Kindern, die einen Platz ergattern konnten, hätte die Hälfte einen Migrationshintergrund. Von den Kindern mit hohem Sprachniveau, die nicht in der Zusatzklasse aufgenommen werden konnten, seien einige auf die anderen Klassen verteilt worden.<sup>59</sup> Wie sich die Einrichtung der Klasse mit besonderen Bildungsangeboten auf die Situation und das Lernverhalten in den anderen Schulklassen auswirkt, ist bisher noch unklar. Diese erhalten zum Ausgleich zusätzliche Förderstunden und können zum Teil auch die zusätzlichen Bildungsangebote, wie z. B. den Englischunterricht, wahrnehmen. Allerdings lassen sich noch keine Angaben dazu finden, ob sich durch die Einrichtung einer zusätzlichen Klasse für die leistungsstarken Schüler die sozialen Problemlagen in den übrigen Klassen verstärken oder ob alle Klassen von der Anziehung leistungsstärkerer Schüler an der Schule profitieren.

## **9.8 Quartiersprojekte zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf**

Aktivitäten zur Unterstützung der Schüler beim Übergang von der Schule in den Beruf stellen insbesondere in den Haupt- und Gesamtschulen einen zentralen Schwerpunkt der zusätzlichen Aktivitäten in benachteiligten städtischen Gebieten dar. Um die Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderung zu unterstützen, haben Bund und Länder eine Reihe an zusätzlichen Förderprogrammen ins Leben gerufen, wie z. B. die Programme "Schulverweigerung - die 2. Chance", "Kompetenzagenturen" und "Jugendmigrationsdienste" des BMFSFJ, "Perspektive Berufsabschluss" und "JOBSTARTER" des BMBF oder "Berufseinstiegsbegleitung" des BMAS. Typische Projektaktivitäten hierbei sind die Vernetzung mit lokalen Unternehmen zur Ermöglichung berufsvorbereitender Praktikumsangebote für benachteiligte Schüler, die Durchführung von Praxis-Projekten in der Schule, Coaching und Kompetenzfeststellungsverfahren sowie individuelle Berufswegeplanung und -begleitung. Somit existieren zahlreiche arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Unterstützung von Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf, die einen regionalen Fokus beinhalten und die in den Kommunen und auch in benachteiligten städtischen Gebieten zum Einsatz kommen. Allerdings bleiben die Möglichkeiten auf Quartiersebene, vom Quartier ausgehende Ansätze zu entwickeln, die die besonderen Problemlagen der Bewohner im Gebiet berücksichtigen, bei diesen Programmen begrenzt. Um diese Lücke zu schließen, haben das BMVBS und das BMAS im Jahr 2006 das Sonderprogramm **"Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort"** ins Leben gerufen, das u. a. eine ergän-

---

<sup>59</sup> <http://www.tagesspiegel.de/berlin/schule/versuch-deutschtest-fuer-die-aufnahme-in-die-erste-klasse/1952540.html>

zende Förderung von sozialraumorientierten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt vorsah (BBSR 2009). Seit 2008 wird dieser Ansatz im Nachfolgeprogramm "**Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier**" (BIWAQ) fortgeführt und weiterentwickelt. Im Folgenden sollen einige zentrale Projektansätze vorgestellt und bewertet werden, die zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf in benachteiligten städtischen Quartieren stattfinden.

**Abbildung 9.7: Projektbeispiele für Aktivitäten zur Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf**

*Partnerschaft Schule-Betrieb (IHK Berlin), Fit for Job (Darmstadt), Partner für Schule (NRW), KURS 21 - Schulen unternehmen Zukunft (Sachsen, Hessen, Thüringen, Baden-Württemberg, Wuppertal), Schule im gesellschaftlichen Verbund (Berlin), BUS - Beruf und Schule (NRW), Einrichtung von Arbeitsweltklassen (Soziale Stadt Trier), berufsbezogene Projekte innerhalb des Schulunterrichts (BIWAQ Lüneburg, Memmingen, Esslingen am Neckar), Qualifikationsworkshops zur Berufs- und Ausbildungsvorbereitung (BIWAQ Heidenau, Steps to Success in Dortmund, Duisburg, Rheindorf, Leverkusen, IHK Sommercamp in Oberbayern), Aufbau von Lernwerkstätten (BIWAQ Osterholz-Scharmbeck), Einrichtung von berufsorientierten Kompetenz- und Qualifizierungszentren (BIWAQ Jena, Frankfurt (Oder), Gladbeck, Salzgitter), Praxislotsen (BIWAQ Neubrandenburg), Übergangslotsen (BIWAQ Kolbermoor) etc.*

Zur Unterstützung des Übergangs von der Schule in den Beruf finden mittlerweile eine Vielzahl von unterschiedlichen Aktivitäten statt und es stehen zum Teil ganz unterschiedliche Ziele im Vordergrund. Hierbei lässt sich insbesondere zwischen Ansätzen, die der individuellen Förderung und Begleitung von Schülern mit besonderem Förderbedarf dienen, und generellen Aktivitäten zur Berufsorientierung unterscheiden. Im Fokus der **individuellen Förderung und Begleitung** steht die gezielte Verbesserung der Qualifikationen von leistungsschwachen Schülern, wie die Erreichung oder Nachholung eines Schulabschlusses oder die Erlangung berufsvorbereitender Fertigkeiten. Im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung gehen dabei oftmals Maßnahmen der schulischen und berufsbezogenen Qualifizierung und Vermittlung mit Bewerbungscoaching und intensiver sozialpädagogischer Betreuung einher. So müssen besonders leistungsschwache und lernunwillige Schüler zum Teil erst wieder lernen, regelmäßig in der Schule oder zu einem Kurs zu erscheinen und eigene berufliche Ziele zu entwickeln. Diese Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf sind durch reguläre bildungs- und arbeitsmarktpolitische Instrumente oftmals nur sehr schwer zu erreichen. Sozialraumbezogene Ansätze können hier eine Förderlücke schließen, indem sie aufsuchende und niedrigschwellige Arbeit leisten, die auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten ist. Hierzu sind in der Regel eine intensive individuelle Betreuung (auch nach Schulende), eine intensive Elternarbeit sowie eine enge Zusammenarbeit mit weiteren Partnern (Jugendhilfe, Arbeitsagenturen, Quartiersmanagement etc.), Multiplikatoren (wie z. B. Migrantenorganisationen) und ehrenamtlichen Ak-

teuren (wie z. B. Mentoren oder Paten) erforderlich (vgl. BBSR 2009). Aus den begleitenden Evaluierungen des BBSR zu den Programmen "Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort" und BIWAQ geht hervor, dass die Zielgruppenansprache in den Projekten bisher unterschiedlich gut gelingt (ebenda; Wagner 2010). In dem Programm "Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort" hätte die professionelle und intensive Betreuung in den Projekten insgesamt dazu beigetragen, die Zielgruppen in den Quartieren zu motivieren. Zudem weist eine äußerst niedrige Abbrecherquote (5%) auf den Erfolg der Sozialraumorientierung hin (BBSR 2009). Für die Erreichung jüngerer Zielgruppen hätten sich dabei eine aufsuchende Kontaktaufnahme durch Streetworker, mobile Beratung oder Multiplikatoren im Stadtteil als hilfreich erwiesen. Schwierigkeiten werden dagegen insbesondere in Bezug auf die Ansprache der Eltern und von älteren Migranten gesehen, für die besondere Ansätze erforderlich seien (ebenda; Wagner 2010).

Die **generellen Aktivitäten zur Berufsorientierung im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung** finden oftmals in Kooperation von Schulen mit lokalen Unternehmen statt, wobei die Vernetzung durch das Quartiersmanagement, lokale Bildungsnetzwerke oder weitere lokale Partner unterstützt werden kann. Typische Projektaktivitäten bestehen in diesem Zusammenhang in der Durchführung von Praxisunterricht oder Lernwerkstätten in der Schule, in der Initiierung von Ausbildungsverbünden, die auf die Bedürfnisse der lokalen Ökonomie angepasst sind, in der Gründung von Schülerfirmen zur Entwicklung einer Kultur der Selbstständigkeit oder in der Durchführung von schulbegleitenden Berufspraktika. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang, dass sich die Kooperation nicht nur auf die einzelnen Programmgebiete beschränkt. So wird in der Evaluierung zum Programm "Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort" darauf verwiesen, dass es insbesondere in Gebieten, in denen die lokale Wirtschaft nicht in ausreichendem Maße Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten kann, von Bedeutung ist, die räumliche Mobilität der Quartiersbewohner zu erhöhen, damit diese in der Lage sind, für eine Ausbildung oder Arbeit ihr vertrautes Wohnumfeld zu verlassen (BBSR 2009: 6). Insgesamt habe sich für die Umsetzung des Programms als bedeutsam erwiesen, dass die lokalen Akteure bestehende Kooperationsstrukturen nutzen und an den integrierten Handlungskonzepten der Quartiere anknüpfen konnten. Eine Besonderheit im Vergleich zu "rein" arbeitsmarktpolitischen Ansätzen stelle darüber hinaus die Beteiligung der lokalen Bewohnerschaft in den Projekten dar, z. B. durch Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Schulung engagierter Bewohner zu Multiplikatoren (ebenda: 7). Dem Mehrzielcharakter des Programms Soziale Stadt entsprechend werden dadurch neben bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Zielstellungen die soziale Integration und der Zusammenhalt in den Quartieren unterstützt.

## 9.9 Fazit

An der Vielzahl der Aktivitäten wird deutlich, dass das Handlungsfeld "Schule und Bildung" für die Förderung benachteiligter Stadtteile in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Hierbei liegt neben den Förderansätzen, die sich gezielt an benachteiligte Schüler richten, ein besonderer Fokus auf der Aktivierung und Einbindung der Eltern, der sozialräumlichen Öffnung von Schulen sowie der Vernetzung mit lokalen Partnern und der Einbindung von ehrenamtlichen Akteuren. Die Schulen müssen dabei unterschiedlichen Anforderungen und Herausforderungen gerecht werden. So sind sie einerseits gefordert, eine qualitätsvolle Lehre zu bieten und auch für leistungsstarke Schüler attraktive Angebote zu schaffen. Andererseits müssen sie die Lern- und Bildungsdefizite von Schülern aus bildungsfernen und/oder sozial schwachen Familien durch zusätzliche Förder- und Bildungsangebote auffangen und in diesem Zusammenhang mit einer Vielzahl von außerschulischen Einrichtungen, ehrenamtlichen Akteuren und Projekten kooperieren.

Die Städtebauförderung, das Ganztagsschulprogramm und andere Finanzierungsquellen haben dazu beigetragen, dass viele Schulen in benachteiligten Quartieren in den letzten Jahren attraktivere Orte geworden sind. Auf diese Weise konnten die baulichen Voraussetzungen für zusätzliche Lern- und Freizeitangebote an den Schulen geschaffen werden.

Einen weitreichenden Projektansatz stellt die Öffnung der Schule in den Stadtteil dar; häufig ist sie mit der Einführung des Ganztagsschulbetriebs verbunden. In von Modell zu Modell unterschiedlichem Ausmaß erweitern die entsprechenden Schulen die Angebote für ihre Schülerinnen und Schüler, übernehmen darüber hinausgehende Leistungen für den Stadtteil und kooperieren eng mit den Trägern der Jugendhilfe, Verbänden und weiteren lokalen Akteuren. Bisherige Evaluierungen fallen positiv aus, eine systematische Untersuchung der Wirkungen für die Kompetenzentwicklung der Kinder und Jugendlichen steht allerdings noch aus.

Neben einer solchen grundlegenden Umstrukturierung der Schule haben relativ kleine Projekte der Elternaktivierung sowie des Einsatzes von ehrenamtlichen Paten und Mentoren ihren Platz. Sie sind vor allem deshalb wichtig, weil mit ihnen auf direktem Weg Normen und Vorbilder vermittelt werden und Einfluss auf die Aspirationen der Kinder und Jugendlichen genommen wird.

Damit die Schulen den besonderen Anforderungen in benachteiligten städtischen Quartieren gerecht werden können, benötigen sie von den Ländern und Kommunen zusätzliche Hilfen und Ressourcen. Über die Ressourcenzuweisung der Länder erfolgt in Deutschland eine kompensierende Unterstützung von Schulen in benachteiligten Quartieren bisher nur

ansatzweise und nicht in einem ausreichenden Maße. Lern- und Bildungsungleichheiten, die aufgrund der Zusammensetzung der Schülerschaft bestehen, konnten dadurch bisher nicht zufriedenstellend ausgeglichen werden. Inwiefern eine Schule bei der Bewältigung der zusätzlichen Herausforderungen unterstützt wird, hängt momentan insbesondere davon ab, welche Förderprogramme in dem jeweiligen Gebiet und an der Schule zum Einsatz kommen und inwiefern diese für die Schulen nutzbar gemacht werden können und werden. An den Darstellungen der bisherigen Aktivitäten wird deutlich, dass "lokale Bildungsoffensiven" insbesondere dann gut gelingen, wenn auf lokaler Ebene verschiedene Finanzierungsinstrumente zusammengeführt werden. Programme der integrierten Stadtentwicklung können hierfür einen geeigneten Rahmen bieten, da bei der Umsetzung dieser Programme bereits verschiedene Aktivitäten zusammengeführt werden und lokale Vernetzungsstrukturen entstehen, an denen die Schulen anknüpfen können.

Einen wichtigen Beitrag zur Förderung der sozialen Inklusion können insbesondere quartiersbezogene Bildungsnetzwerke leisten. Hilfreich ist es, wenn hierfür im Stadtteil die Stelle eines Koordinators geschaffen wird, der die verschiedenen Akteure zusammenbringt und bei der Vernetzung und Weiterentwicklung der Angebote unterstützt. Durch die Zusammenführung von Kindertagesstätten, Schulen, der Jugendhilfe sowie weiteren bildungsorientierten Akteuren können gemeinsam Problemfelder identifiziert und kompensatorische sowie präventive Maßnahmen entwickelt werden. Unternehmen und Arbeitsagenturen stellen in diesem Zusammenhang weitere wichtige Partner dar, um die Jugendlichen auch beim dem Übergang von der Schule in das Berufsleben zu begleiten. Wie die Erkenntnisse zu den bisherigen Aktivitäten zeigen, sollte sich die Vernetzung mit Unternehmen im Sinne einer Förderung der Mobilität der betroffenen Jugendlichen nicht auf das Quartier beschränken.

## **10. Projektansätze im Handlungsfeld Freizeit, Kultur und Sport**

Das Handlungsfeld Freizeit, Kultur und Sport bezieht sich auf die verschiedenen freizeitbezogenen Angebote und Aktivitäten zur sozialen Inklusion in der Wohnumgebung, die größtenteils außerhalb von Familie, Kita und Schule stattfinden. In sozial benachteiligten Quartieren besteht eine besondere Herausforderung darin, Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche zu schaffen, die auf der einen Seite allen Kindern und Jugendlichen offen stehen und die auf der anderen Seite mit informellen Lernprozessen verbunden sind und den Kindern neue Erfahrungsräume bieten. Darüber hinaus kommt es darauf an, das bauliche Umfeld zu verbessern, da die Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung auch durch vorhandene Spiel- und Bewegungsflächen und bestehende Freiräume im Quartier beeinflusst werden.

Aufgrund der großen Breite dieses Handlungsfeldes gibt es eine Vielzahl an Aktivitäten, die in diesem Zusammenhang von Bund, Ländern, Kommunen sowie zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt werden. Im Fokus stehen dabei insbesondere Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen und sozial schwachen Familien, deren Bildungsnachteile, die möglicherweise aufgrund familiärer Problemlagen oder fehlender Kenntnisse bestehen, kompensiert werden sollen. Ziel ist es, durch geeignete Freizeit-, Kultur- und Sportangebote informelle Lerngelegenheiten zu schaffen, die den Kindern auf eine spielerische Art neue Anregungen und Erfahrungen bieten. Allerdings ist aus verschiedenen Studien bekannt, dass außerfamiliäre Angebote gerade von den Kindern und Jugendlichen am wenigsten genutzt werden, die sie am meisten bräuchten. So ist beispielsweise einer Auswertung des DIW zum sozioökonomischen Panel zu entnehmen, dass Kinder, deren Mütter keinen Berufsabschluss haben, Kinder aus niedrigen Einkommensgruppen und Kinder mit Migrationshintergrund bei frühkindlichen Angeboten, die außerhalb von Kita und Elternhaus stattfinden, unterrepräsentiert sind (DIW 2010). Somit geht es nicht nur darum, die Anzahl und die Qualität der Freizeit-, Kultur- und Sportangebote in benachteiligten städtischen Quartieren zu erhöhen, sondern auch darum, aufsuchende und niedrigschwellige Ansätze zu schaffen, die sicherstellen, dass die Angebote auch von den besonders benachteiligten Kindern und Jugendlichen genutzt werden.

Im Folgenden werden typische oder besonders innovative Projektansätze zur Förderung der sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen in der Wohnumgebung im Handlungsfeld Freizeit, Kultur und Sport systematisiert dargestellt und bewertet. Als zentrale Projekttypen konnten dabei folgende Ansätze identifiziert werden:

- Aufwertung und Erweiterung der sozialen und freizeitbezogenen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche,



- Schaffung von zusätzlichen freizeitbezogenen Angeboten,
- Sozialräumliche Öffnung von Informations- und Kultureinrichtungen,
- Schaffung von niedrigschwelligen Sportangeboten,
- Mobile Jugendarbeit,
- Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtteilbezogenen Aktivitäten.

### **10.1      Aufwertung und Erweiterung der sozialen und freizeitbezogenen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche**

Die Verbesserung der Spiel- und Lernumgebung durch bauliche Maßnahmen ist ein wesentlicher Bestandteil integrierter Stadtentwicklungsprogramme. So geht aus der dritten bundesweiten Befragung der Bundestransferstelle Soziale Stadt in den Programmgebieten hervor, dass die Bereiche "Wohnumfeld und öffentlicher Raum" sowie "Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur", in die die Projektaktivitäten dieses Ansatzes fallen, die beiden häufigsten Handlungsfelder darstellen, die in die Integrierten Entwicklungskonzepte einbezogen werden (Difu 2006a). In den Programmgebieten werden hierbei in der Regel solche Aktivitäten vorgenommen, die darauf abzielen, den öffentlichen Raum für Kinder, Jugendliche und Familien attraktiver zu gestalten sowie Grün- und Spielflächen umzugestalten. Neben der Neu- oder Umgestaltung von Spielplätzen betrifft dies beispielsweise die Aufwertung und Erweiterung von Kinder- und Jugendhäusern, Stadtteiltreffs, Multifunktionszentren, Werkstätten oder Kinder- und Jugendbauernhöfen (BBR 2008; GdW 2010). Dabei werden die Kinder und Jugendlichen oftmals in die Planung und Gestaltung der neuen Spiel- und Lernflächen einbezogen.

#### **Abbildung 10.1: Projektbeispiele zur Aufwertung und Erweiterung der sozialen und freizeitbezogenen Infrastruktur**

*Sanierung und Erweiterung von Jugendhäusern (Soziale Stadt Stuttgart, Hamburg), Jugendzentren (Soziale Stadt Leinefelde, Darmstadt), Kinder- und Jugendfarmen (Stuttgart, Bonn, Erlangen, München), Kinder- und Jugendbauernhöfe (Soziale Stadt Bremen, Berlin), Bootshäuser (Soziale Stadt Hamburg), Aktivspielplätze (Leipzig, Magdeburg, Erfurt, Darmstadt, Karlsruhe), Multifunktions- und Familienzentren (Soziale Stadt Sonneberg, Coburg, Bremen, Dortmund), Kunst- und Lernwerkstätten (Soziale Stadt Darmstadt, WIN Bremen, Stärken vor Ort Rosenheim), Videowerkstätten (Soziale Stadt Wetzlar), Kinderbüros (Soziale Stadt Karlsruhe, Stadt Leipzig, Stadt Freiburg), Jugendtreffs (Soziale Stadt/LOS Reutlingen, Soziale Stadt/LOS Darmstadt), Bürger-Cafés (BIWAQ Northeim), Abenteuerhallen (Soziale Stadt Köln, Soziale Stadt/LOS Wetzlar) etc.*

Die vielfältigen Aktivitäten zur Aufwertung und Erweiterung der sozialen und freizeitbezogenen Infrastruktur in sozial benachteiligten Gebieten sind grundsätzlich positiv zu bewerten. So ist die städtebauliche Infrastruktur in benachteiligten städtischen Gebieten zu Beginn der Förderung oftmals in einem schlechten Zustand, was beispielsweise an verwahrlosten Spielplätzen, fehlenden Sport- und Bewegungsräumen oder heruntergekommenen Jugend- und Freizeitzentren sichtbar wird. Baulich-investive Maßnahmen können hier ansetzen und für die Kinder und Jugendlichen im Quartier eine direkte Verbesserung herbeiführen. Wie verschiedene Studien zeigen, sind ausreichende Spiel-, Erfahrungs- und Bewegungsräume für eine gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von großer Bedeutung. So hat beispielsweise eine Studie der Bertelsmann Stiftung aufgezeigt, dass die sportliche Aktivität von Kindern und Jugendlichen durch die Möglichkeiten zur Bewegung und Freizeitgestaltung im Wohnumfeld beeinflusst wird (Bertelsmann Stiftung 2010: 29). In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass neben den strukturierten Angeboten in den Quartieren auch Freiräume, wie z. B. Parkanlagen, Baulücken, Siedlungsränder, Plätze oder Fußgängerzonen, benötigt werden. Indem diese Freiräume von Kindern und Jugendlichen als informelle Spiel-, Bewegungs- und Begegnungsräume erschlossen werden, können die Räume als Erfahrungsräume dienen und zur Erprobung von Rollenmustern genutzt werden (Planungsbüro Stadt-Kinder/Schelhorn Landschaftsarchitektur 2010: 9).

Darüber hinaus regen kulturelle und soziale Angebote im Quartier zu einer aktiven Freizeitgestaltung an (GdW 2010). So können neu geschaffene Stadtteil- oder Jugendzentren zu Orten der Begegnung werden, an denen soziale Integrationsprozesse unabhängig von Arbeit und Schule stattfinden können. Familien, Kinder und Jugendliche können hier neue soziale Kontakte knüpfen und ihre eigenen Interessen einbringen. Dadurch kann zudem das Engagement der Bewohner erhöht und die Identifikation mit dem Quartier gestärkt werden (ebenda).

## **10.2 Schaffung von zusätzlichen freizeitbezogenen Angeboten, die den Kindern neue Erfahrungen ermöglichen**

Im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung geht die Aufwertung und Erweiterung der sozialen und freizeitbezogenen Infrastruktur häufig mit der Schaffung von zusätzlichen Angeboten einher. So sind oftmals attraktive Räumlichkeiten entstanden, die von den Kommunen, Trägern oder weiteren Akteuren für neue oder erweiterte Angebote der Kinder- und Jugendarbeit genutzt werden können. Beispiele für Projektaktivitäten sind in diesem Zusammenhang die Schaffung von Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten für Kinder und Jugendliche, Angebote zur Ferienprogrammbetreuung, die Durchführung von

Videowerkstätten oder Kunst- und Lernwerkstätten sowie die Initiierung von Kunstprojekten zum Wohnumfeld.<sup>60</sup>

**Abbildung 10.2: Projektbeispiele zur Schaffung von zusätzlichen freizeitbezogenen Angeboten, die den Kindern neue Erfahrungen ermöglichen**

*Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote (Soziale Stadt Duisburg, Neunkirchen etc.), Ferienprogrammbetreuung (Soziale Stadt Berlin, Rosenheim etc.), Filmprojekte, Videowerkstatt oder Nachbarschafts-TV (Soziale Stadt Dietzenbach, Wetzlar), Kunstprojekte zum Wohnumfeld (Soziale Stadt Bruchsaal), Kunst- und Lernwerkstätten (Soziale Stadt Bremen, Darmstadt), Erlebnispädagogische Angebote wie Erlebniscamps der CityKids e.V. (Leipzig), Kulturprojekte mit Kindern der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW (Duisburg, Bottrop), Jedem Kind ein Instrument (Ruhrgebiet, Hamburg), Jedem Kind seine Stimme (Nordrhein-Westfalen), MUS-E (Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland in Bayern, Baden-Württemberg, Brandenburg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Saarland), künstlerische Biographiearbeit mit Kindern (WiN Bremen), Kunstprojekte im Stadtteil (Soziale Stadt Bruchsal, Düsseldorf, Schwedt, Stärken vor Ort Offenbach), Kinderoper (Berlin Lichtenberg), Theater in sozialen Brennpunkten (Berlin, Heidelberg etc.), Zirkus im Brennpunkt (Berlin, Hamburg etc.), Kulturpiloten (Evangelisches Johannesstift Berlin), gemeinsame Natur- und Kulturerlebnisse für Kinder und Familien unterschiedlicher Herkunft (Robert Bosch Stiftung Brand-Erbisdorf, SWITCH in Berlin, Hamburg, Lübeck), Theater mit jungen erwerbslosen Erwachsenen (JobAct Berlin, Bochum, Detmold, Dresden, Gelsenkirchen, Lüdenscheid, Rostock, BIWAQ Ludwigshafen etc.), Programm Lichtpunkte der DKJS (Hamburg), Familien- oder Freizeitpaten (z. B. Familienpaten in Sachsen-Anhalt oder Spielplatzpaten in Mülheim an der Ruhr, Bonn, Krefeld, Bamberg, Hamburg) etc.*

Dabei gibt es auch eine Reihe an Projektaktivitäten, die gezielt versuchen, die Erfahrungsräume und Erlebnisswelten von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten städtischen Gebieten zu erweitern. Da hierzu noch keine systematischen Untersuchungen vorliegen, ist es schwierig, die Gesamtheit dieser Aktivitäten darzustellen und zu bewerten. Zum Teil werden Ansätze dieser Art im Rahmen integrierter Stadtentwicklungsprogramme auf lokaler Ebene entwickelt, darüber hinaus haben eine Reihe an Stiftungen innovative Projektansätze entwickelt oder unterstützt. Anhand von einigen innovativen Projektansätzen soll im Folgenden die Bedeutung dieser Aktivitäten näher beleuchtet und bewertet werden.

In vielen Städten sind in benachteiligten Quartieren mittlerweile **Kunst-, Musik- und Kulturprojekte** zu finden, die darauf abzielen, Kinder und Jugendliche durch das gemeinsame Erproben, Gestalten und Aufführen in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken und sie an Kunst, Musik und Kultur heranzuführen. Beispielsweise sind hier Theater- und Zirkusprojekte, Instrumentalunterricht in Kleingruppen oder die Durchführung einer Kinder- und

<sup>60</sup> Vgl. Praxisdatenbank der Bundestransferstelle Soziale Stadt (<http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank/suche/index.php>).

Jugendoper in sozialen Brennpunkten zu nennen. Indem die Kinder und Jugendlichen zu Akteuren werden und an allen Planungs- und Umsetzungsprozessen beteiligt werden, setzen sie sich mit dem jeweiligen künstlerischen Medium intensiv auseinander und lernen somit eine neue Erfahrungswelt kennen. Durch das erlebnisorientierte Lernen erlangen die Kinder und Jugendlichen neue soziale und bildungsrelevante Kompetenzen und werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gestärkt. Studien haben hervor, dass kulturpädagogische Projekte ein Lernen mit wenig Leistungs-, Benotungs- oder Regelungsdruck erlauben. In den Projekten entstehe oftmals eine offene Arbeits- und Gruppenatmosphäre, die förderlich auf die Kreativität und Motivation der Kinder wirke. Somit würden alternative Lernräume entstehen, die besonderes Lernpotenzial für sozial schwache Schüler mit sich bringen, die Schwierigkeiten im Lernraum Schule haben (Universität Duisburg-Essen 2008).

In diesem Zusammenhang engagieren sich auch mehrere zivilgesellschaftliche Akteure wie z. B. Stiftungen. Beispielsweise hat die Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland (YMSD) 1999 das Programm **"MUS-E"** ins Leben gerufen, das darauf abzielt, Kindern in sozial benachteiligten Stadtteilen den Zugang zu Kunst, Musik und Kultur zu eröffnen. Das Programm richtet sich insbesondere an Grundschulen in sozial benachteiligten Quartieren und wird in mehreren Bundesländern gezielt in Fördergebieten des Programms Soziale Stadt eingesetzt. Mittlerweise sind in acht Bundesländern 140 Schulen in 71 Städten an dem Programm beteiligt.<sup>61</sup> An den beteiligten Schulen bestreiten Künstler aus Theater, Tanz, Musik und bildender Kunst drei Jahr lang einmal pro Woche zwei Schulstunden unter Mitwirkung der Lehrer. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche in ihrer Kreativität und sozialen Kompetenz zu fördern und bei der Entfaltung von Persönlichkeit zu unterstützen. Eine Expertise des Zentrum für angewandte Politikforschung (CAP) zu den Wirkungsdimensionen von MUS-E hat ergeben, dass die freie Arbeit in den MUS-E-Stunden auf der Ebene der Schüler Entwicklungen in Bezug auf persönlichen Ausdruck, Phantasie und Eigeninitiative ermöglicht, die sonst nicht gegeben sind (CAP 2007: 5). Hierdurch könnten das Selbstwertgefühl und das Selbstbewusstsein der Schüler gestärkt und die Ausgeglichenheit der Schüler befördert werden. Darüber hinaus trage eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Künstlern, Lehrern und Schülern zu einem entspannteren Verhältnis zwischen Schülern und Lehrkräften und einer Verbesserung des Klassenklimas bei. Um das Programm möglichst nachhaltig zu gestalten, hat die YMSD gemeinsam mit weiteren zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren im Jahr 2006 an neun Grundschulen in Nordrhein-Westfalen das Modellprojekt "MUS-E Modellschule" initiiert. In diesem Projekt arbeiten Künstler als Schulentwickler in ausgewählten Grundschulen mit dem Leh-

---

<sup>61</sup> <http://ymsd.de/>

erkollegium zusammen, um eine künstlerische Haltung bei den Lehrkräften zu entfalten (Institut für Berufliche Bildung und Weiterbildung 2009).

Eine weitere Initiative, die sich insbesondere an sozial benachteiligte Stadtteile richtet, stellt in diesem Zusammenhang das von der Kulturstiftung des Bundes geförderte Programm **"Jedem Kind ein Instrument (JeKi)"** dar, das darauf abzielt, jedem Kind im Ruhrgebiet die Möglichkeit zu bieten, ein Musikinstrument eigener Wahl zu erlernen. Neben der Umsetzung des Programms in Nordrhein-Westfalen, sind mittlerweile ähnliche Ansätze in anderen Bundesländern, wie z. B. Hamburg, Hessen oder Thüringen zu finden. Durch das Programm erhalten Grundschulkinder der ersten und zweiten Klasse eine intensive musikalische Förderung. Diese besteht im ersten Jahr darin, dass sie durch eine Kooperation der Grundschule mit einer Musikschule spielerisch an die Musik herangeführt werden und verschiedene Musikinstrumente kennenlernen. Im zweiten Jahr können sich die Kinder dann für ein Instrument ihrer Wahl entscheiden, das ihnen als Leihinstrument zum Erlernen zur Verfügung gestellt wird. Ab der dritten Klasse soll dann ein jahrgangsübergreifendes Musizieren im Orchester stattfinden, das mit einem gemeinsamen Abschlusskonzert in der vierten Klasse endet.<sup>62</sup>

Durch das Programm erhalten insbesondere Kinder aus bildungsfernen oder sozial schwachen Familien die Möglichkeit, einen Zugang zur Musik zu finden, eigene musische Talente zu entdecken und ein Instrument ihrer Wahl zu erlernen, was ihnen ansonsten häufig verwehrt geblieben wäre. Wie eine Evaluation des Projektes in Bochum zeigt, können bei den Kindern durch das Erlernen eines Instrumentes positive Lernprozesse in Gang gesetzt werden, die, wenn sie mit Erfolgen einhergehen, den Kindern positive Selbstkonzepte für weiteres Lernen ermöglichen, das Selbstbewusstsein und die Motivation erhöhen und für ein adäquates Lernverhalten förderlich sind (Beckers/Beckers/Schulten 2007: 5). Damit die Kinder Lernfortschritte erleben und sich weitergehende positive Wirkungen entfalten können, sollte der Förderansatz in die Organisationsstruktur der Schule eingebettet werden und durch die Gewährleistung förderlicher Rahmenbedingungen, wie geeignete Räumlichkeiten, nicht zu heterogene Lerngruppen und qualifiziertes Personal, unterstützt werden. Befunde der wissenschaftlichen Begleitung weisen darauf hin, dass ein guter Organisations- und Führungsstil sowie das Engagement der Grundschule in sozialen Brennpunkten dazu führen können, dass unabhängig von der Herkunft der Kinder ein gut funktionierender JeKi-Unterricht gewährleistet werden kann (ebenda: 11). Darüber hinaus hängt der Lernerfolg der Kinder insbesondere im zweiten Jahr von der Unterstützung der Eltern und den Gelegenheiten zum Üben zu Hause ab, weshalb die Eltern in das Projekt einbezogen werden sollten (ebenda: 14). Im Rahmen der wissen-

---

<sup>62</sup> <http://www.jedemkind.de/index.php>

schaftlichen Begleitung zu JeKi konnten als Auswirkungen der musikalischen Förderung auf die Kinder ein gesteigertes Interesse der Kinder an Musik und am Musikhören, die Beherrschung eines Musikinstrumentes, eine Steigerung der Konzentrationsfähigkeit und des Selbstvertrauens sowie eine Verbesserung der allgemeinen Stimmung und Ausgeglichenheit beobachtet werden (ebenda: 18).

Ob und in welchem Maße Musik und das Erlernen eines Musikinstrumentes zu einer Steigerung anderer kognitiver Fähigkeiten führt (z. B. Fähigkeiten sprachlicher oder mathematischer Art) lässt sich auf dem derzeitigen Stand der empirischen Forschung noch nicht hinreichend feststellen. Einen guten Überblick hierzu bietet der Forschungsband "Macht Mozart schlau?" (BMBF 2006). Er weist darauf hin, dass diese kognitiven Effekte nicht sehr ausgeprägt sind.

Ein weiterer Projektansatz, der vereinzelt umgesetzt wird, besteht darin, Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Quartieren an kulturelle Einrichtungen, wie Museen, Theater oder Opern, durch gemeinsame Besuche heranzuführen. Beispielsweise finden im Rahmen des Projektes "**KulturPiloten**" des Evangelischen Johannesstifts Berlin mit Kindern aus sozialen Brennpunkten gemeinsame Ausflüge zu kulturellen Einrichtungen statt. Hierdurch lernen die Schüler neue Orte und Kunst- und Kulturformen kennen. Nach den gemeinsamen Erkundigungen sollen sie ihre neu gewonnenen Eindrücke durch eigenes kreatives Gestalten verarbeiten. Die "Kulturpiloten" treffen sich insgesamt zehn Mal für drei Stunden, dabei lernen die Kinder verschiedene Künstler und Wissenschaftler mit pädagogischer Erfahrung kennen. Eine Evaluation zu diesem Projekt liegt nicht vor, das Verfahren wurde aber vom Evangelischen Johannesstift als positiv bewertet und nach einer Erprobung im Jahr 2008 in den Jahren 2009 und 2010 fortgeführt (Evangelisches Johannesstift 2010). Darüber hinaus gibt es bundesweit mittlerweile eine große Anzahl an Familien- oder Freizeitpatenprojekten, die darauf abzielen, Kinder aus sozial schwachen Familien mit engagierten Paten zusammenzubringen, die den Kindern durch gemeinsame Unternehmungen neue Erfahrungen ermöglichen. Durch die gemeinsamen Unternehmungen und Gespräche über Normen und Werte werden informelle Lernprozesse in Gang gesetzt, die Kinder bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung und aktiven Freizeitgestaltung unterstützen (vgl. Müller-Kohlenberg et al. 2008).

Daneben gibt es einzelne Projektaktivitäten, die darauf abzielen, gemeinsame Aktivitäten dafür zu nutzen, um Kinder und Jugendliche aus unterschiedlichen Lebenswelten zusammenzuführen. Hier ist z. B. die Initiative "**Switch**" der Kulturbrücke Hamburg e.V. zu nennen, die mittlerweile in drei Städten umgesetzt wird.<sup>63</sup> Bei diesem Projekt können Kin-

---

<sup>63</sup> <http://www.switchdeutschland.de/>

der aus allen Stadtteilen im Alter von neun bis 14 Jahren für vier Tage von jeweils 10 bis 18 Uhr in vier verschiedene Familien aus unterschiedlichen Herkunftsländern wechseln. In den Familien sollen sie den jeweiligen Lebensalltag kennenlernen und gemeinsame Unternehmungen durchführen. Für Kinder, die selbst keine Gäste in ihre Familie einladen können, wird ein Alternativprogramm geboten, bei dem sie verschiedene kulturelle und kulinarische Angebote in der Stadt kennenlernen. Ihre neuen Eindrücke halten die Kinder in Tagebüchern fest. Die gemeinsamen Erlebnisse führen dazu, dass Kinder andere Lebenswelten kennenlernen. Dabei können sich die neuen Lebenswelten sowohl auf andere Kulturen als auch auf andere Stadtteile und Sozialräume beziehen. Ziel ist es, die Toleranz der Kinder zu erhöhen. Um den Kontakt zu den anderen Lebenswelten auch längerfristig zu sichern, soll ein ehrenamtlicher Betreuer im Nachgang der Familienbesuche weitere Treffen organisieren. Sollte dies gelingen, kann der Ansatz ggf. auch dazu beitragen, dass heterogene Netzwerke zwischen Kindern aus unterschiedlichen Lebenswelten geschaffen werden, wovon sozial schwache Kinder aus benachteiligten Gebieten profitieren könnten.

### **10.3 Sozialräumliche Öffnung von Informations- und Kultureinrichtungen**

Um Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien an Kunst- und Kulturangebote heranzuführen, besteht ein weiterer Ansatz darin, Informations- und Kultureinrichtungen im Stadtteil sozialräumlich zu öffnen. Beispielsweise ist hier die Öffnung von Bibliotheken oder Museen zum Stadtteil zu nennen. Bei diesem Ansatz sollen durch niedrigschwellige Angebote, die sich gezielt an die Bewohner des Stadtteils und/oder sozial benachteiligte Bewohner richten, neue Nutzergruppen gewonnen werden. Abhängig von der jeweiligen Einrichtung und den Problemlagen im Quartier können sich die Angebote dabei auf die Bereiche Spracherwerb, Hausaufgabenhilfe und -betreuung, Berufsorientierung und -bildung, Medienkompetenz, Kommunikation, Gewaltprävention und den Erwerb von Sozialkompetenz beziehen. Zur Gewährleistung der zusätzlichen Angebote findet in der Regel eine Vernetzung und Kooperation mit Akteuren aus den Bereichen Bildung, Verwaltung, Wirtschaft und Quartiersentwicklung statt.

#### **Abbildung 10.3: Projektbeispiele zur sozialräumlichen Öffnung von Informations- und Kultureinrichtungen**

*Sozialräumliche Öffnung von Stadtteilbibliotheken (Bertelsmann Stiftung/BI International Frankfurt, Soziale Stadt Wolfsburg, Interkulturelle Angebote der Stadtteilbibliothek Nürnberg, WortStark in Friedrichshain-Kreuzberg, Bibliotheken im Stadtteil ZIS Berlin), Sozialräumliche Öffnung von Museen (Kinder- und Jugendmuseen in Hamburg, Berlin, München), historische Kinderprojekte in Hamburg, "Mitmachzirkus" (Berlin), Theaterprojekte (Soziale Stadt Berlin, BIWAQ Senftenberg, Consol Theater in Gelsenkirchen) etc.*

Ziel der sozialräumlichen Öffnung ist es, die Angebote stärker an den quartiersspezifischen Bedürfnissen auszurichten sowie Zugangsbarrieren und Hemmnisse gegenüber lokalen Bewohnern abzubauen. Darüber hinaus sollen insbesondere für Kinder und Jugendliche aus dem Quartier neue Bildungsorte geschaffen werden. Bei den bisherigen Aktivitäten zur sozialräumlichen Öffnung von Informations- und Kultureinrichtungen handelt es sich überwiegend um Initiativen auf lokaler Ebene, die im Rahmen integrierter Stadtentwicklungsprogramme, kommunaler Initiativen oder mit Unterstützung von Stiftungen sowie weiteren öffentlichen oder privaten Akteuren umgesetzt werden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Stadtteilbibliotheken zu, die in fast allen Quartieren vertreten sind. Weitere lokale Einrichtungen der Informations- und Kulturvermittlung stellen Kinder- und Jugendmuseen, Theater oder Bildungszentren im Stadtteil dar. Beispiele für sozialraumbezogene Aktivitäten sind in diesem Zusammenhang die Schaffung von niedrigschwelligen Nachmittagsangeboten zur Lese- und Sprachförderung, Bibliothekseinführungen für Migranten, die Heranführung an die selbstständige Nutzung neuer Medien, die Bereitstellung interkultureller Lesekisten, die Einbeziehung von ehrenamtlichen Lesepaten sowie Veranstaltungsreihen für Eltern und Kleinkinder (vgl. Lotz 2008, Schneehorst 2008, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg/Bezirksamt Mitte von Berlin 2007). Die Aktivitäten finden oftmals in Kooperation verschiedener bildungs- und integrationsfördernder Einrichtungen statt. In Fördergebieten des Programms Soziale Stadt können die Aktivitäten dabei an Vernetzungsstrukturen des Quartiersmanagements anknüpfen. In Bezug auf die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen sind diese Ansätze positiv zu bewerten, da die Aktivitäten dazu beitragen, Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Familien an Bildungs- und Kulturangebote sowie Mediennutzung heranzuführen und Lerndefizite abzubauen. Hierzu ist allerdings sicherzustellen, dass mit den niedrigschwelligen Angeboten tatsächlich neue Zielgruppen erreicht werden. Darüber hinaus kann die Öffnung der Einrichtungen dazu führen, dass die Identifikation der Kinder und Jugendlichen mit dem Stadtteil gestärkt wird und neue soziale Kontakte geschlossen werden.

#### **10.4 Schaffung von niedrigschwelligen Sportangeboten**

Ein weiterer Handlungsschwerpunkt im Bereich der freizeitbezogenen Aktivitäten zur sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen besteht in der Schaffung von niedrigschwelligen Sportangeboten im Wohnumfeld. Ziel ist es, insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien oder Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund bei ihrer aktiven Freizeitgestaltung zu unterstützen und sie durch zusätzliche kostenfreie oder kostengünstige Angebote im Wohnumfeld an regelmäßige sportliche Betätigungen oder den Vereinssport heranzuführen. Hierdurch soll zum einen dem Bewegungsmangel von Kindern und Jugendlichen vorgebeugt werden und eine aktive und gesundheitsbewusste Entwicklung unterstützt werden. Zum anderen sollen insbesondere



gefährdete und gewaltbereite Jugendliche durch Sportangebote erreicht werden, um diese bei ihrer aktiven Freizeitgestaltung zu unterstützen und präventiv einer kriminellen Laufbahn entgegenzuwirken.

**Abbildung 10.4: Projektbeispiele zur Schaffung von niedrigschwelligen Sportangeboten**

*"Sport nach 1 in Schule und Verein" (Bayern), "Sport auf der Straße" (Bremen-West), "Gemeinsam Sport in Schule und Verein" (Mecklenburg-Vorpommern.), "Bewegte Kinder - Präventionsprogramm zur Bewegungsförderung" (Mecklenburg-Vorpommern), Kickboxprojekte (Stadt Darmstadt, Stadt Neu-Isenburg, LOS Bremen), Mitternachtsboxen der TFO Berlin, Basketballmitternachtsveranstaltungen (Stadt Nürnberg, Bayreuth, Soziale Stadt Rosenheim, LOS Rosenheim), regelmäßige Nachtsportangebote (Soziale Stadt Düsseldorf, Soziale Stadt Berlin), Fußballangebot "buntkicktgut" in München (Gemeinsames Projekt von Initiativgruppe e.V., IG Feuerwache und Amt für Wohnen und Migration), Sport AGs für Mädchen (Soziale Stadt Berlin, LOS Rosenheim), "Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit" in Schleswig-Holstein, "Wir im Verein mit Dir e.V." im Saarland, "KICK - Sport gegen Jugenddelinquenz" in Berlin, "Boxen gegen Gewalt" des Box-Out e.V. (Hamburg), "MädchenStärken" der DKJS (u. a. München, Neubrandenburg, Mannheim, Freiburg, Dortmund), "Spielraum" der DKJS (Berlin, Zürich, Wien), Sportmobile der Landessportverbände (Bayern, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern), "Integration durch Sport" des BMI und des DOSB, "Jugend mit Zukunft" in Nordrhein-Westfalen, "Sport hilft Pforzheim" (Sportkreis Pforzheim Enzkreis e.V.), "Sport für alle - Sport mit Aussiedlern" der SJ Rheinlandpfalz, "Kein Kind ohne Sport" in Schleswig-Holstein, "spin - sport interkulturell" in NRW etc.*

Neben Bund, Ländern und Kommunen treten hierbei insbesondere die Landessportbünde als zentrale Akteure auf. Auf Bundesebene fördern das Bundesministerium des Inneren und der Deutsche Olympische Sportbund das Programm **"Integration durch Sport"**, das gemeinsam mit den Landessportbünden bundesweit umgesetzt wird. Schwerpunkte des Programms stellen die Förderung von Stützpunktvereinen, Integrationsmaßnahmen an der Basis, Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Förderung von Starthelfern und von Sportmobilen dar. Eine räumliche Einschränkung ist im Programm nicht vorgesehen, es gibt aber eine Reihe von Aktivitäten, die gezielt in sozialen Brennpunkten stattfinden. Hierzu zählen die Veranstaltung von Mitternachtssport in sozial schwachen Stadtteilen, Straßenfußballturniere, schulische Sportangebote sowie Unterstützungsprojekte für straffällig gewordene Jugendliche (Universität Potsdam/Universität Dortmund 2009). Wie die Evaluierung des Programms gezeigt hat, werden bei einem Großteil der Stützpunktvereine die Sportangebote zumindest gelegentlich mit weiteren Unterstützungsleistungen verbunden. So erhalten die Kinder und Jugendlichen beispielsweise Hilfe bei der Erstellung der Hausaufgaben, bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz und bei der Wohnungssuche oder Behördengängen. Darüber hinaus finden gelegentlich Sprach- oder Computerkurse sowie Elterngespräche und Kinderbetreuungsangebote statt (ebenda, Band 2: 143 f.).

Eine Reihe von weiteren Aktivitäten findet auf Länderebene und in den Kommunen statt. So hat beispielsweise das Land Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem Landessportverband und der Sportjugend sowie der WOBAU Wohnungsverwaltung Anfang der 1990er Jahre das Projekt **"Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit"** ins Leben gerufen (Pötzke 2006). Das Programm sieht eine Förderung von pädagogisch begleiteten Sportangeboten in sozialen Brennpunktgebieten vor. Mittlerweile werden an ungefähr 40 Standorten über 80 regelmäßige offene Sportangebote bereitgestellt. Die Aktivitäten können beispielsweise Ballsportarten, offene Spiel- und Sportangebote oder Selbstverteidigungskurse umfassen und richten sich insbesondere an gewaltbereite oder gefährdete Kinder und Jugendliche. Zentrale Kooperationspartner stellen neben den Sportverbänden und -vereinen u. a. Jugendorganisationen der Fachverbände, Schulen, Jugendämter, Streetworker, Wohlfahrtsverbände, Kirchen, die Polizei sowie der Rat für Kriminalitätsverhütung dar. Ziel ist es, die Kinder und Jugendlichen bei ihrer Identitätsbildung zu unterstützen, ein gesundes Aktivitätsverhalten hervorzurufen, soziale Kompetenzen und Fairness zu stärken sowie präventiv gegen Rassismus und Gewalt vorzugehen. Die Vernetzung wird als ein wesentliches Erfolgselement des Programms gesehen, um sozial benachteiligte Jugendliche zu erreichen. Ergebnisse der Evaluierung von Modellvorhaben des Programms weisen darüber hinaus darauf hin, dass Jugendliche aus sozialen Brennpunkten insbesondere dann erreicht werden konnten, wenn ihnen von den lokalen Projektgruppen zunächst in erreichbarer Nähe ein Aufenthaltsraum zur Verfügung gestellt wurde (DJI o. J.). Bei den Kindern und Jugendlichen, die über einen längeren Zeitraum an den Aktivitäten teilnahmen, hätten zum Teil Lerneffekte in Bezug auf den Umgang mit anderen, Teamfähigkeit und Konfliktbewältigung sowie weniger gewaltbereite Verhaltensweisen festgestellt werden können. Von Bedeutung sei allerdings, dass hierzu eine intensive Konfliktbearbeitung in der Gruppe stattfinde. In einzelnen Fällen seien allerdings auch Strategien angewandt worden, die nicht gewaltpräventiv gewirkt hätten, sondern Konfliktsituationen noch verschärfen würden. Als Beispiele wurden hier ein zu spätes Einschreiten der Gruppenleitungen in Konfliktsituationen oder eine autoritäre Entscheidungsstruktur genannt (ebenda). Somit hängt die Zielerreichung der Aktivitäten sehr stark von einer angemessenen pädagogischen Begleitung ab.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das Deutsche Forum für Kriminalprävention, das im Jahr 2006 einen Überblick über Sportmodellprojekte zur Kinder- und Jugendgewaltprävention in Deutschland erstellt hat (Günther 2006). So sei ein zentrales Ergebnis bisheriger Aktivitäten, dass Sport alleine nicht ausreiche, um soziale Verhaltensweisen und Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Gewaltpräventiv wirke der Sport nur in Verbindung mit pädagogischen Intentionen und Interventionen. Insbesondere bei Kampfsportarten sei eine Ergänzung durch Übungen zum Umgang mit Konflikten unabdingbar. Hierzu solle der Kurs gemeinsam von einer pädagogischen und einer Sport-

Fachkraft geleitet werden. Zudem könne es hilfreich sein, andere Sportarten mit einzubeziehen, um eine Fixierung aufs Kämpfen zu verhindern. Um präventive Wirkungen zu entfalten, sei es dabei insgesamt von Bedeutung, dass eine Vernetzung des Sportangebots mit dem sozialen Umfeld und zentralen lokalen Akteuren stattfindet (ebenda).

## 10.5 Mobile Jugendarbeit

An verschiedenen Stellen dieser Studie ist bereits deutlich geworden, dass bei der Unterstützung und Aktivierung von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten städtischen Gebieten eine besondere Herausforderung darin besteht, von Ausgrenzung bedrohte Kinder und Jugendliche durch niedrigschwellige und aufsuchende Ansätze zu erreichen. In diesem Zusammenhang kann die mobile Jugendarbeit eine unterstützende Funktion einnehmen. In Deutschland entstanden Ende der 1960er/Anfang der 1970er Jahre nach dem Vorbild der USA die ersten Streetwork-Projekte in der Sozialen Arbeit mit Drogenabhängigen und im Arbeitsfeld der Obdachlosenhilfe. Inzwischen wird die aufsuchende Straßensozialarbeit bzw. mobile Jugendarbeit in vielen Kommunen als sozialraumorientierter, niedrigschwelliger und integrativer Arbeitsansatz in Ergänzung zur traditionellen Jugendarbeit angewendet. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche an reguläre Angebote der (offenen) Kinder- und Jugendarbeit heranzuführen und bei ihrer Freizeitgestaltung zu unterstützen.

### Abbildung 10.5: Projektbeispiele zur mobilen Jugendarbeit

*Streetworker Leipzig, Peer-Streetwork in Berlin, mobile Jugendarbeit in Stuttgart, Offroad-Kids (Berlin, Hamburg, Dortmund, Köln), Streetwork (Cottbus, Oranienburg, München, Duisburg, Gelsenkirchen, Thüringen), mobile und offene Straßensozialarbeit (Stadt München), Streetwork/Straßensozialarbeit (Bremen, Hamburg, Leipzig, Würzburg), mobile Jugendarbeit Gelsenkirchen (Katholische Jugendsozialarbeit und Bauverein Falkenjugend), aufsuchende Jugendarbeit (Frankfurt), mobile Kinder- und Jugendarbeit (Kassel, Dresden) etc.*

In Baden-Württemberg gibt es landesweit über 90 Einrichtungen, die Konzepte der mobilen Jugendarbeit umsetzen (Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg 2005). Der Ansatz ist dabei unterschiedlich verankert. Unterschiede bestehen insbesondere in Bezug auf die Trägerstruktur, die personelle Ausstattung und die inhaltliche Schwerpunktsetzung. Die Finanzierung setzt sich dabei in der Regel aus verschiedenen Mitteln zusammen: Fördermittel von Bund, Ländern und EU, Mittel der Landkreise und Kommunen, Eigenanteile der freien Träger, kirchliche Mittel oder private Spenden. Zielgruppe sind insbesondere von Ausgrenzung bedrohte Jugendliche mit riskanten bzw. problematischen Verhaltensweisen (delphi 2007). Nach einer Definition der Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit wenden sich die aufsuchenden Aktivitäten insbesondere an junge Menschen, für die der öffentliche Raum zum überwiegen-

den Lebensort wird und die von sozialen Dienstleistungen nicht mehr erreicht werden (wollen) (BAG 2007). Durch die mobile Jugendarbeit werden die Jugendlichen an ihren Treffpunkten, wie z. B. auf öffentlichen Plätzen, Spielplätzen oder an Tankstellen, aufgesucht, durch alltagsorientierte und individuelle Hilfs- und Beratungsleistungen unterstützt, und an weiterführende Freizeit-, Bildungs- und Beratungsangebote im Stadtteil herangeführt. Dabei findet die Tätigkeit der Streetworker auf drei Ebenen statt (Gillich 2007):

1. Einzelfallbezogene Arbeit (z. B. bei Problemen in der Familie, Schule oder Ausbildung).
2. Gruppenbezogene Arbeit (z. B. über eine gemeinsame Freizeitmaßnahme oder über Gespräche mit einem Stadtteilzentrum zur Nutzung eines Raumes als Treffpunkt).
3. Gemeinwesenbezogene Arbeit (wie z. B. Aufbau von Vernetzungsstrukturen zwischen Institutionen und jugendbezogenen Projekten).

Demzufolge hat die mobile Jugendarbeit auch verschiedene Adressaten. Zum einen die von sozialer Ausgrenzung bedrohten Jugendlichen, deren soziale und persönliche Kompetenzen gestärkt werden sollen und die es mit anderen Jugendlichen zu vernetzen und bei ihrer aktiven Freizeitgestaltung zu unterstützen gilt. Zum anderen richtet sich die Arbeit der Streetworker an die Stadt(teil)politik und die Institutionen im Quartier, die ihre Arbeit und Angebote stärker auf die spezifischen Problemlagen und Bedürfnisse der Jugendlichen ausrichten müssen. Die mobile Jugendarbeit kann hier eine Brückenfunktion einnehmen (ebenda). Den Ergebnissen verschiedener Studien und Evaluationen zufolge bestehen mögliche positive Effekte der mobilen Jugendarbeit insbesondere in der Stärkung des Selbstvertrauens und der Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen sowie in der Unterstützung bei der Lebensbewältigung und bei der Bewältigung des Übergangs von der Schule in den Beruf (delphi 2007, Universität Tübingen 2009). Darüber hinaus kann die mobile Jugendarbeit dazu führen, dass ein Beitrag zur Verbesserung der lokalen Infrastrukturentwicklung geleistet wird, und dass das Zusammenleben verschiedener Gruppen im Stadtteil besser gelingt (Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg 2005). Oftmals entstehen lang anhaltende Kontakte zwischen den Jugendlichen und den Sozialarbeitern. Von besonderer Bedeutung ist, dass die Streetworker den Jugendlichen und Familien über einen längeren Zeitraum als kontinuierlicher Ansprechpartner zur Verfügung stehen und eine verlässliche Vertrauensbeziehung zu den Jugendlichen aufbauen (Universität Tübingen 2009). Darüber hinaus kann die Arbeit der Streetworker insbesondere durch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit wichtiger Kooperationspartner, wie z. B. der Schulen, erleichtert oder erschwert werden (delphi 2007: 116).

## 10.6 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtteilbezogenen Aktivitäten

Ansätze zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen stellen ein wesentliches Element der Programme der integrierten Stadtentwicklung dar. So werden die Aktivierung örtlicher Potenziale und die Schaffung selbsttragender Bewohnerstrukturen im Leitfaden der Bauministerkonferenz zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt als zentrale Ziele benannt (Bauministerkonferenz 2005: 5).

**Abbildung 10.6: Projektbeispiele zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an stadtteilbezogenen Aktivitäten**

*Beteiligungsprojekte auf dem Gebiet der Wohnumfeldverbesserung (Soziale Stadt Düsseldorf, Soziale Stadt Leipzig), Bau oder Umgestaltung von Spielplätzen (Soziale Stadt Stuttgart), Strukturelle Einbindung der Kinder in den Planungsprozess ("Ruck-Zuck-Verfahren" in Schleswig-Holstein, Verkehrsprojekt "Wege sollen sicher sein" in Herten), Etablierung der kommunalen Spielleitplanung (Rheinland-Pfalz, Schleswig, Berlin, Mannheim, Dortmund), Beteiligung an der Fördermittelvergabe (Jugendrat Soziale Stadt Berlin), Einrichtung von Jugendfonds (Stadt Pforzheim, Dresden, Soziale Stadt Bremen, ExWoST Erfurt), Jugendräte (Soziale Stadt Berlin), Kinderkonferenzen (Ludwigshafen, ExWoST Berlin), Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am Bau von Jugendeinrichtungen (Soziale Stadt Reutlingen, Kassel), Umgestaltung von Schulhöfen (Soziale Stadt Schwedt, Kassel, Bonn, Ratingen), Modellprojekt "Jugend macht Stadt" des BBSR, Projekt Kiezdetektive (Berlin), Jugendplanungszellen (Berlin, Dresden), Projekt "Jugend bewegt Stadt" des BMVBS, Zeitsprünge-Projekte zur Stadtteilgeschichte der Stiftung demokratische Jugend (Chemnitz), Geschichtswerkstätten in Hamburg, Stadterkundungsprojekte der Stiftung Niedersachsen, Aktionsprogramm "Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken" in Berlin etc.*

Typische Maßnahmen zur Gewährleistung der Bürgermitwirkung sind in diesem Zusammenhang die Einrichtung von Stadtteilbeiräten und die Ausstattung dieser mit kleinen Verfügungsfonds, die Bereitstellung von Bürgertreffs und anderen Räumen, die zur Selbstverwaltung genutzt werden können, sowie die Beteiligung der Bewohner an Maßnahmen der Stadtentwicklung. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen erfolgt größtenteils über projektbezogene Aktivitäten. Zentrale Projekttypen stellen hierbei die Einbindung von Kindern und Jugendlichen in Planungsprozesse zur Umgestaltung von Spielplätzen, Schulhöfen, Sportanlagen und Kinder- und Jugendzentren, die Durchführung von gemeinsamen Stadtteilrundgängen zur Erkundung von gebietsbezogenen Stärken und Schwächen sowie aktivierende Befragungen dar, wobei sich die Beteiligungsinstrumente abhängig von der jeweiligen Altersgruppe unterscheiden können (BBR 2008; GdW 2010; Bundestransferstelle Soziale Stadt 2009). In formalen Gremien, wie Stadtteilbeiräten, bei denen die Entscheidung über die Vergabe der Mittel aus den Verfügungsfonds liegt, Stadtteilkonferenzen oder thematischen Arbeitskreisen, sind junge Menschen nur selten vertreten (Beer 2009).

In einigen Ländern und Kommunen wurden im Rahmen des Programms Soziale Stadt oder weiterer Förderprogramme neue Ansätze zur Aktivierung schwer zu erreichender Zielgruppen im Stadtteil erprobt. Beispielsweise wurde in Berlin im Jahr 2006 das Aktionsprogramm **"Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken"** durchgeführt, das darauf abzielte, die Mitwirkungs- und Teilhabechancen von Migranten am sozialen und kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben im Stadtraum durch die Kooperation von Stadtteilinstitutionen und Migrantenorganisationen zu verbessern (Beer 2007). Im Fokus des Programms standen insbesondere die Aktivierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie die Aktivierung der Eltern. Neben der Stärkung der Partizipation von Migranten wurde dabei die interkulturelle Öffnung von Einrichtungen im Stadtteil angestrebt. Insgesamt wurden 17 Projekte durchgeführt, davon waren 14 in Quartiersmanagementgebiete eingebunden. Im Ergebnis der begleitenden Evaluierung zeigte sich, dass die Einbindung von Migrantenorganisationen als Kooperationspartner zu einer breiten Beteiligungsbereitschaft der Zielgruppe führte (ebenda: 9). Die Beteiligung von Jugendlichen konnte sowohl bei der Entwicklung eigener Projekte als auch bei ehrenamtlichen Tätigkeiten erzielt werden. Allerdings wurde deutlich, dass die Jugendlichen hierbei auf Unterstützung durch Wirtschaft, Verwaltung und Politik angewiesen waren, die nicht immer im ausreichenden Maß erfolgte. So hätten sich einige Jugendliche beispielsweise für selbstorganisierte Projekte mehr Flexibilität und Unterstützung bei der Nutzung von Räumen an Schulen oder von Turnhallen gewünscht (ebenda).

Mit den Möglichkeiten zur Beteiligung von Jugendlichen an der Stadtentwicklung beschäftigt sich auch das ExWoSt-Forschungsfeld **"Jugendliche im Stadtquartier"**, das gemeinsam vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) initiiert wurde. Im Rahmen des Forschungsfeldes wurden 32 Modellvorhaben gefördert, die Konzepte umsetzen sollten, mit denen Jugendliche in besonders innovativer Art und Weise in die Entwicklung des Stadtquartiers einbezogen werden sollten. Parallel hierzu wurde vom BMVBS in den Jahren 2009 und 2010 ein Jugendfonds eingerichtet, um weitere Ansätze zur Mitgestaltung von Jugendlichen an der Stadtentwicklung zu erproben. Im Jahr 2009 wurde vom Bund hierzu ein Fonds von 100.000 Euro in einem bundesweiten Projektaufruf zur Verfügung gestellt. Jugendliche konnten sich mit ihren eigenen Ideen für ein Mikroprojekt bewerben, das einen erkennbaren Bezug zum Stadtteil aufweisen sollte. Insgesamt wurden 40 Projekte ausgewählt, die zum Teil in Problembezirken stattfanden. In diesem Jahr erfolgt die Mittelvergabe für die Mikroprojekte über acht ausgewählte Modellstädte. Die Stadtverwaltungen sollen hierbei gemeinsam mit Jugendhilfeausschüssen und Jugendjürs Mikroprojekte auswählen, die speziellen jugendlichen Teilgruppen die aktive Gestaltung ihres Stadtquartiers ermöglichen, von Jugendlichen entwickelt und umgesetzt werden und sich auf das Thema Sport und Bewegung beziehen.

Erste Ergebnisse der Begleitforschung werden in der Publikation "Jugend macht Stadt" dargestellt (plan zwei Stadtplanung und Architektur 2010). Aus den Ergebnissen geht hervor, dass sich die Jugendlichen in hohem Maße konstruktiv mit den Prozessen der Stadtentwicklung auseinandersetzen können, hierfür aber besondere Angebote geschaffen werden müssen. So würden Jugendliche verantwortungsvoll mit dem Raum umgehen, der ihnen überlassen wird, wenn Verlässlichkeit und Vertrauen zwischen öffentlichen Akteuren und Jugendlichen hergestellt werde (ebenda: 83). Damit Kommunen geeignete Beteiligungsstrukturen schaffen, wird empfohlen, Jugendbeteiligung in den Gemeindeordnungen der Länder kommunal zu verankern, wie es bereits in einigen Bundesländern der Fall sei. Zudem könne die Bereitstellung von Verfügungsfonds ein sinnvolles Instrument darstellen, um Jugendliche an Prozessen der Stadtentwicklung zu beteiligen. Von Seiten der Kommunen sollten ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen bereitgestellt werden, um Beteiligungsprozesse durchzuführen. Zudem würde es sich anbieten, ressortübergreifende Arbeitsgruppen zu schaffen, um die Beteiligung von Jugendlichen als Querschnittsziel in allen Handlungsfeldern zu verankern. Allerdings müsse nicht zwangsläufig eine Zusatzbelastung für Kommunen entstehen, wenn auf der lokalen Ebene zentrale Schlüsselakteure wie Quartiersmanagements, Schulen oder Jugendeinrichtungen als "Brückenbauer" eingesetzt würden (ebenda: 86 f.). Zu ähnlichen Erkenntnissen kommt auch das Gutachten "Freiräume für Kinder und Jugendliche", das die aktuelle Situation dahingehend analysiert hat, wie Kinder und Jugendliche sinnvoll an der Planung von Städten und Gemeinden beteiligt werden können (Planungsbüro Stadt-Kinder/Schelhorn Landschaftsarchitektur 2010).

## **10.7      Fazit**

An der Darstellung der Ansätze ist deutlich geworden, dass es eine Vielzahl an Aktivitäten gibt, die auf eine Verbesserung der Infrastruktur und der Angebote in den Bereichen Freizeit, Kultur und Sport abzielen. Im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung liegt ein deutlicher Schwerpunkt bei den baulich-investiven Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur. In vielen benachteiligten Stadtteilen wurden in den letzten Jahren Kinderspielplätze, Jugendtreffs und andere Freizeiteinrichtungen saniert, erweitert oder neu geschaffen. Kindern und Jugendlichen wurde damit sichtbar gemacht, dass sich ihr Stadtteil verändert. Von Bedeutung ist allerdings, dass Kinder und Jugendliche dabei als Zielgruppe ernst genommen und bereits bei der Planung der Maßnahmen eingebunden werden. Hierdurch kann sichergestellt werden, dass die sanierten oder neu gestalteten Räume und Flächen den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entsprechen und von ihnen genutzt werden. Zudem können sich die Kinder und Jugendlichen dann leichter mit den neu geschaffenen oder aufgewerteten Orten identifizieren, wodurch sich die Bereitschaft erhöht, sich an dem Erhalt und der Pflege dieser Orte zu beteiligen.

Neben den Infrastrukturmaßnahmen tragen die sozialräumliche Öffnung von Bibliotheken, Museen, Theatern und anderen Kultureinrichtungen dazu bei, die Kinder und Jugendlichen bei ihrer aktiven Freizeitgestaltung zu unterstützen und informelle Lerngelegenheiten zu schaffen. Darüber hinaus werden durch eine Vielzahl an Projektaktivitäten einfache Zugänge zu Musik und Kultur ermöglicht. Durch die entsprechenden Angebote können Kinder und Jugendliche auf spielerische Weise neue Talente bei sich entdecken, soziale Normen und Werte vermittelt bekommen und ihre sozialen Netzwerke ausweiten. Evaluationsstudien zeigen, dass durch Musik- und Kunstprojekte das Lernklima und die Lernvoraussetzungen verbessert werden können.

Neben Projekten in Kunst, Musik und Kultur sind auch Sportprojekte gut dazu geeignet, um Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien neue Erfahrungen zu ermöglichen und soziale Kompetenzen in der Gruppe zu vermitteln. Sportangebote haben sich auch für die Förderung von gefährdeten oder gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen bewährt, sofern eine gute pädagogische Betreuung sicherstellt, dass wirklich präventiv vorgegangen werden kann.

Um auch schwer zu erreichende Zielgruppen zu aktivieren und zu beteiligen, sind zudem aufsuchende Aktivitäten von Bedeutung. Die mobile Jugendarbeit kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Darüber hinaus kann die Zusammenarbeit mit lokalen Einrichtungen, wie z. B. Kindertagesstätten oder Schulen, genutzt werden, um an die jeweiligen Zielgruppen heranzukommen. Wie verschiedene Studien gezeigt haben, fehlt Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen und/oder bildungsfernen Familien oftmals der Zugang zu regulären Musik-, Kunst- und Kulturangeboten. Dies liegt nicht nur an den Kosten für viele solcher Angebote, sondern auch daran, dass den Eltern zum Teil selbst das Wissen oder die Erfahrung fehlt, um die Kinder an diese Angebote heranzuführen. Somit besteht die Gefahr, dass selbst diejenigen Kulturangebote, die keine oder nur niedrige Kosten aufweisen, am wenigsten von den Kindern und Jugendlichen in Anspruch genommen werden, die sie am meisten benötigen. Eine Zusammenarbeit mit den Kindertageseinrichtungen und Schulen kann dieser Entwicklung entgegenwirken. So haben Evaluationen zu MUS-E und JeKi gezeigt, dass durch eine Einbeziehung von Musik-, Kunst- oder Kulturschaffenden in den Unterricht alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erreicht werden können. Kinder, die in ihrem familiären und sozialen Umfeld wenig mit den regulären Kunst-, Kultur- und Musikangeboten in Berührung kommen, werden hierdurch neue Erfahrungsmöglichkeiten eröffnet. Für den Projekterfolg und eine dauerhafte Verankerung des Förderansatzes ist dabei von Bedeutung, dass die Einbeziehung von außerschulischen Partnern im Rahmen einer umfassenden Schulentwicklung erfolgt. Dies bedeutet, dass den verantwortlichen Lehrern durch die Schulleitung der notwendige Handlungs-



spielraum verschafft wird, z. B. durch die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten. Darüber hinaus ist die Einbeziehung der Eltern von Bedeutung, um insbesondere bildungsferne Familien dafür zu gewinnen, dass sie ihre Kinder bei der Erlernung neuer künstlerischer Ausdrucksformen auch außerhalb der Schule unterstützen.

## 11. Gesundheit

Im Teil A dieser Studie wurde für die Gesundheitsforschung der Setting-Ansatz der Gesundheitsförderung im Sinne eines umfassenden Entwicklungsansatzes vorgestellt. Werden Wohnquartiere, Schulen, Kitas, Betriebe etc. gesundheitsfördernd gestaltet, so wird auch der Alltag der sich dort aufhaltenden Menschen gesünder, so die Grundannahme. In der Analyse der Praxisprojekte kann man sagen, dass diese Formen von ganzheitlicher Struktur- und Organisationsentwicklung insgesamt noch wenig umgesetzt werden. Ansätze, in denen das Quartier selbst zum Gegenstand der gesundheitsfördernden Entwicklung wird, gibt es bislang nur in vereinzelten Modellvorhaben, wie im Abschnitt der Programmanalyse gezeigt werden konnte. Aus Quartiersperspektive wären auch die Settingverfahren in Schulen und Kitas des Gebiets eine gesundheitsfördernde Weiterentwicklung für die einbezogenen Kinder und Jugendlichen. 2005 wurden 130 Settingaktivitäten in Kitas gezählt (von 48.000 Kitas in Deutschland insgesamt) und 681 Settingaktivitäten in Schulen (von 42.000 Schulen in Deutschland insgesamt). Obwohl diese beiden Settings zu den am stärksten geförderten zählen, ist auch hier noch erheblicher zusätzlicher Bedarf erkennbar (Altgeld 2008).

Die Ausführungen in Kapitel 6 dieser Studie haben dennoch gezeigt, dass auf Bundesebene wichtige Impulse von den Ressorts Stadtentwicklung und der Kinder- und Jugendhilfe ausgehen. Anknüpfungspunkte für die Quartiersperspektive zeigen auch zwei vom Bundesministerium für Gesundheit aufgelegte Programme ("Kinderleicht-Regionen. Besser essen, mehr bewegen" und "Aktionsbündnisse Gesunde Lebensstile, gesunde Lebenswelten"), deren Evaluationen 2011 vorliegen sollen. Konsequenterweise wurde der Soziale-Stadt-Ansatz mit einer Gesundheitsperspektive in einigen Bundesländern. Am Beispiel Hamburg und Brandenburg wurde gezeigt, wie im Anschluss an verschiedene Modellvorhaben Programmbausteine einer erfolgreichen Settingentwicklung identifiziert wurden und in mehreren Quartieren (Hamburg) bzw. Klein- und Mittelstädten (Brandenburg) gefördert werden.

Dieser Fokus auf integrierte, lokale Strategieentwicklungen und "eingebettete Gesundheitsförderung", um mit den Begriffen des aktuellen Kinder- und Jugendberichts zu sprechen, schlägt sich in dem ersten in diesem Kapitel behandelten Projekttypus "Governance-Ansätze und strategische Partnerschaften" nieder. In diesem Abschnitt werden auch gesamtstädtische Netzwerke aufgegriffen, sofern sie Quartiersverfahren ermöglicht und begleitet haben. Die Bedeutung der Einbettung in gesamtstädtische Strategien und den politischen Rückhalt im politisch-administrativen System der Stadt wird für alle Quartiersentwicklungsverfahren betont.

Unabhängig vom Bezug auf die Wohnumgebung hat die gesundheitliche Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland im öffentlichen Diskurs und politischen Handeln in den letzten Jahren eine verstärkte Aufmerksamkeit erfahren. Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey des Robert Koch-Instituts (KiGGS) und der aktuelle 13. Kinder- und Jugendbericht mit dem Schwerpunktthema "Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen" sind zwei prominente Beispiele dafür. Die Bandbreite an Aktivitäten auf Bundes- und Länderebene zeigt die im Rahmen des Sachverständigenratsgutachtens "Koordination und Integration - Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens" (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen 2009) erstellte Recherche zu primärpräventiven Aktivitäten in Deutschland. Im Ergebnis wurden über 400 Programme identifiziert, die die Förderung von Kindergesundheit betreffen.<sup>64</sup> Diese Analyse kommt genauso wie der 13. Kinder- und Jugendbericht zu dem Schluss, dass Gesundheitsförderung noch zu wenig zum Alltag der Einrichtungen und Angebote für Kinder und Jugendliche gehöre. Der Status des "Außeralltäglichen" zeige sich in der Projekthaftigkeit und in einer versäulten Umsetzung, die wenige Verbindungen zwischen den jeweiligen Projekten erkennen lässt. Die Berichtskommission empfiehlt eine "Gesundheitsbildung zweiter Ordnung" (BMFSFJ: 243 f.), also Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu befähigen, den jeweils konkreten Bedürfnissen, Rahmenbedingungen und Entwicklungs Herausforderungen entsprechend, eigene gesundheitsfördernde Lebensweisen zu entwickeln. Das heißt, für die Angebotsgestaltung eine themen- und ergebnisoffene sowie nicht-normative Herangehensweise zu wählen. Partizipation ist für diese Herangehensweise zentral.

Die Analyse der Umsetzungspraxis zur Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland hat zur Auswahl der folgenden Projektansätzen geführt, die wir für charakteristisch für die quartiersbezogene Gesundheitsförderung halten.

- Die vorliegenden Praxiserfahrungen zur Settingentwicklung im Quartier verweisen auf die Bedeutung von *Governance-Strukturen auf Stadtteilebene* bzw. *strategischen Partnerschaften für gesunde Quartiere*. Deutliche Synergieeffekte werden in der Verknüpfung mit Quartiersentwicklungsverfahren der sozialen Stadtteilentwicklung und dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt gesehen. Hierunter fällt auch die gemeinsame Erarbeitung integrierter Entwicklungskonzepte für das Fördergebiet.

---

<sup>64</sup> Davon 72 Programme bei den Bundesministerien, 157 bei Landesministerien, 114 bei gesetzlichen Krankenkassen und 75 bei den Landesvereinigungen für Gesundheit. Es gibt eine Vielzahl von Doppelnennungen, weil die unterschiedlichen Institutionen jeweils ihre Teilprogramme in der Befragung benannt haben. Inbegriffen sind dabei sowohl Strategiepapiere und Rahmenpläne als auch Förderprogramme. Als eine Erkenntnis der Recherche wurde festgehalten, dass insgesamt die Dokumentation bei den Trägern häufig intransparent und unvollständig ist. Eine Interventionsberichterstattung könnte hier Abhilfe schaffen (Noweski 2009: 22).

- Ein zweiter Aspekt an der sozialraumbezogenen Vernetzung ist die *Verbesserung der Angebotsstruktur*. Im Unterschied zum ersten Punkt geht es nicht so sehr um die gemeinsame Zielentwicklung, sondern um konkrete Umsetzungsaufgaben.
- In diesem Zusammenhang sind auch integrierte Ansätze zur *Erweiterung der Infrastruktur und Verbesserung der institutionellen Ausstattung* zu nennen, die über die investive Förderung der Städtebaumittel ermöglicht werden konnten.
- Wie auch bei den vorangegangenen Kapiteln ist im Handlungsfeld Gesundheit die *Qualifizierung von Stadtteilakteuren, lokalen Einrichtungen und öffentlichen Diensten* ebenfalls eine wichtige Strategie.
- Die *Unterstützung von gesundheitsförderlichen Lebensstilen über normative Impulse im Quartier* wird hier nicht als das Abladen von Gesundheitsbotschaften im Stadtteil verstanden, sondern als ein lokal abgestimmtes Vorgehen zur Veränderung kollektiver Verhaltensmuster vor Ort.
- Auf die Bedeutung von *Empowerment und Partizipation zur Verbesserung von Gesundheitsschancen* wurde bereits an verschiedenen Stellen hingewiesen.

Die als erfolgreich ausgewiesenen Programme kombinieren in der Regel mehrere der vorgestellten Projekttypen.

### **11.1 Governance-Ansätze und Netzwerke für die wohnumfeldbezogene Gesundheitsförderung**

Seit den reformierten Gesetzen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes gehört die Aufgabe der regionalen Koordination im Gesundheitssektor zum Leistungskatalog der unteren Gesundheitsbehörden. In Nordrhein-Westfalen wurde das Instrument der "Kommunalen Gesundheitskonferenzen" landesweit etabliert. Die Konferenzen hatten den konkreten Auftrag, gemeinsame kommunale Gesundheitsziele zu entwickeln. Trotz einer thematischen Breite ist Gesundheitsförderung ein häufig bearbeitetes Thema. Auch das Gesunde-Städte-Netzwerk, das seit seiner Gründung 1986 auf gut 60 Kommunen angewachsen ist, fördert Governance-Strukturen im Sinne einer kontinuierlichen kommunalen Gesundheitsförderungspolitik. In den beteiligten Kommunen konnten kommunale Strategiebildungen, Netzwerkaufbau und Partizipationsprozesse vorangebracht sowie kommunale Ansprechpartner für die kommunale Gesundheitsförderung geschaffen werden (Plümer/Trojan 2004). Zudem wird den Netzwerk-Kommunen bescheinigt, dass die Aktivitäten häufig stadtteilbezogen umgesetzt werden (Altgeld 2004).

Der Runde Tisch zur Prävention von Kinderunfällen Dortmund macht deutlich, dass die kommunale Gesundheitskonferenz ein wichtiger Erfolgsfaktor auch für stadtteilbezogene Maßnahmen ist. Im Stadtteil Nordstadt waren die Unfallzahlen im Vergleich zur Gesamtstadt deutlich erhöht. Dies führte zur Einrichtung des Runden Tisches und zu zahlreichen verhaltens- und verhältnispräventiven Maßnahmen, die zur Senkung der Unfallzahlen bei Kindern und Jugendlichen um 41% in zehn Jahren beitrugen. Es gibt beispielsweise einen Fußgängerschein, eine Schulwegbegleitung von engagierten Eltern sowie einige Verkehrswegeverbesserungen, wie die Trennung von Fuß- und Radwegen (Bär/Böhme/Reimann 2009: 165).

Das Beispiel der Kinderleichtregion Marburg "mittendrin" zeigt, wie eine gesamtstädtische Vernetzung mit quartiersspezifischen Aktivitäten verbunden werden kann. 50 Akteure gehören zum Marburger Gesundheitsnetzwerk. Konkrete Umsetzungen erfolgen mit einem starken Fokus auf Beteiligung der Kinder und Jugendlichen und in Zusammenarbeit mit den lokalen Einrichtungen und Gemeinweseninitiativen in den Stadtteilen Richtsberg, Waldtal und Stadtwald. Unter Mitwirkung von Kindern, Eltern und Professionellen entstanden Gemeinschaftsgärten und Kletter- und Schaukelparcours. Es wurden Sozialraumerkundungen zu den Spiel- und Aufenthaltsräumen durchgeführt und über verschiedene Kochprojekte das Thema Ernährung in den Mittelpunkt gerückt.

In anderen Quartieren konnten Runde Tische zur Gesundheitsförderung oder entsprechende Steuerungsgruppen auch ohne direkten Zusammenhang mit kommunalen Gesundheitskonferenzen aufgebaut werden. Die Strukturen der Sozialen Stadt und das bestehende Quartiermanagement konnten dabei entsprechend erweitert werden (vgl. "Fürther Innenstadt macht sich stark für Gesundheitsförderung" oder "Gesundheitsteams Trier-Nord", Bär/Böhme/Reimann 2009: 63, 102) oder im Nachgang zu Quartiersentwicklungsverfahren konnten die aufgebauten Bürgerjurys und Akteursnetzwerke gehalten werden (vgl. "Gesund Kurs halten Lurup"<sup>65</sup>).

Bei der Entwicklung integrierter Handlungs- und Entwicklungskonzepte in den Programmbereichen der Sozialen Stadt hat sich gezeigt, wie wichtig die Einbindung des Gesundheitsressorts zur Verankerung des Themenfeldes ist. War das Handlungsfeld Gesundheit laut der Befragung der Gebietskoordinatoren 2005/2006 in einem Drittel der Handlungskonzepte vertreten, stieg dieser Anteil auf mehr als das Doppelte (68%) in den Gebieten, wo der Verwaltungsbereich Gesundheit mit in die Erarbeitung eingebunden war (Böhme 2007).

---

<sup>65</sup> Good Practice Projekt im Kooperationsverbund "Gesundheitsförderung bei Sozial Benachteiligten".

Die Bedeutung von finanzierten Koordinierungsstellen und zusätzlichen Projektmitteln hat sich in verschiedenen Modellvorhaben gezeigt (vgl. "Mehr als gewohnt. Stadtteile machen sich stark für Gesundheitsförderung", Reimann et al. 2010; "Gesundes Heimfeld", Bär et al. 2009: 68; "Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg", Leykamm 2008. Mit dem Fokus der kommunalen Adipositasprävention ist in Baden-Württemberg das Modellprojekt "Gesund aufwachsen" mit fünf Kommunen durchgeführt worden. Gegenwärtig wird das Konzept mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung auf insgesamt 40 Kommunen übertragen. Die Evaluation der ersten Phase zeigt, dass durch ein gemeinsames strategisches Vorgehen eine Vielzahl von Aktivitäten in Gang gebracht werden konnte. Es zeigt sich aber auch, dass viele Kommunen erst für die Perspektive "Gesundheitsförderung" gewonnen werden müssen und dass Prozesse der gesundheitsfördernden Gemeinde- oder Stadtteilentwicklung nicht kostenneutral im Regelablauf der Verwaltung "mitgemacht" werden können.

**Abbildung 11.1: Projektbeispiele für Governance-Ansätze und Netzwerke für die wohnumfeldbezogene Gesundheitsförderung**

*Gesund aufwachsen in Baden-Württemberg, REGSAM - regionale Netzwerke für Soziale Arbeit (München), Lenzgesund (Hamburg Eimsbüttel), Netzwerk Unfallprävention Dortmund, Gesundes Heimfeld Netzwerk für quartiersorientierte Gesundheitsförderung (Hamburg Heimfeld), Kinderleichtregion Marburg "mittendrin", Gesund Kurs halten (Hamburg Altona-Lurup), Gesundheitsteams Rheinland-Pfalz*

## **11.2 Sozialraumbezogene Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur**

Neben den Vernetzungsinitiativen, die wie oben beschrieben auf die Entwicklung von Gesundheitszielen und lokale Strategien abstellen, gibt es eine Vielzahl von Quartiersnetzwerken, die die Verbesserung der Angebotsstruktur zum Ziel haben. Auch hier kommt finanziell abgesicherten Koordinierungsstellen im Stadtteil eine wichtige Bedeutung zu. Die Verbesserung wird hier einerseits in der Schließung konkreter Lücken gesehen (vgl. beispielsweise REGSAM/München, Gesund und Miteinander ins Viertel/Stuttgart). Andererseits geht es um die bessere Nutzung vorhandener Angebote und die Vermeidung von Doppelstrukturen (vgl. Gesund aufwachsen Baden-Württemberg). In einigen Quartieren kann das aber auch die zivilgesellschaftliche Initiative bedeuten, die Aufgabe von wichtigen Quartierseinrichtungen zu vermeiden und deren Erhalt zu sichern (vgl. LuFisch e.V. zum Erhalt eines Lehrschwimmbeckens).

REGSAM in München ist ein Beispiel für sozialraumbezogene Netzwerke, die vor allem auf die bessere Versorgung und effizientere Nutzung von Angeboten in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur abzielen. In 16 Stadtgebieten sind insgesamt

über 2.500 Fachkräfte und Ehrenamtliche in die Gremien und Fachausschüsse eingebunden. In einem Sonderverfahren werden derzeit weitere vier Netzwerke in "besonders belasteten Gebieten" aufgebaut.<sup>66</sup> Die Strukturen werden seit 1992 aufgebaut, sind Teil der kommunalen Regelfinanzierung und werden mit jährlich mit 500.000 Euro durch das Sozialreferat unterstützt. Entsprechend der Zielstellung werden Messen, Fachtage und stadtteilorientierte Flyer erstellt, um die vorhandenen Angebote transparent zu machen. Für Kinder und Jugendliche werden Kooperationen mit den Netzwerken "Rund um die Geburt" angegeben sowie mit Kinderkrankenschwestern im Stadtteil. Das Besondere an der Arbeit sind weniger spektakuläre Projekte als eine regionale Vernetzung der vorhandenen Angebote sowie eine breite Beteiligung an den regelmäßigen Gremien und Aktivitäten.

Die in Bezug auf Gesundheitsförderung inhaltlich am weitesten entwickelten Beispiele kommunaler Vernetzung sind die so genannten "Präventionsketten" zur Begleitung von Kindern und Jugendlichen von der Schwangerschaft der Mutter bis zum Berufseinstieg (vgl. MoKi - Monheim, NeFF - Dormagen). Gerade das Beispiel MoKi ist quartiersbezogen ausgerichtet und auf das Berliner Viertel konzentriert (siehe Abschnitt 8.3; Berg 2010). In dieser Rubrik sind auch die zahlreicher werdenden Vernetzungsinitiativen von Sportvereinen, außerschulischer Jugendhilfe und Schulen zu nennen, die durch die Einrichtung von Ganztageschulen einen neuen Anlass für die verstärkte Zusammenarbeit erfahren. Potenziell könnte diese Zusammenarbeit die Schwelle für eine intensivere Bewegung im Alltag auch für diejenigen Schüler und Schülerinnen senken, die noch nicht vereinsmäßig Sport treiben. Dazu müssten aber auch entsprechend zielgruppengerechte Angebotsformen gefunden werden (siehe Abschnitt 10.4) Ergänzende zirkuspädagogische Angebote im Schulsport könnten diese Funktion erfüllen, wie im Rahmen eines aus dem Programm InForm geförderten Modellvorhabens in Berliner Schulen gezeigt werden konnte (Slomski et al. 2010).

Die hier vorgestellten kommunalen und quartiersbezogenen Vernetzungsansätze sind nicht typisch für die kommunale Praxis, sondern vielmehr Vorreiterprojekte, die die Idee der integrierten und gesundheitsfördernden Stadtteilentwicklung in vielversprechender Weise umsetzen. REGSAM München, MoKi, die kommunalen Gesundheitskonferenzen in NRW sind auch insofern untypisch, als hier Vernetzung kontinuierlich und nicht zeitlich befristet finanziert wird. Die dokumentierten Erfahrungen in diesem Bereich unterstreichen die Bedeutung von gebietsbezogener, kontinuierlicher Förderung von Koordinierungsstellen.

---

<sup>66</sup> [www.regsam.net](http://www.regsam.net)

**Abbildung 11.2: Projektbeispiele zur sozialraumbezogenen Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur**

*KinderLeichtregion "Es bewegt sich was in Malstadt", Saarbrücken, MiGes - MigrantinnenGesundheit Ludwigsburg, Gesund Miteinander ins Viertel! Stuttgart, Gesund aufwachsen in Baden Württemberg, Ernährung und Bewegung für Kinder und Jugendliche im Stadtteil Neumühl, Cabuwazi-Zirkusprojekt "Gesund ins Leben", MoKi - Monheim für Kinder, NeFF - Dormagen*

### **11.3 Integrierte Ansätze zur Erweiterung der Infrastruktur und Verbesserung der institutionellen Ausstattung**

Die Infrastrukturverbesserung im Quartier ist ein besonderes Kennzeichen der Soziale-Stadt-Fördergebiete. Verkehrsberuhigungen, Lärmschutz, der Errichtung von Bolz- und Spielplätzen sowie der Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Wohnumfeld kommt eine wichtige gesundheitsfördernde Bedeutung zu. Ein anderer investiver Bereich umfasst die Verbesserung der institutionellen Ausstattung von zentralen Stadtteileinrichtungen. Dem Handlungsfeld Gesundheit werden vor allem zahlreiche Kinderkantinen und -küchen sowie Mensaausbauten zugerechnet (vgl. beispielsweise Kinderkantine Wuppertal, Mensaküche Mümmelmannsberg). In einigen Quartieren sind auch Gesundheitshäuser bzw. Stadtteiltreffs mit explizitem primärpräventivem Auftrag eingerichtet worden. Diese Einrichtungen haben eine wichtige "Brückenfunktion" zwischen Bewohnerschaft und dem öffentlichen Sozial- und Gesundheitssystem. Einmal sind sie eher Selbsthilfeinitiativen zuzurechnen, andernorts besser als bürgernahe "Außenstelle" des Gesundheitsamts charakterisiert. In jedem Fall sind sie, wie zahlreiche Dokumentationen in den recherchierten Datenbanken zeigen, wichtige Triebfedern von gesundheitsfördernden Quartiersentwicklungen (Bär et al. 2004; Böhme et al. 2003). Der Elterntreffpunkt des Schutzengel e.V. in Flensburg-Nord konnte mit Mitteln der Sozialen Stadt entstehen und steht heute Vorbild für ein landesweites Programm zum Kinderschutz in Schleswig-Holstein. Im Schutzengel-Elterncafé finden junge Eltern einen Raum für große und kleine Sorgen sowie für Austausch und Beratung.<sup>67</sup>

**Abbildung 11.3: Projektbeispiele zur Erweiterung der Infrastruktur und zur Verbesserung der institutionellen Ausstattung**

*Aktionsbündnis "BLiQ - Bewegt Leben im Quartier", Diakonie- und Gesundheitsladen Hannover-Nordstadt, KiKü - Die Kinderküche Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, Kinderkantine Wuppertal Ostersbaum, Schutzengel Flensburg, Mensaküche im Bildungszentrum Mümmelmannsberg, anerkannter Bewegungskindergarten mit dem Pluspunkt Ernährung in NRW, Gesundheitshaus Gelsenkirchen-Bismarck, Treffpunkt Gemeinwesenarbeit Bloherfelde/Eversten*

<sup>67</sup> <http://www.sozialestadt.de/praxisdatenbank/suche/ausgabe.php?id=206&> (abgerufen am 23.11.2010)



Der Projekttypus der Infrastrukturverbesserung ist zahlenmäßig nicht mit vielen Projekten untersetzt. Angenommen werden muss, dass in vielen Gebieten der Sozialen Stadt Verbesserungen dieser Art vorgenommen wurden, ohne dass Projekte als explizite Gesundheitsförderung ausgewiesen wurden. Dennoch ist diese explizite Verbindung sehr wichtig. Die dokumentierten Projekte zeigen nämlich auch, dass die Infrastrukturverbesserungen nicht automatisch und langfristig zu einem besseren Gesundheitsverhalten führen. Sie müssen begleitet werden durch Maßnahmen, die die neuen Bewegungsräume "bespielen", die Küchen entsprechend nutzen und die Einrichtungen mit offenen und niedrigschwelligen Angeboten für diejenigen Familien im Stadtteil attraktiv machen, die bislang von gesundheitsfördernden Angeboten nicht erreicht wurden.

#### **11.4 Qualifizierung im Handlungsfeld Gesundheit von Stadtteilakteuren, lokalen Einrichtungen und Diensten**

Der Aufbau und die Stärkung von Kompetenzen im Gebiet ist auch im Bereich der Gesundheitsförderung eine häufig verfolgte Strategie. An Fachkräfte und auch ehrenamtliche Stadtteilakteure sind eine Reihe von Maßnahmen adressiert. Ziel ist es hierbei vor allem, gesundheitswissenschaftliches Wissen und Know-how zur Primärprävention und Gesundheitsförderung bei Akteuren der Stadtteilentwicklung oder der Kinder- und Jugendhilfe zu verankern. Arbeitshilfen wie die des Bundesministeriums für Gesundheit "Aktiv werden für Gesundheit" (BMG 2008b), des Bayerischen Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit oder des Deutschen Instituts für Urbanistik (Bär et al. 2009) sind hilfreiche Ergänzungen zu diesem Projekttypus (Loss et al. 2008).

Die Ausbildung von Gesundheitstrainern und -mentoren stand beispielsweise im Mittelpunkt des KinderLeicht-Projekts *Gesund sind wir stark!* in Berlin Friedrichshain-Kreuzberg (Papies-Winkler/Kuhn 2009). 57 Personen wurden in vier Lehrgängen ausgebildet, um in ihren nachbarschaftlichen und familiären Kontexten Gesundheitsinformationen weiterzugeben. Das Curriculum bestand aus den Modulen "systemische Beratung", "Ernährung" und "Bewegung". Die bezirklichen Erfahrungen mit dem Multiplikatorenansatz hatten dazu geführt, einerseits professionelle Multiplikatoren zu Gesundheitstrainerinnen und andererseits muttersprachliche Laien zu Gesundheitsmentorinnen auszubilden. Für letztere wurde ein aufsuchendes Konzept entwickelt. Unterstützt wurden die Trainerinnen und Mentorinnen durch regelmäßige Supervisions- und Qualitätszirkelsitzungen mit dem Dozenten-team. In der Nachbefragung des Projekts zeigte sich, dass die Mehrheit der ausgebildeten Personen auch weiterhin in ihrer beratenden Rolle aktiv sind (Grabow 2009).

Ein anderes, zunächst nicht stadtteilbezogenes Projektbeispiel ist "MiMi - Mit Migranten für Migranten". Mit der Förderung des BKK-Bundesverbandes wurden vom Ethnomedizi-

nischen Zentrum Hannover bundesweit an 50 Standorten mehr als 1000 Migranten aus über 40 Ländern zu interkulturellen Gesundheitsmediatoren geschult. Für den quartiersbezogenen Einsatz sorgten im Nachgang einige Städte, die jährliche Kontingente von MiMi-Einsätzen übernommen haben (z. B. Stuttgart, Hamburg),<sup>68</sup> um die Gesundheitslotsen gezielt in bestimmten Stadtteilen einzusetzen.

**Abbildung 11.4: Projektbeispiele für die Qualifizierung von Stadtteilakteuren, lokalen Einrichtungen und Diensten**

*Gesund sind wir stark! (Berlin Friedrichshain-Kreuzberg), MiMi - Mit Migranten für Migranten, Kinderkochprojekt in der Hausaufgabenbetreuung (Mütterzentrum Fürth), Betriebliche Gesundheitsförderung in der Schule insbesondere in sozialen Brennpunkten (Sachsen-Anhalt), g'sund und g'scheit Netzwerk gesundheitsfördernde Kitas und Schulen (Stuttgart), Lernen durch genießen - Kita Sehpferdchen (Hamburg), Schulprogramm Fridjof-Nansen-Schule (Hannover)*

Mit der Qualifizierung von Stadtteilakteuren und lokalen Einrichtungen und Diensten werden mehrere Vorteile verbunden: Das Wissen entfaltet dezentral an den Wirkstätten der fortgebildeten Akteure seine Wirkung, die Anpassung der vermittelten allgemeinen Konzepte auf die besonderen Bedarfe vor Ort kann von den Teilnehmern eigenständig vorgenommen werden, Schlüsselpersonen können einbezogen und somit letztlich Zielgruppen erreicht werden, die bislang nicht von Gesundheitsförderung profitiert haben.

Der Multiplikatorenansatz ist unserer Recherche zufolge einer der am weitesten entwickelten Projekttypen im Handlungsfeld Gesundheitsförderung. In dieser Herangehensweise lassen sich auch die Forderungen nach der Heterogenisierung der persönlichen Netzwerke der Bewohner erkennen, wie sie im Theorieteil dieser Untersuchung formuliert wurden. In der Umsetzungserfahrung hat es sich bewährt, um möglichst vielfältige "Kanäle" für die Informationsweitergabe und Beratungstätigkeit im Stadtteil zu erschließen, sowohl die Fachkräfte als auch muttersprachliche Laien in die Multiplikatorenprojekte einzubeziehen.

Noch nicht ausgeschöpft für die gesundheitsfördernde Quartiersarbeit sind u. E. die Qualifizierungsmöglichkeiten, die der organisierte Sport bietet, wie Übungsleiterausbildungen und Rettungsscheine, die Stadtteilakteure für die Leitung von Bewegungsangeboten benötigen. Verbesserungsbefürftig erscheint die sehr hochschwellige Qualifikationsanforderung für eine Krankenkassenförderung von gesundheitsrelevanten Kursangeboten in sozial benachteiligten Gebieten. Eine Tanzgruppe von Mädchen mit Migrationshintergrund trainiert beispielsweise regelmäßig im Stadtteilzentrum. Diese Mädchen sind eine wichtige

<sup>68</sup> <http://www.stuttgart.de/item/show/234506> (abgerufen am 19.11.2010)

Zielgruppe für die Gesundheitsförderung. Ihre Trainerin ist aber keine kassen-zertifizierte Kursleiterin, dennoch ist sie eine "Schlüsselperson" für das Bewegungsverhalten der tanzenden Mädchen. Ein erster Schritt zur Überwindung dieser Finanzierungshürde wurde über ein "Train-the-Trainer"-Prinzip vorgeschlagen. Hierbei würden zertifizierte Kursleiter der Krankenkassen in ausgewählten Settings die lokalen Multiplikatoren bei der Kursdurchführung beraten. Durch diese Form der "Qualitätssicherung" könnten die Teilnehmer Kursgebühren bei den Kassen (teilweise) rückerstattet bekommen (Reimann et al. 2010).

### **11.5 Unterstützung von gesundheitsförderlichen Lebensstilen über normative Impulse im Quartier**

In der Gesundheitsförderung hat sich seit rund 30 Jahren ein Wandel vollzogen, der sich zugespitzt in der Ablösung von Konzepten der "Gesundheitsfürsorge" und "Gesundheits-erziehung" hin zu "Gesundheitsförderung" im Sinne von Empowerment und der Entwicklung von gesunden Lebenswelten zeigt. Dennoch gibt es weiterhin eine vielfältige Ratgeber- und Belehrungsliteratur, die über Gesundheitsappelle und einen Fokus auf individuelle Verhaltensschulungen das Gesundheitsniveau in der Bevölkerung verbessern möchte. Das Hereintragen von standardisierten Gesundheitsbotschaften in das Quartier ist hier jedoch explizit nicht mit "normativen Impulsen" gemeint.

Es geht im Sinne der im Teil A ausgeführten Kontexteffekte darum, mit welchen Projekten versucht wird, Einfluss auf die vorhandenen Normvorstellungen im Quartier zu nehmen, um das Handlungsrepertoire um eine gesundheitsfördernde Handlungsmöglichkeit zu erweitern. Ein herausragendes Beispiel hierfür sind die so genannten "Walking bus"-Projekte, um dem Bewegungsmangel im Alltag der Kinder durch eine elternorganisierte Schulwegbegleitung entgegenzuwirken. Die in England entwickelte Idee ist in Deutschland bereits von einigen Kommunen aufgegriffen und umgesetzt worden: In München gibt es unter der Trägerschaft von "Green City e.V." derzeit den "Bus mit Füßen" an 23 Münchner Grundschulen.<sup>69</sup> Auf einer vom Verein ausgearbeiteten Route mit gekennzeichneten "Haltestellen" können Kinder der ersten und zweiten Klasse morgens in die Schule laufen. Begleitet werden sie dabei von im Busprojekt engagierten Eltern. Bewegungsförderung, Verkehrssicherheitstraining und umweltbewusstes Verhalten können so im Alltag der Familien gestärkt werden.

Nach diesem Prinzip der Bewegungsanregung in der eigenen Wohnumgebung arbeiten auch verschiedene Spielplatzbetreuungen. In sechs Aktionsbündnissen in Berlin und

---

<sup>69</sup> <http://www.greencity.de/themen/mobilitaet/bus-mit-fusen/> (abgerufen am 19.11.2010)

Brandenburg etabliert das Projekt "BLiQ - Bewegt Leben im Quartier" je nach Saison und Situation vor Ort "bewegte" Spielplätze, Winterspielplätze, Wege oder Plätze. Dazu werden im Rahmen des Projekts Akteure aus dem Quartier zu "BLiQ-Trainer/-innen" ausgebildet.<sup>70</sup>

Das Thema Sprachförderung ist auch Gegenstand von Gesundheitsförderungsprojekten. Beispielsweise wurden Sprachentwicklungsstörungen bei jedem fünften Erfurter Schulanfänger im Rahmen der Schuleingangsuntersuchung festgestellt. Dies hat zum Aufbau des Projekts "Mentor - die Leselernhelfer" geführt, das konzentriert auf sozial benachteiligte Stadtteile Lesepatenschaften für Schüler bis zur Klassenstufe 10 vermittelt. Getragen wird das Projekt vom Schutzbund der Senioren und Vorruhestandler Thüringen e.V.<sup>71</sup>

**Abbildung 11.5: Projektbeispiele zur Unterstützung gesundheitsfördernder Lebensstile**

*"Bus mit Füßen"/München, Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten, Walking Bus - der aktive Schulweg (AOK Westfalen-Lippe), "BLiQ - Bewegt Leben im Quartier"/Berlin, Potsdam, Neuruppin, Mentor - die Leselernhelfer/Erfurt*

Dieser Projekttypus ist in der Umsetzungspraxis bislang mit sehr wenigen Projekten untersetzt. Dies mag zum einen daran liegen, dass das Handlungsfeld "Gesundheit" traditionell von eher paternalistischen Verhaltensbotschaften geprägt ist, die wenig geeignet sind eine tatsächliche Verhaltensänderung zu bewirken. Zum anderen liegt es an der Komplexität der Aufgabe. Primäre Netzwerke der Bewohnerschaft und kollektive Normvorstellungen lassen sich nur schwer über öffentliche Interventionen beeinflussen. Über regelmäßige Aktionen, vor allem im Bewegungsbereich, wird in Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Einrichtungen im Quartier versucht, Gruppendynamiken zu erzeugen, die eine breitere Wirkung in den Stadtteil haben könnten.

## **11.6 Förderung von Empowerment und Partizipation zur Verbesserung der Gesundheitschancen**

Nachhaltige Entwicklungen lassen sich im Stadtteil nur erreichen, wenn die lokalen Akteure selbst "Herr des Verfahrens" sind. Das gilt sowohl für die Struktur- und Netzwerkbildung, die Strategiebildung, Projektplanung und -gestaltung und ggf. auch die Finanzierungsentscheidungen sowie die Evaluation. Der hohe Stellenwert von Partizipation im Handlungsfeld Gesundheitsförderung wird auch durch gesundheitswissenschaftliche Stu-

<sup>70</sup> <http://www.bliq.gesundheitberlin.de> (abgerufen am 19.11.2010)

<sup>71</sup> <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/docpdf.php?idx=44684> (abgerufen am 19.11.2010)

dien untersetzt (vgl. beispielsweise Minkler 1994). Erfolgreiche Projekte in diesem Bereich beziehen sich häufig auf die partizipative Bedarfserhebung und Problemanalyse. Das prominenteste Beispiel sind die "Kiezdetektive", die vom Kinder- und Jugendbüro Berlin-Marzahn entwickelt wurden.<sup>72</sup> Kinder und Jugendliche dokumentieren mit Fotos die Stärken und Schwächen ihrer Wohnumgebung. Zur Ausstellung werden die lokalen Politiker und verantwortlichen sozialen Träger eingeladen und Verabredungen getroffen, was gegen die zusammengetragenen Missstände getan werden kann. Nach einem halben Jahr treffen sich Kinder und Politiker erneut, um den Entwicklungsfortschritt zu besprechen. Die Koordination dieser Form von quartiersbezogener Gesundheitsförderung liegt im Verantwortungsbereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes. In Form der Berliner bezirklichen Stabsstellen für Qualitätsentwicklung, Planung und Koordination (QPK) kann dies der öffentliche Gesundheitsdienst selbst tun. Gesundheitsdienste mit weniger differenzierten eigenen Strukturen unterstützen geeignete Moderatoren für quartiersbezogene Partizipation. Die Münchner Aktionswerkstatt G'sundheit ist vor über 20 Jahren zu diesem Zweck entstanden. Gemeinsam mit dem Gesundheitsamt werden Interventionsgebiete festgelegt und dort für rund drei Jahre partizipative Prozesse unterstützt.<sup>73</sup> Natürlich sind auch die oben bereits erwähnten "Brückeneinrichtungen", wie Gesundheitshäuser, Elterncafés oder auch Selbsthilfekontaktstellen, wichtige Initiatoren von partizipativen Prozessen. Der Diakonie- und Gesundheitsladen Nordstadt in Hannover ist eingerichtet, um die Gesundheits- und Lebensqualität vor Ort zu fördern. Dabei ermöglichen offene Gruppenangebote wie Frühstückstreffe und Freizeitangebote die einfache Kontaktaufnahme. Daraus entwickeln sich regelmäßige Beratungs-, Informations- und Unterstützungsangebote, die von Fachvorträgen über die Vermittlung von Mütter-Kind-Kuren und Begleitung bei Arztbesuchen zur Gründung von Selbsthilfegruppen reichen (Bär et al. 2009: 207).

Nach den guten Erfahrungen mit lokalen Verfügungsfonds in der sozialen Stadtteilentwicklung konnte dieses Instrument für das Handlungsfeld Gesundheit erprobt werden. In den Fördergebieten "Fürth-Innenstadt" und "Hamburg Altona-Lurup" hat die Techniker Krankenkasse im Rahmen eines Modellprojekts je 20.000 Euro zur Verfügung gestellt, die von lokalen Gremien für Kleinprojekte vergeben werden konnten. Auf Seiten des Mittelgebers erfolgte lediglich eine Vorprüfung im Rahmen der im Leitfaden "Prävention" des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenkassen festgelegten Kriterien (GKV-Spitzenverband 2008). Im Stadtteil Lurup konnten diese explizit nicht-investiven Mittel mit dem Verfügungsfonds der aktiven Stadtteilentwicklung kombiniert werden. Das Bewilligungsverfahren lag in der Hand der Bürgerjury "Luruper Forum" (Bär/Böhme/Reimann 2009: 94).

---

<sup>72</sup> <http://www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/verwaltung/org/planleit/kiedetektive-projektbeschreibung.html> (abgerufen am 19.11.2010)

<sup>73</sup> <http://www.mags-muenchen.de/> (abgerufen am 19.11.2010)

**Abbildung 11.6: Projektbeispiele für Empowerment und Partizipation zur Verbesserung der Gesundheitschancen**

*Kiezdetektive Berlin Friedrichshain-Kreuzberg, "FamTische" - Programm zur Elternvernetzung (RLP), Jugend-Zukunftskonferenzen im Projekt "sozialraumorientierte Gesundheitsförderung in Jena-Winzerla", MAG's Münchner Aktionswerkstatt G'sundheit, Verfügungsfonds Hamburg Altona-Lurup*

Für diesen Projekttypus muss ebenfalls festgehalten werden, dass trotz der allgegenwärtigen Forderungen nach Partizipation die Umsetzung der "quartiersbezogenen gesundheitlichen Selbsthilfeförderung" in den Kinderschuhen steckt. Sehr viel hängt von der kommunalen Förderung partizipativer Prozesse und dem Selbstverständnis der Verwaltung zur Unterstützung dieser Vorgehensweisen ab. Zudem müssen lokal jeweils Lösungen gefunden werden, wie die quartiersbezogenen Verfahren mit den über Wahlen offiziell legitimierten politischen Gremien zusammenkommen.

### **11.7 Fazit**

Für die "gesamte Präventionspraxis" wird in der Recherche zum Sachverständigenratgutachten zur Begutachtung der Entwicklungen im Gesundheitswesen resümiert, dass der Fokus auf "sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche" häufig gesetzt sei und eine niedrigschwellige Vorgehensweise gewählt werde: "Augenscheinlich verstärken viele Bundesländer die Förderung junger Familien, insbesondere in sozialen Brennpunkten und bei Anzeichen von Armut in der Familie oder Überforderung der Eltern" (Noweski 2009: 23). Hierunter fallen vor allem die bundesweiten Initiativen zu den "Frühen Hilfen". Insgesamt ist allerdings die Bilanz eher kritisch: Die Umsetzung des Setting-Ansatzes im Sinne von strukturellen Verbesserungen in den Lebenswelten sei zu wenig erkennbar. Das gleiche gilt für unspezifische Gesundheitsförderung und aus gesundheitswissenschaftlicher Sicht erfolgversprechenden "Multi-Issue-Interventionen". Die Förderung von psychosozialen Ressourcen sei insgesamt noch zu wenig verbreitet. Es überwogen spezifische Ernährungs- und Bewegungsprogramme. Statt der typischerweise befristeten Modellprojekte werden "Ketten aus Modellversuchen" gefordert, "die sich aufeinander beziehen und Hypothesen über lange Frist gründlich verifizieren" (ebenda: 30).

Zu einer analogen Beurteilung kommt auch der 13. Kinder- und Jugendbericht. Insgesamt wird für die Kinder- und Jugendhilfe festgestellt, dass "in allen Handlungsfeldern (...) das Thema auf der Tagesordnung steht und an vielen Stellen bereits mit der Umsetzung begonnen wurde" (BMFSFJ 2009: 240). Ein Schwerpunkt der Interventionen wird im Bereich der Kindertagesbetreuung gesehen. Thematische Konzentrationen finden sich zu Bewe-

gung, Ernährung und Körpererfahrung. Kritisiert wird, dass das Thema Gesundheitsförderung nicht zum Alltag der Einrichtungen in der Kinder- und Jugendhilfe gehöre. Individuelle Verhaltensschulung und eine "Gesundheitspädagogik erster Ordnung" dominiere die Praxis der Gesundheitsförderung in der Kinder- und Jugendhilfe (ebenda: 244), also die Umsetzung von normative Vorgaben zur gesunden Lebensführung mit pädagogischen Mitteln. Maßnahmen, die auf Beteiligung und Empowerment setzen, werden bislang nur in unzureichendem Ausmaß durchgeführt.

Für die vorgelegte Untersuchung lassen sich diese Befunde auch für den speziellen Fokus der quartiersbezogenen Gesundheitsförderung bestätigen. Initiativen, die im Sinne eines Setting-Ansatzes eine gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung verfolgen, sind bundesweit dünn gesät. Im Vergleich mit den im Theorieteil aufgelisteten gesundheitsrelevanten Dimensionen sind einige zwar in der politischen Diskussion präsent, aber nicht Gegenstand von Projekten der Gesundheitsförderung oder zumindest nicht ausreichend dokumentiert und evaluiert (z. B. nähräumliche gesundheitliche Versorgung, gesundheitsrelevante strukturelle Gegebenheiten).<sup>74</sup> Andere Dimensionen entsprechen einem hohen Standard und sind ohne erkennbare räumliche Ungleichverteilung (hygienische Standards in öffentlichen Einrichtungen). Unter den identifizierten Projekten gibt es einen vergleichsweise großen Schwerpunkt bei der Vernetzung von Fachkräften und professionellen Stadtteilakteuren. Dieser Bereich muss sich theoretisch und empirisch erst noch als wirksam für die gesundheitliche Lage der Bewohnerschaft erweisen. Die Wirksamkeit ist vor dem Hintergrund der bislang verfügbaren Evaluationen und Projekterfahrungen darin zu vermuten, dass

- es gebietsbezogene Daten zur gesundheitlichen Lage und strategische Konzepte zu ihrer Verbesserung gibt,
- die soziale Infrastruktur, die öffentlichen Dienste und Einrichtungen sowie das Angebotsspektrum besser auf die lokalen Bedarfe ausgerichtet sind,
- die gesundheitliche Versorgung verbessert werden kann,
- die natürliche und gebaute Umwelt gesundheitsfördernder gestaltet wird,
- es mehr Gelegenheitsstrukturen für Partizipation gibt und
- zusätzliche finanzielle Mittel zur Umsetzung von lokalen Gesundheitsförderungsprojekten verfügbar sind.

---

<sup>74</sup> "Strukturen für Gesundheitsförderung und auch ihre Wirkungen (sind) einer der ganz großen weißen Flecken auf der Landkarte der Public-Health-Forschung ..." (Trojan/Legewie 2001: 279 f.).

Der insgesamt noch zu geringe Stellenwert des Handlungsfelds Gesundheit innerhalb der Förderung der sozialen Inklusion im Stadtteil geht wesentlich auf Finanzierungsprobleme zurück. Zwar haben die Spitzenverbände der Krankenkassen ihren Mitgliedern 2008 empfohlen, Maßnahmen nach dem Setting-Ansatz außerhalb von Betrieben zu verstärken und hierfür mindestens 0,50 Euro pro Mitglied zu verwenden (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen 2008). In der Praxis wurde diese Empfehlung aber bislang nicht umgesetzt. So lagen die entsprechenden Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2009 bei 0,27 Euro pro Mitglied und hatten sich gegenüber dem Vorjahr kaum erhöht (BMG 2010b: 62). Die "Selbstbindung" der Krankenkassen hat also bislang nicht genügend Ressourcen mobilisieren können - vor allem nicht für stadtteilbezogene Ansätze (Bär 2010). Gleiches gilt für die "Selbstbindung" der Kommunen in den Gesunde-Städte-Netzwerken. Laut einer Befragung aus dem Jahr 2002 verfügt nur die Minderheit der Netzwerke über ein eigenes Budget (Plümer/Trojan 2004).



## **TEIL C ZUSAMMENFASSUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN**

### **12. Zusammenfassung der Ergebnisse**

#### **Segregation in den deutschen Städten und Bedeutung der Wohnumgebung für die soziale Inklusion**

In den deutschen Städten ist eine merkliche soziale und ethnische Segregation festzustellen. Trotz Unsicherheiten, die aus einer unbefriedigenden Datenlage resultieren, ist davon auszugehen, dass die soziale Segregation in den letzten Jahren zugenommen hat. Insbesondere in Westdeutschland gibt es eine Vielzahl an Quartieren, in denen sich soziale und ethnische Segregation überlagern und die eine besondere Herausforderung für die Förderung der sozialen Inklusion durch Bund, Länder und Gemeinden darstellen. In einer aktuellen Untersuchung wurden in mehr als 550 Kommunen ca. 1.500 von Zuwanderung geprägte Wohnquartiere ermittelt, in denen sozialräumliche Segregation mit ökonomischen Schwächen einhergeht (empirica AG/BBSR 2010).

Kinder und Jugendliche sind hiervon besonders betroffen. So finden sich in Großstädten wie Bochum, Bremen oder Berlin Quartiere, in denen der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die SGB II-Leistungen erhalten, 40%, 50% oder gar 60% beträgt, während in anderen Quartieren derselben Städte der Anteil bei unter 10% liegt. In den Schulen spiegeln sich diese Unterschiede wider. Stadtteile, die in hohem Maße von Familien mit niedrigen Einkommen bzw. niedrigem sozialen Status bewohnt werden, weisen bei den Ergebnissen von Sprachtests, schulischen Leistungsstandtests und den Übergängen in das Gymnasium deutlich schlechtere Werte auf als Stadtteile, die überwiegend von Beziehern mittlerer und höherer Einkommen bewohnt werden. Auch im Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen zeigen sich zwischen Stadtteilen erhebliche Unterschiede.

Neue deutsche und ausländische Forschungen zeigen, dass starke Segregationsprozesse und eine hohe Konzentration von benachteiligten Bevölkerungsgruppen in bestimmten Stadtteilen zusätzliche negative Effekte für die Betroffenen haben. Diese eigenständigen Effekte der Wohnumgebung werden als Kontexteffekte bezeichnet. In den entsprechenden Untersuchungen wurde ein positiver Zusammenhang zwischen dem Anteil der Bezieher von Transfereinkommen im Stadtteil und der individuellen Bezugsdauer von Transfer-einkommen ermittelt. Ein hohes Ausmaß von Arbeitslosigkeit bzw. Armut im Quartier kann demnach unter bestimmten Bedingungen dazu führen, dass der einzelne Bewohner länger arbeitslos bzw. arm ist. Die Bildungsforschung weist darauf hin, dass der Besuch einer Schule, in die sehr viele Kinder aus Familien gehen, die über kein Erwerbseinkommen verfügen, einen niedrigen Bildungsstand haben und andere Familiensprachen als Deutsch sprechen, negativ für den Lernerfolg ist. Bildungsnachteile aus der familiären Herkunft

werden an solchen Schulen durch den Kontext eines ungünstigen Lernmilieus verstärkt. Aus der Gesundheitsforschung liegen Erkenntnisse vor, dass bauliche wie soziale Merkmale der Wohnumgebung einen zusätzlichen Einfluss auf den Gesundheitszustand der Kinder und Jugendlichen haben können.

### **Aufgaben und Ansatzpunkte für die soziale Inklusion in der Wohnumgebung**

Insgesamt zeigt sich, dass von der Wohnumgebung eigenständige Wirkungen auf die soziale Inklusion ausgehen, wobei vor allem zwei Eigenschaften der Wohnumgebung wichtig sind: das Quartier als Ressource und das Quartier als Instanz für kollektive Sozialisation. Kinder und Jugendliche sind hiervon besonders betroffen, weil bei ihnen räumliche und soziale Nachbarschaft sehr häufig zusammenfallen und die soziale Wohnumgebung über Prozesse der Sozialisation und des informellen Lernens für sie stärkere Prägekräfte entfaltet als für Erwachsene. Eine stark segregierte, sozial diskriminierte und ressourcenarme Bevölkerung im Stadtteil bildet einen Kontext, der sich nachteilig für die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen auswirkt. Die Wirkungen sind allerdings gegenüber der sozialen Herkunft und der Einbettung in die Familie nachrangig. Anders gesprochen: Die in benachteiligten Stadtteilen zu beobachtenden massiven sozialen Probleme werden überwiegend nicht durch die physische und soziale Wohnumgebung verursacht, wohl aber werden sie dort verschärft.

Für eine auf Kinder und Jugendliche fokussierte Politik der Förderung der Inklusion in der Wohnumgebung kommt es auf zwei Dinge an:

- Zum einen gilt es, die negativen Kontexteffekte der benachteiligten Quartiere abzubauen und auf diese Weise gegen die aus der Wohnumgebung resultierende zusätzliche Exklusion anzugehen.
- Zum anderen und darüber hinaus können in den benachteiligten Quartieren zusätzliche Ressourcen aufgebaut werden, um Benachteiligungen zu kompensieren, die aus der sozialen Herkunft resultieren. Durch diese zusätzlichen Ressourcen im Quartier können die betroffenen Eltern, aber auch die Bildungseinrichtungen bei Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen unterstützt werden.

Ansatzpunkte für die Förderung der sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen durch Maßnahmen in der Wohnumgebung sind:

- die Verbesserung der Infrastrukturausstattung und -qualität - dies betrifft sowohl bauliche Maßnahmen als auch zusätzliche und bessere Angebote für Kinder und Jugendliche in Bildung, Kultur, Freizeit, Gesundheit etc.;
- die Vermittlung von Normen und Vorbildern und damit die Stärkung von Lernmotivation und Aspirationen, die in den benachteiligten Stadtteilen bei vielen Kindern und Jugendlichen zu gering ausfallen;
- die Beeinflussung der sozialen Netze - in benachteiligten Stadtteilen dominieren eher enge soziale Netze, die sich auf die Verwandtschaft und Personen in ähnlicher sozialer Lage beschränken und als wenig hilfreich gelten ("Netzwerkarmut"), während heterogen strukturierte Netze, die auch Personen in anderer sozialer Lage einbeziehen, die Chancen der Kinder und Jugendlichen erhöhen können;
- mehr Möglichkeiten der Partizipation für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern.

Da die Wirkungen der Wohnumgebung multidimensional sind, ist von einzelfachlichen Interventionen weit weniger Wirkung zu erwarten als von integrierten, sozialräumlich orientierten Politikansätzen. Für effektive Förderung der sozialen Inklusion durch Maßnahmen in der Wohnumgebung ist es also wichtig, traditionelle fachpolitische "Versäulungen" aufzubrechen, Politik- und Handlungsfelder zu integrieren, die relevanten Akteure zu vernetzen und Ressourcen zu bündeln.

### **Ergebnisse und Wirkungen der Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung**

Seit Mitte der neunziger Jahre haben Programme und Projekte, die die soziale Inklusion durch Maßnahmen in der Wohnumgebung fördern, stark an Bedeutung gewonnen. Hierfür spielt das Programm Soziale Stadt der Städtebauförderung von Bund und Ländern eine besondere Rolle. Aber auch in der Jugendpolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarkts- und Berufsbildungspolitik sowie der Gesundheitspolitik sind in erheblichem Umfang neue Programme aufgelegt worden, die entweder unmittelbar am Stadtteil ansetzen oder genutzt werden können, um die Ressourcenausstattung in benachteiligten Quartieren zu verbessern. Die Förderung von Kindern und Jugendlichen spielt in vielen dieser Programme eine zentrale Rolle. Auch viele Akteure der Zivilgesellschaft (Stiftungen, Kirchen, Sozialpartner, Unternehmen) engagieren sich in der Förderung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil. Die Kommunen bzw. die Akteure in den betroffenen Gebieten nutzen diese verschiedenen Programme und sie entfalten umfangreiche und vielfältige eigene Aktivitäten. Im Ergebnis ist in den letzten Jahren ein schwer zu überschauendes Gemein-

ge vom Programmen, Initiativen und Projekten der Förderung der sozialen Inklusion im Stadtteil entstanden. Es umfasst Regelprogramme ebenso wie umfangreiche, aber zeitlich befristete Finanzierungsinstrumente, Modellversuche mit einer eher kleinen Zahl von Vorhaben und Einzelprojekte.

Im Rahmen unserer Studie wurde eine Auswahl von Programmen und Projektansätzen, die für die Förderung der sozialen Inklusion von Kinder und Jugendlichen durch Maßnahmen in der Wohnumgebung von besonderer Bedeutung sind, im Hinblick auf Ergebnisse und Wirkungen untersucht. Dabei handelte es sich um eine sekundäranalytische Untersuchung - ausgewertet wurden die zu den Programmen und Projektansätzen vorliegenden Evaluationen, Dokumentationen, begleitenden Berichte, Programm- und Projektdarstellungen etc.

Für unsere Studie wirkte sich positiv aus, dass für sehr viele Programme und Projekte Evaluierungsuntersuchungen vorliegen oder zurzeit erarbeitet werden. Allerdings dominieren qualitative und begleitende Forschungsansätze. Quantitative Aussagen zu Ergebnissen und Wirkungen (Effekte für die materielle Lage, die Bildungserfolge oder die gesundheitliche Lage der Kinder und Jugendlichen) sind die Ausnahme. Dies liegt auch daran, dass für die Erarbeitung "harter" Wirkungsaussagen hohe konzeptionelle und methodische Hürden zu überwinden sind: Die Förderung der benachteiligten Stadtteile setzt vor allem auf mittel- und langfristige Effekte, häufig laufen Förderungen heute noch über eine zu kurze Zeit, um Wirkungen ermitteln zu können. Da in den Stadtvierteln eine Vielzahl von Programmen und Projekten zum Einsatz kommen, ist schwer zu bestimmen, welchen quantitativen Beitrag die einzelne Intervention hat und ob mögliche positive Veränderungen überhaupt auf Förderung zurückgehen oder letztlich von veränderten Rahmenbedingungen verursacht werden. Schließlich fehlt es in Deutschland an übergreifenden, über einzelne Städte hinausgehenden Datengrundlagen zur Erfassung der Entwicklung der sozialen Lage in den Stadtteilen, die für die Beurteilung der Ergebnisse der Förderung der benachteiligten Stadtteile sehr wichtig wären.

Insgesamt kann daher bei der Bewertung der Ergebnisse und Wirkungen, die mit den für die soziale Inklusion in der Wohnumgebung relevanten Programmen und Projektansätzen erzielt worden sind, zurzeit im Wesentlichen nur mit qualitativen Aussagen und mit Wirkungseinschätzungen gearbeitet werden.

Trotz der methodischen Probleme kann festgestellt werden, dass die in unserer Studie betrachteten Programme und Projekte positive Effekte für die benachteiligten Stadtteile, die in ihnen lebenden Kinder und Jugendlichen und damit für die soziale Inklusion gehabt haben. Die gilt sowohl für die Ebene der untersuchten Programme als auch für die untersuchten Projektansätze zur Förderung von Kindern und Jugendlichen.

### *Programmebene*

Für die von uns untersuchten Programme der integrierten Stadtentwicklung von benachteiligten Stadtteilen, also für das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, vergleichbare Ansätze der integrierten Stadtentwicklung und die Partnerprogramme zur Sozialen Stadt sind die folgenden zentralen Ergebnisse festzustellen:

- Mit dem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt konnte die politische Aufmerksamkeit für die Problemlagen der Bewohner in benachteiligten städtischen Quartieren erhöht und weitere Programme und Initiativen aus anderen Ressorts konnten angestoßen werden. In den letzten zehn bis 15 Jahren sind beachtliche zusätzliche Ressourcen von Bund, Ländern, Kommunen und Privaten in die entsprechenden Gebiete geflossen. Die für die integrierte Entwicklung der benachteiligten Stadtteile wichtige Kooperation über Politikfelder und Ressortgrenzen hinweg hat sich verbessert. Das Programm hat insofern die ihm zugedachte Rolle eines Leitprogramms übernommen.
- In vielen geförderten Stadtteilen konnte durch die Förderung eine Verbesserung der Lebensverhältnisse erzielt werden, die Gebiete wurden durch ein attraktiveres Umfeld und ein verbessertes sozialkulturelles Infrastrukturangebot aufgewertet. Das Ziel der Erhöhung der Lebenschancen der Bewohnerinnen und Bewohner hat im Verlauf des Programms erheblich an Bedeutung gewonnen. Dies wird insbesondere am gestiegenen Stellenwert der Bildung und der Integration von Migranten innerhalb des Programms deutlich.
- Kinder und Jugendliche haben von den Verbesserungen in den geförderten Stadtteilen besonders profitiert. Sowohl die Mittel für Infrastruktur und Modellvorhaben aus der Sozialen Stadt als auch die Mittel der Partnerprogramme wurden zu großen Teilen für auf Kinder und Jugendliche ausgerichtete Projekte verwandt.
- In einem Teil der Stadtteile weisen kleinräumige sozialstatistische Daten auf positive Veränderungen der sozialen Lage hin. Es muss allerdings davon ausgegangen werden, dass die entsprechenden Effekte nicht allein auf die Förderung zurückgehen, sondern auch auf positive Veränderungen der Rahmenbedingungen.
- Weitere Verbesserungen zeigen sich im Hinblick auf das Zusammenleben im Stadtteil und das Gebietsimage; in vielen Gebieten sind eine Aufbruchstimmung und Verbesserungen in der Aktivierung und Beteiligung der Bevölkerung erzielt worden.
- In den kommunalen Verwaltungen hat das Programm zu einer Verstärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit zugunsten der geförderten Stadtteile geführt.

- Die Zusammenarbeit mit den weiteren für die Entwicklung der Stadtteile wichtigen öffentlichen und privaten Akteuren hat sich verbessert.
- Das Quartiersmanagement im Stadtteil hat sich als ein zentrales Element der Programmumsetzung erwiesen. Als verwaltungsexterne Koordinierungsstelle übernimmt es eine Brückenfunktion zwischen der Verwaltung, lokalen Akteuren und Bewohnern.

### *Projektansätze zur Förderung von Kindern und Jugendlichen*

Im Rahmen unserer Studie wurden insgesamt 26 Projektansätze zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in der Wohnumgebung aus den vier Handlungsfeldern Familie und frühkindliche Bildung, Schule und Bildung, Freizeit, Kultur und Sport, sowie Gesundheit untersucht. Unter Projektansätzen sind Gruppen von Projekten zu verstehen, die in Zielsetzung, Gegenstand und Zuschnitt vergleichbar sind, zum Teil aber in ganz unterschiedlichen Förder- bzw. Finanzierungskontexten realisiert werden.

Die Analyse zeigt, dass die Projektansätze alle relevanten Dimensionen abdecken, mit denen durch Maßnahmen in der Wohnumgebung Wirkungen für eine bessere soziale Inklusion erzielt werden können. Dies gilt in der Gesamtschau wie für jedes einzelne der vier betrachteten Handlungsfelder (siehe Tabelle 12.1). In jedem Handlungsfeld wurden die relevante bauliche Infrastruktur für Kinder und Jugendliche verbessert und zahlreiche zusätzliche Angebote der Erziehung, Bildung, Freizeit und Gesundheit realisiert. Zugleich entfaltet ein erheblicher Teil der Projektansätze Wirkungen im Hinblick auf die Vermittlung von Normen und die Erweiterung der sozialen Netzwerke der Kinder und Jugendlichen - diese Wirkungsdimensionen sind besonders wichtig, um negative Effekte zu bekämpfen, die die Wohnumgebung über die kollektive Sozialisation entfaltet.

Die Wirkungsdimension "mehr Partizipation für Kinder, Jugendliche und Eltern" ist ebenfalls für viele Projektansätze relevant. Allerdings betrifft dies in der Praxis vor allem viele kleine Einzelprojekte (wie z. B. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Spielplatz- oder Schulhofneugestaltung, Elternaktivierung und Beteiligung in Kindertageseinrichtungen und Schulen), eine systematische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen über solche Einzelprojekte hinaus ist eher selten.

In allen Handlungsfeldern wirken wichtige Projektansätze in Richtung einer besseren Zusammenarbeit der für die Förderung von Kindern und Jugendlichen relevanten öffentlichen und privaten Akteure. Diese Ansätze zielen auf Ressourcenbündelung, die Überwindung von Hemmnissen aus traditionellen Zuständigkeitsgrenzen, die Öffnung von Schulen, Kindertageseinrichtungen und Kultureinrichtungen in den Stadtteil sowie Aufbau von

Förderketten für besonders benachteiligte Kinder und Jugendliche. Häufig werden hierbei die in unserer Studie unterschiedenen Handlungsfelder miteinander verknüpft.

**Tabelle 12.1**

<b>Einordnung der untersuchten Projektansätze zur Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung</b>						
<b>Handlungsfeld/Projektansatz</b>	<b>Wirkungsdimension</b>					
	<b>direkt</b>					<b>indirekt</b>
	Verbesserung der baulichen Infrastruktur	bessere Angebote in Bildung, Kultur, Freizeit, Gesundheit etc.	Vermittlung von Normen und Vorbildern	Erweiterung der sozialen Netzwerke der Kinder und Jugendlichen	mehr Partizipation für Kinder, Jugendliche und Eltern	Ressourcenbündelung, Vernetzung der Akteure
<b>Familie und frühkindliche Bildung</b>						
Erweiterung der Infrastruktur und der Angebote	●	●				
Sozialräumliche Öffnung von Einrichtungen, Eltern-Kind-Zentren/Familienzentren		●	●	●	●	●
Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur		●				●
Aufsuchende Familienberatung und -begleitung		●	●		●	
Anwendung innovativer Lernkonzepte unter Einbeziehung der Eltern		●	●		●	
<b>Schule und Bildung</b>						
Zusätzliche Personal- und Lehrmittel für Schulen in benachteiligten Gebieten		●				
Aufwertung und Erweiterung der Infrastruktur für schulische und nicht-schulische Zwecke	●	●			●	
Öffnung der Schulen in den Stadtteil - Ausweitung Bildungs-/Betreuungsangebot		●	●	●		●
Entwicklung von lokalen Bildungsnetzwerken		●				●
Elternaktivierung und -beteiligung		●	●	●	●	
Einbeziehung von Ehrenamtlichen (Mentoren etc.)		●	●	●	●	
Sprachkompetenzklassen an den Grundschulen		●				
Quartiersprojekte für den Übergang von der Schule in den Beruf		●	●	●		●

<b>Einordnung der untersuchten Projektansätze zur Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung</b>						
<b>Handlungsfeld/Projektansatz</b>	<b>Wirkungsdimension</b>					
	<b>direkt</b>					<b>indirekt</b>
	Verbesserung der baulichen Infrastruktur	bessere Angebote in Bildung, Kultur, Freizeit, Gesundheit etc.	Vermittlung von Normen und Vorbildern	Erweiterung der sozialen Netzwerke der Kinder und Jugendlichen	mehr Partizipation für Kinder, Jugendliche und Eltern	Ressourcenbündelung, Vernetzung der Akteure
<b>Freizeit, Kultur und Sport</b>						
Aufwertung und Erweiterung der Infrastruktur in Freizeit, Kultur und Sport	●	●			●	
Schaffung von zusätzlichen Freizeitangeboten		●	●			
Sozialräumliche Öffnung von Kultur- und Freizeiteinrichtungen		●	●	●		●
Niedrigschwellige Sportangebote		●	●			●
Mobile Jugendarbeit		●	●	●		●
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den stadtteilbezogenen Aktivitäten			●	●	●	
<b>Gesundheit</b>						
Governance-Ansätze - Netzwerke für die wohnumfeldbezogene Gesundheitsförderung		●			●	●
Sozialraumbezogene Vernetzung zur Verbesserung der Angebotsstruktur		●			●	●
Erweiterung der Infrastruktur und Verbesserung der Ausstattung	●	●				
Qualifizierung von Stadtteilakteuren, lokalen Einrichtungen und Diensten		●			●	●
Unterstützung gesundheitsfördernder Lebensstile über normative Impulse		●	●		●	
Empowerment und Partizipation zur Verbesserung der Gesundheitschancen			●	●	●	

Für die vier Handlungsfelder können folgende zentrale Ergebnisse hervorgehoben werden:

**Familie und frühkindliche Bildung:** Die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren bzw. Eltern-Kind-Zentren hat sich - eine hinreichende Mittelausstattung vorausgesetzt - als sinnvoller Ansatz erwiesen, um in den Stadtteilen durch niedrigschwellige Elternarbeit die Familien zu erreichen, die besonderen Förderbedarf haben, zugleich aber durch die hergebrachten Angebote zu wenig erreicht werden. Mit den Zentren kön-



nen so Entwicklungsdefizite von Kindern gemildert und in bestem Fall beseitigt werden. Zur Erreichung dieser Elterngruppe kommt es darüber hinaus auf die aufsuchende Familienberatung und -begleitung an. Insbesondere für den Einsatz von Familienhebammen liegen positive Evaluationsergebnisse vor. Auch der Einsatz von Multiplikatoren aus dem Stadtteil (z. B. Stadtteilmütter) hat sich bewährt, insbesondere für die Ansprache von Migranten.

Eine Reihe von Städten hat mit kommunalen oder quartierbezogenen Netzwerken von Einrichtungen der Frühen Hilfe positive Erfahrungen gemacht. Diese Netzwerke verbessern das präventive Handeln, wirken sich positiv auf die Qualität und Effizienz der einzelnen Hilfsangebote aus, senken so die Gefahr der Gefährdung des Kindeswohls und erhöhen die Entwicklungschancen der betroffenen Kinder.

**Schule und Bildung:** Weitreichende Veränderungen werden mit Projekten der Öffnung der Schulen in den Stadtteil vorgenommen, die häufig mit baulichen Maßnahmen und der Einführung des Ganztagschulbetriebs verbunden sind. In von Modell zu Modell unterschiedlichem Ausmaß erweitern die entsprechenden Schulen die Angebote für ihre Schülerinnen und Schüler, übernehmen darüber hinausgehende Leistungen für den Stadtteil und kooperieren eng mit anderen Akteuren wie den Trägern der Jugendhilfe, Bildungs- und Freizeiteinrichtungen, Unternehmen etc. Bisherige Evaluierungen fallen positiv aus, eine systematische Untersuchung der Wirkungen für die Kompetenzentwicklung der Kinder und Jugendlichen steht aber noch aus.

Die in einigen Städten entwickelten Bildungsnetzwerke scheinen gut geeignet zu sein, um Ressourcen für die Verbesserung der Bildungschancen in den benachteiligten Quartieren zu mobilisieren und effizienter einzusetzen. Von Bedeutung ist, dass in die Netzwerke alle bildungsrelevanten Akteure eingebunden werden. Neben den Schulen und Kindertagesstätten sind vor allem die Kinder- und Jugendhilfe und Akteure der lokalen Wirtschaft relevant. Voraussetzung hierfür ist aber, dass den Netzwerken genügend Koordinationskapazitäten zur Verfügung stehen.

Neben grundlegenden Veränderungen der Schule und ihres Umfelds wurde in den Stadtteilen eine Vielzahl relativ kleiner Projekte der Elternaktivierung sowie des Einsatzes von ehrenamtlichen Mentoren durchgeführt. Sie sind vor allem deshalb wichtig, weil mit ihnen auf direktem Weg Normen und Vorbilder vermittelt werden und Einfluss auf die Aspirationen der Kinder und Jugendlichen entwickelt wird.

**Freizeit, Kultur und Sport:** Ein erheblicher Teil der baulich-investiven Maßnahmen, die in den letzten Jahren in den benachteiligten Stadtteilen realisiert wurden, trug dazu bei, die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche zu verbessern. Zugleich wurden

durch die Schaffung von niedrigschwelligen Angeboten in den Bereichen Kultur, Kunst, Musik und Sport Kinder und Jugendliche bei der aktiven Freizeitgestaltung unterstützt und informelle Lerngelegenheiten geschaffen. Kunst, Kultur, Musik und Sport sind gut dazu geeignet, um Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien neue Erfahrungen zu ermöglichen und soziale Kompetenzen in der Gruppe zu vermitteln. So können Kinder und Jugendliche im Rahmen der gemeinsamen Aktivitäten neue Talente und Interessen bei sich entdecken und eigenes Handeln erproben. Weitere Gelegenheiten für informelles Lernen und für die Erweiterung der sozialen Netzwerke der Kinder und Jugendlichen wurden durch die Öffnung von Bibliotheken, Museen, Theatern und anderen Kultureinrichtungen in den Stadtteil bzw. durch Projekte der etablierten Kultureinrichtungen mit Kindern aus benachteiligten Stadtteilen oder Schulen mit schwierigen Lernmilieus geschaffen. Evaluationen zeigen, dass Musik- und Kunstprojekte die Lernvoraussetzungen und das Lernklima positiv beeinflussen können.

Durch die Verknüpfungen von niedrigschwelligen Sportangeboten sind mit anderen Freizeit- und Bildungsangeboten kann ein wichtiger Beitrag zur Inklusion von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit sozialen Problemen geleistet werden kann. Sportangebote haben sich auch für die Förderung von gefährdeten oder gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen bewährt, sofern eine gute pädagogische Betreuung sicherstellt, dass wirklich präventiv vorgegangen werden kann. Aufsuchende Ansätze der mobilen Jugendarbeit können helfen, Kinder und Jugendliche mit besonderen Problemlagen in bestehende Angebote zu integrieren.

Um auch schwer zu erreichende Zielgruppen zu aktivieren und zu beteiligen, sind zudem aufsuchende Aktivitäten von Bedeutung. Die mobile Jugendarbeit kann hier einen wichtigen Beitrag leisten. Darüber hinaus ist die Einbeziehung der Kindertageseinrichtungen und Schulen wichtig, um an die jeweiligen Zielgruppen heranzukommen. So haben Evaluationen zu den Programmen MUS-E und "Jedem Kind ein Instrument" (JeKi) gezeigt, dass durch eine Einbeziehung von Musik-, Kunst- oder Kulturschaffenden in den Unterricht alle Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft erreicht werden können. Kinder, die in ihrem familiären und sozialen Umfeld wenig mit den regulären Kunst-, Kultur- und Musikangeboten in Berührung kommen, werden hierdurch neue Erfahrungsmöglichkeiten eröffnet. Zugangsprobleme, die Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen und/oder bildungsfernen Familien zu Musik-, Kunst- und Kulturangeboten aus finanziellen Gründen und aufgrund fehlenden Wissens und fehlender Erfahrungen ihrer Eltern haben, können so abgebaut werden.

**Gesundheit:** Das Handlungsfeld Gesundheit hat im Rahmen der Förderung benachteiligter Stadtquartiere insgesamt noch immer eine zu geringe Bedeutung. Initiativen, die im Sinne eines Setting-Ansatzes eine gesundheitsfördernde Stadtteilentwicklung verfolgen,

sind dünn gesät. Im Vordergrund der in unserer Studie identifizierten und ausgewerteten Projektansätze steht die Vernetzung von professionellen Akteuren und Fachkräften. Es steht zu vermuten, dass diese Netzwerke die Entwicklung von Strategien für die Gesundheitsförderung im Stadtteil erleichtern, das Angebotsspektrum besser am Bedarf ausrichten und zusätzliche Mittel für Gesundheitsförderprojekte mobilisieren. Die Wirksamkeit der Netze für die gesundheitliche Lage der Bewohnerschaft muss sich aber erst noch erweisen.

Relativ wenig verbreitet sind bislang Projektansätze, die über normative Impulse im Quartier einen gesundheitsförderlichen Lebensstil unterstützen. Über regelmäßige Aktionen vor allem im Bewegungsbereich wird im Zusammenhang mit Schulen und anderen Einrichtungen versucht, Gruppendynamiken im Stadtteil zu erzeugen. Ebenfalls eher noch in den Kinderschuhen stecken Ansätze, die primär auf Empowerment und Partizipation zielen. Hier wurden u. a. mit speziell auf die Gesundheitsförderung ausgerichteten Verfügungsfonds gute Erfahrungen gemacht.

### **Defizite und Schwächen der bisherigen Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung**

Mit den Programmen und Projekten der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung wurden insgesamt deutlich positive Effekte in den benachteiligten Stadtteilen erzielt. Die Analyse zeigt aber auch einige grundlegende Probleme und Schwächen:

- Bislang sind Erfolge des Programms Soziale Stadt und der anderen Programme zur Förderung der integrierten Entwicklung benachteiligter Stadtteile stärker im Bereich der Verbesserung der Lebensqualität in den Quartieren als in der Erhöhung der Chancen der Bewohnerinnen und Bewohner zu beobachten. Auch wenn mit fortschreitender Programmlaufzeit zunehmend Aufmerksamkeit auf die Erhöhung der Chancen gelegt worden ist, bestehen hier noch Defizite. Um die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Kinder und Jugendlichen zu erhöhen, ist insbesondere ein noch größerer Stellenwert von frühkindlicher Bildung, Schule und Gesundheit innerhalb der integrierten Stadtteilentwicklung wichtig.
- Viele der in unserer Studie betrachteten Projektansätze werden bislang nur in Form von Modellprojekten in einer begrenzten Zahl von Städten und Stadtteilen realisiert. Die Umsetzung von entsprechenden Projekten in der Breite der benachteiligten Stadtteile steht häufig noch aus. Zudem entsteht in vielen Fällen das Problem, dass aufgrund eng befristeter Förderzeiträume bewährte Projekte nicht oder erst nach aufwändiger Suche nach Anschlussfinanzierung fortgeführt werden können.

- Die Förderung der benachteiligten Stadtteile bzw. der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung hat noch zu sehr den Charakter von Sonderprogrammen und Sonderprojekten. Insgesamt ist es noch unzureichend gelungen, das für die Entwicklung der benachteiligten Stadtteile so wichtige integrierte Handeln dauerhaft in den kommunalen Verwaltungen zu verankern oder gar eine grundlegende sozialraumorientierte Umstrukturierung der Verwaltung zu realisieren.
- Damit verbunden ist das Problem der Verstetigung. Noch weitgehend ungeklärt ist, ob in den Stadtteilen nach Auslaufen der Förderung aus der Sozialen Stadt und aus anderen Programmen zentrale Projekte fortgeführt und die für die Stadtteile wichtigen Kooperationsstrukturen und Netzwerke (z. B. Quartiersmanagement, Gremien der Bewohnerpartizipation, Koordinationsrunden auf Verwaltungsebene etc.) aufrechterhalten werden können.
- Bei der gerade für die Steigerung der Teilhabe- und Verwirklichungschancen von Kindern und Jugendlichen sehr wichtigen Bündelung der (überwiegend investiven) Mitteln der Städtebauförderung mit (auch nichtinvestiven) Förderprogrammen aus anderen Politik- und Handlungsfeldern wie Bildung, Jugend und Gesundheit bestehen noch immer Defizite. Dies betrifft vor allem die Förderprogramme des Bundes und der Länder. Zwar sind in den letzten Jahren durch die Partnerprogramme der Sozialen Stadt sowie weitere Programme, die für die Entwicklung der Stadtteile genutzt werden können, Verbesserungen eingetreten. Aber noch immer ist es für die lokalen Akteure ein sehr mühseliger und viele Personalressourcen bindender Prozess, Fördermittel aus verschiedenen Quellen einzuwerben und zu verknüpfen.

### **13. Schlussfolgerungen**

Für die weitere Förderung der sozialen Inklusion primär von Kindern und Jugendlichen durch Maßnahmen in der Wohnumgebung lassen sich die folgenden Schlussfolgerungen ziehen:

#### **Notwendigkeit und Stellenwert von Maßnahmen in der Wohnumgebung**

Wie oben dargestellt, ist die soziale Segregation in den deutschen Städten in den letzten Jahren gewachsen. Unverändert gehen vom Leben in sozial und häufig auch ethnisch hoch segregierten Stadtteilen Probleme für die soziale Inklusion aus, die Kinder und Jugendliche besonders betreffen. In vielen benachteiligten Stadtteilen sind die Programme und Projekte der Inklusionsförderung noch lange nicht abgeschlossen, andere Gebiete haben bislang noch wenig von entsprechenden Maßnahmen profitiert. Insgesamt ist es damit notwendig, die in den letzten Jahren entwickelten Programme und Projektansätze zur Förderung der sozialen Inklusion im Stadtteil fortzuführen und weiterzuentwickeln.

Allerdings sollte bei der Gestaltung von Programmen und Projekten von einem realistischen Bild der Rolle ausgegangen werden, die Maßnahmen in Stadtteil und Wohnumgebung im Gesamtsystem der Förderung der sozialen Inklusion haben können. Ansonsten besteht die Gefahr enttäuschter Erwartungen, die sich negativ auf die Entwicklung in den Stadtteilen auswirken können. In den benachteiligten Stadtteilen werden Probleme von Armut und Exklusion wie in einer Art Vergrößerungsglas besonders sichtbar. Dies bedeutet aber nicht, dass die Probleme überwiegend im Stadtteil verursacht werden. Entwicklungsprobleme und Chancennachteile von Kindern und Jugendlichen gehen primär auf die soziale Herkunft und die Art der Einbettung in die Familie zurück. Wie sich die Chancen der Kinder und Jugendlichen bzw. ihrer Familien entwickeln, hängt daher primär von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und von den großen Aggregaten der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Familien- und Jugendpolitik, der Bildungspolitik und der Gesundheitspolitik mit ihren primär überlokal ausgerichteten Instrumenten ab.

Auch wenn die Förderung der sozialen Inklusion damit stark durch die politischen Entscheidungen geprägt wird, die auf Bundes- und Landesebene getroffen werden, haben Wohnumgebung und Stadtteil einen hohen Stellenwert für die Erhöhung von Teilhabe- und Verwirklichungschancen:

- Maßnahmen im Stadtteil sind erforderlich, um Kontexteffekte abzubauen, also die zusätzlichen Nachteile, die von der Wohnumgebung auf die Bewohnerinnen und Bewohner ausgehen können.

- Um Eltern bei Erziehung und Bildung zu unterstützen und Nachteile auszugleichen, die für Kinder und Jugendliche aus sozialer Herkunft und familiärer Situation erwachsen können, ist die Wohnumgebung quasi der "natürliche Ort". Hier finden sich die zentralen Institutionen wie Schule, Kindertagesstätte, Freizeiteinrichtungen etc.
- Für die Bekämpfung von Armut und Exklusion bedarf es der Integration von Handlungsfeldern, der Mittelbündelung und der Koordination von Akteuren. Dies muss in weiten Teilen "vor Ort" erfolgen. Wie wichtig diese Koordinationsfunktion von Stadtteil und Stadt für die Förderung von Kindern und Jugendlichen ist, zeigt die aktuelle Diskussion um das Bildungspaket im Rahmen der SGB II-Grundsicherung.
- Für Inklusionsstrategien sind Partizipation, Beteiligung und Koproduktion von großer Bedeutung. Kommune und Quartier sind hierfür die zentrale Arena.

### **Zur Grundausrichtung der Inklusionsförderung im Stadtteil**

In den USA und im europäischen Ausland (Niederlande, Frankreich) wird auf die Entwicklung in marginalisierten städtischen Problemgebieten zum Teil mit Strategien der aktiven Desegregation reagiert. Durch Abriss und räumlich gesteuerten Neubau, Zuzugssperren für bestimmte Gebiete oder die Förderung des Umzugs von armen Haushalten in "bessere Gegenden" soll mit den entsprechenden Programmen relativ kurzfristig eine andere Mischung im Gebiet erreicht bzw. die Chancen der armen Haushalte erhöht werden. Deutschland verfolgt solche Strategien nicht, sondern setzt praktisch ausschließlich auf die Stabilisierung und interne Stärkung der benachteiligten Stadtteile.

Bislang liegen nur wenige aussagekräftige Evaluationen zu Strategien der aktiven Desegregation vor. Die zurzeit möglichen Einschätzungen zu den ausländischen Erfahrungen (z. B. zu "Moving to Opportunity" in den USA) sind noch nicht eindeutig und auf jeden Fall nicht so positiv, dass der Einsatz von entsprechenden Strategien auch in Deutschland anzuraten wäre. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass das Ausmaß der Segregation und der Marginalisierung von Stadtteilen in den betreffenden Staaten z. T. wesentlich größer als in Deutschland ausfällt.

Der in Deutschland verfolgte Ansatz der Stabilisierung und internen Stärkung der benachteiligten Stadtteile ist sinnvoll und sollte beibehalten bleiben. Er berücksichtigt, dass die Wohnumgebung selbst in marginalisierten Stadtteilen Ressourcen, Schutzfaktoren und Zugangsmöglichkeiten für die Bewohner bietet. Diese Ressourcen und Möglichkeiten gezielt auszubauen, steht zu Recht im Mittelpunkt der deutschen Programme für die soziale Inklusion in der Wohnumgebung.

Allerdings ist eine solche Strategie mit der gewissen Gefahr verbunden, einseitige Orientierungen der Bewohnerinnen und Bewohner auf ihr Wohnumfeld und die entsprechenden engen Netze zu verstärken. Gerade für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen kommt es aber auf Erfahrungen außerhalb der eigenen Wohnumgebung und auf die Ermöglichung weiter gespannter und heterogener Netze an. In diesen Bereich erscheinen zukünftig noch verstärkte Anstrengungen und neue Ideen und Projektansätze sinnvoll.

Ein neuralgischer Punkt für die Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung ist die starke Konzentration von Kindern aus Familien mit geringem Sozialstatus, ungünstiger Erwerbsituation und nicht-deutscher Familiensprache in vielen Schulen und die damit verbundenen zusätzlichen Bildungsbenachteiligungen. Es ist offen, wie schnell und in welchem Ausmaß durch zusätzliche Ressourcen für die betroffenen Schulen und ihr Umfeld grundlegende Verbesserungen geschaffen werden können oder ob nicht doch eine erzwungene soziale Mischung in den Schulen (vgl. Baur/Häussermann 2009) der prinzipiell erfolgversprechendere Weg wäre.

### **Elemente einer effektiven Inklusionsförderung in der Wohnumgebung für Kinder und Jugendliche**

Für eine effektive Förderung der sozialen Inklusion von Kindern und Jugendlichen in den Stadtteilen müssen auch weiterhin alle Dimensionen berücksichtigt werden, in denen die Wohnumgebung Wirkungen entfaltet: Verbesserte Infrastruktur (bauliche Infrastruktur und konkrete Angebote), Vermittlung von Normen und Vorbildern und Erweiterung der sozialen Netze. Darüber hinaus kommt es auf eine verbesserte Zusammenarbeit der relevanten Akteure und auf die Bündelung der Ressourcen zugunsten der entsprechenden Gebiete an.

Es ist nicht sinnvoll, eine detaillierte Liste von Maßnahmen aufzustellen, die in den benachteiligten Stadtteilen zugunsten von Kindern und Jugendlichen realisiert werden sollen. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung eine lokale Strategie ist. Sie kann nicht mit einem "von oben" vorgegebenen einheitlichen Werkzeugkasten betrieben werden, sondern muss aus den konkreten Bedingungen der betroffenen Stadtteile und der jeweiligen Stadt entwickelt werden, unter Einbezug der relevanten lokalen Akteure und der Bewohner. Hinzu kommt, dass bei vielen der in den Stadtteilen zurzeit durchgeführten Projekte eine abschließende Bewertung von Ergebnissen und Wirkungen zurzeit noch nicht vorgenommen werden kann.

Möglich ist es jedoch, zentrale Elemente zu benennen, die auf dem heutigen Erkenntnisstand für eine effektive Förderung der Inklusion von Kindern und Jugendlichen auf Ebene der Wohnumgebung erforderlich sind. Diese Elemente betreffen drei Bereiche:

- allgemeine Strukturen der integrierten Stadtteilentwicklung,
- konkrete Projektansätze zur Förderung von Kindern und Jugendlichen,
- Stärkung der Basisinstitutionen für Kinder und Jugendliche (Kindertageseinrichtungen, Schulen).

#### *Allgemeine Strukturen der integrierten Stadtteilentwicklung*

Für die integrierte Entwicklung von benachteiligten Stadtteilen haben leistungsfähige Strukturen auf Stadtteilebene und auf gesamtstädtischer Ebene eine große Bedeutung. Hierbei geht es vor allem um die Kooperation über die Grenzen von Handlungsfeldern, Institutionen und Ressorts hinaus. Solche leistungsfähigen Strukturen zeichnen sich durch folgende Elemente aus:

- eine spezielle Stelle in der Kommunalverwaltung, die federführend für die Steuerung der Gebietsentwicklung und für die Koordinierung zuständig ist,
- dauerhafte ressortübergreifende Arbeitsstrukturen und Koordinationsmechanismen (z. B. Beauftragte für die Entwicklung der betroffenen Stadtteile in allen relevanten Ressorts, andere Formen der Matrixorganisation, Stabsstellen), wobei es wichtig ist, dass die getroffene organisatorische Lösung kurze Entscheidungswege erlaubt,
- ein leistungsfähiges Quartiersmanagement im Stadtteil,
- Steuerungsrunden, die die weiteren relevanten öffentlichen und privaten Akteure einbeziehen,
- Partizipationsmöglichkeiten für die Bewohnerinnen und Bewohner (Quartiersräte etc.) einschließlich von Entscheidungsmöglichkeiten über Stadtteilprojekte (Verfügungsfonds).

In den meisten Gebieten der Sozialen Stadt sind Organisationsstrukturen und Abstimmungsmechanismen dieser Art eingerichtet worden, dies betrifft insbesondere das Quartiersmanagement, Steuerungsrunden der Akteure und Gremien für die Bewohnerververtretung. Relativ selten sind dagegen grundlegenden Veränderungen in Aufbau und Abläufen der Kommunalverwaltungen selbst. Die Schaffung von leistungsfähigen ämterübergrei-



fenden Kooperationsstrukturen ist aber besonders wichtig, um die integrierte Entwicklung der benachteiligten Stadtteile zur Daueraufgabe zu machen, die Entwicklungen in den Gebieten über die zeitlich befristete Förderung aus Programmen wie der Sozialen Stadt hinaus zu verstetigen und frühzeitig reagieren zu können, wenn sich die Herausbildung weiterer benachteiligter Stadtteile abzeichnet.

Für grundlegende Veränderungen des Verwaltungsaufbaus hat sich eine klare politische Unterstützung durch das Kommunalparlament als hilfreich erwiesen. Dies gilt auch für die Veränderungen von Organisationsstrukturen und Kooperationsmustern, die speziell die Förderung von Kindern und Jugendlichen betreffen (z. B. für den Aufbau von Netzwerken der frühen Hilfe).

### *Konkrete Projektansätze zur Förderung von Kindern und Jugendlichen*

Im Bereich der konkreten Projektansätze für Kinder und Jugendliche sind als wichtige Elemente einer effektiven Inklusionsförderung zu benennen:

- attraktivere bauliche Infrastruktur für Kinder und Jugendliche (mit Einbeziehung der Zielgruppen in die Planung in geeigneter Form),
- vielfältiges Angebot an Projekten aus Freizeit, Kultur, Sport, Bildung, vor allem für die Kinder und Jugendlichen, deren Familien Probleme beim Zugang zu den allgemeinen Angeboten der Kultureinrichtungen und des organisierten Sports haben,
- Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Eltern-Kind-Zentren bzw. Familienzentren,
- aufsuchende Familienberatung und -begleitung für schwer erreichbare Eltern (z. B. Familienhebammen),
- Einbindung von Multiplikatoren (Stadtteilmütter etc.) zur Aktivierung und Beteiligung schwer zu erreichender Zielgruppen, wie z. B. Migranten,
- quartiersbezogene oder stadtweite Netzwerke der frühen Hilfe,
- Bildungsnetzwerke, die alle bildungsrelevanten Akteure (Kindertageseinrichtungen, Schulen, Kinder- und Jugendhilfe, Eltern, Bildungs- und Integrationsverwaltung, Wirtschaftsakteure etc.) einbeziehen und eine biographiebegleitende Förderkette sicherstellen,
- Schließung von Förderlücken durch präventive und kompensatorische Maßnahmen,

- Öffnung der Schulen in den Stadtteil (erweiterte Angebote für die Schüler wie für den Stadtteil, Trägern enge Kooperation mit den Stadtteilinstitutionen, Einbeziehung von Kunst- und Kulturschaffenden, Einbindung von ehrenamtlichen Akteuren),
- Einsatz von Mentoren und Rollenvorbildern,
- Projekte der Elternaktivierung in frühkindlicher Bildung und Schule - auch in Kombination mit Sprachförderung für Eltern,
- Aktivitäten zur Berufsorientierung in Kooperation mit Unternehmen und Arbeitsagenturen,
- Öffnung der lokalen Informations- und Kultureinrichtungen für bildungsferne Familien durch Aktivitäten für Kinder und Jugendliche aus den benachteiligten Stadtteilen,
- Einbindung von gesamtstädtischen Kunst- und Kultureinrichtungen in freizeitbezogene Aktivitäten, um Kindern aus benachteiligten Quartieren auch an Freizeit- und Kulturmöglichkeiten außerhalb des eigenen Quartiers heranzuführen,
- Schaffung von niedrigschwelligen Sportangeboten, die mit weiteren Förder- und Bildungsangeboten verbunden werden,
- Sport- und Kulturangebote für gefährdete oder gewaltbereite Jugendliche mit für diese Gruppen adäquater pädagogischer Betreuung,
- Netzwerke der lokalen Gesundheitsförderung für Strategieentwicklung und Umsetzung,
- Förderung eines gesundheitsförderlichen Lebensstils durch normative Impulse,
- spezielle Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, die über einzelne Projektaktivitäten hinausgehen und systematisch in der integrierten Stadtentwicklung bzw. Inklusionsförderung verankert sind.

Für eine effektive Inklusionsförderung ist es wichtig, dass die einzelnen Projektansätze auf die Bedingungen im jeweiligen Stadtteil ausgerichtet sind und aufeinander aufbauen.

#### *Stärkung der Basisinstitutionen für Kinder und Jugendliche (Kindertageseinrichtungen und Schulen)*

Viele Maßnahmen der Förderung von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil setzen an den Kindertageseinrichtungen und Schulen an. Diese sollen sich zum Stadtteil öffnen, zusätzliche Funktionen übernehmen, mit den Trägern von Kultur-, Kunst-, Musik- und Sportangeboten eng kooperieren und Teil von Netzwerken und Förderketten werden. Nur starke Kindertageseinrichtungen und Schulen können diese zusätzlichen Aufgaben erfül-

len und zugleich ihre "Regelleistungen" gut erbringen. Für den Erfolg der Inklusionsstrategien ist daher eine Stärkung dieser Basisinstitutionen für Kinder und Jugendliche erforderlich, die weitgehend nicht vom Stadtteil, sondern von überörtlichen Ressourcen und Entscheidungen abhängig ist. Dies bedeutet

- für die Kindertageseinrichtung eine ausreichende Platzzahl, um alle Kinder aus den benachteiligten Stadtteilen aufnehmen zu können, eine adäquate Personalausstattung sowie den Einsatz innovativer Lernkonzepte;
- für die Schule die Etablierung von Ganztagsschulen in allen benachteiligten Stadtteilen, eine Personal- und Sachausstattung, die den besonderen Problemen und Aufgaben dieser Schulen gerecht wird, sowie ein hohes Maß an Selbstständigkeit, das die einzelne Schule zur Kooperation im Stadtteil befähigt.

### **Rolle von Bund und Ländern**

Für die Förderung der integrierten Entwicklung benachteiligter Stadtteile im Allgemeinen und die Förderung der sozialen Inklusion der in diesen Stadtteilen lebenden Kinder und Jugendlichen im Besonderen sind abstrakt gesprochen zwei Arten von Ressourcen erforderlich - Geld und Organisation. Die Bereitstellung der Ressource Organisation (Anpassung der Organisationsstrukturen an die Erfordernisse der Stadtteilentwicklung, Aufbau effektiver Strukturen und Mechanismen für die Kooperation mit den anderen relevanten Akteuren, Einrichtung guter Partizipationsmöglichkeiten für die Bewohner etc.) ist ureigene Aufgabe der Kommunen. Auch die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen für die Entwicklung der benachteiligten Stadtteile ist zunächst einmal kommunale Angelegenheit. Die Kommunen sind gefordert, ihre Regelaktivitäten und -finanzierungen (z. B. Infrastrukturinvestitionen, Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe oder der kommunalen Sozial- und Gesundheitspolitik) innerstädtisch so zu verteilen, dass ein deutlicher Schwerpunkt auf die benachteiligten Stadtteile gelegt wird.

Für die Stärkung der Basisinstitutionen Schule und Kindergarten in den benachteiligten Stadtteilen sind ebenfalls wesentlich die Kommunen zuständig. Sie sind der Hauptfinanzier und zum Teil auch der Träger der Kindertageseinrichtungen. Als Schulträger haben die Kommunen vor allem über die baulichen Investitionen und die Sachmittelausstattung erheblichen Einfluss auf die Qualität der Schulen in den benachteiligten Stadtteilen, die Einführung von Ganztagsschulen und die Öffnung von Schulen in den Stadtteil erfordern entsprechende kommunale Entscheidungen.

Die Herausforderungen, die sich in den benachteiligten Stadtteilen stellen und die in hohem Maße die Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Kinder und Jugendlichen betreffen, sind aber so groß, dass die Kommunen für ihre Bewältigung auch weiterhin die finanzielle Unterstützung durch Bund und Länder benötigen. Die Förderung der Entwicklung der benachteiligten Stadtteile und die Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung sollte eine Gemeinschaftsaufgabe aller drei staatlichen Ebenen bleiben.

Im Einzelnen sind die folgenden Schlussfolgerungen zur Rolle von Bund und Ländern zu ziehen:

- Das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt hat sich als erfolgreiches Leitprogramm für die Entwicklung der benachteiligten Stadtteile erwiesen. Die positiven Ergebnisse des Programms folgen aus der Kombination der Verbesserung der baulichen Infrastruktur, der (in begrenztem Maße aus Programmmitteln möglichen) Förderung von nicht-investiven Projekten vor allem in den Feldern Bildung, Integrationsförderung, Spracherwerb und lokaler Ökonomie sowie der Unterstützung von Organisation, Vernetzung, Partizipation und Zusammenleben im Stadtteil. Für das Programm besteht unverändert großer Bedarf. Die starke Kürzung der Städtebauförderung des Bundes für die Soziale Stadt im Bundeshaushalt 2011 und die geplante enge Ausrichtung auf investive Zwecke (Streichung der Förderung von Modellvorhaben) sind ein gravierender Einschnitt, der die Bedingungen für die Entwicklung der benachteiligten Gebiete und die Inklusionsförderung in der Wohnumgebung erschwert. Es ist daher sehr wichtig, dass die Bundesmittel möglichst bald wieder auf das frühere Niveau angehoben werden. Der Einsatz der Bundesmittel sollte nicht auf eng definierte investive Projekte beschränkt werden. Angesichts der Art der Probleme in den benachteiligten Quartieren ist es vor Ort weiterhin wichtig, die Bundesmittel auch für Modellvorhaben nicht-investiver Art und Projekte des Stadtteillebens einsetzen zu können.
- In einer zunehmenden Zahl von Stadtteilen läuft die zeitlich begrenzte Förderung aus der Sozialen Stadt aus. Es ist heute absehbar, dass viele dieser Stadtteile nach Abschluss der Förderung investiver Projekte noch keine selbsttragenden Strukturen herausgebildet haben und eine weitere positive Entwicklung nicht selbstverständlich ist. Es erscheint daher sinnvoll, dass Bund und Länder in solchen Gebieten nach Abschluss des eigentlichen Förderzeitraums für einen begrenzten Zeitraum die Fortführung der zentralen Stadtteilstrukturen noch weiter finanziell unterstützen (Quartiersmanagement, Partizipation von Bewohnern, Kooperation im Stadtteil, kleine Projekte des Stadtteillebens/Verfügungsfonds).
- Bund und Länder können die Entwicklung der benachteiligten Stadtteile und die Förderung der sozialen Inklusion in der Wohnumgebung dadurch unterstützen, dass sie die

Kooperation zwischen den Ressorts bzw. Politikfeldern weiter verbessern und die Bündelung der verschiedenen Förderprogramme in den Stadtteilen erleichtern. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung versucht zurzeit Impulse in diese Richtung zu setzen.<sup>75</sup>

Gerade für die Erhöhung der Chancen der in den Stadtteilen lebenden Kinder und Jugendlichen sind die bessere Koordinierung von Programmen und die einfachere Mittelbündelung von großer Bedeutung. Erforderlich ist der Einsatz von Mitteln der Städtebauförderung, der Jugend- und Familienpolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, der Gesundheitspolitik und der Integrationspolitik. Trotz in den letzten Jahren gemachten Fortschritten ist es für die Akteure in Stadt und Stadtteil noch immer schwierig, Mittel aus den verschiedenen Programmen zu gewinnen und investive und nicht-investive Förderungen zu verknüpfen. Idealtypisch wünschenswert wäre eine relativ kleine Zahl von Programmen, die in der Breite der benachteiligten Stadtteile einsetzbar sind (nicht nur Modellvorhaben in einzelnen Stadtteilen), mittel- bis langfristig zur Verfügung stehen und in den Fördergegenständen eher flexibel sind.

Ein Weg zu besserer Bündelung könnte sein, dass Bund und/oder Länder weitere explizite Partnerprogramme aus anderen Ressorts bzw. Handlungsfeldern einrichten. Partnerprogramme wie das arbeitsmarktpolitische Programm "Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier" (BIWAQ) sehen den Mitteleinsatz in den Gebieten des Programms Soziale Stadt entsprechend den dort entwickelten Strategien und unter Einbezug der Akteure vor Ort vor. Der Ansatz der Partnerprogramme hat sich bewährt, insgesamt aber wenig Verbreitung gefunden, so fehlt es z. B. bis heute an einem Partnerprogramm auf Bundesebene aus dem Handlungsfeld Gesundheit.

Neben weiteren Partnerprogrammen sind alternative Wege zu einer einfacheren Mittelbündelung denkbar, wie sie z. B. mit dem neuen Programm "Offensive Frühe Chancen" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur Förderung der sprachlichen Entwicklung in Kindertagesstätten beschritten werden. Die Länder können die Kindertagesstätten, in denen das Programm umgesetzt wird, nach explizit sozial-räumlichen Kriterien oder nach der ethnischen bzw. sozialen Zusammensetzung der Kinder auswählen. In beiden Umsetzungsvarianten dürfte das Programm in hohem Maße benachteiligte Stadtteile erreichen. Allerdings ist es noch viel zu früh, um Aussagen zu den Wirkungen des Programms auf die Kinder zu treffen.

---

<sup>75</sup> So hat das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag des Ministeriums gerade mit einem Projekt begonnen, das auf Bundesebene die für die nachhaltige Stadtentwicklung und die Soziale Stadt relevanten Programme der Bundesressorts, Synergiepotenziale sowie Möglichkeiten für eine Erleichterung der Mittelbündelung vor Ort identifizieren soll.

Eine einfachere Mittelbündelung könnte dadurch erreicht werden, dass künftig auf Bundes- wie auf Landesebene Programme der Jugend- und Familienpolitik, der Bildungspolitik, der Arbeitsmarkt- und Berufsbildungspolitik, der Gesundheitspolitik und der Integrationspolitik, die die soziale Inklusion von Kindern und Jugendlichen betreffen und neu geschaffen, modifiziert oder verlängert werden sollen, systematisch darauf geprüft werden, ob eine räumliche Spezifizierung sinnvoll ist (im Sinne einer Konzentration auf benachteiligte Stadtteile, einer präferierten Förderung, Auswahlkriterien, die für die entsprechenden Stadtteile günstig sind, etc.).<sup>76</sup>

- Was die Schulen anbelangt, kommt es für die verbesserte soziale Inklusion in der Wohnumgebung nicht nur auf zusätzliche Programme an. Von entscheidender Bedeutung ist, dass die Länder eine Personalausstattung sicherstellen, die den besonderen Aufgaben der Schulen in den benachteiligten Stadtteilen gerecht wird. Erhöhter Personalbedarf ergibt sich aus der hohen Konzentration von Kindern aus sozial schwachen und nicht deutsch sprechenden Familien in vielen Schulen dieser Stadtteile und der Notwendigkeit, hierauf nicht nur mit dem eigentlichen Unterricht, sondern auch mit der Übernahme zusätzlicher Leistungen und der Öffnung in den Stadtteil zu reagieren. Teilweise fließen die besonderen Bedingungen in solchen Schulen in die Personalbemessung ein. Insgesamt aber werden die zusätzlichen Anforderungen an die Schulen in benachteiligten Stadtteilen bei der Ressourcenzuweisung durch die Länder nicht in ausreichendem Umfang berücksichtigt. Neben einer besseren Personalausstattung ist es wichtig, dass Lehrer in Aus- und Weiterbildung auf die Arbeit in Schulen vorbereitet sind, die durch hohe Anteile von Kindern aus sozial schwachen Familien und mit multikulturellem Hintergrund geprägt sind. Ziel sollte es sein, die Bedingungen an den benachteiligten Schulen so zu gestalten, dass das Arbeiten dort für die besten Lehrer attraktiv ist.
- Die noch immer zu geringe Bedeutung des Handlungsfelds Gesundheit für die Inklusionsförderung im Stadtteil ist in hohem Maße auf fehlende Finanzierungsquellen zurückzuführen. So setzen z. B. die Krankenkassen für Präventions- und Gesundheitsangebote außerhalb von Betrieben bislang nur relativ wenige Mittel ein; die von den Kassenverbänden empfohlene signifikante Verstärkung des Mitteleinsatzes wurde bislang nicht umgesetzt. Unsere Analyse der Praxis in den Stadtteilen zeigt die Notwendigkeit, durch verbindliche Regelungen eine ausreichende und gesicherte finanzielle Basis für die Gesundheitsförderung und Prävention im Stadtteil zu schaffen. Hierzu sollen Ressourcen der Gesetzlichen Krankenversicherung, der sonstigen Sozialversicherungssysteme sowie des Bundes und der Länder zusammengeführt werden. Die entsprechen-

---

<sup>76</sup> Siehe für einen allgemeinen Vorschlag in diese Richtung Deutsches Institut für Urbanistik 2009.

den Regelungen könnten im Rahmen eines Gesundheitsförderungsgesetzes getroffen werden.

- Die Förderprogramme von Bund und Ländern für die Entwicklung der benachteiligten Stadtteile und der sozialen Inklusion durch Maßnahmen in der Wohnumgebung sollten auch weiterhin zu Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer genutzt werden. Hierfür kommen je nach Inhalt und Art des Programms ganz unterschiedliche Formen wie Gebiets- und Projektnetzwerke, Internetplattformen, wissenschaftlich begleitete Modellversuche, der Einsatz von Begleitagenturen, Workshopreihen etc. in Betracht.

### **Bessere Datengrundlagen, Weiterentwicklung von Monitoring und Evaluierung**

Unsere Studie hat gezeigt, dass zu sozialer Lage und sozialer Inklusion im Stadtteil nur unzureichende Daten- und Informationsgrundlagen vorliegen. Die entsprechenden Defizite betreffen sowohl die Analyse von Lage und Entwicklung der Stadtteile und ihrer Bewohner (Diagnose) als auch die Erfassung von Ergebnissen und Wirkungen der Programme und Projekte (Evaluation). Im Sinne einer stärkeren Evidenzbasierung der Förderung benachteiligter Stadtteile und der sozialen Inklusion der Bewohner sind Verbesserungen angezeigt. Sie betreffen insbesondere die folgenden Elemente:

- Auf kommunaler Ebene sollte ein kontinuierliches Stadtteilmonitoring bzw. Sozialraummonitoring etabliert werden - in vielen betroffenen Städten existiert ein solches System bislang erst in Ansätzen. Systeme des kommunalen Bildungsmonitorings und des kommunalen Gesundheitsmonitorings, die von den Städten zurzeit aufgebaut werden, sollten kleinräumige Analysen enthalten. Sie sollten mit dem Stadtteilmonitoring abgestimmt werden (z. B. hinsichtlich der Gebietsdefinition und zentraler Indikatoren).
- In verschiedenen Zusammenhängen wird zurzeit daran gearbeitet, die Voraussetzungen für eine stadtübergreifende und stadtvergleichende Berichterstattung zu kleinräumigen Entwicklungen zu verbessern. Diese Aktivitäten sollten vorangetrieben werden, von ihnen ist eine wichtige Verbesserung der Informationsgrundlagen der Politik von Bund und Ländern zu erwarten.
- Bei der Evaluation von Programmen der integrierten Entwicklung benachteiligter Quartiere und der Förderung der sozialen Inklusion im Stadtteil sollten stärker als bislang Ansätze zum Einsatz kommen, die auf die Erfassung von Ergebnissen und Wirkungen mit quantitativen Methoden ausgerichtet sind. Die Voraussetzungen für solche Evaluationsdesigns müssen frühzeitig geschaffen werden, möglichst bereits bei der Entwicklung von Programmen.

- Im Hinblick auf Art und Ausmaß von zusätzlichen Benachteiligungen, die von der Wohnumgebung auf die Bewohner ausgehen können (Kontexteffekte), besteht noch erheblicher Forschungsbedarf. Er fällt im Wesentlichen in den Bereich der grundlagenorientierten Forschung.



## Literaturverzeichnis

- Abel, Thomas/Abraham, Andrea et al. (2006). Kulturelles Kapital, kollektive Lebensstile und die soziale Reproduktion gesundheitlicher Ungleichheit, in: Matthias Richter und Klaus Hurrelmann (Hg.): Gesundheitliche Ungleichheit, Grundlagen, Probleme, Perspektiven, Wiesbaden, S. 185-198.
- Albrecht, Matthias (2007). Unfallprävention als kommunale Querschnittsaufgabe. Difu-Fachtagung "Gesundheitsförderung in benachteiligten Stadtgebieten", Berlin.
- Alisch, Monika (2005): Soziale Stadtentwicklung - Widersprüche und Lernprozesse in der Politikimplementierung, in: Sylvia Greiffenhagen und Katja Neller (Hg.): Praxis ohne Theorie? - Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt", Wiesbaden, S. 125-140.
- Alisch, Monika (2010): Sozialraummodelle im arbeitsmarktpolitischen Kontext, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.): Bildung, Arbeit und Sozialraumorientierung, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3. 2010, S. 103-109.
- Alt, Christian (2005): Das Kinderpanel. Einführung, in: Christian Alt (Hg.): Kinderleben - aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen. Bd. 1: Aufwachsen in Familien, Wiesbaden, S. 7-22.
- Altgeld, Thomas (2004): Expertise Gesundheitsfördernde Settingansätze in benachteiligten städtischen Quartieren. Berlin: Regiestelle E&C.
- Altgeld, Thomas (2008): Gesundheitsfördernde Settingarbeit als Schlüsselstrategie zur Reduktion von gesundheitlichen Ungleichheiten, in: Ulrich Bauer, Uwe Bittlingmayer und Matthias Richter (Hg.): Health Inequalities. Determinanten und Mechanismen gesundheitlicher Ungleichheit, Wiesbaden, S. 511-529.
- Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main (2008): Mama lernt Deutsch - Papa auch - Sprachliche Basisorientierung für Eltern mit Migrationshintergrund, Projekthandbuch für Kursleiter/innen, Frankfurt/M.
- Anderson, Elijah (1999): The Code of the Street: Decency, Violence, and the Moral Life of the Inner City, New York.
- Antonovsky, Aaron (1997): Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit, Tübingen.
- Arbeitnehmerkammer Bremen (2004): Armut in Bremen. Bericht 2004. Schwerpunkt: "Armut und Gesundheit", Bremen.
- Arbeitnehmerkammer Bremen (2005): Armut in Bremen. Bericht 2005. Schwerpunkt: "Armut und Bildung", Bremen.
- Arbeitnehmerkammer Bremen (2007): Armut in Bremen. Bericht 2007. Schwerpunkt: "Die soziale Spaltung der Stadt", Bremen.
- Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen (2008): Gemeinsame und einheitliche Handlungsfelder und Kriterien der Spitzenverbände der Krankenkassen zur Umsetzung von §§ 20 und 20a SGB V vom 21. Juni 2000 in der Fassung vom 2. Juni 2008, Bergisch Gladbach.
- Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung (2010): Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demographischen Wandel, Bielefeld.
- Arbeitsgruppe Stadtforschung der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg (2003): Hamburgisches Stadtteilentwicklungsprogramm - Zwischenevaluation 2003 in acht Quartieren, im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Bau und Verkehr, Hamburg.
- Badura, Bernhard/Ritter, Wolfgang/Scherf, Michael (1999): Betriebliches Gesundheitsmanagement, Berlin.
- Bär, Gesine/Buhtz, Martina et al. (2004). Der Stadtteil als Ort von Gesundheitsförderung - Erfahrungen und Befunde aus stadtteilbezogenen Projekten, in: Rolf Rosenbrock, Michael Bellwinkel und Alfons Schröer (Hg.): Präventionspraxis im Kontext sozialer Ungleichheit. Wissenschaftliche Gutachten zum BKK-Programm "Mehr Gesundheit für alle", Bremerhaven, S. 233-294.

Bär, Gesine/Böhme, Christa/Reimann, Bettina (2009) : Kinder- und jugendbezogene Gesundheitsförderung im Stadtteil, Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik.

Bär, Gesine (2010). Krankenkassen als Partner der Kommunen bei der gesundheitsfördernden Stadt(teil)entwicklung, in: Thomas Gerlinger, Susanne Kümpers, Uwe Lenhardt und Michael Wright (Hg.): Politik für Gesundheit. Fest- und Streitschriften zum 65. Geburtstag von Rolf Rosenbrock, Bern, S. 302-315.

Bargel, Tino/Fauser, Richard/Mundt, Jörn W. (1982): Lokale Umwelten und familiäre Sozialisation: Konzeptionalisierung und Befunde, in: Laszlo Vascovics (Hg.): Umweltbedingungen familialer Sozialisation, Stuttgart, S. 204-236.

Baric, Leo/Conrad, Günter (1999): Gesundheitsförderung in Settings. Konzept, Methodik und Rechenschaftspflichtigkeit zur praktischen Anwendung des Settingansatzes der Gesundheitsförderung, Hamburg.

Bartelheimer, Peter (2000): Soziale Durchmischung am Beispiel Frankfurt am Main - Problemwahrnehmung und empirische Befunde. vhw Forum Wohneigentum, Heft 6/2000, S. 219-229.

Bauch, Jost/Bartsch, Norbert (2003): Gesundheitsförderung als Zukunftsaufgabe, Prävention, 29. Jg., S. 3-6.

Bauer, Ullrich (2005): Das Präventionsdilemma: Potenziale schulischer Kompetenzförderung im Spiegel sozialer Polarisierung, Wiesbaden.

Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Watermann, Rainer (2006a) (Hg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen, Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden.

Baumert, Jürgen/Stanat, Petra/Watermann, Rainer (2006b): Schulstruktur und die Entstehung differenzieller Lern- und Entwicklungsmilieus, in: Baumert/Stanat/Watermann (2006a), S. 95-188.

Bauministerkonferenz (ehemals ARGEBAU) (2005): Leitfaden zur Ausgestaltung der Gemeinschaftsinitiative "Soziale Stadt", <http://www.sozialestadt.de/programm/grundlagen/index.phtml>.

Baur, Christine/Häussermann, Hartmut (2009): Ethnische Segregation in deutschen Schulen, Leviathan 3/2009, S. 353-366.

Becker, Michael/Stanat, Petra/Baumert, Jürgen/Lehmann, Rainer (2008): Lernen ohne Schule: Differentielle Entwicklungen der Leseleistungen von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund während der Sommerferien. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderband 48, Migration und Integration, S. 252-276.

Becker, Rolf/Lauterbach, Wolfgang (2010): Bildung als Privileg - Ursachen, Mechanismen, Prozesse und Wirkungen dauerhafter Bildungsungleichheiten, in: dies. (Hg.): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden, S. 11-49.

Beckers, Renate/Beckers, Erich/Schulten, Maria Luise (2007): Präsentation der Ergebnisse der Wissenschaftlichen Begleitung des Projektes "Jedem Kind ein Instrument", Faszination Musikinstrument - Musikmachen motiviert, [http://www.gls.de/fileadmin/media/pdf\\_treuhand/presentation\\_jeke\\_2007\\_06\\_04.pdf](http://www.gls.de/fileadmin/media/pdf_treuhand/presentation_jeke_2007_06_04.pdf).

Beer, Ingeborg (2009): Das Engagement von Bewohnerinnen und Bewohnern zwischen Gemeinwesenproduktion und Überforderung, in: Bundestransferstelle Soziale Stadt (Hg.): Engagement von Akteuren vor Ort, Soziale Stadt info 23, Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Beer, Ingeborg (2007): Bilanz des Aktionsprogramms "Vielfalt fördern - Zusammenhalt stärken", im Auftrag des Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration, Berlin.

Berg, Annette (2010). Kindbezogene kommunale Armutsprävention am Beispiel Mo.Ki. Monheim für Kinder. Vortrag. Expertenworkshop zur sozialen Inklusion in der Wohnumgebung, beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Berliner Senat (2008): Bericht zur Fortschreibung der Quartiersverfahren Soziale Stadt und Aktualisierung der Kategorienzuordnung.

Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2008a): Demographie konkret - Soziale Segregation in deutschen Großstädten - Daten und Handlungskonzepte für eine integrative Stadtpolitik, Gütersloh, S. 27.

- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2008b): Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung - Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Kindern, Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2009): Netzwerke frühkindlicher Bildung - Merkmale erfolgreicher Kooperation, [www.wegweiser-kommune.de](http://www.wegweiser-kommune.de).
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2010): Gesundheit lernen - Wohnquartiere als Chance für Kinder, Ein Kooperationsprojekt von Bertelsmann Stiftung, Robert Koch-Institut und empirica AG, Gütersloh.
- Bertram, Hans (1982): Von der schichtspezifischen zur sozialökologischen Sozialisationsforschung. Probleme und Perspektiven, in: Laszlo Vaskovics (Hg.): Sozialökologische Einflussfaktoren familialer Sozialisation. Stuttgart, S. 25-54.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin/Bezirksamt Mitte von Berlin (Hg.) (2007): Kinder werden WortStark - Programme zur Sprach- und Leseförderung, Berlin.
- Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin - Abteilung Gesundheit, Soziales und Beschäftigung (Hg.) (2009): Zur gesundheitlichen und sozialen Lage der Kindern im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Ausgewählte Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2008. Spezialbericht, Berlin.
- Bezirksamt Lichtenberg von Berlin (2008). Analysebericht 2008. Regionale Disparitäten der ärztlichen Versorgung im Bezirk Lichtenberg. Besser Leben Berlin-Lichtenberg. Berlin.
- Bittlingmayer, Uwe H./Bauer, Ullrich et al. (2009). Die Über- und Unterschätzung von Raum in Public Health. Überlegungen zur räumlichen Dimension gesundheitlicher Ungleichheiten, Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, Heft 2/2009, S. 21-30.
- Blasius, Jörg/Friedrichs, Jürgen/Klößner, Jennifer (2008): Doppelt benachteiligt? Leben in einem deutsch-türkischen Stadtteil, Wiesbaden.
- Bolte, Gabriele/Kohlhuber, Martina (2006): Soziale Ungleichheit bei umweltbezogener Gesundheit: Erklärungsansätze aus umweltepidemiologischer Perspektive, in: Matthias Richter und Klaus Hurrelmann (Hg.): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, Wiesbaden, S. 91-108.
- Böhme, Crista/Becker, Heidede et al. (2003). Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung. Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven - Umsetzung des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt", Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin, S. 98-147.
- Böhme, Christa (2007). "Gesundheitsförderung in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf." Soziale Stadt, Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, info 20, S. 2-9.
- Böhm-Kasper, Oliver/Schuchart, Claudia/Schulzeck, Ursula (2007): Kontexte von Bildung. Erweiterte Perspektiven der Bildungsforschung, in: dies. (Hg.): Kontexte von Bildung. Erweiterte Perspektiven der Bildungsforschung, Münster, S. 11-19.
- Böltken, Ferdinand (2004): Stadtstruktur und Bevölkerungsentwicklung - vergleichende Analysen auf Basis der Innerstädtischen Raumbesichtigung, in: Frankfurter Statistische Berichte 2/3 2004.
- Boudon, Raymond (1974): Education, Opportunity and Social Inequality, New York.
- Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital - Kulturelles Kapital - Soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen, S. 183-198.
- Bourgois, Philippe (1995): In search of respect. Selling crack in El Barrio, Cambridge.
- Brännström, Lars (2004): Poor Places, poor Prospects? Counterfactual Models of Neighbourhood Effects on Social Exclusion in Stockholm, Sweden, Urban Studies, 41. Jg., Nr. 13, S. 2515-2537.
- Breitfuss, Andrea/Dangschat, Jens S. (2001): sozial räumliche Aspekte von Armut im Jugendalter, in: Andreas Klocke und Klaus Hurrelmann (Hg.): Kinder und Jugendliche in Armut, Opladen.
- Briggs, Xavier N. de Souza (Hg.) (2005): The geography of opportunity. Race and housing choice in Metropolitan America, Washington.
- Briggs, Xavier N. de Souza/Popkin, Susan J./Goering, John M. (2010): Moving to opportunity. The story of an American experiment to fight ghetto poverty, New York.

Brocke, Hartmut (2007): Die Programme E&C, LOS und Berlin-Prozess zur sozial orientierten Stadtentwicklung, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/2007, S. 411-421.

Bronfenbrenner, Uri (1976): Ökologische Sozialisationsforschung, Stuttgart.

Buck, Nick (2001): Neighbourhood Effects on Social Exclusion, Urban Studies, 38. Jg., Heft 12, S. 2251-2278.

Bühler, Anneke/Heppekausen, Kathrin (2005): Gesundheitsförderung durch Lebenskompetenzprogramme in Deutschland. Herausgegeben von der BZgA. Gesundheitsförderung konkret Band 6, Köln.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2007): Innerstädtische Raumb Beobachtung - Methoden und Analysen, Bonn.

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hg.) (2008): Integrierte Stadtentwicklung - Praxis vor Ort, Gute Beispiele zur Vernetzung und Bündelung im Programm Soziale Stadt, Bonn.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (2009): Förderung des Bildungserfolgs von Migranten: Effekte familienorientierter Projekte - Abschlussbericht zum Projekt Bildungserfolge bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund durch Zusammenarbeit mit den Eltern, Working Paper 24 der Forschungsgruppe des Bundesamtes.

Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/Mobile Jugendarbeit (BAG) (2007): Fachliche Standards für Streetwork und Mobile Jugendarbeit, <http://www.bundesarbeitsgemeinschaft-streetwork-mobile-jugendarbeit.de/homepage/frameset.htm>.

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (2009): Zusammenfassung der Ergebnisse der Evaluation des ESF-Sonderprogramms "Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort" in den Programmgebieten des Städtebauförderungsprogramms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - Soziale Stadt".

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2008): Bekanntmachung der Förderrichtlinie "XENOS - Integration und Vielfalt" vom 18.04.2008, Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.) (2006): Macht Mozart schlau? - Die Förderung kognitiver Kompetenzen durch Musik, Bildungsforschung Band 18, Bonn/Berlin.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2008): Bekanntmachung von Förderrichtlinien für das Programm "Lernen vor Ort", Bonn.

Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (2009): Ganztagschulen - das Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" 2003-2009 (IZBB), Ergebnisse der Jahresberichte seit 2003 bis 2008 und der endgültigen Vorhabenplanungen 2009 über alle Länder, [http://www.ganztagschulen.org/\\_downloads/BMBF\\_Grafiken\\_2009.pdf](http://www.ganztagschulen.org/_downloads/BMBF_Grafiken_2009.pdf).

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) und Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2008): Der nationale Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängenden Krankheiten. Inform. Deutschlands Initiative für gesunde Ernährung und mehr Bewegung, Berlin/Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2006): Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme, Aktionsprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zum Schutz von Kleinkindern, zur Früherkennung von Risiken und Gefährdungen und zur Implementierung effektiver Hilfesysteme.

Bundesministerium für Familie Senioren Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2009): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 13. Kinder- und Jugendbericht, Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2010): Bundesinitiative Schwerpunkt-Kitas zur Sprach- und Integrationsförderung - Faire Chancen für alle Kinder, Zielgruppe, Auswahl- und Förderverfahren, <http://bildungsklick.de/datei-archiv/51023/presentation-des-verfahrens.pdf>.

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2008a): Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit, Berlin.

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2008b). Aktiv werden für Gesundheit - Arbeitshilfen für Prävention und Gesundheitsförderung im Quartier. [www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/arbeitshilfen](http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/arbeitshilfen).

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2010a): Nationales Gesundheitsziel Gesund aufwachsen: Lebenskompetenz, Bewegung, Ernährung, Berlin.

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2010b): Gesetzliche Krankenversicherung. Endgültige Rech-  
nungsergebnisse 2009, Berlin.

Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) (2008): Förderrichtlinie zum ESF-  
Bundesprogramm "Soziale Stadt - Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier (BIWAQ)" für Teilhabe und Chan-  
cengerechtigkeit in den Gebieten des Städtebauförderungsprogramms "Stadtteile mit besonderem Erneue-  
rungsbedarf - Soziale Stadt".

Bundestransferstelle Soziale Stadt (Hg.) (2009): Engagement von Akteuren vor Ort, Soziale Stadt info 23, Der  
Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau  
und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hg.) (2007): Expertise zum Stand der Präven-  
tion/Frühintervention in der frühen Kindheit in Deutschland, Forschung und Praxis der Gesundheitsförderung,  
Band 34.

Burdorf-Schulz, Jutta (2003): Kinder- und Familienzentrum Schillerstraße in Berlin - Das erste Early Excel-  
lence Centre in Deutschland, Dokumentation der E&C-Zielgruppenkonferenz "Familien im Zentrum - Inte-  
grierte Dienste im Stadtteil".

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2007): Sozialindizes an Schulen - Berechnungsgrundlagen  
und Folgen, Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Britta Ernst und Carola Veit (SPD) vom 06.09.2007  
und Antwort des Senats vom 14.09.2007, Drucksache 18/6927.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009a): Aktualisierung und Verbesserung der Sozialindi-  
zes?, Schriftliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Ties Rabe (SPD) vom 01.09.2009 und Antwort des Se-  
nats vom 08.09.2009, Drucksache 19/3982.

Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg (2009b): Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft - Rah-  
menprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE), Drucksache 19/3652.

Burisch, Hans-Rainer (2003): Armut und Stadtentwicklung in Deutschland. Datenlage für kleinräumige Unter-  
suchungen auf kommunaler Ebene - dargestellt am Beispiel der Stadt Essen, Informationen zur Raumentwick-  
lung H. 3/4. 2003, S. 247-252.

Buyx, Alena (2010): Wie gleich kann Gesundheit sein? Ethische und gerechtigkeits-theoretische Aspekte ge-  
sundheitlicher Ungleichheiten Equity in Health?, Gesundheitswesen 72, S. 48-53.

Caritasverband für Stuttgart e. V. (2009): Freunde schaffen Erfolg: Übergang Schule-Beruf, Stuttgart.

Centrum für angewandte Politikforschung (CAP) (2007): "Die Sprache der Kunst zieht Kreise", Systematisierte  
Darstellung der Wirkungsdimensionen von MUS-E, München.

Crane, Jonathan (1991): The epidemic theory of ghettos and neighbourhood effects on dropping out and teen-  
age childbearing, American Journal of Sociology, 96. Jg., S. 1226-1259.

Cutler, David M./Glaeser, Edward L. (1997): Are ghettos good or bad?, Quarterly Journal of Economics, Nr.  
112, S. 827-872.

Deinet, Ulrich (2008): Sozialraumorientierung und Raumanneigung, in: Thomas Coelen und Hans-Uwe Otto  
(Hg.): Grundbegriffe Ganztagsbildung - Das Handbuch, Wiesbaden, S. 724-731.

delphi - Gesellschaft für Forschung, Beratung und Projektentwicklung mbH (2007): Evaluation der Streetwork  
und der mobilen Jugendarbeit in Berlin, Ergebnisbericht im Auftrag der Jugend- und Familienstiftung Berlin  
jfsb in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2003): Soziale Stadt - Strategien für die Soziale Stadt, Erfahrungen  
und Perspektiven, Bericht der Programmbegleitung, Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2005): Fachtagung Bildung im Stadtteil, Dokumentation im Auftrag des  
Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für  
Bauwesen und Raumordnung (BBR), Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt, Band 11, Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2006a): Dritte bundesweite Befragung in den Programmgebieten der "Sozialen Stadt" der Bundestransferstelle Soziale Stadt, Endbericht zur Auswertung.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2006b): Verstetigungsansätze zum Programm Soziale Stadt, Bericht der Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2006c): Verstetigungsansätze zum Programm Soziale Stadt, Bericht der Bundestransferstelle Soziale Stadt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2008): Statusbericht 2008 zum Programm Soziale Stadt, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (2009): Der Beitrag des Bundes zur nachhaltigen Stadtentwicklung, BBSR-Online-Publikation 35/2009, Bonn.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2010): Einkommen und Bildung beeinflussen die Nutzung frühkindlicher Angebote außer Haus, Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 45/2010, S. 15-22.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2005a): Kooperation Kompetenzagenturen - Schulen, Fallstudien, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Arbeitspapier 1/2005, München.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2005b): Opstapje - Schritt für Schritt, Ein präventives Spiel- und Lernprogramm für Kleinkinder aus sozial benachteiligten Familien und ihre Eltern, Praxisleitfaden gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2006): Kurzevaluation von Programmen zu Frühen Hilfen für Eltern und Kinder und sozialen Frühwarnsystemen in den Bundesländern, Abschlussbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München.

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (2007): Die Bundesmodellprogramme "Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten" und "Lokales Kapital für soziale Zwecke" im Kontext neuer kommunalpolitischer Strategien, Endbericht der zweiten Phase der wissenschaftlichen Begleitung (2004-2006) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Deutsches Jugendinstitut (DJI) (o. J.): Evaluation in der Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention, eine Dokumentation, Band 9, München.

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (DKJS)/Jacobs Foundation (2008): Lebenswelt Schule - Vernetzung lokaler Akteure und Ressourcen für die individuelle Förderung von Kindern, Konzept, München.

Diller, Angelika (2006): Eltern-Kind-Zentren - Grundlagen und Rechercheergebnisse, Studie des DJI Deutsches Jugendinstitut im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Ditton, Harmut/Krüsken, Jan (2007): Sozialräumliche Segregation und schulische Entwicklung, Diskurs Kindheits- und Jugendforschung 2, S. 23-38.

Drake, St. Clare/Cayton, Horace R. (1993): Black Metropolis, Chicago.

Dubet, Francois/Lapeyronnie, Didier (1994): Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart.

Duke University, Sanford School of Public Policy (2009): Weighted Student Funding for Primary Schools: An Analysis of the Dutch Experience, Working Papers Series SAN09-02.

Durlauf, Steven N. (2004): Neighbourhood effects, in: J. Vernon Henderson und Jaques Francois Thisse (eds.), Handbook of Regional and Urban Economics, Band 4, S. 2175-2242.

Dutch Ministry of Education, Culture and Science (2007): The Education System in the Netherlands 2007, The Hague.

Elkeles, Thomas/Mielck, Andreas (1997): Entwicklung eines Modells zur Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit. Gesundheitswesen, 59. Jg., S. 137-143.

- empirica ag (2003): Evaluation des Berliner Quartiersmanagements in der Pilotphase 1999-2002, im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin, Berlin.
- empirica ag/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2010): Migration/Integration und Stadtteilpolitik - Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hg.), Online-Publikation, Anhang, S. 28.
- Engelbert, Angelika/Herlth, Alois (2002): Sozialökologische Ansätze, in: Heinz-Hermann Krüger und Cathleen Grunert (Hg.), Handbuch Kindheits- und Jugendforschung, Wiesbaden, S. 103-123.
- Engelmann, Fabian/Halkow, Anja (2008): Der Setting-Ansatz in der Gesundheitsförderung. Genealogie, Konzeption, Praxis, Evidenzbasierung. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Evangelisches Johannesstift (2010): Kinder beflügeln - Jahresbericht 2009, Berlin.
- Fachhochschule Köln/Sozialpädagogisches Institut (SPI) NRW (2009): IZBB - Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" 2003-2009 Bremen, Länderspezifische Darstellung, [http://www.ganztagsschulen.org/\\_downloads/HB\\_Laenderinfo\\_01.2010.pdf](http://www.ganztagsschulen.org/_downloads/HB_Laenderinfo_01.2010.pdf).
- Farwick, Andreas (2001): Segregierte Armut in der Stadt, Opladen.
- Farwick, Andreas (2009): Segregation und Eingliederung. Zum Einfluss der räumlichen Konzentration von Zuwanderern auf den Eingliederungsprozess, Wiesbaden.
- Fassbinder, Helga/Häußermann, Hartmut/Petrowsky, Werner (1975): Die Lebensverhältnisse von lohnabhängig Beschäftigten in Bremen - untersucht anhand ausgewählter Infrastruktureinrichtungen. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Berlin: Typoskript.
- Fehren, Oliver (2009): Was ist Sozialraum? Annäherungen an ein Kunstwerk, Soziale Arbeit, Heft 8/2009, S. 286-293.
- Feldmann, Janine (2009): Gesamtstädtische Steuerung der Stadterneuerung in Gelsenkirchen, Präsentation der Koordinierungsstelle Stadterneuerung Gelsenkirchen bei der Urban-Netzwerk-Tagung am 17.09.2009.
- Florecke, Peter (2010): Ganztagsschule im benachteiligten Stadtteil - Sozialraumorientierte Intervention und Kooperation, in: Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH (Hg.): Ganztagsschule - Erfolgsgeschichte und Zukunftsaufgabe, Stuttgart, S. 111-124.
- Franke, Thomas (2003): Aktivierung und Beteiligung in Deutschland, in: Bundestransferstelle Soziale Stadt (Hg.): Aktivierung und Beteiligung - Ein Blick in sieben europäische Länder, Soziale Stadt info 14, Der Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) sowie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR).
- Franzen, Axel/Freitag, Markus (Hg.) (2007): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen, Wiesbaden.
- Freiwilligenzentrum Hannover e. V. (2009): Ausbildungspaten oder "Mehmet wird Glaser", Bericht 2009 inklusive Projekt-Handbuch, Hannover.
- Friedrich-Schiller-Universität Jena (2010): Lokale Bildungslandschaft - Stadtteilspezifische Strategie für den Aufbau einer vernetzten Bildungsk Kooperation in Jena, Jena.
- Friedrichs, Jürgen (1998): Do poor neighbourhoods make their residents poorer? Context effects of poverty neighbourhoods on residents, in: Hans-Jürgen Andreß (Hg.): Empirical Poverty Research in a Comparative Perspective. Aldershot, S. 77-101.
- Friedrichs, Jürgen/Blasius, Jörg (2000): Leben in benachteiligten Wohngebieten, Opladen.
- Friedrichs, Jürgen/Galster, George/Musterd, Sako (2003): Neighbourhood Effects on Social opportunities: the European and American research and policy context, Housing Studies, 18. Jg., Nr. 6, S. 797-806.
- Friedrichs, Jürgen/Oberwittler, Dietrich (2007): Soziales Kapital in Wohngebieten, in: Franzen/Freitag (2007), S. 450-486.
- Friedrichs, Jürgen/Triemer, Sascha (2008): Gespaltene Städte? Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten, Wiesbaden.

Galster, George (2003): Investigating behavioural impacts of poor neighbourhoods: towards new data and analytic strategies, *Housing Studies*, 18. Jg., Nr. 6, S. 893-914.

Galster, George/Andersson, Roger/Musterd, Sako/Kauppinen, Timo M. (2008): Neighbourhood income mix affect earnings of adults? New evidence from Sweden, *Journal of Urban Economics*, 63. Jg., S. 858-870.

Galster, George/Andersson, Roger/Musterd, Sako (2010): Who Is Affected by Neighbourhood Income Mix? Gender, Age, Family, Employment and Income Differences, *Urban Studies* (im Erscheinen).

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. (2010): Erfolgsfaktoren sozialer Quartiersentwicklung - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung von Projekten der "Sozialen Stadt", Expertise im Rahmen der Bundesinitiative "Nationale Stadtentwicklungspolitik" im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

Geene, Raimund/Rolf Rosenbrock (2004): Soziallagenbezogene Gesundheitsförderung im Setting - sozial-räumliche Orientierung in der Planung von Gesundheitsförderungsmaßnahmen. S. 193-206 in: Gerhard Meinschmidt (Hg.): *Sozialstrukturatlas Berlin*, Berlin: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz.

Gesellschaft für Innovationsforschung und Beratung mbH, Berlin (2008): Evaluation des Eingliederungsprogramms "Programm 18 des Kinder- und Jugendplans: Eingliederung junger Menschen mit Migrationshintergrund", im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin.

Gesundheitsamt Bremen (Hg.) (2006): Die Auswirkungen sozialer Polarisierung. Zur Entwicklung der Lebenserwartung und Sterblichkeit in ausgewählten Bremer Wohngebieten, Bremen.

GHK (2003): Ex Post Evaluation Urban Community Initiative 1994-1999, final report.

Gillich, Stefan (2007): Sozialraumorientierung als Standard in der Arbeit mit Jugendlichen auf der Straße, in: Gillich, Stefan (Hg.): *Streetwork konkret - Standards und Qualitätsentwicklung*, Beiträge aus der Arbeit des Burckhardthauses, Band 14, Gründau-Rothenbergen.

GKV-Spitzenverband (2008). Leitfaden Prävention. Handlungsfelder und Kriterien zur Umsetzung von §§ 20 und 20a SGB V vom 21. Juni 2000 in der Fassung vom 27. August 2010 Berlin.

Goebel, Jan/Spieß, C. Katharina/Witte, Nils. R. J./Gerstenberg, Susanne (2007): Die Verknüpfung des SOEP mit MICROM-Indikatoren - der MICROM-SOEP Datensatz, DIW Data Documentation 26, Berlin.

Göddecke-Stellmann, Jürgen/Kocks, Martina (2007): Die Soziale Stadt - acht Jahre Städtebauförderung für eine sozial orientierte Stadtpolitik, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/2007, S. 391-403.

Grabow, Katrin (2009). Die Erfahrungen im Modellprojekt "Gesund sind wir stark!", in: Detlef Kuhn, Ingrid. Papies-Winkler und Dieter Sommer (Hg.): *Gesundheitsförderung mit sozial Benachteiligten. Erfahrungen aus der Lebenswelt Stadtteil*, Frankfurt/M., S. 170-190.

GRAS Gruppe Architektur und Stadtplanung u. a. (2009): Monitoringbericht 2009 der Begleitforschung Stadtumbau Ost in Thüringen, in Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bau, Landesentwicklung und Verkehr.

Griggs, Julia/Whitworth, Adam/Walker, Robert/McLennan, David/Noble, Michael (2008): Person- or place-based policies to tackle disadvantage? Not knowing what works. Joseph Rowntree Foundation, York.

Gröning, Gert (2000): Zur Geschichte schichtspezifischer Freiraumversorgung, in: Anette Hardt, Gitta Scheller und Wulf Tessin (Hg.): *Stadt und soziale Ungleichheit*, Opladen, S. 102-119.

Grossmann, Ralph/Scala, Klaus (2006): Gesundheit durch Projekte fördern. Ein Konzept zur Gesundheitsförderung durch Organisationsentwicklung und Projektmanagement, Weinheim.

Grundmann, Matthias/Fuss, Daniel/Suckow, Jana (2000): Sozialökologische Sozialisationsforschung: Entwicklung, Gegenstand und Anwendungsbereiche, in: Matthias Grundmann und Kurt Lüscher (Hg.): *Sozialökologische Sozialisationsforschung*, Konstanz, S. 17-76.

Güles, Orhan/Wagener, Thorsten/Wagner, Regine (2010): Bildung, Arbeit und Sozialraum. Zum besonderen Handlungsbedarf in benachteiligten Quartieren, in: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.): *Bildung, Arbeit und Sozialraumorientierung*, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3.2010, Bonn, S. 111-127.

Günter, Mirjam: Einmal Bürgertum und zurück, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 22./23./24. Mai 2010.



- Günther, Manfred (2006): Sport und Prävention - Die Rolle und Wirkung des Sports in der Kinder- und Jugendgewaltprävention, Ein erster Überblick über Modelle und Erkenntnisse aus Deutschland, forum kriminalprävention, Heft 2/2006, S. 3 ff.
- Güntner, Simon (2007): Soziale Stadtpolitik. Institutionen, Netzwerke und Diskurse in der Politikgestaltung. Bielefeld.
- Häussermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter (2008): Stadtpolitik, Frankfurt/M.
- Häussermann, Hartmut/Siebel, Walter (1996): Soziologie des Wohnens, Weinheim.
- Häußermann, Hartmut; Kronauer, Martin; Siebel, Walter (Hg.) (2003): An den Rändern der Städte, Frankfurt/M.
- Heinrich, Joachim (2001): Exposition durch Umweltschadstoffe im Wohnumfeld und im Innenraum, in: Andreas Mielck und Kim Bloomfield (Hg.): Sozial-Epidemiologie. Einführung in die Grundlagen, Ergebnisse und Umsetzungsmöglichkeiten. Weinheim, München, S. 157-174.
- Helbig, Marcel (2010): Neighborhood does matter! Sozialstrukturelle Nachbarschaftscharakteristika und Bildungserfolg, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62. Jg., H. 4, S. 655-679
- Helmert, Uwe et al. (Hg.) (2000): Müssen Arme früher sterben?, Weinheim, München.
- Herlyn, Ulfert (Hg.) (1980): Großstadtstrukturen und ungleiche Lebensbedingungen in der Bundesrepublik. Verteilung und Nutzung sozialer Infrastruktur, Frankfurt/M.
- Heryln, Ulfert/Lakemann, Ulrich/Lettko, Barbara (1991): Armut und Milieu, Basel u. a.
- Hinte, Wolfgang (2009a): Eigensinn und Lebensraum - zum Stand der Diskussion um das Fachkonzept "Sozialraumorientierung", in: Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete (VHN), 1/2009, 78. Jg., München, S. 20-33.
- Hinte, Wolfgang (2009b): Integrierte Stadt(teil)entwicklung und raumorientierte Verwaltung, in: Institut für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB)/Stadt Essen (Hg.): Integrierte Stadtteilentwicklung: Vom Modellprojekt zur Regelstruktur, Fachdialog am 23.09.2008, Essen, S. 19-27.
- HIPPY Deutschland e. V. (2009): Kurzinformation zum HIPPY-Programm und HIPPY-Dachverband.
- Hoffmann-Axthelm, Dieter (1975): Das abreißbare Klassenbewusstsein, Gießen.
- Holz, Gerda (2004): Kinderarmut in benachteiligten Stadtteilen, in: Soziale Stadt info 15, Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt.
- Hübner, Peter (2005): Bedeutung und Perspektive von Ganztagschulen, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Difu): Fachtagung Bildung im Stadtteil, Dokumentation, Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt 11.
- Hüttenberger, Michael (2005): Zur Beziehung von Schule und "Soziale Stadt" - Zu hohe Erwartungen an eine "Affäre"?, in: Soziale Stadt info 16, Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt.
- Hutchings, Merryn/Maylor, Uvanney/Mendick, Heather/Menter, Ian/Smart, Sarah (2006): An Evaluation of Innovative Approaches to Teacher Training on the Teach First Programme, Glasgow.
- ies - Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (2005a): Schule im Stadtteil - Fallstudie im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms "Soziale Stadt NRW", im Auftrag des Städtenetzes Soziale Stadt NRW, des Ministeriums für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW und des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW, Hannover/Essen.
- ies - Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (2005b): Modellprojekt Aufsuchende Familienhilfe für junge Mütter - Netzwerk Familienhebammen - Ergebnisse der Evaluation, Hannover.
- IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2003): Wohnen in Nachbarschaften (WiN) Stadtteile für die Zukunft entwickeln, Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt - Stand der Umsetzung der Programme, im Auftrag des Senators für Bau und Umwelt und des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen, Berlin.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2004): Die Soziale Stadt - Ergebnisse der Zwischen-evaluierung, Bewertung des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt" nach vier Jahren Programmlaufzeit, im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Raumordnung vertreten durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Berlin.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH/Universität Duisburg-Hessen (2006): Verstetigung der Effekte des Programms Soziale Stadt NRW, Zwischenbericht, im Auftrag des Städtenetzes Soziale Stadt NRW.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH/Universität Duisburg-Essen (2008): Analyse qualitativer Prozesse bei der Umsetzung des Programms "Soziale Stadt NRW", Studie im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms "Soziale Stadt NRW" im Auftrag des Städtenetz Soziale Stadt NRW, des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und des Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik/DIW Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung/Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2009): Trends und Ausmaß der Polarisierung in deutschen Städten, Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Forschungen Heft 137, Bonn.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2009). Entwicklung von Performanzindikatoren als Grundlage für die Evaluierung von Förderprogrammen in den finanzpolitisch relevanten Politikfeldern, Berlin.

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik GmbH (2010): Möglichkeiten der verbesserten sozialen Inklusion in der Wohnumgebung, Zwischenbericht, Berlin.

IFS - Institut für Schulentwicklungsforschung/ZEFIR - Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung/Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW)/ergische Universität Wuppertal (BUW) (2010): Zur Konstruktion von Sozialindizes - Ein Beitrag zur Analyse sozialräumlicher Benachteiligung von Schulen als Voraussetzung für qualitative Schulentwicklung, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, Bildungsforschung Band 31, Bonn/Berlin.

ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes NRW/ZEFIR - Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung/Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt Universität Berlin (2003): Sozialraumanalyse - Soziale, ethnische und demographische Segregation in den nordrhein-westfälischen Städten, Gutachten für die Enquetekommission "Zukunft der Städte in NRW" des Landtags von Nordrhein-Westfalen.

IMS - Institut für Medizinsoziologie des Universitätsklinikums Hamburg-Eppendorf in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Eimsbüttel (Hg.) (2007): Beiträge zur Quartiersdiagnose. Kindergesundheit in der Lenzsiedlung. Einschätzungen von Fachleuten. Vorschläge für das Präventionsprogramm "Lenzgesund", Hamburg.

Institut für berufliche Bildung und Weiterbildung e. V. (IBBW) (2009): Evaluation der Erprobungsphase des Projektes "MUS-E Modellschule", Abschlussbericht im Auftrag der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland.

Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP) Bremen (2010): Ergebnisse Strukturqualität, Folienzusammenstellung, November 2010.

Ipsen, Detlev u. a. (1992): Die Zukunft der Vergangenheit, Halle.

ISA - Institut für soziale Arbeit e. V. (2005): Frühe Hilfen für Familien - Arbeitshilfe zum Aufbau und zur Weiterentwicklung sozialer Frühwarnsysteme, im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

ISG - Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik/WZB - Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung GmbH (2009): Integration in Deutschland - Erster Integrationsindikatorenbericht - Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring, erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration.

Kawachi, Ichiro/Berkman, Lisa F. (2003). Neighborhoods and Health, New York.

Kearns, Ada/Parkinson, Michael (2001): The Significance of neighbourhood, Urban Studies, 38. Jg., Nr. 12, S. 2103-2110.

- Kersting, Volker/Strohmeier, Klaus Peter/Triesch, Marion (2008): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung - Indikatorengestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms "Soziale Stadt" in Nordrhein-Westfalen, im Auftrag des Städtenez Soziale Stadt NRW in Kooperation mit dem Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung, Essen.
- Kilian, Holger/Geene, Raimund/Philipp, Tanja (2004): Die Praxis der Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte im Setting. S. 151-230 in: Rolf Rosenbrock, Michael Bellwinkel und Alfons Schröer (Hg.): Primärprävention im Kontext sozialer Ungleichheit. Wissenschaftliche Gutachten zum BKK-Programm 'Mehr Gesundheit für alle', Bremerhaven.
- Kipke, Michele et al. (2007): Food and Park Environments: Neighborhood-level Risks for Childhood Obesity in East Los Angeles, *Journal of Adolescent Health*, 40. Jg., Nr. 4, S. 325-333.
- Kirschner, Wolf/Radoschewski, Michael/Kirschner, Renate (1995): § 20 SGB V - Gesundheitsförderung, Krankheitsverhütung. Untersuchung zur Umsetzung durch die Krankenkassen, St. Augustin.
- Klocke, Andreas (2001): Armut bei Kindern und Jugendlichen und die Auswirkungen auf die Gesundheit. Berlin.
- Klocke, Andreas/Lipsmeier, Gero (2008): Soziale Determinanten der Gesundheit im Kinder- und Jugendalter: Eine Mehrebenenanalyse, in: Matthias Richter et al. (Hg.): Gesundheit, Ungleichheit und jugendliche Lebenswelten. Weinheim, München, S. 231-254.
- Köller, Olaf/Knigge, Michael/Tesch, Bernd (Hg.) (2010). Sprachliche Kompetenzen im Ländervergleich, Befunde des ersten Ländervergleichs zur Überprüfung der Bildungsstandards für den Mittleren Schulabschluss in den Fächern Deutsch, Englisch und Französisch, Zusammenfassung.
- Kpi - Kommunalpädagogisches Institut Hamburg (2009): Auszüge aus dem Abschlussbericht der externen Evaluation des Programms "Lebenswelt Schule" durchgeführt durch das kpi - Kommunalpädagogische Institut, im Auftrag der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Jacobs Foundation.
- Krings-Heckemeier, Marie-Therese/Pfeiffer, Ulrich (1998): Überforderte Nachbarschaften, Soziale und ökonomische Erosion in Großsiedlungen, in: GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e. V. (Hg.): Überforderte Nachbarschaften. Zwei sozialwissenschaftliche Studien in den alten und den neuen Bundesländern. (GdW Schriften 48), Köln/Berlin.
- Kristen, Cornelia (2008): Schulische Leistungen von Kindern aus türkischen Familien am Ende der Grundschulzeit. Befunde aus der IGLU-Studie, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderband 48, Migration und Integration, S. 230-251.
- Kroll, Lars Eric et al. (2008): Entwicklung und Einflussgrößen der gesunden Lebenserwartung. WZB discussion papers (SPI 2008-306).
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold/Gerlach, Frank (1993): Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt/M.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus, Frankfurt/M.
- Kronauer, Martin/Vogel, Berthold (2004): Erfahrung und Bewältigung von sozialer Ausgrenzung in der Großstadt: was sind Quartiereffekte, was Lageeffekte?, in: Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hg.): An den Rändern der Städte, Frankfurt/M., S. 235-257.
- Kühn, Hagen (1998): Gesundheit/Gesundheitssystem, in: Bernhard Schäfers und Wolfgang Zapf (Hg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands, Opladen. S. 263-275.
- Kuhn, J. (2005): Gesundheit, Krankheit und Public Health, Prävention, 28. Jg., S. 27-30.
- Lampert, Thomas/Richter, Matthias/Klocke, Andreas (2006): Kinder und Jugendliche: Ungleiche Lebensbedingungen, ungleiche Gesundheitschancen, *Gesundheitswesen*, 68. Jg., S. 94-100.
- Lampert, Thomas/Horch, Kerstin/List, Sabine et al. (2010): Gesundheitsberichterstattung des Bundes: Ziele, Aufgaben und Nutzungsmöglichkeiten, in: Robert Koch Institut (Hg.): GBE kompakt 1/2010.
- Landeshauptstadt Dresden - Geschäftsbereich für Soziales (Hg.) (2008): Bericht zur Entwicklung sozialer Strukturen und Lebenslagen. Lebenslagenbericht, Dresden.

Landeshauptstadt München - Sozialreferat München/GFS Gruppe für sozialwissenschaftliche Forschung/SIM (Sozialwissenschaftliches Institut München) (Hg.) (2008): Münchner Armutsbericht 2007, München.

Landeshauptstadt München - Schul- und Kulturreferat (2010): Münchner Bildungsbericht 2010, München.

Lehmann, Manfred (2004): Verhaltens- und Verhältnisprävention, in: Peter Franzkowiak et al. (Hg.): Leitbegriffe der Gesundheitsförderung: Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden in der Gesundheitsförderung. Schwabenheim, S. 238-240.

Lewis, Oscar (1982): Die Kinder von Sanchez, Bornheim.

Leykamm, Barbara (2008): Ernährung und Bewegung kommunal vernetzt, in: Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Stuttgart (Hg.): Gesundheitsförderung in der Sozialen Stadt. Forum Baden-Württemberg, Stuttgart, S. 16-17.

Lin, Nan (2001a): Building a Network Theory of Social Capital, in: Nan Lin, Ronald S. Burt und Karen Cook (Hg.): Social Capital. Theory and Research, New York.

Lin, Nan (2001b): Social Capital. A Theory of Social Structure and Action, New York.

Lindner, Rolf (1999): Was ist "Kultur der Armut"? Anmerkungen zu Oscar Lewis, in: Sebastian Herkommer (Hg.): Soziale Ausgrenzungen, Hamburg, S. 171-178.

Loss, Julika et al. (2007): Gemeindenähe Gesundheitsförderung - Herausforderung an die Evaluation, Gesundheitswesen, 69. Jg., Heft 2, S. 77-87.

Loss, Julika/Seibold, Claudia et al. (2008). Programmplanung in der gemeindenahen Gesundheitsförderung. Eine Schritt-für-Schritt Anleitung für Gesundheitsförderer. Band 1 der Schriftenreihe Materialien zur Gesundheitsförderung, Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.

Lotz, Birgit (2008): "... im Idealfall ein Ort lebenslangen Lernens ..." - Das PC-Lernstudio im Rahmen der Internationalen Bibliothek der Stadtbücherei Frankfurt am Main, in: Petra Hauke und Rolf Busch (Hg.): Brücken für Babylon - Interkulturelle Bibliotheksarbeit, Bad Honnef, S. 193-200.

Luhmann, Niklas (1995): Inklusion und Exklusion, in: N. Luhmann, Soziologische Aufklärung 6: Die Soziologie und der Mensch, S. 237-264.

LVR - Landesjugendamt Rheinland (Hg.) (2009): Evaluation des Modellvorhabens "Netzwerk Frühe Förderung - NeFF", Arbeitshilfen zur Entwicklung und Steuerung von Netzwerken Früher Förderung - Ein Modellprojekt des LVR-Landesjugendamtes Rheinland, Köln.

Maaz, Kai/Baumert, Jürgen/Cortina, Kai S. (2008): Soziale und regionale Ungleichheit im deutschen Bildungssystem, in: Kai S. Cortina, Jürgen Baumert, Achim Leschinsky, Karl Ulrich Mayer und Luitgard Trommler (Hg.): Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland, Reinbek bei Hamburg, S. 205-242.

Maaz, Kai/Baumert, Jürgen/Trautwein, Ulrich (2009): Genese soziale Ungleichheit im institutionellen Kontext der Schule: Wo entsteht und vergrößert sich soziale Ungleichheit, in: Jürgen Baumert, Kai Maaz und Ulrich Trautwein (Hg.): Bildungsentscheidungen, Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 12/2009, S. 11-46.

Maaz, Kai/Nagy, Gabriele (2009): Der Übergang von der Grundschule in die weiterführenden Schulen des Sekundarsystems: Definition, Spezifikation und Quantifizierung primärer und sekundärer Herkunftseffekte, in: Jürgen Baumert, Kai Maaz und Ulrich Trautwein (Hg.): Bildungsentscheidungen, Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, Sonderheft 12/2009, S. 153-182.

Macintyre, Sally/Ellaway, Anne (2003). Neighborhoods and Health: An Overview, in: Kawachi/Berkman (2003), S. 20-42.

Mack, Wolfgang/Raab, Erich/Rademacker, Hermann (2003): Schule, Stadtteil, Lebenswelt - Eine empirische Untersuchung, Opladen.

Mack, Wolfgang (2008): Bildungslandschaften, in: Thomas Coelen und Hans-Uwe Otto (Hg.): Grundbegriffe Ganztagsbildung, Das Handbuch, Wiesbaden, S. 741-749.

Magistrat der Stadt Offenbach - Staatliches Schulamt für die Stadt und den Landkreis Offenbach (Hg.) (2009): gemeinsam fördern - gemeinsam leisten! Bericht 2008, Offenbach.

- Maier-Pfeiffer, Anna/Pfeiffer, Christian (2006): Frühe Förderung von Kindern aus sozial benachteiligten Familien - Das Projekt Pro Kind Niedersachsen, in: Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks (Hg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover.
- Maretzke, Steffen/Zarth, Michael (2007): "Beschäftigung, Bildung und Teilhabe vor Ort" - ein Sonderprogramm in den Programmgebieten der Sozialen Stadt, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/2007, S. 405-410.
- Marsen-Storz, Gisela (2003). Erfahrungen aus der sozialräumlichen Kooperation von Jugendhilfe und Gesundheit, in: Rolf-Peter Löhr, Raimund Geene und Anja Halkow (Hg.): Die soziale Stadt - Gesundheitsförderung im Stadtteil, Berlin, S. 10-12.
- Maschewsky, Werner (2005): Sozialräumliche Verteilung gesundheitsschädlicher Umwelteinflüsse in Hamburg in: Rolf-Peter Löhr, Anja Halkow und Raimund Geene (Hg.): Netzwerke für eine lebenswerte Umgebung. Gesundheitsförderung in benachteiligten Stadtquartieren, Berlin.
- McKenzie, Roderick D. (1924): The Ecological Approach to the Study of the Human Community, American Journal of Sociology, 30. Jg., S. 287-361.
- MGFFI Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2009): Familienzentren in Nordrhein-Westfalen - Neue Zukunftsperspektiven für Kinder und Eltern, Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung im Überblick, Düsseldorf.
- Mielck, Andreas (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten, Bern.
- Mielck, Andreas (2004): Unterschiede bei Lärmbelastung und Luftverschmutzung nach dem Haushaltseinkommen, in: Gabriele Bolte und Andreas Mielck (Hg.): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen. Weinheim, München, S. 139-153.
- Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Baden-Württemberg (Hg.) (2005): Was leistet Mobile Jugendarbeit? Ein Portrait Mobiler Jugendarbeit in Baden-Württemberg, Stuttgart.
- Minkler, Meredith (1994). "Community Organizing" als Gesundheitsförderung - Eine Fallstudie zu einem Projekt mit alten Menschen in einer amerikanischen Millionenstadt. Präventionspolitik, in: Rolf Rosenbrock, Hagen Kühn und Barbara M. Köhler (Hg.): Gesellschaftliche Strategien der Gesundheitssicherung, Berlin.
- Muchow, Martha/Muchow, Hans Heinrich (1980): Der Lebensraum des Großstadtkindes, Bensheim.
- Müller, Andrea G./Stanat, Petra (2006): Schulischer Erfolg von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund: Analysen zu Situation von Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion und aus der Türkei, in: Jürgen Baumert, Petra Stanat und Rainer Watermann (Hg.): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen, Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000, Wiesbaden, S. 221-256.
- Müller-Kohlenberg, Hildegard/Szczesny, Michael/Esch, Dominik (2008): Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation, <http://www.balu-und-du.de/index.php?id=ergebnisse>.
- Mundt, J. W. (1980): Vorschulkinder und ihre Umwelt, Weinheim/Basel.
- Musterd, Sako/Ostendorf, Wim/De Vos, Sjoerd (2001): Social Mix and the Neighbourhood Effect. Policy Ambitions and empirical Evidence, Housing Studies, 16. Jg., S. 371-380.
- Musterd, Sako/Ostendorf, Wim (2003): Neighbourhood effects and social mobility: A longitudinal analysis, Housing Studies, 18. Jg., Nr. 6, S. 877-892.
- Musterd, Sako/Murie, Alan/Kesteloot, Christian (2006): Neighbourhoods of poverty. Urban social exclusion and integration in Europe, Basingstoke.
- Musterd, Sako u. a. (2008): Are immigrants' earnings influenced by the characteristics of their neighbours?, Environment and Planning A, 40. Jg., Nr. 4, S. 785-805.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hg.) (2010a): Modellprojekt Guter Start ins Kinderleben - Werkbuch Vernetzung, Chancen und Stolpersteine interdisziplinärer Kooperation und Vernetzung im Bereich Früher Hilfen und im Kinderschutz, mit Förderung der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und Thüringen sowie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen, Ulm.

Nationales Zentrum Frühe Hilfen (2010b): Modellprojekte in den Ländern, Zusammenfassende Ergebnisdarstellung, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Köln.

Naidoo, Jennie/Wills, Jane (2003): Lehrbuch der Gesundheitsförderung. Umfassend und anschaulich mit vielen Beispielen und Projekten aus der Praxis der Gesundheitsförderung, Köln.

Newman, Katherine S. (1999): No shame in my game. The working poor in the inner city, New York.

Nonnenmacher, Alexandra (2007): Eignen sich Stadtteile für den Nachweis von Kontexteffekten? Eine empirische Analyse am Beispiel von Disorder und Kriminalitätsfurcht, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 59. Jg., Heft 3, S. 493-511.

Noweski, Michael (2009). "Primärprävention bei Kindern in Deutschland - Bestandsaufnahme und Kritik." WZB discussion papers SP I 2009-304, S. 1-46.

Oberwittler, Dietrich (2003): Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz: Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf Stadtstruktur, Freundeskreise und Delinquenz: Eine Mehrebenenanalyse zu sozialökologischen Kontexteffekten auf schwere Jugenddelinquenz, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 43, S. 135-170.

Oberwittler, Dietrich (2010): Jugendkriminalität in sozialen Kontexten - Zur Rolle von Wohngebieten und Schulen bei der Verstärkung von abweichendem Verhalten Jugendlicher, in: Bernd Dollinger und Henning Schmidt-Semisch (Hg.): Handbuch Jugendkriminalität. Kriminologie und Sozialpädagogik im Dialog, Wiesbaden.

Ofsted - Office for Standards in Education (2004): Children at the centre - An evaluation of early excellence centres.

Olds, David L./Kitzman, Harriet/Cole, Robert/Robinson, JoAnn et al. (2004): Effects of nurse home-visiting on maternal life course and child development: Age 6 follow-up results of a randomized trial, Pediatrics, Official Journal of the American Academy of Pediatrics, 114. Jg., Nr. 6, S. 1550-1559. (<http://pediatrics.aappublications.org/>)

Ostendorf, Wim/Musterd, Sako/Vos, Sjoerd de (2001): Social Mix and the Neighbourhood Effect. Policy Ambitions and Empirical Evidence, Housing Studies, 16. Jg., Nr. 3, S. 371-380.

pädquis gGmbH (2008): Der Weg zum Familienzentrum - Eine Zwischenbilanz der wissenschaftlichen Begleitung, im Auftrag des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI) des Landes Nordrhein-Westfalen.

Papies-Winkler, Ingrid/Kuhn, Detlef (2009). Das Konzept im Modellprojekt "Gesund sind wir stark!", in: Detlef Kuhn, Ingrid Papies-Winkler und Dieter Sommer (Hg.): Gesundheitsförderung mit sozial Benachteiligten. Erfahrungen aus der Lebenswelt Stadtteil, Frankfurt/M., S. 110-120.

Paritätisches Bildungswerk Landesverband Bremen (Hg.) (2005): 5 Jahre Mama lernt deutsch - ein Projekt stellt sich vor, Bremen.

Park, Robert E./Burgess, Ernest W. (Hg.) (1974): The City, Chicago.

Paugam, Serge (2008): Die elementaren Formen der Armut, Hamburg.

Pinkster, Fenne M. (2009): Neighborhood-based networks, social resources and labor market participation in two Dutch neighborhoods, Journal of Urban Affairs, 31. Jg., Nr. 2, S. 213-231.

PISA-Konsortium Deutschland (Hg.) (2005): PISA 2003. Der zweite Vergleich der Länder in Deutschland - Was wissen und können Jugendliche?, Münster.

PISA-Konsortium Deutschland (Hg.) (2008): PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich, Münster.

Planungsbüro Stadt-Kinder/Schelhorn Landschaftsarchitektur (2010): Freiräume für Kinder und Jugendliche, ein Projekt der Begleitforschung Städtebauförderung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Werkstatt: Praxis, Heft 70, Berlin.

plan zwei Stadtplanung und Architektur (2010): Jugend macht Stadt, Ein Projekt im Forschungsprogramm "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" (ExWoSt) des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Berlin.

Plümer, Klaus-Dieter/Trojan, Alf (2004): "Gesunde Städte" - Anspruch und Performance. Befragungsergebnisse und ein Vorschlag zum Qualitätsmonitoring (Gesunde-Städte-Barometer), Gesundheitswesen 66, Nr. 3, S. 202-207.

Pötzke, Klaus Michael (2006): Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit, in: Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks (Hg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag, Hannover.

Putnam, Robert D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy, Princeton.

Putnam, Robert D. (Hg.) (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh.

Rambøll Management (2007): "XENOS - Leben und Arbeiten in Vielfalt" - Evaluation des Bundesprogramms XENOS, Abschlussbericht.

Räßler-Wolf, Michael (2008): Fachärztliche Versorgung im Bezirk - ein Bericht aus Berlin Lichtenberg, in: Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz (Hg.): 5. Landesgesundheitskonferenz. 7. November 2008. Dokumentation, Berlin, S. 25 ff.

Rat der Stadt Köln (2005): Rahmenkonzept "Sozialraumorientierte Hilfsangebote in Köln", in der vom Rat der Stadt Köln am 15.12.2005 beschlossenen Form.

Rat der Stadt Köln (2010): Rahmenkonzept "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - überarbeitete Fassung, Beschlussvorlage Nr. 0476/2010.

Regiestelle LOS (2009): ESF-Bundesprogramm "Lokales Kapital für Soziale Zwecke", Eine Zusammenfassung von 2003 bis 2008, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Reimann, Bettina/Böhme, Christa/Bär, Gesine (2010): Mehr Gesundheit im Quartier - Prävention und Gesundheitsförderung in der Stadtteilentwicklung, Berlin.

Reißlandt, Carolin/Nollmann, Gerd (2006): Kinderarmut im Stadtteil: Intervention und Prävention, Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Heft 26, S. 24-32.

Richter, Matthias/Hurrelmann, Klaus (2006). Gesundheitliche Ungleichheit: Ausgangsfragen und Herausforderungen. Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven, Wiesbaden, S. 11-31.

Richter, Matthias et al. (Hg.) (2008): Gesundheit, Ungleichheit und jugendliche Lebenswelten, Weinheim, München.

Riedel, Andrea/Schneider, Kerstin/Schuchart, Claudia/Weißhaupt, Horst (2010): School Choice in German Primary Schools: How Binding are School Districts?, Journal for Educational Research Online, 2. Jg., S. 94-120.

Robert Koch Institut/Statistisches Bundesamt (2005): Armut bei Kindern und Jugendlichen, Heft 4 aus der Reihe "Gesundheitsberichterstattung des Bundes".

Robert Koch-Institut (2008): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes - Lebensphasenspezifische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland, Bericht für den Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Berlin, S. 26 ff.

Rosenbrock, Rolf (2004): Primäre Prävention zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen, in: Primärprävention im Kontext sozialer Ungleichheit: wissenschaftliche Gutachten zum BKK-Programm "Mehr Gesundheit für alle", Bremerhaven, S. 87 ff.

Rosenbrock, Rolf (2009): Gesund aufwachsen - für alle Kinder. Voraussetzungen und Erfordernisse. Fachtagung "Prävention nachhaltig gestalten - Gesundes Aufwachsen für alle, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, Berlin.

Rosenbrock, Rolf/Gerlinger, Thomas (2004): Gesundheitspolitik : eine systematische Einführung, Bern u. a.

Rössel, Jörg/Hölscher, Michael (2005): Eine städtische Unterklasse? Die sozialen Netzwerke räumlich konzentrierter, sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen, in: Ulrich Otto und Petra Bauer (Hg.): Mit Netzwerken professionell zusammenarbeiten. Bd. 1: Soziale Netzwerke im Lebenslauf- und Lebenslagenperspektive, Tübingen, S. 375-397.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (2000/2001): Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Baden-Baden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2003): Finanzierung, Nutzerorientierung und Qualität, Baden-Baden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2005): Koordination und Qualität im Gesundheitswesen, Baden-Baden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2008): Kooperation und Verantwortung. Voraussetzungen einer zielorientierten Gesundheitsversorgung, Baden-Baden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2009). Koordination und Integration - Gesundheitsversorgung in einer Gesellschaft des längeren Lebens, Baden-Baden.

Sauter, Matthias (2008): Die Verstetigung der "Sozialen Stadt": Vom Sonderprojekt zur Regelaufgabe, Fachvortrag beim "Fachaustausch Quartiersmanagement in Niedersachsen" am 18. Februar 2008 in Hannover.

Scharmer, Marco (2007): Die Einkommenssituation der privaten Haushalte in den Gemeinden Nordrhein-Westfalens, Statistische Analysen und Studien NRW, Band 43.

Schneehorst, Susanne (2008): Bibliothek im Koffer - Die interkulturellen Medienkisten der Stadtbibliothek Nürnberg, in: Petra Hauke und Rolf Busch (Hg.): Brücken für Babylon - Interkulturelle Bibliotheksarbeit, Bad Honnef, S. 201-206.

Schnur, Olaf (2003): Lokales Sozialkapital für die "soziale" Stadt. Opladen.

Schubert, Dirk (1997): Stadterneuerung in London und Hamburg. Eine Stadtbaugeschichte zwischen Modernisierung und Disziplinierung, Braunschweig.

Schulz, Christine/Becker, Kerstin/Seiwert, Margarete (2002): Kinder- und Umweltsurvey, Gesundheitswesen 2002, Sonderheft 1, S. 69-79.

Schumann, Eike Christiane (2007): Gesundheitsteams vor Ort: Ein Projekt des Landes Rheinland-Pfalz in benachteiligten Stadtteilen, in: Soziale Stadt info 20, Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt, S. 17-19.

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (2009): Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2009, Berlin.

Simmel, Georg (1995): Die Großstädte und das Geistesleben, in: ders.: Aufsätze und Abhandlungen 1901-1908, Band I, Frankfurt/M., S. 116-131.

Slomski, Ruth/Vlach, Nicole et al. (2010). Evaluation "Gesund ins Leben" Endbericht, Berlin.

Solga, Heike/Dombrowski, Rosine (2009): Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung - Stand der Forschung und Forschungsbedarf, im Auftrag der Hans Böckler Stiftung, Arbeitspapier 171, S. 28 f.

Solga, Heike/Wagner, Sandra (2010): Die Zurückgelassenen - die soziale Verarmung der Lernumwelt von Hauptschülerinnen und Hauptschülern, in: Rolf Becker und Wolfgang Lauterbach (Hg.): Bildung als Privileg. Erklärungen und Befunde zu den Ursachen der Bildungsungleichheit, Wiesbaden, S. 191-220.

Sperlich, Anette/Mielck, Andreas (2000): Entwicklung eines Mehrebenenmodells für die Systematisierung sozial-epidemiologischer Erklärungsansätze, in: Uwe Helmert et al. (Hg.): Müssen Arme früher sterben?, Weinheim/München, S. 27-41.

Spiess, C. Katharina/Burgess, Simon/Häussermann, Hartmut (Hg.) (2008): Neighbourhood Effects Studies on the Basis of European Micro-data, Schmollers Jahrbuch, 128. Jg., Nr. 1.



- Stadt Bochum - Stabsstelle Sozialplanung/Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit (Hg.) (2008): Sozialbericht Bochum, Bochum.
- Stadt Bremen - Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa/Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales (Hg.) (2008): Monitoring "Soziale Stadt Bremen" 2008. Endbericht, Bremen.
- Stadt Essen - Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen (Hg.) (2009): Soziale Einflüsse auf die Gesundheit von Schulanfängerinnen und Schulanfängern in Essen - Analyse der Schuleingangsuntersuchungen 2000 bis 2007, Essen.
- Stadt Gelsenkirchen (2007): Bericht zur Stadterneuerung in Gelsenkirchen 2007, Gelsenkirchen.
- Stadt Mainz - Dezernat für Soziales, Jugend, Gesundheit und Wohnen/Empirica-Institut (Hg.) (2005): Sozialraumanalyse Mainz 2005, Mainz.
- Stadt Mannheim - Fachbereich Bildung (2010): 1. Wir haben vieles. Außer Lust zu warten. 1. Mannheimer Bildungsbericht 2010, Mannheim.
- Stadt Nürnberg, Gesundheitsamt (Hg.) (1997): Stadtteilgesundheitsbericht Gostenhof. Zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, Nürnberg.
- Statistisches Bundesamt (1998): Gesundheitsbericht für Deutschland, Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (2009): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2008, Wiesbaden.
- Steffen, Gabriele (2010): Informelle Lerngelegenheiten im Stadtteil, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 2/3, S. 129-141.
- Steinhübl, David (2005): Sag mir, wo du wohnst ... Risiken und Ressourcen unterschiedlicher Räume für Kinder, in: Christian Alt (Hg.): Kinderleben - aufwachsen zwischen Familie, Freunden und Institutionen, Bd. 1: Aufwachsen in Familien. Wiesbaden, S. 239-276.
- Steinkamp, Günther (1999): Soziale Ungleichheit in Mortalität und Morbidität. Oder: Warum einige Menschen gesünder sind und länger leben als andere, in: Wolfgang Schlicht und Hans-Hermann Dickhuth (Hg.): Gesundheit für alle, Schorndorf, S. 101-154.
- Stichweh, Rudolf (2005) Inklusion und Exklusion: Studien zur Gesellschaftstheorie, Bielefeld.
- Stocké, Volker (2009): Adaptivität oder Konformität? Die Bedeutung der Bezugsgruppe und die Leistungsrealität der Kinder auf die Entwicklung elterlicher Bildungsaspirationen am Ende Grundschulzeit, in: Jürgen Baumert, Kai Maaz und Ulrich Trautwein (Hg.) (2009): Bildungsentscheidungen. Zeitschrift für Erziehungswissenschaften, Sonderheft 12, S. 257-280.
- Stolz, Heinz-Jürgen (2009): Gelingensbedingungen lokaler Bildungslandschaften, Präsentation bei der Tagung "Kommune macht Schule - Kommunale Bildungslandschaften fördern und gestalten" der Serviceagentur Ganztägig Lernen Sachsen und der Evangelischen Akademie Meissen, <http://www.sachsen-anhalt.ganztaegig-lernen.de/>.
- Strohmeier, Klaus Peter/Herlth, Alois (1981): Sozialräumliche Bedingungen familiärer Sozialisation. Eine vergleichende Untersuchung von Wohnquartieren in Bielefeld, Gelsenkirchen und Münster, in: Heinz Walter (Hg.): Region und Sozialisation. Beiträge zur sozialökologischen Präzisierung menschlicher Entwicklungsvoraussetzungen, Band II. Stuttgart-Bad Cannstatt, S. 95-136.
- Strohmeier, Klaus Peter (1983): Quartier und soziale Netzwerke, Frankfurt/M.
- Stronegger, Willibald-Julius/Freindl, Wolfgang (2004): Infrastrukturgerechtigkeit am Beispiel Wohnumwelt und Gesundheit in einer urbanen Population, in: Gabriele Bolte und Andreas Mielck (Hg.): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen, Weinheim/München, S. 93-115.
- Sturm, Gabriele (2007): Ungleichzeitigkeiten in deutschen Großstädten, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 6/2007, Bonn, S. 384.
- Sturm, Roland/Deborah A. Cohen (2009): Zoning for Health? the Year-Old Ban On New Fast-Food Restaurants In South L. A., Health Affairs, 28. Jg., Nr. 6, S. 1088-1097.

- Sutterlüty, Ferdinand (2010): In Sippenhaft. Negative Klassifikationen in ethnischen Konflikten, Frankfurt/M.
- Takano, Takehito/Nakamura, Keiko/Watanabe, Masafumi (2002): Urban residential environments and senior citizens' longevity in megacity areas: the importance of walkable green spaces, *Journal of Epidemiology & Community Health*, 56. Jg., S. 913-918.
- Timm, Ulrike (2008): Wohnsituation in Deutschland 2006 - Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung, in: *Wirtschaft und Statistik* 2/2008, S. 113-122.
- Trojan, Alf/Legewie, Heiner (2001). Nachhaltige Gesundheit und Entwicklung. Leitbilder, Politik und Praxis der Gestaltung gesundheitsförderlicher Umwelt- und Lebensbedingungen, Frankfurt/M.
- Universität Duisburg-Essen (2008): Bühne frei! Wie Kinder sich selbst befähigen, Ergebnisse der Evaluation des Modellprojekts "Kulturarbeit mit Kindern" (Ku.Ki), Duisburger Beiträge zur Soziologischen Forschung, Nr. 2/2008.
- Universität Hamburg (2009): Eltern-Kind-Zentren in Hamburg - Bericht der Evaluation 2008/09, im Auftrag der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz.
- Universität Kassel/Universität Potsdam/Plan und Praxis (2010): Programmübergreifendes Evaluierungskonzept für die Städtebauförderung von Bund und Ländern, November 2010.
- Universität Potsdam, Arbeitsbereich Sportsoziologie/Sportanthropologie/Universität Dortmund (2009): Evaluation des Programms Integration durch Sport, Gesamtbericht, Potsdam.
- Universität Tübingen, Institut für Erziehungswissenschaft (2009): Wirkungseffekte Mobiler Jugendarbeit in Stuttgart (WIMO), Eine empirische Studie, im Auftrag der Evangelischen Gesellschaft Stuttgart e. V., Caritasverband für Stuttgart e. V., Dachverband Mobile Jugendarbeit Stuttgart, <http://www.mobile-jugendarbeit-stuttgart.de>.
- van Eijk, Gwen (2010): Unequal Networks. Spatial Segregation, Relationships and Inequality in the City, Delft.
- Wacquant, Loïc (2004): Fortgeschrittene Marginalität, Anmerkungen zu Wesen und Bedeutungen eines neuen Phänomens, in: Jürgen Mackert (Hg.): *Die Theorie sozialer Schließung. Tradition, Analyse, Perspektiven*, Wiesbaden, S. 154-174.
- Wagner, Regine (2010): Zwischenergebnisse der Programmevaluation BIWAQ, Präsentation beim Clusterworkshop BIWAQ "Berufsfrühorientierung" und "Ausbildung" des Bundesinstituts für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR), Berlin.
- Walter, Oliver/Taskinen, Päivi (2008): Der Bildungserfolg von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in den deutschen Ländern, in: PISA-Konsortium Deutschland (Hg.): *PISA 2006 in Deutschland. Die Kompetenzen der Jugendlichen im dritten Ländervergleich*, Münster, S. 343-373.
- Walther, Uwe-Jens/Güntner, Simon (2007): Vom lernenden Programm zur lernenden Politik? Stand und Perspektiven sozialer Stadtpolitik in Deutschland, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, Heft 6/2007, S. 349-362.
- Wegener, Bernd (1987): Vom Nutzen entfernter Bekannter, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 39, S. 278-301.
- Wenzel, Sascha (2009): Grundlagen des Programms "Ein Quadratkilometer Bildung", <http://www.raa-berlin.de/RAASeiten/Quadrat.html>.
- Whitehead, Margaret/Dahlgren, Göran (2007): Concepts and principles for tackling social inequities in health: Levelling up Part 1, Copenhagen: WHO Regional Office for Europe.
- WHO (1946): Constitution of the World Health Organization: World Health Organization.
- WHO Europe (2004): Review of evidence on housing and health. Background document. Fourth Ministerial Conference on Environment and Housing, Budapest.
- Willms, Johannes (1988): *Paris. Hauptstadt Europas 1789-1914*, München.
- Wilson, William Julius (1987): *The Truly Disadvantaged: the Inner City, the Underclass, and Public Policy*, Chicago.

Wilson, William Julius (1997): When work disappears. The world of the new urban poor, New York.

Zapf, Katrin (1969): Rückständige Viertel, Frankfurt/M.

Zeiber, Hartmut/Zeiber, Helga (1994): Orte und Zeiten der Kinder. Weinheim/München.

Zinnecker, Jürgen (1990): Vom Straßenkind zum verhäuslichten Kind, in: Imbke Behnken (Hg.): Stadtgesellschaft und Kindheit im Prozess der Zivilisation, Opladen, S. 142-162.

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während des Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist besonders die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Außerdem ist diese kostenlose Publikation – gleichgültig wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Publikation dem Empfänger zugegangen ist – nicht zum Weiterverkauf bestimmt.



#### **Impressum:**

**Herausgeber:** Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
Referat Information, Publikation, Redaktion  
53107 Bonn

**Stand:** Dezember 2010

**Artikel-Nr.:** A 400

**E-Mail:** [info@bmas.bund.de](mailto:info@bmas.bund.de)

**Internet:** <http://www.bmas.de>

**Umschlaggestaltung/Druck:** Grafischer Bereich des BMAS